

terra cognita

Schweizer Zeitschrift zu Integration und Migration
Revue suisse de l'intégration et de la migration
Rivista svizzera dell'integrazione e della migrazione

Citoyenneté



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Impressum

terra cognita
Schweizer Zeitschrift zu Integration und Migration
Revue suisse de l'intégration et de la migration
Rivista svizzera dell' integrazione e della migrazione

No. 17 Herbst/automne/autunno 2010

Herausgeberin/Editrice
Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM
Commission fédérale pour les questions de migration CFM
Commissione federale della migrazione CFM
Federal Commission on Migration FCM

Quellenweg 6, 3003 Bern-Wabern
Tel.: 031 325 91 16, Fax: 031 325 80 21
E-Mail: ekm@bfm.admin.ch,
Internet: www.terra-cognita.ch, www.ekm.admin.ch, www.migration-news.ch

Redaktion/Rédaction/Redazione
Simone Prodolliet, Pascale Steiner, Elsbeth Steiner, Sylvana Béchon

Übersetzung/Traduction/Traduzione
Alain Barbier, Yvonand; Françoise Copponex, Genève (f)
Sara Schneider, UDM (i)

Gestaltung/Graphisme/Grafica
bertschidesign, Zürich

Druck/Impression/Impressione
Cavelti AG, Gossau

Titelbild/Page de couverture/Pagina di copertina
Mix&Remix/Helvetiq (Seite 10)

Erscheint zwei Mal jährlich/Paraît deux fois par année/Esce due volte all'anno

Auflage/Tirage/Tiratura
11 000 Ex.

© EKM/CFM
Nachdruck von Beiträgen mit Quellenangabe erwünscht. Belegexemplar an die EKM.
Reproduction autorisée avec indication de la source. Remise d'un exemplaire à la CFM.
Ristampa autorizzata con indicazione della fonte. Consegna di un esemplare alla CFM.

Vertrieb/Distribution/Distribuzione
BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Art.-Nr. 420.900.17/10

Abonnement/Abbonamento
ekm@bfm.admin.ch

Preis/Prix/Prezzo: gratis

Die in den einzelnen Artikeln geäusserte Meinung muss sich mit derjenigen der EKM nicht decken.
Les points de vue exprimés dans les divers articles ne doivent pas forcément coïncider avec l'opinion de la CFM.
I punti di vista espressi nei diversi articoli non devono necessariamente corrispondere con l'opinione della CFM.

Citoyenneté

Editorial
«Ici on s'honore du titre de citoyen.»
Seite 4/Page 6/Pagina 8

Illustrationen / Illustrations / Illustrazioni
Fit fürs Bürgerrecht?
Prêts pour la citoyenneté?
In forma per la cittadinanza?
Seite 10

Da immigrata a cittadina: una storia
Integrarsi per partecipare o partecipare per integrarsi?
Fiammetta Jahreiss
Pagina 12

Staatsbürgerschaft und Migration
Jenseits des Selbstbestimmungs-
prinzips.
Rainer Bauböck
Seite 16

Frauen- und Ausländerstimmrecht
Paradoxe Demokratie: Wer bestimmt,
wer zum «Volk» gehört?
Elisabeth Joris
Seite 22

Lokale Parteisektionen
Ein Zwei-Stufenmodell der politischen
Integration.
Interview mit Urs Meuli
Seite 28

Stimmbeteiligung und -verhalten
Keine Erschütterung der traditionellen
politischen Kräfteverhältnisse.
Interview mit Pascale Steiner
Seite 34

baloti.ch
Ne pas perdre le goût de la
participation politique.
Denis Torche
Page 36

Ausübung politischer Rechte im
Herkunftsstaat
Auslandbürger sind ernstzunehmen-
de politische Akteure.
Interview mit Claudio Micheloni
Seite 38

Mitbestimmen aus dem Ausland
Der lange Kampf der Auslandschwei-
zer für ihr Stimmrecht.
Luzius Stucki
Seite 42

Littérature
Confessions des lieux disparus.
Bessa Myftiu
Page 44

Islam et modernité
Etre un bon musulman,
c'est être un bon citoyen!
Stéphane Lathion
Page 46

Letteratura
La tigre addormentata.
Alberto Nessi
Pagina 52

Kommunale Integrationskommissionen
Drehscheibe zwischen Bevölkerung,
Verwaltung und Behörden.
Brigitte Arn und Lena Emch-Fassnacht
Seite 54

Politisches Lobbying
«Demokratie ist kein Heimatverein!»
Dominik Weber
Seite 60

Concetto di democrazia territoriale
«Risiedo, dunque (ci) sono.»
Francesco Mismirigo
Pagina 66

Ein Projekt von und für Secondas
Sich selbstbewusst an die Öffentlichkeit
wenden.
Shqipe Bajrami
Seite 68

albinfo.ch
S'impliquer par une plateforme
interactive.
Astrit Tsaka
Page 70

Literatur
Auf der Suche nach der eigenen
SprachStimme.
Dragica Rajčić
Seite 72

Concepts de nationalité
Migrations et droit de cité dans les
pays du Golfe.
Gianluca Parolin et Elena Sabatino
Page 76

Ausbürgerung von Frauen
Bürgerrechte kann man nicht verlieren.
Oder doch?
Anina Gidkoff
Seite 80

Réintégration dans la nationalité
«Pas d'argent, pas de passeport.»
Antonio Hodgers
Page 84

Der EU-Pass
Was bedeutet es, Bürger der
Europäischen Union zu sein?
Simone Zurbuchen
Seite 88

Staatenlosigkeit
Jede Person hat ein Recht auf Staats-
angehörigkeit.
Interview mit Susin Park
Seite 92

Plädoyer
Politische Partizipation im Interesse
der Demokratie.
Martina Caroni
Seite 94

Ausschreibung/Mise au concours/
Bando di concorso
«Citoyenneté – aktive Bürgerschaft»
«Citoyenneté»
«Citoyenneté – cittadinanza attiva»
Seite 98

Jahrestagung der Eidgenössischen
Kommission für Migrationsfragen
Journée nationale de la Commission
fédérale pour les questions
de migration
Giornata nazionale della Commissione
federale della migrazione
Citoyenneté – Partizipation neu denken
Citoyenneté – Redéfinir la participation
Citoyenneté – Ripensare la partecipa-
zione
Seite 102

Infothek
Infothèque
Infoteca
Thema / Thème / Tema «Citoyenneté»
Seite 104

Neue Publikationen der EKM
Nouvelles publications de la CFM
Nuove pubblicazioni della CFM
Seite 110

Neuerscheinungen
Vient de paraître
Nuove pubblicazioni
Seite 111

Ausblick/Aperçu/Scorcio
Die Schweiz verlassen.
Quitter la Suisse.
Lasciare la Svizzera.
Seite 118

«Ici on s'honore du titre de citoyen.»

Die vorliegende Nummer von *terra cognita* trägt den Titel «Citoyenneté», ein Begriff, für den es im Deutschen keine eindeutige Entsprechung gibt. «Citoyen» bezeichnet den Bürger, der in der Tradition und im Geist der Aufklärung eigenverantwortlich am Gemeinwesen teilnimmt und dieses mitgestaltet. Historisch basiert sein Selbstverständnis auf den Werten von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Schilder mit der Aufschrift «Ici on s'honore du titre de citoyen» zierten während der Französischen Revolution öffentliche Plätze. Dem deutschen «Bürger» fehlt diese leidenschaftliche Verbindung von Freiheit und Demokratie. Als Teil einer eingeschworenen Gemeinschaft kamen ihm gewisse Privilegien zu. Für diesen Besitzbürger gibt es im Französischen die mitunter abschätzig verwendete Bezeichnung des «Bourgeois».

Mit dem Werden der modernen Schweiz wurde der Bürger zum Staatsbürger, und sowohl die industrielle Entwicklung als auch die Freizügigkeit über Kantonsgrenzen hinweg führten zur Durchmischung der Bevölkerung. Die Integration dieser heterogenen Bevölkerung war die vorrangige Aufgabe des jungen Bundesstaats. Ausserkantonale konnten erst nach zähen Auseinandersetzungen dort, wo sie sich niedergelassen hatten, auch mitreden und mitentscheiden. Historisch gesehen stellten Kantone und Gemeinden, wenn es um die Zuerkennung politischer Rechte ging, auf den Wohnsitz ab. An die Stelle der Bürgergemeinden traten die Einwohnergemeinden, welche Steuern erhoben und den «Citoyens» politische Rechte einräumten. Da und dort wurden nicht nur jene Bewohner mit den vollen politischen Rechten ausgestattet, die einem anderen Kanton angehörten, sondern auch aus einem anderen Land Zugewanderte.

Aktives und eigenverantwortliches Engagement

Die Diskussion über Partizipation darf jedoch nicht auf die politischen Rechte im engeren Sinn reduziert werden. Eine Vielzahl anderer Möglichkeiten erlaubt es der gesamten Bevölkerung, auf öffentliche Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einzuwirken. Dies zeigen diverse Beispiele. *Shqipe Bajrami* war im Café Secondas, wo Nachkommen von Im-

migranten selbstbewusst an die Öffentlichkeit treten. *Astrit Tsaka* berichtet über das Projekt «albinfo.ch», eine Internetplattform mit News für die Albanischsprechenden in der Schweiz. *Denis Torche* stellt das Projekt «baloti.ch» vor, eine Online-Plattform, welche es Ausländerinnen und Ausländern ermöglicht, virtuell an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen. *Francesco Mismirigo* nimmt einen Augenschein in Chiasso, wo die Behörden auf Ausländerinnen und Ausländer zugehen und gemeinsam nach Wegen suchen, um das Zusammenleben in der Grenzgemeinde zu verbessern.

Da Migrantinnen und Migranten in vielen politischen Bereichen die direkte Mitwirkung verwehrt ist, gibt es auf allen Ebenen des föderalistischen Bundesstaates Konsultativorgane und Migrantenorganisationen, die sich stellvertretend für die Interessen von Zugewanderten einsetzen. *Dominik Weber* zeigt auf, mit welchen Herausforderungen die Migrantenvereine im Kanton St. Gallen konfrontiert sind. Der Beitrag von *Brigitte Arn* und *Lena Emch-Fassnacht* vermittelt einen Überblick über die Vielfalt kommunaler Konsultativ- und Partizipationsorgane. Ihre Schlussfolgerung ist klar: Informelle Formen der Partizipation haben eine wichtige Funktion, sind jedoch bestenfalls eine Ergänzung, niemals aber ein Ersatz für das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer.

Die Einbürgerung – das Nadelöhr für die volle politische Partizipation

Dem liberalen Geist von «Citoyenneté» verpflichtet, legt *Martina Caroni* dar, dass politische Partizipation natürlicherweise im Interesse des demokratischen Staates sein muss. Politische Mitsprache und Mitgestaltung begünstige ein harmonisches und respektvolles Zusammenleben und fördere so die Integration der Gesellschaft. Der Beitrag von *Stéphane Lathion* zeigt, dass auch Muslime diese Sichtweise teilen. Sie wollen nicht länger pauschal als Angehörige muslimischen Glaubens etikettiert, sondern als «Citoyens» wahrgenommen werden. Sich zu engagieren heisst sich zu artikulieren: die Schriftstellerinnen und Schriftsteller *Dragica Rajčić*, *Bessa Myftiu* und *Alberto Nessi* liefern eindrucksvolle Beispiele. Das Argument, dass die Einbürgerung der Königsweg zur politischen Partizi-

pation sei, ist vor allem in der Deutschschweiz weit verbreitet. Aus diesem Grund wirft *terra cognita* in dieser Nummer auch einen Blick auf den Erwerb der Staatsbürgerschaft.

Schweizerin und Schweizer wird man durch Geburt. Wer den Integrationsbeweis erbringt, kann es auch werden. Die Staatsbürgerschaft kann man aber auch verlieren. *Susin Park* berichtet über Menschen, die staatenlos sind. *Anina Gidkoff* zeigt auf, wie Schweizerinnen, die sich mit einem Ausländer verheirateten, die Staatsbürgerschaft und damit die Bürgerrechte bis ins 20. Jahrhundert hinein aberkannt und auch deren Kindern vorenthalten wurden. Sie schlägt einen Bogen zu jüngst erhobenen Forderungen, ein «Bürgerrecht auf Probe» einzuführen. Die persönlichen Erfahrungen von *Fiammetta Jahreiss*, die mit der Heirat mit einem Schweizer auch gleich den Schweizer Pass zugesprochen erhielt, zeigen, dass der rasche Zugang zu den politischen Rechten entscheidend für ein späteres politisches Engagement sein kann. Auswanderer sind das Thema im Beitrag von *Antonio Hodgers*. Er berichtet über Nachkommen von Schweizerinnen und Schweizern, die sich heute ausser Stande sehen, sich einzubürgern, weil das geltende Recht einen engen Bezug zur Schweiz verlangt.

Nirgends in der Welt ist das Verhältnis zwischen Bürgern und Ausländern so unausgewogen, wie in den Arabischen Emiraten, wo heute lediglich noch 15 Prozent der Bevölkerung Staatsangehörige sind. *Gianluca Parolin* führt uns in die Golfstaaten, welche nach der Unabhängigkeit von Grossbritannien eigene Staatsbürgerschaftsgesetze einführten.

Politische Partizipation im Spannungsfeld von Demokratie und Migration

Idealtypisch geht das Konzept des demokratischen Staatswesens von homogenen Bevölkerungsgruppen aus, die in einem klar umrissenen nationalen Territorium leben, mitreden und mitentscheiden. Durch internationale Migration verändert sich die Situation. In der Schweiz leben heute mehr als 550'000 Eingebürgerte. 1,6 Millionen Menschen sind nicht Schweizer Staatsangehörige. Eine Million von ihnen lebt länger als 10 Jahre in der Schweiz; 350'000 sind hier geboren. Auf der anderen Seite leben 700'000 Schweizer Staatsangehörige im Ausland, und Menschen, die die Staatsangehörigkeit mehrerer Staaten besitzen, sind auch in der Schweiz keine Ausnahme mehr. Seit den 1980er-Jahren wird deshalb über neue Formen der politischen Partizipation nachgedacht.

Simone Zurbuchen berichtet in ihrem Beitrag über die Unionsbürgerschaft, welche die nationale Bürgerschaft nicht ersetzt, sondern ergänzt. *Simone Prodolliet* hat *Claudio Micheli* getroffen, der als «Schweizer» über seine politische Tätigkeit im italienischen Senat berichtet. *Luzius Stucki* zeichnet den langen Kampf nach, der Auslandschweizerinnen und -schweizer zum Stimm- und Wahlrecht verhalf.

Aus der Sicht von *Rainer Bauböck* schliessen sich Forderungen der politischen Öffnung gegenüber Schweizern im Ausland und Ausländern im Inland nicht aus. Vielmehr besteht in seinen Augen ein Anspruch auf «Citoyenneté», wenn aufgrund persönlicher Lebensumstände eigene Interessen mit dem kollektiven Gemeinwohl verknüpft sind. Während die politischen Rechte für Auslandschweizerinnen und -schweizer in den vergangenen Jahren sukzessive ausgebaut wurden, ist die politische Integration der ausländischen Bevölkerung insbesondere in der Deutschschweiz stark umstritten. Zu diesem Schluss kam auch *Urs Meuli*, als er die Aargauer Lokalparteien fragte, ob sie bereit wären, sich für das Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer stark zu machen. *Pascale Steiner* geht der Frage nach, ob diese anders stimmen und wählen würden.

Gretchenfrage: Wer ist das Volk?

Genau so wie der Begriff des «Citoyen» keine eindeutige Entsprechung im Deutschen hat, hat auch die Bezeichnung «Volk» im Französischen kein Pendant. «Peuple» hat eine ethnische, «Souverain» eine rechtliche und politische Komponente. Die Angehörigen eines Volkes im ethnischen Sinn sind jedoch nicht zwingend identisch mit der Menge der Wahlberechtigten in einem Staat. Die Vorstellung, wer zum Volk gehört, hat sich im Laufe der Zeit stark verändert. *Elisabeth Joris* zeichnet diesen Wandel nach. Während es 1848 die Männer christlichen Glaubens waren, die auf Bundesebene über die vollen Bürgerrechte verfügten, wurden mit der Verfassung von 1874 auch Juden in den Kreis der Bürger aufgenommen. Mit der Integration der Schweizer Bevölkerung in den Bundesstaat erhielt die Unterscheidung zwischen Staatsangehörigen und Ausländern zunehmende Bedeutung. Während die bürgerlichen und sozialen Rechte nach dem Zweiten Weltkrieg sukzessive auf die ausländische Bevölkerung ausgeweitet wurden, entwickelten sich die politischen Rechte zum Privileg der Schweizer Männer. Erst im Jahr 1971 wurden die Frauen politisch integriert.

Parlamentarische Vorstösse zugunsten des Stimm- und Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer auf Bundesebene waren bisher zum Scheitern verurteilt. Mehr bewegt sich in den Kantonen und Gemeinden: Fast überall in der französischsprachigen Schweiz wurden die formalen politischen Rechte für Ausländerinnen und Ausländer in den letzten zwanzig Jahren ausgedehnt. Auch in der Deutschschweiz ist einiges in Bewegung. Alleine in diesem Jahr wurde in drei Kantonen über das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer abgestimmt. Auch wenn es noch mehrheitlich abgelehnt wird, die Zeit scheint reif, dass die Deutschschweiz dem Beispiel der welschen Kantone folgt. Damit es dereinst auch in Luzern oder Frauenfeld heisst: «Ici on s'honore du titre de citoyen.»

Pascale Steiner erarbeitet im Sekretariat der EKM Grundlagen zur Migrationspolitik.

« Ici on s’honore du titre de citoyen. »

Le présent numéro de *terra cognita* s’intitule « Citoyenneté », une notion bien française. Le citoyen est la personne qui, dans la tradition et l’esprit des Lumières, prend une part active, sous sa propre responsabilité, à la chose publique et contribue à la façonner. Historiquement, la notion de citoyenneté repose sur les valeurs de liberté, d’égalité et de fraternité. Des écriteaux portant l’inscription « Ici on s’honore du titre de citoyen » étaient affichés dans les lieux publics pendant la Révolution française. Peu d’autres citoyens du monde ont un lien aussi fervent et passionné avec la liberté et la démocratie. Ainsi, certains privilèges revenaient au citoyen qui adhérerait à un tel pacte. En français, on qualifiait ces citoyens de « bourgeois », terme qui aujourd’hui revêt une connotation quelque peu dévalorisante.

L’avènement de la Suisse moderne a fait du simple citoyen un citoyen doté d’une nationalité, et tant le développement industriel que la libre circulation entre les cantons ont entraîné le brassage de la population. L’objectif prioritaire du jeune Etat fédéral consistait à intégrer cette population hétérogène. C’est seulement après d’âpres négociations que les personnes non originaires du canton purent participer aux débats et aux décisions. Du point de vue historique, les cantons et les communes se fondaient sur le domicile lorsqu’il s’agissait d’attribuer des droits politiques.

Les communes de citoyens ont été remplacées par des communes d’habitants qui percevaient des impôts et octroyaient des droits politiques aux citoyens. Ça et là, les pleins droits politiques n’étaient pas seulement octroyés aux habitants originaires d’un autre canton, mais aussi aux immigrés venus d’un autre pays.

Un engagement actif responsable

La discussion sur la participation politique ne doit pas être réduite uniquement aux droits politiques au sens étroit. Une multitude d’autres possibilités permettent à l’ensemble de la population d’agir sur des processus de décision et de formation de l’opinion publique. Divers exemples montrent d’autres possibilités d’exercer une influence. *Shqipe Bajrami* s’est rendue au Café Secondas, où des migrantes de la deuxième génération

font valoir leurs compétences. *Astrit Tsaka* présente le projet « albinfo.ch », une plateforme internet présentant des nouvelles destinées aux albanophones résidant en Suisse et *Denis Torche* présente le projet « baloti.ch », une plateforme en ligne qui permet aux étrangers de participer virtuellement à des élections et à des votations. *Francesco Mismirigo* décrit l’exemple de Chiasso, où les autorités vont à la rencontre des étrangers et cherchent avec eux des voies permettant d’améliorer la cohabitation au sein de cette commune frontalière.

Etant donné que, dans de nombreux domaines politiques, la participation directe est interdite aux migrants, il existe à tous les niveaux de l’Etat fédéraliste des organes consultatifs et des organisations de migrants qui s’engagent pour représenter les intérêts des immigrés. *Dominik Weber* montre les défis auxquels sont confrontées les associations de migrants dans le canton de Saint-Gall. La contribution de *Brigitte Arn* et *Lena Emch-Fassnacht* est un aperçu de la multiplicité des organes consultatifs et participatifs existant au niveau des communes. Leur conclusion est claire : les formes informelles de la participation ont une fonction importante, mais ne sont, dans le meilleur des cas, qu’un complément, et ne remplaceront jamais le droit de vote et d’éligibilité accordé aux étrangers.

La naturalisation, passage étroit vers une pleine participation politique

Esprit libéral de la « citoyenneté » oblige, *Martina Caroni* présente la manière dont la participation politique doit naturellement agir dans l’intérêt de l’Etat démocratique. La participation politique favoriserait une cohabitation harmonieuse et respectueuse, et faciliterait ainsi l’intégration dans la société. La contribution de *Stéphane Lathion* montre que les musulmans partagent, eux aussi, cette manière de voir. Ils ne veulent plus être étiquetés en bloc comme des membres de la religion musulmane, mais souhaitent être considérés comme citoyens. S’engager c’est s’exprimer : les écrivains *Dragica Rajčić*, *Bessa Myftiu* et *Alberto Nessi* livrent des exemples impressionnants. L’argument selon lequel la naturalisation serait la voie royale menant à la participation politique est largement répandu, surtout en Suisse alémanique. C’est la raison pour la-

quelle *terra cognita* consacre également le présent numéro à l’acquisition de la citoyenneté.

On devient Suisse par naissance. Quiconque apporte la preuve de son intégration peut également le devenir. Mais on peut aussi perdre sa citoyenneté. *Susin Park* parle de personnes qui sont apatrides. *Anina Gidkoff* explique comment des Suissesses qui ont épousé un étranger ont été déchues de leur nationalité et de leurs droits civiques jusqu’au 20^e siècle, et n’ont pu, de ce fait, les transmettre à leurs enfants. Pour répondre à des exigences formulées tout récemment, elle envisage une solution intermédiaire visant à introduire un « droit civique à l’essai ». Les expériences personnelles de *Fiammetta Jahreiss* qui, de par son mariage avec un Suisse, a également obtenu l’octroi d’un passeport suisse, montrent que pour elle l’accès rapide aux droits politiques a été décisif pour son engagement politique ultérieur. Les émigrés font l’objet de la contribution de *Antonio Hodgers*. Son article porte sur les descendants de Suisses qui se voient aujourd’hui incapables de devenir citoyens suisses : pour acquérir la nationalité, ils doivent avoir des liens étroits avec la Suisse.

Nulle part ailleurs dans le monde, le rapport entre citoyens et étrangers n’est aussi déséquilibré que dans les Emirats arabes, où actuellement seuls 15 pour cent de la population sont encore des citoyens. *Gianluca Parolin* nous emmène dans les pays du Golfe Persique qui ont introduit leurs propres lois sur la citoyenneté après avoir acquis leur indépendance de la Grande-Bretagne. A l’instar de celles de la Suisse, ces lois reposent sur le principe de l’origine.

Conflit entre démocratie et migration

Le concept de l’Etat démocratique part idéalement de l’idée de groupes homogènes de la population qui vivent, discutent et prennent des décisions dans un territoire national aux contours clairs. La migration internationale modifie considérablement cette image d’homogénéité. Plus de 550’000 personnes naturalisées vivent aujourd’hui en Suisse. 1,6 million de personnes ne sont pas de nationalité suisse. Un million d’entre elles vivent depuis plus de dix ans en Suisse ; 350’000 sont nées dans notre pays. En revanche, 700’000 citoyens suisses vivent à l’étranger. Les personnes possédant la nationalité de plusieurs Etats ne constituent plus non plus une exception en Suisse. Depuis les années 1980, de telles évolutions ont entraîné le développement de nouvelles formes de participation politique.

Dans sa contribution, *Simone Zurbuchen* rapporte sur la citoyenneté de l’UE qui ne remplace pas la citoyenneté nationale mais s’y ajoute. *Simone Prodoliet* a rencontré *Claudio Micheloni* qui informe, en sa qualité de « Suisse », sur ses activités politiques au Sénat italien. *Luzius Stucki* décrit la longue lutte qui a permis aux Suisses de l’étranger d’obtenir le droit de vote et d’élection.

Du point de vue de *Rainer Bauböck*, les exigences d’ouverture politique à l’égard des Suisses de l’étranger et à l’égard des étrangers dans notre pays ne s’excluent pas. A ses yeux, un droit à la citoyenneté existe au contraire lorsqu’en raison de conditions de vie personnelles, des intérêts individuels sont liés au bien-être collectif. Alors qu’au cours des dernières années, les droits politiques des Suisses de l’étranger ont été progressivement étendus, l’intégration politique de la population étrangère a été fortement contestée, en particulier en Suisse alémanique. *Urs Meuli* est également parvenu à cette conclusion lorsqu’il a demandé aux partis locaux argoviens s’ils seraient prêts à s’engager en faveur du droit de vote pour les étrangers. *Pascale Steiner*, quant à elle, se pose la question de savoir si les étrangers voteraient différemment des Suisses.

Question délicate : qui est le peuple ?

De même que la notion de « citoyen » est une notion bien française, le terme allemand de « Volk » n’a pas son pendant en français. Le terme de « peuple » contient une composante ethnique, celui de « souverain » une composante juridique et politique. Les membres d’un peuple au sens ethnique du terme ne sont pourtant pas obligatoirement identiques au nombre de votants domiciliés dans un Etat. La représentation de ce qui constitue le « peuple » a évolué au fil du temps. *Elisabeth Joris* décrit ce changement. Alors qu’en 1848, les hommes de religion chrétienne étaient des citoyens à part entière jouissant de pleins droits au niveau fédéral, la Constitution de 1874 a également inclus les Juifs dans la catégorie des citoyens. Avec l’intégration de la population suisse dans l’Etat fédéral, la différenciation entre citoyens et ressortissants étrangers a gagné en importance. Alors que les droits sociaux et citoyens ont été progressivement étendus à la population étrangère, après la Seconde Guerre mondiale, les droits politiques ont évolué pour devenir l’apanage des hommes helvétiques. Ce n’est qu’en 1971 que les femmes ont été intégrées sur le plan politique.

Les interventions parlementaires menées en faveur du droit de vote et d’éligibilité accordé aux étrangers au niveau fédéral ont été jusqu’ici vouées à l’échec. Les choses avancent davantage dans les cantons et les communes : au cours des vingt dernières années, les droits politiques formels ont été étendus aux étrangers presque partout en Suisse romande. Les choses bougent aussi un peu en Suisse alémanique. Ne serait-ce qu’au cours de cette année, trois cantons se sont prononcés sur la question du droit de vote et d’éligibilité accordé aux étrangers. Même si ces droits sont encore refusés par une majorité, c’est le moment, semble-t-il, pour la Suisse alémanique de suivre l’exemple des cantons romands. Afin que l’on puisse aussi dire un jour à Lucerne ou à Frauenfeld : « Ici on s’honore du titre de citoyen. »

Pascale Steiner élabore, au sein du Secrétariat de la CFM, les bases de la politique de migration.

«Ici on s'honore du titre de citoyen.»

La presente edizione di *terra cognita* porta il titolo «Citoyenneté», che in italiano si può tradurre pressapoco con «cittadinanza». Nella lingua francese «citoyen» designa il cittadino che, nella tradizione e nello spirito dell'Illuminismo, prende una parte attiva e responsabile alla collettività, contribuendo a darle forma. Storicamente la sua consapevolezza si basa sui valori di libertà, uguaglianza e fraternità. Durante la Rivoluzione francese il motto «Ici on s'honore du titre de citoyen» era iscritto sulle piazze pubbliche. Ad esso si ispira ancor oggi l'identità della popolazione. Chi non è cittadino francese fatica a sentire tutta la forza di questo vincolo tra libertà e democrazia. La società accordava determinati privilegi degni di protezione a coloro che aderivano a tale patto. Per indicare tali detentori di privilegi, in francese si usava il termine di «bourgeois», che nel frattempo ha preso però una connotazione svalorizzante.

Con l'avvento della Svizzera moderna si è passati a un'altra accezione del termine di cittadino. Lo sviluppo industriale e la libera circolazione tra i Cantoni hanno generato una mescolanza della popolazione. Il giovane Stato federale si è trovato di fronte alla necessità di integrare tutti questi gruppi eterogenei di popolazione. Sono occorse trattative molto combattute perché cittadini extra-cantionali venissero accettati come aventi voce in capitolo nel luogo di residenza. Storicamente i Cantoni e i Comuni si sono basati sulla residenza per concedere i diritti politici.

Poco a poco i patriziati hanno lasciato il posto ai Comuni, le cui prerogative consentivano loro di prelevare le imposte e concedere i diritti politici ai «citoyens». Qua e là venivano concessi i pieni diritti politici non solo a persone provenienti da un altro Cantone, bensì addirittura da un altro Paese.

Impegno attivo e responsabile

La discussione sulla partecipazione politica non può però essere ridotta ai soli diritti politici in senso stretto. La popolazione dispone di molte altre possibilità di intervenire nella formazione dell'opinione pubblica e nei processi decisionali. Diversi altri esempi illustrano modi possibili di esercitare un influsso. *Shqipe Bajrami* ha osservato le donne che frequentano il Café Secondas, constatando come queste straniere della

seconda generazione evolvono con disinvoltura sulla scena pubblica. *Astrit Tsaka* presenta il progetto «albinfo.ch», piattaforma internet che diffonde notizie destinate agli albanofoni in Svizzera e *Denis Torche* presenta il progetto «baloti.ch», piattaforma in rete grazie alla quale gli stranieri possono partecipare virtualmente alle elezioni e votazioni. *Francesco Mismirigo* illustra l'esempio di Chiasso, dove autorità e stranieri uniscono le loro forze per migliorare la coabitazione entro questa cittadina di frontiera.

Molti ambiti politici sono chiusi alla partecipazione diretta dei migranti, tuttavia esistono a tutti i livelli dello Stato federale organi consultivi e organizzazioni di migranti che rappresentano gli interessi degli immigrati e s'impegnano a loro favore. *Dominik Weber* mostra le sfide cui sono confrontate le associazioni di migranti del Canton San Gallo. Il contributo di *Brigitte Arn* e *Lena Emch-Fassnacht* offre uno scorcio sui molteplici organi consultivi e partecipativi esistenti a livello comunale. La loro conclusione è chiara: nonostante rivestano una funzione importante, le forme di partecipazione informali sono tutt'al più un complemento, non già un sostitutivo del diritto di voto e di eleggibilità degli stranieri.

Naturalizzazione – la cruna dell'ago verso la piena partecipazione politica

Fedele allo spirito liberale su cui poggia la nozione di «citoyenneté», *Martina Caroni* spiega come la partecipazione politica debba naturalmente agire nell'interesse dello Stato. La partecipazione al discorso e all'organizzazione statale favorisce una coabitazione armonica e rispettosa ed è pertanto fautrice d'integrazione di tutte le componenti della società. Il contributo di *Stéphane Lathion* mostra come vi siano dei musulmani che condividono questo punto di vista. Queste persone non vogliono più essere stigmatizzate arbitrariamente a motivo della loro appartenenza al credo islamico, bensì chiedono di essere considerate quali «citoyens». Impegnarsi è realizzarsi: gli scrittori *Dragica Rajčić*, *Bessa Myftiu* e *Alberto Nessi* danno esempi impressionanti. L'argomento secondo cui la naturalizzazione è la via maestra verso la partecipazione politica è molto diffuso, soprattutto nella Svizzera tedesca. La

presente edizione di *terra cognita* vi si sofferma di proposito, offrendo uno scorcio sull'acquisto della cittadinanza.

Svizzeri si diventa per nascita. Ma lo si può diventare anche dopo aver dimostrato di essere integrati. Non da ultimo, la cittadinanza la si può anche perdere. *Susin Park* narra di persone che sono pertanto apolidi. *Anina Gidkoff* mostra come fino a 20° secolo inoltrato una cittadina svizzera che sposava uno straniero perdeva la propria cittadinanza e i propri diritti civili e non poteva pertanto trasmetterli ai figli. Si distanzia dalle recenti rivendicazione che chiede l'introduzione di una «cittadinanza alla prova». Le esperienze personali di *Fiammetta Jahreiss*, che sposando un cittadino svizzero si è vista concedere la cittadinanza del marito, mostrano che un accesso rapido ai diritti politici può essere decisivo per un ulteriore impegno politico. Gli emigranti sono al centro del contributo di *Antonio Hodgers*. Egli narra di discendenti di cittadini svizzeri all'estero che attualmente non possono farsi naturalizzare perché la naturalizzazione presuppone vincoli stretti con la Svizzera.

In nessun'altra parte del mondo il rapporto numerico tra cittadini e stranieri presenta un tale disequilibrio come negli Emirati Arabi, la cui popolazione annovera solo il 15 per cento di propri cittadini. *Gianluca Parolin* ci conduce negli Stati del Golfo, che dopo l'indipendenza dalla Gran Bretagna hanno introdotto leggi proprie in materia di cittadinanza. Come la legislazione svizzera, anche quella di questi Paesi si fonda sul principio della discendenza (cittadinanza alla nascita).

Partecipazione politica tra democrazia e migrazione

Idealmente la nozione di Stato democratico postula gruppi di popolazione omogenei che vivono in un territorio nazionale chiaramente definito e vi esercitano il loro diritto di espressione e di codecisione. La migrazione internazionale modifica di parecchio quest'immagine ideale di omogeneità. In Svizzera vivono attualmente oltre 550'000 persone naturalizzate. Delle persone residenti nel nostro Paese, 1,6 milioni non sono cittadini svizzeri. Un milione di queste vivono in Svizzera da oltre 10 anni e 350'000 sono nate qui. In compenso vi sono 700'000 cittadini svizzeri che si sono stabiliti all'estero. Le persone con più di una cittadinanza non sono più un'eccezione nemmeno in Svizzera. Questi sviluppi hanno originato, dagli anni 1980 a questa parte, nuove forme di partecipazione politica.

Simone Zurbuchen presenta la cittadinanza comunitaria (UE), la quale non sostituisce ma completa la cittadinanza nazionale. *Simone Prodolliet* ha incontrato *Claudio Micheloni*, il quale narra in qualità di «Svizzero» la sua attività politica nel Senato italiano. *Luzius Stucki* illustra la lunga lotta degli Svizzeri all'estero per l'ottenimento del diritto di voto e di eleggibilità. Secondo *Rainer Bauböck* le esigenze di maggiore apertura po-

litica nei confronti degli Svizzeri all'estero e degli stranieri in Svizzera non si escludono a vicenda. Al contrario, è sua convinzione che il diritto alla «citoyenneté» vada di pari passo con il benessere generale. Negli ultimi anni i diritti degli Svizzeri all'estero sono stati sviluppati considerevolmente. Nel contempo, soprattutto nella Svizzera tedesca, è andata delineandosi la tendenza a contestare l'integrazione politica degli stranieri. È quanto osserva anche *Urs Meuli*, che giunge a tale conclusione dopo aver intervistato i partiti locali del Cantone Argovia circa la loro disponibilità o meno ad impegnarsi a favore del diritto di voto per gli stranieri. *Pascale Steiner*, lei, si chiede se gli stranieri voterebbero diversamente dei Svizzeri.

Questione delicata: chi è il popolo?

Così come non vi è l'esatto corrispettivo italiano della nozione di «citoyen», non vi è nemmeno quello della nozione tedesca di «Volk». «Popolo» ha una valenza etnica, «Sovrano» una giuridica e politica. Ora, i membri di un popolo nell'accezione etnica del termine non sono necessariamente assimilabili alla massa degli aventi diritto di voto e eleggibilità in uno Stato. La questione di sapere chi appartiene al popolo è fortemente evoluta nel corso della storia. *Elisabeth Joris* illustra tale evoluzione. Se nel 1848 solo gli uomini di appartenenza cristiana godevano dei pieni diritti civili, con la Costituzione del 1874 – su pressione esercitata dall'estero – tale cerchia è stata estesa anche agli ebrei. Con l'integrazione della popolazione svizzera nello Stato federale, la distinzione tra cittadini e stranieri ha acquisito maggiore rilevanza. Se i diritti civili e sociali sono andati viepiù estendendosi agli stranieri, i diritti politici sono divenuti un privilegio riservato ai soli uomini svizzeri. Solo nel 1971, nonostante le forti resistenze, anche le donne sono state ammesse a esercitare tale diritto.

Sino ad ora gli interventi parlamentari a favore del diritto di voto e di eleggibilità per gli stranieri a livello federale erano sistematicamente votati all'insuccesso. Le cose si smuovono maggiormente a livello cantonale e comunale: in quasi tutta la Svizzera romanda gli stranieri hanno ottenuto, negli ultimi vent'anni, l'accesso ai diritti politici formali. Anche in Svizzera tedesca poco a poco le cose si smuovono. Nell'anno in corso tre Cantoni hanno votato sulla concessione dei diritti politici per gli stranieri. Sebbene i risultati siano perlopiù negativi, questo segno dei tempi sembra significare che a medio termine anche la Svizzera tedesca seguirà l'esempio dei Cantoni romandi. Allora si potrà dire anche a Lucerna o Frauenfeld: «Ici on s'honore du titre de citoyen.»

Pascale Steiner è attiva in seno alla Segreteria della CFM, dove elabora basi per la politica migratoria.

Fit fürs Bürgerrecht?

«Bürger ist man nicht, Bürger wird man. Politische Rechte wahrnehmen kann nur, wer über das Wissen verfügt, wie unser demokratisches System funktioniert.» Mit solchen Haltungen sehen sich heute Ausländerinnen und Ausländer konfrontiert, die sich einbürgern lassen wollen. Diese Erfahrung machte auch Hadi Barkat, als er zum Einbürgerungsgespräch ins Rathaus von Lausanne vorgeladen wurde. Damit sich der Weg zum Schweizer Pass aufatet, musste der algerische Staatsangehörige zahlreiche Antworten auf Fragen zur Geschichte der Schweiz, zu seinem Wohnort und zu den Sitten und Gebräuchen beantworten. Die Unterlagen, mit denen sich der Informatikingenieur auf die Prüfung vorbereitet hatte, schienen ihm derart trocken, dass er beschloss, ein Spiel zu entwickeln, mit dem sich der gleiche Stoff auf lustvolle Weise erlernen liess. So entwickelte er *Helvetiq*. In der Folge suchte er die Zusammenarbeit mit Philippe Becquelin, dem Cartoonisten von *Mix&Remix*. Die Spielkarten aus *Helvetiq* wurden für die Illustrationen in diesem Heft verwendet.

Hadi Barkat hatte Einbürgerungswillige vor Augen, von denen erwartet wird, dass sie sich ein breites staatsbürgerliches Wissen aneignen, bevor sie in den Kreis der Bürgerinnen und Bürger aufgenommen werden. Inzwischen entdecken auch gebürtige Schweizerinnen und Schweizer dieses Spiel und stellen fest, dass es einfacher ist, als «Citoyen» zur Welt zu kommen, denn ein solcher zu werden.

Helvetiq ist im Handel erhältlich: www.helvetiq.ch

Prêts pour la citoyenneté ?

«On ne naît pas citoyen, on le devient. Ce n'est que lorsqu'on sait comment notre système démocratique fonctionne que l'on peut appréhender des droits politiques.» C'est à de telles attitudes que sont aujourd'hui confrontés des étrangers qui veulent obtenir la naturalisation. C'est l'expérience qu'a vécue Hadi Barkat, lorsqu'il a été convoqué à l'Hôtel de Ville de Lausanne pour un entretien concernant sa naturalisation. Pour que s'ouvre pour lui la voie vers un passeport suisse, ce ressortissant algérien a dû répondre à de nombreuses questions concernant l'histoire de la Suisse, son lieu de domicile et les us et coutumes de notre pays. Les documents qui ont servi à cet ingénieur en informatique à se préparer à cet examen lui ont paru tellement arides qu'il a décidé de développer un jeu permettant d'apprendre la matière à connaître de manière plus ludique. C'est ainsi qu'est né *Helvetiq*. Par la suite, il a recherché une collaboration avec Philippe Becquelin, le dessinateur de *Mix&Remix*. Les cartes du jeu de *Helvetiq* ont été utilisées pour illustrer le présent numéro de la revue.

Hadi Barkat destinait son jeu aux candidats à la naturalisation dont on attend qu'ils acquièrent de vastes connaissances en civisme avant qu'ils soient admis dans le cercle des citoyens. Mais entre-temps, des Suisses ont eu vent de son jeu et découvrent à leur tour qu'il est plus facile de naître en tant que citoyen suisse que de le devenir ultérieurement.

Helvetiq est disponible dans le commerce : voir www.helvetiq.ch

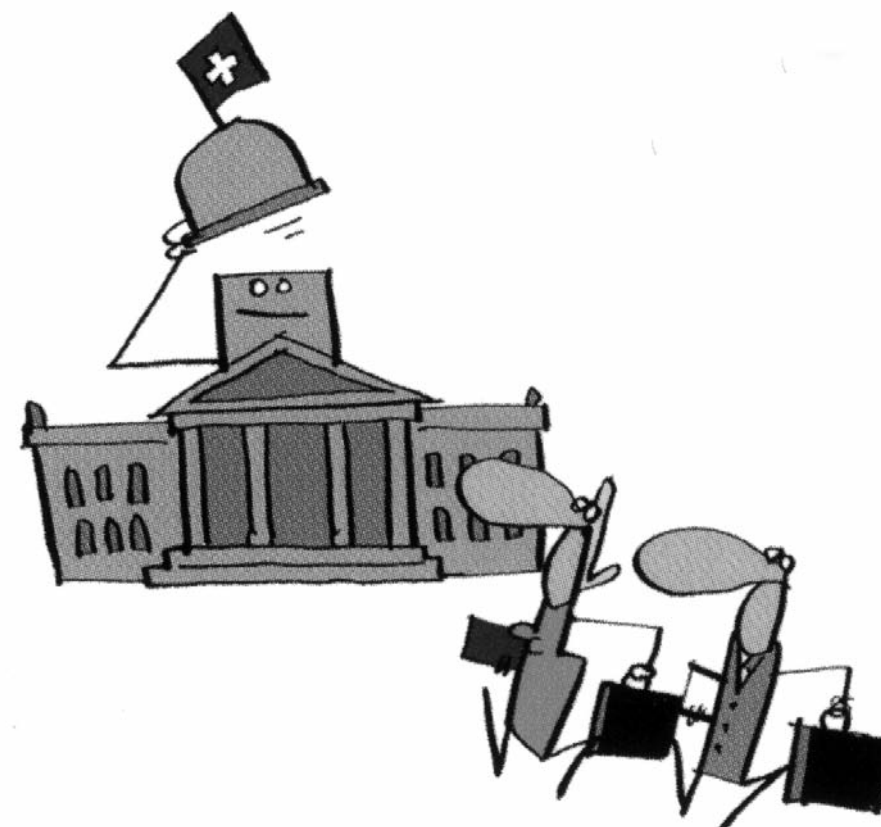
In forma per la cittadinanza?

«Cittadini non si nasce, si diventa. I diritti politici spettano solo a chi conosce il funzionamento del nostro sistema democratico.» Gli stranieri desiderosi di farsi naturalizzare sono confrontati con atteggiamenti del genere. Anche Hadi Barkat ha fatto quest'esperienza, al momento di presentarsi al municipio di Losanna per un colloquio in vista della naturalizzazione. Per aprirsi un cammino verso il passaporto svizzero, il cittadino algerino ha dovuto rispondere a numerose domande sulla storia svizzera, sul suo luogo di domicilio e sugli usi e costumi svizzeri. Questo ingegnere in informatica ha trovato che la documentazione fornitagli per la preparazione del colloquio era piuttosto scoraggiante. Ha pertanto deciso di inventare un gioco per imparare in maniera più divertente tutto quanto occorre sapere per farsi naturalizzare. Ne è nato il gioco di società *Helvetiq*. In seguito Hadi Barkat si è avvalso della collaborazione di Philippe Becquelin, di cui ben conosciamo *Mix&Remix*. Le carte di questo gioco di società illustrano la presente edizione.

Hadi Barkat si è calato nelle vesti di un candidato alla naturalizzazione da cui ci si aspetta che assimili un ampio bagaglio di conoscenze civiche prima ancora di essere accettato nella cerchia dei cittadini. Nel frattempo il gioco è apprezzato anche da numerosi cittadini «svizzeri dalla nascita», che grazie a tale strumento ludico prendono coscienza di quanto sia più facile nascere svizzeri che diventarlo.

Helvetiq è ottenibile nei commerci: www.helvetiq.ch

Wen repräsentiert der Ständerat?



Der Ständerat repräsentiert die Kantone.

Integrarsi per partecipare o partecipare per integrarsi?

La naturalizzazione come unico mezzo per poter partecipare a tutti gli effetti alla vita del paese? E come coronamento del processo di integrazione, quale che sia il significato che vogliamo dare a questa definizione? O non è piuttosto la partecipazione il punto di partenza per diventare cittadini, per potersi identificare con la realtà in cui viviamo? Integrarsi per partecipare o partecipare per integrarsi? La risposta è spesso dettata da ideologie e opinioni politiche controverse. Un tentativo tutt'altro che scientifico di fornire una risposta sulla base di un'esperienza assolutamente soggettiva di vita e d'impegno politico.

Il 7 maggio 2008, in occasione della mia elezione a presidente del Parlamento della città di Zurigo, dopo i saluti di rito ho cominciato il mio discorso di apertura con queste parole: «Quello che oggi è diverso dal solito è il fatto che un'immigrata di prima generazione, la cui lingua madre non è il tedesco e che non è cresciuta qui, ma arrivata a Zurigo da adulta, ricopra per un anno la carica politica più alta della città di Zurigo. Consentitemi di essere fiera. Non fiera di me stessa, ma di questa città. Questa elezione è la dimostrazione dell'apertura e della multiculturalità della nostra città – con particolare accento sulla parola nostra, quindi anche mia.»

Ma come sono arrivata a questo traguardo? Com'è stato il cammino dalle rive dell'Arno a quelle della Limmat? Un percorso esemplare? O un'eccezione, possibile solo grazie a presupposti particolarmente favorevoli?

Il punto di partenza: la naturalizzazione

Se nel 1976 mi avessero chiesto cosa sapessi della Svizzera, le prime cose che mi sarebbero venute in mente sarebbero state montagne, banche, orologi e cioccolata. Qualcosa di più l'ho imparato dai miei numerosi corsisti elvetici nella scuola per

stranieri di Firenze dove avevo cominciato a insegnare italiano per arrotondare il bilancio durante lo studio all'università. Dopo un mese potevo, se non altro, unirmi al coro per cantare «äs burebüebli mani nid» o «wen i nume wüsst wo ds vögellisi wär». Poi, fra la spiegazione della forma impersonale e quella del periodo ipotetico, è sbocciata una relazione italo-elvetica di carattere decisamente personale, che mi ha portato – dopo un anno di incontri a Como, viaggi notturni su sedili scomodissimi perché i soldi per la cuccetta non c'erano, discussioni in famiglia per le spese telefoniche – a decidere di tentare due mesi di convivenza nella città che oggi definisco senza esitazioni «la mia città»: Zurigo.

Durante questi due primi mesi i contatti con la realtà locale sono stati limitati: la mia vita si svolgeva principalmente nella casa in un quartiere periferico dove vivevamo in un monolocale (abitata soprattutto da personale della Swissair e stranieri), nella Biblioteca centrale, dove cercavo di scrivere la mia tesi di laurea, e nella mensa del Politecnico federale, dove ci incontravamo per il pranzo. Tuttavia osservavo ogni giorno con interesse la realtà che mi circondava. Ho tratto le debite conclusioni: non sono disposta a vivere un giorno di più in questo paese senza avere tutti i diritti. La legislazione allora in vigore in fatto di cittadinanza mi era favorevole: una straniera che sposava uno Svizzero riceveva su richiesta la cittadinanza svizzera. La logica soluzione del caso, quindi: ci sposiamo. Così ho cominciato l'opera di convinzione sul malcapitato, attingendo a tutte le risorse retoriche di cui disponevo (il fatto che comunicassimo in italiano era naturalmente a mio vantaggio) e alla fine ho potuto comunicare a parenti e amici la buona notizia: il mio trasferimento in Svizzera è definitivo, saluti e baci. Il mio è stato quindi, se vogliamo, un matrimonio d'interesse: mi sono sposata per ottenere la cittadinanza (evidentemente c'erano anche altre componenti, visto che il matrimonio dura ormai da 32 anni). Come che sia, due mesi dopo il matrimonio ho potuto ritirare il mio passaporto rossocrociato. E un mese dopo ho potuto partecipare per la prima volta alle votazioni. Il primo passo, almeno sulla carta, era fatto: formalmente ero diventata cittadina svizzera a tutti gli effetti. Ma da qui alla cittadinanza attiva, al sentirsi parte di una comunità, il passo è lungo e cosperso di ostacoli.

Parlare lo svizzero: un passo sulla via della partecipazione

Al mio arrivo in Svizzera le mie conoscenze del tedesco erano a dir bene elementari. Avevo sì frequentato corsi all'università, al Goethe Institut di Firenze, un corso estivo all'Università di Heidelberg. Ciononostante non ero in grado di spicciare una frase corretta senza impappinarmi. E per di più, quello che sentivo sulla strada, nei negozi, nelle interminabili serate tra amici era una lingua per me incomprensibile e inarticolata, con suoni sconosciuti che mi ricordavano i testi della saga dei Nibelunghi analizzati nei seminari di filologia. Per sei mesi ho taciuto (cosa per me inusuale e difficilissima) e ho cercato di migliorare le mie conoscenze del tedesco da autodidatta, soprattutto con la lettura prima di romanzi gialli, che hanno contenuti in qualche modo prevedibili, poi di quotidiani, che trattavano temi che mi interessavano. Ho cominciato a parlare tedesco, ma la cosa non è durata a lungo. La mia naturale e inconsapevole tendenza ad imitare le persone con cui parlo ha fatto sì che in brevissimo tempo la mia lingua parlata standard sia diventata lo svizzero. Un passo avanti, quindi sulla via della partecipazione attiva. Ma la meta era ancora lontana.

Partecipazione ad associazioni locali: una sfida essenziale

La partecipazione ad associazioni locali può facilitare il contatto con la realtà del paese in cui si vive: ma sarebbe pericoloso considerarlo un automatismo. Io questa realtà l'ho vissuta: non ci sono arrivata per calcolo, ma per caso. E questa partecipazione mi ha aperto le porte della politica attiva. Ma andiamo per ordine. Lo shock culturale forse maggiore l'ho avuto quando ho scoperto – parliamo di oltre 30 anni fa – che in Svizzera non esistevano istituzioni quali asili nido, scuole materne e via dicendo, e che veniva presupposto che una madre stesse a casa con i figli. Per me, cresciuta in una famiglia dove già le mie bisnonne lavoravano fuori casa per necessità, una brutta sorpresa. Così sono ricorsa ad un asilo «alternativo», basato sulla partecipazione dei genitori. Un'altra madre, attiva nell'associazione genitori del quartiere, un'associazione forte e combattiva, mi ha chiesto se non fossi interessata ad entrare nel direttivo. In un primo momento ho esitato: sarei stata accettata? E sapevo abbastanza bene la lingua per dire la mia? All'assemblea generale ho preso una decisione spontanea, mi sono candidata e sono stata eletta senza problemi. Due anni dopo ero presidente.

Dall'associazione alla politica di quartiere

Grazie all'associazione genitori ho potuto costruire una rete di contatti nel quartiere, e partecipare a gruppi di lavoro tematici – scuola, qualità di vita, traffico – sia a livello locale che a livello cittadino. E sono entrata a fare parte nel consiglio scolastico della mia circoscrizione come rappresentante dell'asso-

ciazione genitori. L'attività nel consiglio scolastico, che ho svolto per 11 anni, mi ha offerto la possibilità di conoscere in maniera diretta la mentalità e il modo di agire dei miei colleghi e colleghe nonché delle autorità scolastiche. E di impegnarmi in prima persona per facilitare la comprensione, a volte difficile, sia per motivi di lingua, sia per motivi di mentalità o di scarsa conoscenza, fra le famiglie immigrate e la scuola locale.

Trascorsi i quattro anni della legislatura e in vista delle prossime elezioni ho dovuto decidermi: la situazione era cambiata, e non sarebbe stato più possibile rimanere nel Consiglio scolastico come indipendente. La decisione per me è stata facile: sono entrata nel partito che avevo sempre votato e che rappresentava i valori a cui io stessa credo profondamente, primi fra tutti la solidarietà e la giustizia sociale, un partito abbastanza grande da consentire al suo interno anche opinioni divergenti. Pochi mesi dopo sono entrata a far parte del direttivo della mia sezione e l'anno successivo ero sulla lista per le elezioni del parlamento cantonale. Parallelamente all'attività politica nel quartiere mi sono impegnata nei temi specificamente legati all'immigrazione. In campo scolastico sono stata sette anni presidente della Commissione per l'integrazione degli alunni stranieri. E sono stata socia fondatrice del «SP Migration», un gruppo di lavoro nato all'interno del partito socialista della città di Zurigo per facilitare e sostenere la partecipazione degli immigrati alla vita politica. Quando nel 1998 mi è stato chiesto di candidarmi sulle liste per il Consiglio comunale ho accettato, alla condizione di avere una posizione a metà della lista e di poter dichiarare apertamente di voler dare una voce politica a quel 30 per cento di popolazione zurighese senza passaporto svizzero che non poteva esprimersi in prima persona. Questa mia affermazione mi ha procurato critiche feroci da parte di autorevoli compagni di partito, che sostenevano che su questa base non sarei stata mai eletta. Invece, con grande sorpresa di tutti, soprattutto mia, ho superato il candidato davanti a me sulla lista e, visto che avevamo vinto un seggio, mi sono ritrovata da un giorno all'altro Consigliere comunale.

Una naturalizzata come «Schweizermacherin»

Quest'elezione mi ha colto impreparata, ma ho accettato la sfida e mi sono ripromessa di fare seguire i fatti alle parole. Così ho manifestato il mio interesse per la commissione per la naturalizzazione, e ne sono diventata membro. Devo ammettere che i primi tempi nella commissione sono stati molto difficili. Le infinite e assurde discussioni sulla vita privata dei candidati, la mancanza di criteri veramente obiettivi all'interno della commissione, l'arbitrio imperante e le decisioni sul destino di esseri umani lasciate alla fin fine al caso, a seconda della presenza dei vari partiti nella riunione decisiva del Consiglio comunale, tutto questo mi ha profondamente scosso. Nel corso dei primi quattro anni ho quindi sviluppato la convinzione che fossero necessari criteri chiari e trasparenti per affrontare la questione.

Quando all’inizio della successiva legislatura per un insieme di circostanze favorevoli ho avuto l’occasione di assumere la presidenza della commissione, ho preso la palla al balzo. E per prima cosa ho voluto definire la prassi del nostro lavoro. Solo criteri e posizioni chiari, basati sulla legislazione vigente, garantiscono decisioni trasparenti. Naturalmente questo ha significato anche dover rifiutare, seppur molto raramente, qualche richiesta, cosa non sempre facile da accettare per il nostro gruppo parlamentare. In compenso però il lavoro della commissione si è svolto da quel momento in poi in maniera efficiente e tranquilla e il numero dei dossier elaborati in ogni seduta è passato da una media di quattro ad una di quaranta per volta. Certo, per poter raggiungere quest’obiettivo ho potuto contare sulla collaborazione di tutti i membri della commissione, anche di quelli dell’UDC, che hanno sostenuto il metodo, anche se discordi sui contenuti. E questo è stato possibile solo grazie al clima di reciproco rispetto.

Punto di arrivo: nomina di presidente del Parlamento zurighese

Quella di presidente del Parlamento è per il protocollo la carica politica più elevata della politica zurighese. Come presidente della rappresentanza del popolo è superiore a quella del sindaco, presidente della giunta. Naturalmente tutto questo sulla carta, si tratta di una carica rappresentativa. Ma pur sempre di una carica importante. Quando mi è stato chiesto se avevo interesse a candidarmi per la presidenza ho accettato senza esitazioni, consapevole del forte valore simbolico di quest’elezione. Per un anno io, nata a Firenze e cresciuta a Ravenna e Firenze, con sangue 100% italiano, con una famiglia originaria di tutt’Italia, dalla Lombardia alla Sicilia, ho rappresentato la città di Zurigo e il suo parlamento a feste, manifestazioni, visite ufficiali. L’ho fatto con piacere e convinzione, sentendomi 100% zurighese, senza però dimenticare in nessun momento le mie radici. Così alla cerimonia d’insediamento erano presenti il presidente del consiglio comunale di Firenze e il viceconsole, in rappresentanza del consolato d’Italia. Anche il biglietto d’invito rifletteva questa doppia identità con un’immagine speculare della Rathaus di Zurigo e del Ponte Vecchio di Firenze.

Un percorso esemplare o un’eccezione?

Questa la mia storia personale. Ma per tornare alla domanda iniziale: un percorso esemplare o un’eccezione, possibile solo grazie a presupposti particolarmente favorevoli? Consideriamo i singoli fattori.

La mia formazione: sicuramente favorevole può essere considerato il fatto che io avessi una formazione universitaria, e in un settore, quello delle lingue straniere, che può tornare utile anche qui. Così fin dall’inizio ho avuto la possibilità di insegnare l’italiano. Anche la mia facilità ad apprendere le lingue

mi è sicuramente stata d’aiuto, come pure la mia disponibilità ad assumermi delle responsabilità e ad impegnarmi in attività non retribuite.

Ma quante persone immigrate con una formazione universitaria o superiore sono costrette ad accettare qui lavori mal pagati per il mancato riconoscimento delle loro qualifiche? La formazione non è di per sé una garanzia. E a parte questo: conosco decine di immigrati o immigrate che hanno frequentato la scuola dell’obbligo o una formazione professionale e che parlano fluentemente tedesco o dialetto e che si impegnano in attività volontarie a livello di associazione o di quartiere.

Nonostante questi presupposti positivi devo quindi chiedermi: la mia storia, il cammino che ho percorso, sarebbero stati gli stessi se io non avessi potuto partecipare fin dall’inizio, non avessi avuto diritto di voto? Se non avessi avuto la possibilità di esprimere la mia opinione e di contribuire a decisioni che influiscono sulla mia vita? La mia risposta, basata su 32 anni di esperienza, è no. Il mio interesse per la realtà della mia patria d’elezione e la mia volontà di contribuire con la mia attività alla società in cui vivo sono nate nello momento in cui ho avuto per la prima volta nelle mani la documentazione per le votazioni popolari e mi sono dovuta confrontare con il sistema politico svizzero.

Senza questo confronto la motivazione, anche per chi di per sé sarebbe interessato ad una partecipazione attiva, richiede uno sforzo molto maggiore. Che democrazia è, una democrazia che vale solo per gli altri? Se vogliamo prendere il mio esempio: nonostante il mio impegno nell’associazione genitori, non avendo diritto di voto attivo e passivo non sarei potuta entrare a far parte del Consiglio scolastico.

Il classico argomento degli avversari della concessione del voto agli stranieri è che chi vuole votare può farlo prendendo la cittadinanza svizzera. Ma gli stessi politici sono in prima linea quando si tratta di avversare la naturalizzazione facilitata o di semplificare la procedura di naturalizzazione secondo criteri obiettivi. Una contraddizione? Solo apparentemente. La discussione sul diritto di voto degli stranieri residenti e sulla naturalizzazione facilitata è dominata nella Svizzera tedesca dalla convinzione che poter essere in Svizzera è un privilegio e che le persone immigrate devono essere grate di poter usufruire di questo privilegio. Essere grato per che cosa? Di poter accudire i nostri anziani e i nostro malati, raccogliere i nostri rifiuti, costruire le nostre strade e le nostre case? Di poter pagare tasse e i contributi? Questa visione paternalistica e arrogante della politica migratoria non riconosce la realtà. Chi ha lasciato il proprio paese, la propria famiglia, i luoghi abituali ha dimostrato coraggio e spirito d’iniziativa e contribuisce da anni allo sviluppo della nostra economia e al funzionamento del servizio pubblico. E che dire dei giovani di seconda e terza gene-

razione, nati e cresciuti in Svizzera, ma sulla carta ancora «stranieri» e senza diritto di voto?

Nel corso degli anni sono stata spesso relatrice su temi di politica locale presso associazioni italiane. Le associazioni di migranti hanno un ruolo non indifferente nel processo d’integrazione. Sostengono i nuovi arrivati, li informano su temi importanti della realtà locale e nello stesso tempo contribuiscono a mantenere i legami con la cultura d’origine. L’immigrazione organizzata è un veicolo importante per l’informazione. In questi incontri sono spesso stata confrontata con la frustrazione degli immigrati per il mancato riconoscimento del loro contributo alla società svizzera. Perché dopo tanti anni non possiamo votare? Perché dopo trent’anni di lavoro la cittadinanza non me la offrono gratuitamente? Perché non mi prendono sul serio?

Rispondere è difficile. Per chi, come me, ha una profonda stima del sistema politico svizzero, e riconosce il valore della democrazia diretta, è impossibile spiegare che proprio questa democrazia è una democrazia imperfetta. Per la prima volta, mi mancano le parole. Giorgio Gaber cantava: «La libertà non è star sopra un albero, non è neppure il volo di un moscone, la libertà non è uno spazio libero, libertà è partecipazione.» Io ci credo. E continuerò ad impegnarmi per una democrazia che sia valida per tutti.

Sich integrieren, um zu partizipieren oder partizipieren, um sich zu integrieren?

Ist Einbürgerung tatsächlich der einzige Weg, um vollumfänglich in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eines Landes partizipieren zu können? Ist die Einbürgerung als Krönung des Integrationsprozesses zu verstehen? Oder ist nicht vielmehr die aktive Teilnahme am politischen Geschehen der Ausgangspunkt dafür, dass wir Bürger des Staates werden, in dem wir leben und mit dem wir uns identifizieren? Geht es darum, sich zuerst zu integrieren, um politische Rechte zugestanden zu bekommen? Ist der umgekehrte Weg, nämlich sich über die Beteiligung an politischen Prozessen zu integrieren, der sinnvollere? Die Antworten auf diese Fragen lauten je nach politischem Standpunkt unterschiedlich und sind Gegenstand heftiger Kontroversen.

Die persönlichen Erfahrungen der Autorin als Politikerin lassen darauf schliessen, dass die rasche Zulassung zum politischen Meinungsbildungsprozess Integration begünstigt und unterstützt. Denn damit geht auch eine zunehmende Identifikation mit dem Schweizer Staat und seinen politischen Institutionen einher. Fiammetta Jahreiss zitiert dabei den Cantautore Giorgio Gaber (frei übersetzt): «Freiheit bedeutet nicht, auf einem Baum zu sitzen und in die Ferne zu schauen, Freiheit ist nicht der Flug des Adlers in den Höhen, Freiheit ist nicht ein offener Platz mit seiner Weite, Freiheit heisst Mitbestimmung.»

Fiammetta Jahreiss-Montagnani è nata a Firenze, si è trasferita in Svizzera nel 1978 all’età di 25 anni e dirige oggi il centro di Zurigo della Fondazione ECAP (istituzione per la formazione degli adulti immigrati). Dal 1998 è membro del Parlamento della città di Zurigo, che ha presieduto nel 2008-2009. E’ inoltre vicepresidente del Forum per l’integrazione delle migranti e delle migranti FIMM, e membro della Commissione federale della migrazione CFM.

Jenseits des Selbstbestimmungsprinzips.

Internationale Migration untergräbt die völkerrechtliche Norm, dass jeder Staat souverän ist zu bestimmen, wer seine eigenen Bürger und Bürgerinnen sind. Dennoch klammern sich die europäischen Staaten hartnäckig an ihr Selbstbestimmungsrecht. Die Kluft zwischen Norm und Realität verlangt nach neuen Perspektiven sowohl in der Forschung als auch in der Politik. Das Konzept von «Stakeholdership» geht davon aus, jenen Personen einen Anspruch auf Staatsbürgerschaft zu gewähren, deren Lebensumstände ein dauerhaftes Interesse am Gemeinwohl einer bestimmten politischen Gemeinschaft begründen.

Das Recht aller Staaten, ihre eigenen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger selbst zu bestimmen, scheint der innerste und härteste Kern staatlicher Souveränität zu sein. In der Europäischen Union haben die meisten Mitgliedsländer auf ihre nationale Währung verzichtet, Grenzkontrollen an den Schengen-Binnengrenzen abgebaut, ihre Arbeitsmärkte für die anderen Staaten geöffnet und Schritte hin zu einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik gesetzt. Wenn es aber um Staatsbürgerschaft geht, dann beharren alle Regierungen unisono darauf, dass die Institutionen der Europäischen Union keinerlei Recht haben, sich in diese innere Angelegenheit einzumischen. Das ist nicht zuletzt deshalb paradox, weil die Staatsangehörigen der Mitgliedsländer gleichzeitig Bürger und Bürgerinnen der Union sind und in dieser volle Freizügigkeit geniessen.

Oft wird zur Legitimierung auf das Beispiel der Schweiz verwiesen, wo sich die Staatsbürgerschaft – im Gegensatz zu allen anderen heutigen Bundesstaaten – aus dem Kantonsbürgerrecht ableitet. Dieser Vergleich hinkt jedoch, da die Schweiz über ein Rahmengesetz verfügt, welches die Grundregeln vorgibt, selbst wenn dann im Einbürgerungsverfahren die Kantone und Gemeinden breite Gestaltungsmöglichkeiten geniessen. Sogar die viel loser als die EU konstruierte Nordische Union

hat nach dem Zweiten Weltkrieg eine Harmonisierung der Staatsbürgerschaftsgesetze beschlossen, weil dies als notwendige Begleitmassnahme zur vereinbarten Freizügigkeit zwischen den Mitgliedsstaaten erkannt wurde. In der Europäischen Union sind jedoch keine vergleichbaren Bemühungen erkennbar.

Es ist Zeit, die Grundsatzfragen neu zu stellen. Sind die europäischen Staaten noch immer souverän in der Bestimmung ihrer Staatsbürger? Sollten sie es sein? Oder müsste Selbstbestimmung nicht vielmehr durch Prinzipien beschränkt werden, auf die sich alle liberalen Demokratien verständigen könnten?

Interaktive Staatsangehörigkeit

Um das Ausmass der faktischen Selbstbestimmung besser beurteilen zu können, empfiehlt sich ein Perspektivenwechsel in der wissenschaftlichen Analyse. Staatsangehörigkeit wird in den Rechts- und Sozialwissenschaften fast ausschliesslich aus der Sicht des Nationalstaats betrachtet. Damit tappt die akademische Forschung in eine Falle, die der Schweizer Soziologe Andreas Wimmer und die amerikanische Anthropologin Nina Glick Schiller als «methodologischen Nationalismus» bezeichnet haben (2002). Auch komparative Forschung setzt meist den Nationalstaat als in sich geschlossene Analyseeinheit voraus und reproduziert damit die Ideologien nationaler Identität und Souveränität. Staatsbürgerschaft wird zunächst als Beziehung zwischen einem einzelnen Individuum und einem bestimmten Staat definiert, um in einem nächsten Schritt dann die unterschiedliche Gestaltung dieser Beziehung zwischen verschiedenen Staaten vergleichen zu können. Weder die reine Binnenperspektive noch eine Perspektive, welche verschiedene Staaten miteinander vergleicht, erfassen jedoch jene strukturellen Verknüpfungen zwischen einzelstaatlichen Regelungen, die durch anhaltende Migration entstehen. Ich schlage daher einen doppelten Perspektivenwechsel vor: Erstens sollte auf der Mikroebene die individuelle Staatsbürgerschaft von Migranten und Migrantinnen als *Kompositum* betrachtet werden und zweitens sollten auf der Makroebene nicht nur Vergleiche angestellt, sondern *Konstellationen* staatlicher Regimes analysiert werden.

Die Staatsbürgerschaft einer ausländischen Person ist insofern ein Kompositum, als deren Rechtsstatus und Bürgerrechte gleichzeitig von zumindest zwei Staaten erzeugt werden, welche jedoch unabhängig voneinander agieren. Der Status einer niedergelassenen Ausländerin ist in diesem Sinn ein Gemisch aus «Auslandbürgerrechten», die sie als Staatsbürgerin ihres Herkunftslandes geniesst (vor allem das Recht auf Rückkehr und diplomatischen Schutz; in einer wachsenden Zahl von Staaten aber auch externe politische Wahlrechte) und von «Wohnbürgerrechten», die ihr ohne Ansehen der Staatsangehörigkeit aufgrund der Niederlassung in einem Einwanderungsland gewährt werden. Die zwei Bestandteile dieses Bündels werden unabhängig voneinander produziert. Um zu verstehen, wie staatlich gewährte Rechte und auferlegte Pflichten die Handlungsspielräume und Entscheidungsoptionen von Migranten strukturieren, müssen wir beide in ihrer Wechselwirkung analysieren.

Besonders gut sichtbar werden die Bestandteile des Bündels bei der mehrfachen Staatsangehörigkeit. Doppelte Staatsangehörigkeit wird zwar in Europa zunehmend toleriert, gleichzeitig aber auch einseitig ignoriert. Während Auswanderungsländer versuchen, die Staatsbürgerschaft ihrer Emigranten aktiv zu gestalten, überwiegt in Einwanderungsländern gleichzeitig die Auffassung, dass für die im Inland lebenden Bürger eine zusätzliche auswärtige Staatsangehörigkeit ausser Kraft gesetzt sei. Letzteres ist jedoch auch rechtlich nicht mehr durchgängig der Fall, wie etwa im internationalen Privatrecht deutlich wird. So muss etwa entschieden werden, ob bei Fragen von Eheschliessung, Scheidung, Sorgepflichten oder Familiennamen der Sitz des Gerichts, der langfristige Aufenthalt der Person, oder in der EU auch die gemeinsame Unionsbürgerschaft darüber entscheiden, das Recht welches Staates denn nun anzuwenden sei. Von grösserer Bedeutung ist, dass aus der Perspektive des Mehrfachbürgers die doppelte Zugehörigkeit ein fundamentales Recht auf unbeschränkte Freizügigkeit zwischen mehreren Staaten erzeugt und damit neue Mobilitätsoptionen eröffnet.

Nach einer systematischen Erfassung der jeweiligen Mischungen von Bürgerrechten und -pflichten für irreguläre, temporäre, niedergelassene und eingebürgerte Migrantinnen und Migranten

wäre der nächste Schritt eine Dynamisierung dieses Ansatzes durch den Einbezug von Statuswechseln. Wie verändert sich die jeweilige individuelle Zusammensetzung des Bündels von Rechten mit der Rückwanderung ins Herkunftsland, oder dem Übergang von einem irregulären zu einem regulären Status, vom temporären zum dauerhaften Aufenthalt, vom Ausländerstatus zur Einbürgerung? Und welche Rolle spielen diese Veränderungen im Hinblick auf Migrationsentscheide? Sind sie eher ein Anreiz oder wirken sie abschreckend? Hier öffnet sich ein neues Thema für die rechtssoziologische und politikwissenschaftliche Migrationsforschung ebenso wie für die öffentlichen Diskurse über Integration. Heute wird zum Beispiel in zahlreichen europäischen Staaten heftig darüber gestritten, ob Einbürgerung die individuelle Integration fördert oder vielmehr voraussetzt. Beide Seiten in dieser Debatte teilen die Annahme, dass Eingebürgerte sich dauerhaft im Land niederlassen. Der Zugang zur Unionsbürgerschaft und mehrfachen Staatsbürgerschaft bewirkt jedoch, dass Einbürgerung auch zum Sprungbrett für die Weiterwanderung werden kann. Es wäre an der Zeit, nicht nur zu untersuchen, wie sich Einbürgerung auf die sozioökonomische Integration im Einwanderungsland auswirkt (Devoretz/Bevelander 2009), sondern auch, für welche Gruppen die erweiterten Migrationschancen ein relevantes Einbürgerungsmotiv sind, und wie sehr Eingebürgerte nach dem Erwerb der Staatsbürgerschaft von ihren neuen Freizügigkeitsrechten Gebrauch machen.

Wechselwirkungen unterschiedlicher Staatsbürgerschaftsregimes

Makroanalysen der Staatsbürgerschaft haben bisher vor allem zwei Fragen diskutiert: Gibt es einen europäischen Trend zur Harmonisierung und Liberalisierung beim Zugang zur Staatsbürgerschaft? Und wenn ja, ist dies Ergebnis eines Prozesses der Globalisierung rechtlicher Normen, der die Bedeutung nationaler Staatsangehörigkeit schwächt (Soysal 1994), oder der internen Liberalisierung demokratischer Rechtsstaaten, die mit Einwanderung konfrontiert sind (Weil 2001, Joppke 2010).

So wichtig diese Fragen auch sind, in der Gegenüberstellung der einzelstaatlichen und der globalen Perspektive werden

Prozesse der *Transnationalisierung* von Staatsbürgerschaft ausgeblendet. Anhaltende Migration zwischen zwei Staaten oder auch Ansprüche externer Mutterländer auf den Schutz autochthoner nationaler Minderheiten bewirken, dass Staatsbürgerschaftsregimes zunehmend in einander verzahnt sind. Diese Verzahnung bezieht sich einerseits auf das bereits beschriebene unkoordinierte Zusammenwirken nationaler Rechtsordnungen in der Bestimmung der Rechte und Pflichten individueller Migrantinnen und Migranten. Andererseits gibt es auch zunehmend explizite Wechselwirkungen.

Der drastische Schwenk in der Haltung der Türkei gegenüber ihren Auswanderern Mitte der 1990er-Jahre durch die Einführung eines Ausweises für ehemalige türkische Staatsangehörige und die Förderung der doppelten Staatsbürgerschaft war eine Reaktion auf die von rechtsextremen Gruppierungen verübten Brandanschläge von Mölln und Solingen in den Jahren 1992 und 1993. Die deutsche Politik hat wiederum auf die türkische reagiert, indem sie versuchte, Lücken bei der Bekämpfung der Doppelstaatsbürgerschaft zu schliessen. Zudem hat sie, um den Druck zu verstärken, auch die Beitrittsbemühungen der Türkei in die EU thematisiert.

Ein weiteres Beispiel für interaktive Staatsbürgerschaftspolitik lieferten jüngst Ungarn und die Slowakei. Am 26. Mai 2010 beschloss das Parlament in Budapest, den ungarischsprachigen Minderheiten in den Nachbarländern die Doppelstaatsbürgerschaft ohne die bisherige Voraussetzung einer Niederlassung in Ungarn anzubieten. Die Slowakei reagierte noch am selben Tag mit einem Gesetz, welches allen Bürgern, die freiwillig eine fremde Staatsangehörigkeit annehmen, die slowakische automatisch entzieht.

Herausforderungen aus der Sicht demokratischer Politik

Aus der Sicht der Sozialwissenschaft eröffnet die Analyse transnationaler Prozesse neue Forschungsperspektiven. Aus dem Blickwinkel demokratischer Politik stellt sich hingegen die Frage, ob die Politiken der beteiligten Staaten nicht besser koordiniert werden sollten. Dies führt zur zweiten eingangs ge-

stellten Grundsatzfrage: Gibt es jenseits der formalen Staatsbürgerschaft demokratische und liberale Kriterien, die sowohl die Interessen von Individuen als auch von Staaten ausreichend berücksichtigen und dazu beitragen, zwischenstaatliche Konflikte über die Zugehörigkeit zu vermeiden?

Die Verteidigung des staatlichen Selbstbestimmungsrechts stützt sich oft auf die Analogie zwischen Staaten und Klubs (Walzer 1983, Wellman 2008). Jeder Verein kann sich seine Mitglieder selbst aussuchen. Warum soll das nicht auch für demokratische Staaten gelten? Schliesslich ist deren Legitimität seit den klassischen Gesellschaftsvertragstheorien der frühen Neuzeit immer wieder mit der Vorstellung eines freiwilligen Zusammenschlusses begründet worden. Und sie verfolgen auch einen spezifischen Vereinszweck, nämlich die Freiheiten, die Rechte und das Gemeinwohl ihrer Bürger und Bürgerinnen zu fördern. Warum sollten sie dann nicht wie andere Vereine frei in der Wahl ihrer Mitglieder sein und jene, die beitreten wollen, nach ihrer Eignung und ihren erwarteten Beiträgen auswählen?

Ein erster Einwand lautet, dass im heutigen Rechtsstaat auch private Vereine, die Dienstleistungen öffentlich anbieten, bei der Auswahl ihrer Mitglieder nicht völlig frei sind, sondern nachweisen müssen, dass sie bei der Aufnahme nicht nach Rasse, ethnischer Herkunft, Religion, Geschlecht oder ähnlichen Merkmalen diskriminieren. Umso mehr muss für Körperschaften, die mit umfassender Staatsgewalt in einem Territorium ausgestattet sind, ein Diskriminierungsverbot bei der Auswahl der Staatsangehörigen gelten. Dieses ist übrigens auch in Artikel 5 des Europaratsabkommens über Staatsangehörigkeit aus dem Jahr 1997, welches von der Schweiz bisher nicht unterzeichnet worden ist, verankert.

Der zweite und ganz offensichtliche Einwand ist, dass die überwiegende Zahl der Bürger und Bürgerinnen ihre Staatsangehörigkeit automatisch bei der Geburt erhält und nicht erst beitreten muss. Alle Staaten beziehen sich auf ein imaginiertes Staatsvolk, das sich über Generationen hinweg durch Abstammung oder Geburt im Territorium reproduziert. Nur im Falle der Einbürgerung kommt ein Konsensprinzip des freiwilligen Statuswechsels zum Tragen. Stellen Sie sich nur einmal vor,

was geschähe, wenn eine grosse Zahl von Staaten beschlösse, alle im Inland Geborenen, deren Eltern Staatsangehörige sind, von nun an erst bei Volljährigkeit auf eigenen Antrag und nach einem harten Einbürgerungstest aufzunehmen. Die Folgen wären massive Staatenlosigkeit und eine tiefe Erschütterung der staatlichen Legitimität. Die Annahme, dass liberale Demokratien insgesamt wie freiwillige Assoziationen funktionieren, ist unhaltbar. Somit lässt sich auch das unbeschränkte Selbstbestimmungsrecht nicht demokratisch begründen.

Liberale politische Theoretiker haben zwei Alternativen vorgeschlagen. Manche argumentieren, dass jeder, der Gesetzen unterworfen ist, das Recht haben muss, an ihrer Entstehung mitzuwirken, während andere dafür plädieren, dass Demokratien all jenen die Staatsbürgerschaft gewähren sollten, deren Interessen von ihrer Gesetzgebung betroffen sind. Beide Ansätze, sowohl ein rein territoriales Inklusionsprinzip als auch das Modell umfassender Repräsentation aller betroffenen Interessengruppen, bergen jedoch sowohl logische als auch praktische Schwierigkeiten in sich.

«Stakeholder-Prinzip»

Ich habe eine dritte Alternative zum Selbstbestimmungsrecht vorgeschlagen, die ich als «Stakeholder-Prinzip» bezeichne (Bauböck 2009). In einer Minimalversion ist dieser Grundsatz bereits heute anerkannter Teil des Völkerrechts. In einem historisch bedeutsamen Urteil hat der Internationale Gerichtshof in Den Haag 1955 im Fall Nottebohm entschieden, dass Staatsbürgerschaft auf einer «genuinen Verbindung» zwischen einer Person und einem Staat aufbauen muss. In diesem Fall ging es um einen ehemals deutschen Staatsbürger, der in Guatemala lebte, aber 1939 die liechtensteinische Staatsbürgerschaft angenommen hatte, um sich davor zu schützen, von Guatemala als Angehöriger eines Feindstaates behandelt zu werden.

Das Prinzip der «genuinen Verbindung» wird im Völkerrecht in erster Linie dann ins Spiel gebracht, wenn Konflikte zwischen den Rechtsansprüchen von Staaten vermieden werden sollen. Artikel 15 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte proklamiert jedoch darüber hinaus ein universelles Recht jedes Menschen auf

Staatsangehörigkeit. Warum sollte ein Prinzip der «genuinen Verbindung» nicht auch positive Staatenpflichten erzeugen, Personen einzubürgern, deren Lebensumstände ihre Interessen dauerhaft mit jenen des jeweiligen Staates verknüpfen?

Eine dahingehende Norm liesse sich insbesondere für demokratische Staaten begründen. Die Mitglieder eines demokratischen Gemeinwesens sind Stakeholder, die ein grundlegendes Interesse an der Zukunft dieser politisch organisierten Gesellschaft teilen. Ihr Wohlergehen und ihre individuelle Autonomie sind mit jenen der anderen Mitglieder verknüpft, weil sie gemeinsam vom Schutz und den öffentlichen Leistungen derselben politischen Institutionen abhängig sind. Politische Stakeholder in diesem Sinn haben einen moralischen Anspruch auf Anerkennung als Bürger und auf Repräsentation in der demokratischen Selbstregierung.

Ein permanentes Interesse an der Mitgliedschaft

Stakeholdership ist keine Frage der individuellen Entscheidung, sondern wird durch Tatsachen der persönlichen Biographie bestimmt. Dazu gehört beispielsweise das Aufwachsen in einer bestimmten Gesellschaft, die Tatsache, als langfristig Niedergelassener in dieser Gesellschaft zu leben oder nahe Familienangehörige in einem anderen Land zu haben. Das Stakeholder-Prinzip unterscheidet sich von den beiden anderen Konzepten demokratischer Inklusion, weil es auf Individuen angewandt wird, die ein permanentes Interesse an Mitgliedschaft und politischer Partizipation haben und nicht nur Rechtsunterworfenen oder von einzelnen Entscheidungen Betroffene sind. Für langfristig Niedergelassene kann von einem solchen Interesse ausgegangen werden. Aber auch Emigranten der ersten Generation und im Ausland geborene Kinder können ein Anrecht auf Anteilnahme an der Zukunft der Gemeinschaft geltend machen, wenn ihre Zukunftsaussichten von politischen Entwicklungen und Gesetzen dieses Landes abhängen.

Dieses normative Prinzip ergänzt die im ersten Abschnitt skizzierte konzeptuelle Perspektive zusammengesetzter

Staatsbürgerschaften und interaktiver Staatsbürgerschaftskonstellationen durch einen subjektiven Anspruch auf mehrfache Staatsangehörigkeit bei ausreichend starken biographischen Bindungen an mehrere Staaten.

Es wäre naiv darauf zu hoffen, dass sich die europäischen Demokratien in absehbarer Zeit auf eine Einschränkung ihrer Selbstbestimmungsrechte in Staatsbürgerschaftsfragen verständigen. Aber die Einsicht, dass diese Selbstbestimmung zunehmend illusionär wird, könnte zumindest eine Debatte um alternative Grundsätze ermöglichen, welche sowohl dem Faktum der Migration besser Rechnung tragen, als auch dem normativen Gehalt der Demokratie besser entsprechen.

Literatur

- Bauböck, Rainer**, 2009, The Rights and Duties of External Citizenship. *Citizenship Studies* 13/5: 475-99.
Bauböck, Rainer, 2010, Studying Citizenship Constellations. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 36/5: 847-859.
Glick Schiller, Nina; Wimmer, Andreas, 2002, Methodological nationalism and beyond: nation-building, migration, and the social sciences. *Global Networks* 2/4: 301-34.
Joppke, Christian, 2010, *Citizenship and Immigration*. Cambridge: Polity Press.
Soysal, Yasemin, 1994, *Limits of Citizenship. Migrants and Postnational Membership in Europe*. Chicago: University of Chicago Press.
Walzer, Michael, 1983, *Spheres of Justice. A Defense of Pluralism and Equality*. New York: Basic Books.
Weil, Patrick, 2001, Access to Citizenship: A Comparison of Twenty-Five Nationality Laws. In: T. Alexander Aleinikoff, Douglas Klusmeyer (eds.), *Citizenship Today: Global Perspectives and Practices*. Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace.
Wellman, Christopher H., 2008, Immigration and Freedom of Association. *Ethics* 119/1: 109-41.

Au-delà du principe de l'autodétermination

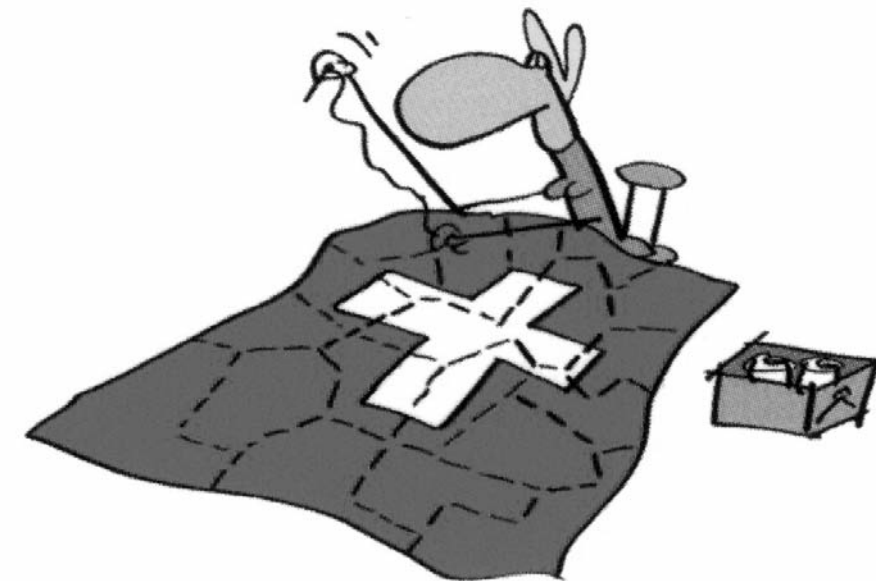
Tous les Etats revendiquent le droit de déterminer eux-mêmes qui est citoyen et qui ne l'est pas. La migration internationale et l'intégration européenne ont toutefois de plus en plus miné ce noyau de souveraineté étatique. Pour que ces processus soient mieux compris, les analyses en matière de sciences sociales et juridiques doivent aller au-delà de la comparaison des règlements de chaque Etat concernant l'accès à la citoyenneté.

L'auteur de l'article propose deux nouvelles perspectives analytiques. D'une part, la citoyenneté des migrants devrait se comprendre comme un élément composite, du fait que leur statut légal et leur citoyenneté sont issus de deux Etats au moins, ceux-ci agissant toutefois indépendamment l'un de l'autre. D'autre part, l'auteur argumente que la dichotomie entre le point de vue global et celui de chaque Etat pris isolément occulte l'émergence de constellations transnationales, au sein desquelles la politique et le droit en matière de citoyenneté de certains Etats s'engrènent. De telles constellations naissent par le biais de la migration internationale, de l'intégration supranationale ou du déplacement de frontières territoriales entre des Etats. Ces phénomènes de transnationalisation de la citoyenneté sont aussi l'occasion d'une réflexion à propos des normes démocratiques qui pourraient restreindre le principe problématique d'autodétermination. Au sein de la société civile, les arguments courants avancés dans le débat sont l'analogie entre des Etats démocratiques et des associations bénévoles ainsi que les principes de l'inclusion de tous les intérêts soumis à la loi ou concernés par elle.

Enfin, en guise d'alternative, l'auteur esquisse le principe des parties prenantes qui part de l'idée que seules peuvent prétendre à la citoyenneté les personnes dont les circonstances de vie combinent l'intérêt pour le bien-être et l'autonomie avec le bien commun d'une certaine communauté politique.

Rainer Bauböck ist Professor für politische Theorie am Europäischen Hochschulinstitut (EUI) in Florenz.

Welcher Grundtext der Schweiz existiert in 27 verschiedenen Versionen?



26 kantonale und eine Bundesverfassung.

Paradoxe Demokratie: Wer bestimmt, wer zum «Volk» gehört?

Was hat Heinrich Zschokke mit dem Stimmrecht für Frauen und Zugewanderte zu tun? Zwei paradoxe Elemente der Entwicklungsgeschichte der schweizerischen Demokratie sind in ihm als Person vereinigt: die Frage nach dem staatsrechtlichen Status der Zugewanderten zum einen sowie der Frauen zum anderen. Oder andersherum: Wer bestimmt, wer zum «Volk» gehört? Wie beim Frauenstimmrecht sind es auch bei den Mitbestimmungsrechten von Migrantinnen und Migranten die bereits mit Macht ausgestatteten Personen, denen diese Entscheidungsbefugnis zukommt.

Vor mehr als zweihundert Jahren wurde der ursprünglich aus Magdeburg stammende Heinrich Zschokke (1771–1848) als einer der ersten Migranten zum Schweizer Bürger erkoren. Nicht seine Geburt und seine Herkunft, sondern seine Haltung und die europäische Aufbruchbewegung waren für diese Anerkennung massgebend. Wie stark grenzüberschreitende Zusammenhänge die Diskussionen rund um die staatsbürgerlichen Rechte von Frauen und von Zugewanderten seit mehr als zweihundert Jahren prägen, lässt sich an vier Argumentationsmustern zeigen.

Alle Männer sind «gleich», alle Frauen «anders»

Der studierte Theologe Heinrich Zschokke verstand sich als fortschrittlicher Geist und blieb während seiner grossen Reise nach Süden – sein Ziel war Italien – eher zufällig in Graubünden hängen, das damals noch nicht zur schweizerischen Eidgenossenschaft gehörte. Nachdem er 1798 vor den «Bündner Wirren» in die eben erst ausgerufene Helvetik geflüchtet war, wurde er selbstverständlich zum Bürger eben dieses schweizerischen Einheitsstaats, der den Grundsätzen der Französischen Revolution – Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit – und der Erklärung der Menschenrechte von 1789 verpflichtet

war. Die Begründer der Vorläuferin der modernen Schweiz waren von der europäischen Aufklärung geprägt und begrüssten einen Zugewanderten wie Heinrich Zschokke nicht als Fremden, sondern als geistesverwandten und daher willkommenen Freund. Sie betrauten den neuen Bürger umgehend mit wichtigen Amtsgeschäften. Niemand hatte von Zschokke als Voraussetzung für seine Staatsbürgerschaft einen Beweis der Integration verlangt. Die Helvetik machte vielmehr alle erwachsenen und dauerhaft ansässigen Bewohner der Schweiz unterschiedslos zu Citoyens (Kästli 1998: 77). Zschokke sei-nerseits definierte die Schweiz, weil er hier an deren Ausgestaltung mitwirken konnte, als sein «Vaterland».

Gleichheit und Freiheit gestanden die Exponenten der liberalen Bildungselite auch in der Schweiz mit Verweis auf die Geschlechterdifferenz nur den Männern zu. In Umbiegung des Naturrechts, das die Gleichheit aller Menschen postulierte, definierten Heinrich Zschokke und abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen auch seine politischen Mitstreiter, alle Frauen als von Natur aus «anders», alle Männer dagegen als «gleich». Die Grenzziehung zwischen den Rechten der Frauen und den Rechten der Männer verfestigte sich im Laufe des Institutionalisierungsprozesses des schweizerischen Nationalstaats im 19. Jahrhundert zunehmend. Demnach war die Welt der Frauen nicht die öffentliche Bühne, sondern die private Innenwelt des Hauses. Folgerichtig bestimmten auch viele tonangebende Intellektuelle Demut und häuslichen Fleiss als zentrale weibliche Tugenden.

Das Konzept der partiellen Partizipation

Im Widerspruch zur proklamierten Freiheit und Gleichheit hatten die Menschenrechte für das «andere» Geschlecht denn auch nur partiell Gültigkeit. Dessen Stellung glich dem heutigen Status der Migrantinnen und Migranten. Gleichgestellt waren die Frauen den Männern zum Beispiel, wenn sie wegen strafrechtlicher Handlungen vor dem Richter zu erscheinen hatten oder wenn es darum ging, Steuern zu zahlen. Auch von Zschokkes geistigem Schüler und Nachfolger Augustin Keller, dem freisinnigen Mitbegründer des Schweizerischen Bundesstaates von 1848, wurde die Vorstellung der grundlegenden

unterschiedlichen Zuständigkeiten von Frau und Mann gepflegt. Das erstaunt bei diesem radikalen Bildungspolitiker umso mehr, als er beispielsweise die mit ihm kooperierende Pädagogin und Institutsgründerin Josephine Stadlin privat als eine ihm ebenbürtige Freundin betrachtete, sie mit «Kollega Seppeli» ansprach und als politische Gefährtin im Kampf gegen die Katholisch-Konservativen sah (Joris 2010: 77–101).

Wie Augustin Keller und Heinrich Zschokke war die Mehrheit der fortschrittlich gesinnten Exponenten der bildungsbürgerlichen Elite Mitglied der einflussreichen Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG). Als solche stellten sie jährlich bei der Generalversammlung die politischen Weichen der Schweiz (Schumacher 2010). Auf die Initiative dieser SGG geht auch die Entstehung des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins (SGF) in den 1880er-Jahren zurück. Zu ihren wichtigsten Gründungsmitgliedern gehörte Gertrud Villiger-Keller, die Tochter von Augustin Keller. Dieser hatte seine Tochter in explizitem Bezug zur Schillers Drama «Wilhelm Tell» nach Stauffachers Gattin «Gertrud» benannt. Die Stauf-facherin hatte nicht öffentlich mitzureden, wohl aber ihren Mann aus dem Hintergrund zu unterstützen. Als Leitfigur des SGF stand sie für die Lehre der Geschlechterdifferenz, die sich in dieser Organisation als eigentliche Doktrin etablierte. Einerseits verstanden Gertrud Villiger-Keller und die meisten ihrer Mitstreiterinnen die ungleiche Stellung der Frauen und Männer explizit als Gegenentwurf zu den egalitären Ansprüchen der im Entstehen begriffenen Frauenstimmrechtsbewegung.

Andererseits nahmen sie mit dem Argument der unterschiedlichen Aufgaben von Frauen und Männern in der Gesellschaft für sich in Anspruch, in diesem Staate mitzusprechen, aber eben nur in jenen Bereichen, die dem weiblichen Geschlecht zugeordnet wurden: im Bereich der Fürsorge und der Bekämpfung des Alkoholismus oder der Unsittlichkeit, im Bereich der hauswirtschaftlichen Unterweisung, der Arbeit der Frauen in Fabriken und im Gewerbe. Denn seit der Totalrevision der Verfassung von 1874 war in der vorparlamentarischen Gesetzesarbeit die Mitwirkung von Verbandsvertretern erwünscht. So erlangten auch Vertreterinnen von Frauenorganisationen als Expertinnen für sogenannt frauenspezifische und soziale Fragen Einfluss in den Kommissionen und damit auf die Gesetzgebung. Dieses Konzept der partiellen Partizipation hat Schule gemacht: In Kommissionen arbeiten heute auch Migrantinnen und Migranten mit, aber in Analogie zur Stellung der Frauen bis in die jüngste Zeit werden sie nur dann als Expertinnen und Experten betrachtet, wenn es um sogenannt migrationsspezifische Fragen geht. Es sind die Machttragenden, die früher definierten, was als Bereich der Frauen anzusehen war, und es sind die Machttragenden, die heute bestimmen, was als Migrationsbereich gilt.

Biologisierung der Differenzen und Fremdenfeindlichkeit

In breiten Kreisen wurde die Diskriminierung der Frauen seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts parallel zur wachsenden Bedeutung der Naturwissenschaften zunehmend mit dem Argument der Auswirkungen der biologischen Unterschiede zwischen den Geschlechtern legitimiert. Erinnert sei nur an die berühmt-berüchtigte These über den «physiologischen Schwachsinn des Weibes» von Möbius oder von der Gebärmutter als Ursache der vermeintlich geringen Rationalität der Frauen. Die Hervorhebung der biologischen Differenz der Geschlechter im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts fällt zusammen mit der im Gefolge des französisch-deutschen Krieges von 1870/71 und der imperialistischen Ausdehnung verstärkten Betonung einer grundlegenden Differenz zwischen Angehörigen verschiedener Nationen und Völker. Vor dem französisch-deutschen Krieg hatte man im liberalen Lager noch die Solidarität mit den Freiheitsbestrebungen der unterdrückten Völker proklamiert und deshalb beispielsweise die Polen in ihrem Kampf gegen die russische Herrschaft unterstützt. Im Gegensatz zum früheren freisinnigen Konzept der Freundschaft, die sich an der Gesinnung und nicht an nationalen Grenzen orientierte, wurde nach 1871 die Grenzziehung zwischen dem «Eigenen» und dem «Fremden» betont und dabei die Geschlechterdifferenz vermehrt biologisch begründet.

«International» geriet zum Schimpfwort, mit dem auch gegen die Sozialisten jedwelcher Couleur zu Felde gezogen werden konnte. In der Arbeiterbewegung sah man nun auch das Sammelbecken der Nicht-Schweizer, der Zugezogenen. Betrachtet wurden diese jetzt nicht mehr als willkommene Freunde, sondern als Gefahr. Zudem sammelten sich in der Arbeiterbewegung auch Frauen, die Geschlechtertrennung im Sinne von männlicher Öffentlichkeit und weiblicher Privatheit wurde hier nicht durchgezogen. Frauen pochten im Rahmen der Arbeiterbewegung vielmehr auf Mitsprache und verlangten von den Genossen die Unterstützung des Frauenstimmrechts. Dass sich vor allem Frauen aus dem heutigen Polen, der Ukraine und Russland, darunter eine grössere Zahl von Jüdinnen, selbstverständlich zu Worte meldeten, verstärkte parallel dazu die Abwehr gegen die Forderung nach Emanzipation der Frauen und gegen die international aktiven Arbeiterpolitiker ausländischer Herkunft in der Schweiz.

Arbeiterbewegung, Frauenemanzipation und politisierende Ausländer wurden als Zersetzungskräfte des typisch Schweizerischen wahrgenommen. Ausdruck dieser Entwicklung war das Näherrücken von Freisinnigen und Liberalen mit den Konservativen, den Feinden von gestern. War Schiller Mitte der 1850er-Jahre noch wegen seiner Freiheitsideale im Sinne des Kampfes gegen die Unterdrückung gefeiert worden, so wurde jetzt sein Tell nur noch als Held der Abwehr gegen alles Fremde verehrt und der 1. August in diesem Sinne zum Nationaltag

deklariert. Parallel zu Tell als Identifikationsfigur schweizerischen Wehrwillens wurde für die Schweizer Frauen die bereits erwähnte Stauffacherin zur nationalen Identifikationsfigur. Sie wirkt heilsam, ohne sich ins Rampenlicht zu drängen. Als Verkörperung echter schweizerischer Weiblichkeit diene sie als Abgrenzung gegen das Andere, das nicht Schweizerische, das Deutsche, das Französische, das Slawische, das Südeuropäische, als Abgrenzung gegen die «fremde Frau» schlechthin, in all ihren imaginierten Ausprägungen, auch im Sinne der fremden Frau als erotischer Verführerin. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet die vom Deutschen Schiller im fernen Weimar erfundene Figur der Gertrud Stauffacher in der Schweiz zum Symbol des echt schweizerischen Frauseins wurde und den Männern als Legitimation diene, um den Frauen im Namen von Tradition und echter Schweizer Demokratie qua sogenannter demokratischer Abstimmung die staatsbürgerlichen Rechte zu verweigern. Sie diene so zur Abstempe- lung der Emanzipation als fremd und bedrohlich.

Beharren auf dem «typisch Schweizerischen»

Die Überlagerung nationalistisch aufgeladener Überhöhung und biologisch gefärbter Abgrenzungen im Diskurs über das Eigene und das Fremde, das Männliche und das Weibliche ebnete der Fremdenfeindlichkeit den Boden, der schliesslich in immer wieder neuen Auflagen zur Schürung der Angst vor «Überfremdung» führte, beginnend als Angst vor «Überjudung» im Kontext des Faschismus. Im Zuge dieses Diskur- ses wurde in der Zwischenkriegszeit auch die einheimische Be- völkerung immer stärker biologisch definiert, als organischer «Volkskörper». Das «Blut» geriet dabei zur entscheidenden Metapher der Zugehörigkeit oder – als «fremdes Blut» – zum Zeichen der Bedrohung, die «Zeugungskraft» der Männer zum zentralen Bild der Weitergabe der gleichermassen biologisch und moralisch definierten Schweizer Art. Den Frauen kam da- bei die Funktion des passiven, aber fruchtbaren Schosses zu.

Unter dem Vorzeichen solcher biologistisch und rassistisch ge- prägter Argumentationen hatten die Befürworterinnen und Be- fürworter des Frauenstimmrechts wenig Chancen auf Gehör. Dass die Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg auch wegen des weiterhin fehlenden Frauenstimmrechts zum Sonderfall ge- riet, verstärkte noch das Beharren auf der frauenfeindlichen Position als Teil des «typisch Schweizerischen», das sich ge- rade dadurch auszeichne, dass man sich gegen alle fremden Einflüsse standhaft zu wehren wisse. So war man stolz, nicht Mitglied der UNO zu sein und fühlte sich demnach der De- klaration der Menschenrechte nicht verpflichtet.

Stimmrecht als Lohn für Vorleistungen oder als Menschenrecht?

Menschenrechtsargumente hatten in Frauenstimmrechtsfragen in der Schweiz lange und haben in Migrationsfragen auch wei-

terhin wenig Überzeugungskraft. Bis in die 1950er-Jahre dreh- ten sich die Frauenstimmrechtsdiskussionen im Umfeld der verschiedenen Abstimmungen im Parlament oder an der Urne fast ausschliesslich um die Frage, ob diese Mitbestimmung der weiblichen Natur widerspreche. Zwar verwiesen die Befür- worterinnen des Frauenstimmrechts auf die Menschenrechte, doch in weit stärkerem Masse versuchten Frauenorganisatio- nen zu beweisen, dass ihre Vorleistungen die Verleihung der Staatsbürgerschaft an das weibliche Geschlecht rechtfertigten. So gesehen, war das Frauenstimmrecht kein grundsätzliches Recht, sondern musste verdient werden (Schweizerischer Ver- band für Frauenrechte 2009). Die Einschätzung, ob die Vor- leistungen genügten, oblag jedoch einzig den Männern. Diese hatten die Macht zu definieren, wer zum Volk gehöre oder nicht, wer unter welchen Umständen darunter subsumiert wür- de oder nicht. Je nachdem gehörten Frauen dazu, oder eben nicht dazu. Ihre Stellung war abhängig von männlicher Will- kür, so wie die Verleihung der Staatsbürgerschaft an Migran- tinnen und Migranten vielerorts ebenso zum Akt der Willkür verkam. Sowohl bei den um 1920 auf lokaler Ebene durch- geführten Abstimmungen zum Frauenstimmrecht als auch 1959 bei der Einführung auf nationaler Ebene war die Ant- wort der Schweizer Männer ein klares «Nein». Dieser Aus- schlussmechanismus im Namen der Volkes ist das zentrale Pa- radoxon der Demokratie: Der Teil des Volkes, der bereits Macht zur Mitbestimmung hat, bestimmt, wer zum «mündigen Volk» gehört und wer nicht.

In den Westschweizer Kantonen Genf, Waadt und Neuenburg zeigte sich jedoch 1959/1960 erstmals eine Trendwende. In diesen Kantonen hatte die Mehrheit der stimmenden Männer die Einführung des Frauenstimmrechts gutgeheissen. Zu einer allgemeinen Wende kam es aber erst, nachdem im Kontext der 1968er-Unruhen junge Frauen in den grösseren Städten mehr Freiheiten und Rechte verlangten als «nur» das Frauenstimm- recht. Erst der Druck der Strasse führte zur gesellschaftspoli- tischen Dynamisierung der «Frauenfrage». Denn im gesell- schaftspolitisch emotional höchst aufgeladenen Jahr 1968 gab der Bundesrat bekannt, die Schweiz wolle die Europäische Menschenrechtskonvention ohne Einführung des Frauen- stimmrechts ratifizieren. Da riefen selbst ein Teil der sich bis anhin brav gebenden Frauenorganisationen zum Protestmarsch auf. Tausende piffen im März 1969 mit Trillerpfeifen auf dem Bundesplatz in Bern den – abwesenden – Bundesrat aus. «Frauenstimmrecht ist Menschenrecht» hiess es kurz und bün- dig. Weniger als zwei Jahre später war es geschafft, im Febru- ar 1971 hiessen schliesslich 66 Prozent der stimmenden Män- ner die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts gut.

Gehören Migrantinnen und Migranten zum «Volk»?

So zeigt die Auseinandersetzung um das Frauenstimmrecht grosse Ähnlichkeiten mit der Diskussion um den rechtlichen

Status der Zugewanderten. Auch von ihnen werden Vorlei- stungen verlangt, das heisst die vorgängige Integration. Alle verstehen darunter jedoch etwas anderes. Aber es liegt im Er- messen der Stimmberechtigten, diese Vorleistungen als genü- gend, beziehungsweise ungenügend zu erachten. Migrantinnen und Migranten werden nicht als Teil des Volkes betrachtet, son- dern nur unter «Bevölkerung», beziehungsweise «ausländi- sche Bevölkerung» subsumiert. Je grösser dieser Anteil ist, desto bedrohlicher für das «Volk» wird diese Situation ge- schildert, allen konkreten Erfahrungen zum Trotz.

Das Ende der Beschränkung der Mitbestimmung des Volkes im Namen des Volkes ist erst dann erreicht, wenn Migrantinnen und Migranten das Recht auf Mitbestimmung im Namen der Rechtsgleichheit und der Menschenrechte zuerkannt erhalten. Der Erfolg hängt dabei wie in der Geschichte der rechtlichen Gleichstellung der Frauen ebenso von der europäischen Poli- tik wie von den Vorreiterrollen einzelner Kantone und Ge- meinden ab, von der Vernetzung auch zwischen Migrantinnen und Migranten ohne Stimmrecht und Stimmberechtigten, die unermüdlich Lobbyarbeit betreiben.

Der Verweis auf Vorleistungen bringt, wie das Beispiel des jahrzehntelangen braven Verhaltens der Frauenorganisationen zeigt, nichts. So braucht es zur rechtlichen Besserstellung der Zugewanderten vielleicht sogar eine landesweite Protest- aktion der Migrantinnen und Migranten. Das bedeutet, dass diese eventuell zu medienmässig und ökonomisch wirk- sameren Mitteln greifen müssten als bis anhin, um ebenso selbstverständlich wie 1798 Heinrich Zschokke als Personen mit gleichem Recht auf politische Mitgestaltung anerkannt zu werden.

Literatur

Böning, Holger, 1983, Heinrich Zschokke und sein «Aufrichtiger und wohlerfahrener Schweizerbote». Die Volksaufklärung in der Schweiz. Bern, Frankfurt a. M., New York: Lang.
Joris, Elisabeth, Herbst 2010, Liberal und eigensinnig. Die Pädagogin Josephine Stadlin – die Homöopathin Emilie Paravicini-Blumer. Handlungsspielräume von Bildungsbürgerinnen im 19. Jahrhundert. Zürich: Chronos.
Kästli, Tobias, 1998, Die Schweiz. Eine Republik in Europa. Geschichte des Nationalstaats seit 1798. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
Schumacher, Beatrice (Hg.), 2010, Freiwillig verpflichtet. Gemeinnütziges Denken und Handeln in der Schweiz seit 1800. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
Schweizerischer Verband für Frauenrechte (Hg.), Association suisse pour les droits de la femme (éd.), 2009, Der Kampf um gleiche Rechte. Le combat pour les droits égaux. Basel: Schwabe.

Paradosso della democrazia: chi decide, chi appartiene alla «nazione»?

Nel 1798 Heinrich Zschokke di Magdeburg ha ottenuto come un'evidenza la cittadinanza della nuova repubblica elvetica. D'altro canto, i fondatori della Svizzera moderna negavano al sesso femminile le prerogative di libertà e parità. Il paradosso della democrazia svizzera, secondo cui chi ha diritto di codecidere stabilisce chi ne è escluso, non ha toccato solo e per lungo tempo le donne, ma continua anche oggi a toccare i migranti. I dibattiti attorno al diritto di voto per le donne e le controversie concernenti lo statuto giuridico dei migranti presentano evidenti parallelismi. Nel processo d'istituzionalizzazione dello Stato nazionale, col pretesto che sono «diverse», le donne sono state relegate alla cerchia domestica ed escluse, come gli stranieri, dalla cittadinanza. In seguito alla riforma costituzionale del 1874, che ha introdotto un diritto di partecipazione alla procedura legislativa a livello pre-parlamentare, per la prima volta anche le organizzazioni femminili a livello di commissione sono state ammesse a partecipare alla legiferazione, tuttavia esclusivamente per questioni considerate specifiche alla donna. Proprio come si fa oggi giorno con le organizzazioni di stra- nieri, consultate unicamente in questioni inerenti a determi- nati settori specifici. Dalla fine del 19° secolo a questa parte gli argomenti della diversità e dell'estraneità sono stati rivestiti di considerazioni di tipo biologistico. Sino al dopoguerra l'esclusione della donna era legittimata tra l'altro mediante la sua funzione riproduttiva e l'esclusione degli immigrati con argomenti di stampo razzista.

Il movimento per il diritto di voto alle donne ha fondato le proprie esigenze sulle prestazioni che la donna fornisce alla società. Tuttavia sono stati gli uomini, soli detentori del diritto di voto, a decidere se tali prestazioni bastavano a giustificare la concessione del diritto di voto. Oggi lo stesso accade con i migranti: gli aventi diritto di voto decidono in maniera prati- camente arbitraria quali prestazioni integrative devono fornire i migranti per poter ottenere eventuali diritti supplementari.

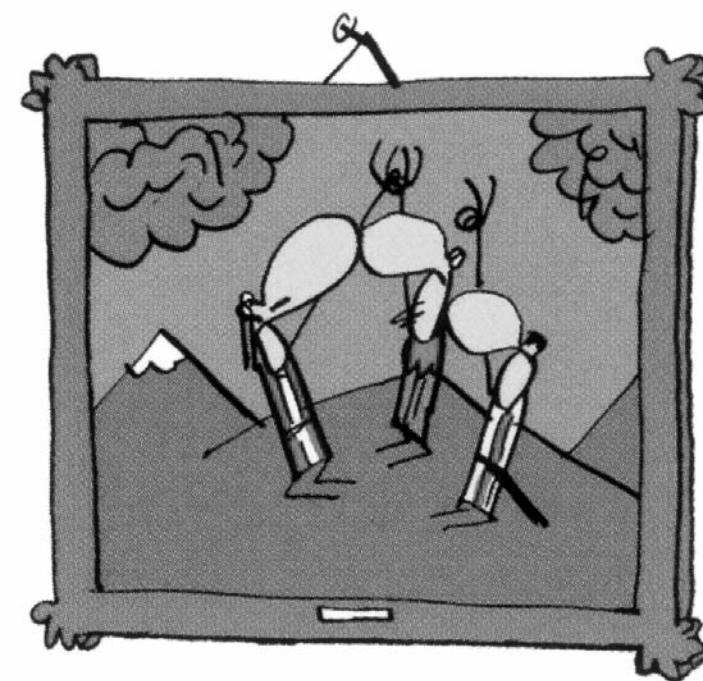
Elisabeth Joris studiò an der Universität Zürich Geschichte und französische Literatur. Als freischaffende Historikerin und als Lehrende auf Mittel- und Hochschulstufe hat sie sich in den letzten Jahrzehnten mit vielfältigen Fragen der Geschlechtergeschichte in der Schweiz seit 1800 beschäftigt.

Quale Camera rappresenta i Cantoni a Berna?



Il Consiglio degli Stati rappresenta i Cantoni nel Parlamento federale.

Da che Cantoni provenivano «i tre Svizzeri»?



Werner Stauffacher veniva da Svitto, Walter Fürst da Uri e Arnold von Melchthal da Unterwald.

Ein Zwei-Stufenmodell der politischen Integration.

Aargauer Lokalparteien sind gegenüber Ausländerinnen und Ausländern erstaunlich offen. Eine Umfrage hat unerwartete Ergebnisse zu Tage gefördert. Obwohl in den Sektionen der Parteien zahlreiche Ausländerinnen und Ausländer eingebunden sind, wird die politische Integration der ausländischen Bevölkerung nicht aktiv gefördert. Ein stärkerer Einbezug in die Parteiorganisation ist in weiten Teilen der politischen Basis umstritten. Dennoch stellen sich die meisten Lokalparteien nicht prinzipiell dagegen. Vollständig politisch integriert wären Ausländerinnen und Ausländer in den Augen von Urs Meuli jedoch erst, wenn sie auf lokaler Ebene wählen und stimmen könnten.

terra cognita: Über die Integration der Ausländerinnen und Ausländer wird viel geredet. Welcher Stellenwert kommt dabei der politischen Integration zu?

Urs Meuli: 2006 hat Bundesrat Blocher beim Bundesamt für Migration einen Bericht über die «Probleme der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz» in Auftrag gegeben. Darin ist vermerkt, dass «die Möglichkeit der politischen Partizipation und Mitbestimmung neben der strukturellen Integration und der sozialen und kulturellen Integration eine der drei Säulen der Integration» sei. Die Kernprobleme, die im Bericht geortet werden, liegen jedoch bei der Arbeit, der Ausbildung, der Sprache und beim Quartierleben. Entsprechend weisen die Massnahmen in Richtung Berufsbildung, Arbeitsmarkt, öffentliche Sicherheit, Sprachförderung und Zusammenleben. Von politischer Integration ist keine Rede. Politisch mitwirken sollen Ausländerinnen und Ausländer dann, wenn sie Schweizerinnen und Schweizer geworden sind.

Die Einbürgerung als Ausgangspunkt für die politische Integration ist allerdings ein fragwürdiges Modell. Denn wenn die Einbürgerung erfolgt, ist die Integration bereits weitgehend abgeschlossen. Auf lokaler Ebene müsste die politische Integration viel früher beginnen. Dort, wo Menschen leben und ar-

beiten, werden Entscheide gefällt, die für sie wichtig sind. Wer von diesen Entscheiden betroffen ist, müsste in die Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Das lokale Stimm- und Wahlrecht ist dabei entscheidend. Politische Partizipation ist nicht die Folge, sondern muss Bestandteil der Integration sein.

Sie sagen, dass die politische Integration in der Schweiz ein stiefmütterliches Dasein fristet. Welche Möglichkeiten stehen Ausländerinnen und Ausländern dennoch offen, sich in ihrer Wohngemeinde politisch zu engagieren?

Viele Gemeinden haben Ausländer- und Integrationskommissionen ins Leben gerufen, welche die Behörden in politischen Entscheidungsprozessen konsultieren können. Diese Kommissionen engagieren sich darüber hinaus auch aktiv für das Zusammenleben in der Gemeinde. Die finanziellen Mittel, die ihnen für entsprechende Projekte zur Verfügung stehen, sind in der Regel aber bescheiden. Der Rolle der Kommissionen in den politischen Entscheidungsprozessen und die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sind Indikatoren für den Stellenwert, den man der Integration beimisst. Natürlich gibt es in den Gemeinden immer auch Menschen, die sich für die Integration stark machen. Diese sitzen jedoch selten an den politischen Schaltstellen.

Eine andere Möglichkeit sich einzubringen, besteht theoretisch darin, sich einer Lokalpartei anzuschliessen. Lokalparteien unterstehen dem Vereinsrecht, wodurch sie prinzipiell allen Menschen offen stehen. Würde der Schweizer Pass eine notwendige Voraussetzung für eine Mitgliedschaft darstellen, so müsste dies in den Statuten explizit vermerkt sein.

Nun ist über die Offenheit der Lokalparteien gegenüber Ausländerinnen und Ausländern wenig bekannt. Sie sind dieser Frage nachgegangen und haben im Kanton Aargau 475 Lokalparteien angeschrieben. Jede vierte Partei hat sich bereit erklärt, zur Klärung dieser Frage beizutragen. Welche Erkenntnisse konnten Sie gewinnen?

Heute dürften in den Aargauer Sektionen der sechs grössten Parteien rund 150 ausländische Mitglieder und 1'000 ausländische Sympathisanten vertreten sein. Zwar gehört die

ausländische Wohnbevölkerung bei der Rekrutierung von Neumitgliedern nicht zur zentralen Zielgruppe. Ausländerinnen und Ausländer tauchen aber trotzdem in den Aargauer Lokalparteien auf, wenn auch in bescheidenem Ausmass. In jeder zweiten befragten Sektion findet sich eine Ausländerin oder ein Ausländer unter den Sympathisanten, in jeder sechsten Lokalpartei sind sie unter den Mitgliedern vertreten. In jeder zwanzigsten sind Ausländer und Ausländerinnen gar unter den Aktiven zu finden...

In drei von vier Sektionen können Ausländerinnen und Ausländer Mitglied werden. Hingegen verweigert jede vierte Sektion ausländischen Personen das Recht auf Mitgliedschaft. Die restriktivste Partei ist diesbezüglich die FDP. Jede zweite FDP-Sektion hält in den Statuten fest, dass für einen Beitritt die Schweizer Staatsangehörigkeit erforderlich ist. Nicht einmal die SVP, die sich ja in der Regel nicht wirklich für die Anliegen der Ausländerinnen und Ausländer stark macht, verhält sich so restriktiv.

Die Tatsache, dass ein grosser Teil der Lokalparteien offen für Ausländerinnen und Ausländer ist, vermag aber nicht darüber hinweg zu täuschen, dass die Parteien in den vergangenen Jahren an Attraktivität verloren haben. Wie sehen Sie die Situation?

Eine Anfang der Nullerjahre durchgeführte Parteienbefragung hat ergeben, dass Parteien unter einer schrumpfenden Basis leiden. In den vergangenen 20 Jahren haben sie einen Fünftel ihrer Mitglieder und einen Drittel ihrer Aktiven verloren. Dieser Aderlass hat sowohl mit der Nachfrage als auch mit dem Angebot zu tun. Zum einen sind Arbeitstätige heute beruflich stark gefordert, und auch Familie und Freizeit nehmen mehr Zeit in Anspruch als früher. Hinzu kommt, dass man sich weniger gerne an lokale Vereine und Parteien bindet. Zum anderen werden Parteien als verkrustete Institutionen wahrgenommen, als Gralshüter von Parteiideologien. Parteien sind heute für viele nicht mehr attraktiv genug.

Die Gründe für die Parteienkrise sind vielfältig. Es scheint den Lokalparteien vielfach nicht zu gelingen, ein dynamisches Bild von sich zu vermitteln, welches spannende und kontrovers geführte Diskussionen erwarten lässt. Ihnen wird vorgeworfen,

dass sie lediglich Alteingesessene zu erreichen vermögen und gar nicht genau wissen, was weniger etablierte Gruppen bewegt. Parallel zu den Parteien bilden sich dynamische Gemeindeforen, welche Neuem mit grösserer Offenheit gegenüber stehen.

Zudem ist der Anteil der Parteilos in den Gemeinderäten in den vergangenen Jahren explosionsartig gestiegen. Heute ist bereits die Hälfte der Exekutivmitglieder auf kommunaler Ebene parteilos. Dies ist ein starker Hinweis auf die Erosion der Parteien, ein starker Hinweis auf die abnehmende Attraktivität der Parteien.

Wäre es angesichts des Zerfalls der Parteibasis nicht angezeigt, dass sich die Aargauer Lokalparteien künftig vermehrt für Ausländerinnen und Ausländer öffnen?

Die Ausdünnung der Parteibasis hat dazu geführt, dass Lokalparteien in den vergangenen Jahren viele Aktivitäten vernachlässigt haben. Damit verbunden ist auch ein Schwund von Ressourcen. Die vorhandenen Ressourcen brauchen die Parteien in erster Linie für den Wettbewerb. Sie bündeln diese und konzentrieren sich auf das Wesentliche, auf die Besetzung öffentlicher Ämter. Das Ziel einer breiten Parteibasis ist in den Hintergrund gerückt. Ausländerinnen und Ausländer sind für die Parteien im Kanton Aargau deshalb uninteressant, weil sie weder wählen noch für ein öffentliches Amt kandidieren können.

Dennoch sprechen sich 80 Prozent der befragten Parteisektionen nicht eindeutig gegen einen stärkeren Einbezug der ausländischen Bevölkerung aus. Es fällt jedoch auf, dass die Mehrheit der Parteien in dieser Frage gespalten ist. Es handelt sich nicht um einen Links-Rechts-Konflikt, die Trennlinie geht mitten durch die Parteien hindurch. Besonders uneinig scheint sich die Basis der FDP und der CVP zu sein. Aber auch die SP ist sich in dieser Frage nicht einig. Diese tiefe Zerrissenheit dürfte mit dem Wertekonservatismus, dem die Parteien verpflichtet sind, in Zusammenhang stehen.

Was würde sich ändern, wenn Ausländerinnen und Ausländer in den Gemeinden des Kantons Aargau stimmen und wählen dürften, und wie stehen diesbezüglich die Chancen?

Im Aargau gibt es rund 100'000 Ausländerinnen und Ausländer, die seit mehr als 10 Jahren im Kanton leben. 75'000

von ihnen sind im stimmfähigen Alter. Hätten die Ausländer und Ausländerinnen das Recht, an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, müssen sich die Lokalparteien um diese Gruppe bemühen. Sie müssten sich anstrengen, die potentiellen Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen. Sie müssten sich klar positionieren und die Interessen der ausländischen Bevölkerung zur Kenntnis nehmen. Das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer würde dazu führen, dass sich die Parteien im Wettbewerb um ausländische Mitglieder gegenseitig konkurrenzieren.

Die Chancen, dass das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer und Ausländerinnen im Kanton Aargau in absehbarer Zukunft eingeführt wird, stehen jedoch schlecht. Eine über die Parteien hinausgehende Integration von Ausländerinnen und Ausländern ins politische System wird von den allermeisten Lokalparteien klar abgelehnt. Jede zweite Lokalpartei spricht sich deutlich gegen die Einführung des Ausländerstimmrechts aus, jede dritte ist in dieser Frage gespalten. Einzig bei den Grünen ist dieses Anliegen unbestritten. Dieser Befund deckt sich mit dem Abstimmungsergebnis aus dem Jahr 1996, als sich im Kanton Aargau 84,6 Prozent gegen die Einführung des kommunalen Ausländerstimmrechts aussprachen.

Sie sagen, dass noch viel Zeit vergehen wird, bis Ausländer und Ausländerinnen im Kanton Aargau mitreden und mitentscheiden dürfen. Dennoch würde es den Parteien nützen, wenn sie Ausländerinnen und Ausländer besser integrieren würden. Welche Vorteile hätte eine stärkere politische Integration?

Für einen stärkeren Einbezug spricht die Tatsache, dass in der ausländischen Bevölkerung ungenutzte Potentiale vorhanden sind. Dank der Freizügigkeit mit der Europäischen Union ist der Anteil der Migrantinnen und Migranten mit hohem Bildungsstand weiter gestiegen. Heute weisen bereits 60 Prozent der Zugewanderten aus Deutschland eine Tertiärbildung auf. Da man weiss, dass ein solider Bildungshintergrund ein wichtiger Faktor für das Interesse an politischen Themen ist, kann man davon ausgehen, dass das Interesse der ausländischen Bevölkerung am lokalpolitischen Geschehen steigen und damit auch der Wille an der aktiven Mitwirkung auf Gemeindeebene zunehmen wird.

Im überwiegenden Teil der Aargauer Parteien ist man sich dessen bewusst. Viele Verantwortliche sind der Meinung, dass von einer verbesserten Integration nicht nur die ausländische Bevölkerung, sondern auch die Parteien selbst profitieren könnten. Sie stellen sich auf den Standpunkt, dass die Parteien dadurch neue politische Impulse erhalten und das Verständnis für Ausländerfragen zunehmen würde. 40 Prozent der befragten Sektionen glauben gar, dass ein stärkerer Einbezug von Ausländerinnen und Ausländern an der Parteibasis zu besseren Wahlergebnissen für die jeweiligen Parteien führen könnte. Viele erhoffen sich von einer besseren Integration eine grössere Unterstützung bei der Parteiarbeit. Ausländische Aktive könnten den Mangel an personellen Ressourcen in Arbeitsgruppen, wo politische Geschäfte diskutiert und Anlässe organisiert werden, vermindern helfen. Auch eine Mitarbeit in Kommissionen ist für die Mehrheit der Lokalparteien nicht ausgeschlossen.

In Ihren Augen ist Politik die Grundlage des Zusammenlebens. Dort, wo Menschen leben, sollen sie sich auch zu politischen Fragen äussern können. Wie muss man sich das konkret vorstellen?

Viele Politiker stellen sich auf den Standpunkt, dass ohne Schweizer Pass kein Wahl- und Stimmrecht möglich sei. Sie argumentieren, dass der Weg zur politischen Integration über die Einbürgerung führen müsse. Dabei müsste aus einer grundrechtlichen Perspektive der Fokus auf einer möglichst breit abgestützten politischen Partizipation liegen. Demokratie legitimiert sich ja gerade über die aktive Teilnahme der Bevölkerung. Heute ist aber jede fünfte in der Schweiz lebende Person von der politischen Entscheidungsfindung ausgeschlossen. Von ihnen wurden 350'000 Personen bereits hier geboren. Allerdings existiert das Stimm- und Wahlrecht schon in einigen französischsprachigen Kantonen und einigen wenigen Deutschschweizer Gemeinden.

Integration und politische Partizipation müssten in einem wechselseitigen Verhältnis stehen. Von der Politik definierte minimale Integrationsstandards (Aufenthaltsdauer, Kenntnisse einer Landessprache etc.) sollten zum Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene berechtigen, und dieses wiederum

wäre eine wichtige Voraussetzung für eine gelungene Integration. In einem zweiten Schritt könnte dann, gekoppelt mit dem Bürgerrecht, das Stimm- und Wahlrecht auf nationaler Ebene gewährt werden.

Literatur

BFM 2006, Probleme der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz. Bestandesaufnahme der Fakten, Ursachen, Risikogruppen, Massnahmen und des integrationspolitischen Handlungsbedarfs. Im Auftrag des Departementvorstehers EJPD. Bern. Bundesamt für Migration.
BFM 2007, Bericht Integrationsmassnahmen. Bericht über den Handlungsbedarf und die Massnahmenvorschläge der zuständigen Bundesstellen im Bereich Integration von Ausländerinnen und Ausländern per 30. Juni 2007.
Geser, Hans; Ladner Andreas; Meuli, Urs; Schaller, Roland, 2003, Schweizer Lokalparteien im Wandel. Erste Ergebnisse einer Befragung der Präsidentinnen und Präsidenten der Schweizer Lokalparteien. Soziologisches Institut der Universität Zürich.
Meuli, Urs, 2006, Ausländerinnen und Ausländer in den Parteien des Kantons Aargau. Stand und Perspektiven der Integration von Ausländern in den Aargauer Lokalparteien. Soziologisches Institut der Universität Zürich.
Steiner, Reto; Ladner, Andreas, 2005, Die Schweizer Gemeinden im Fokus – Ergebnisse der Gemeindebefragung 2005. In: Alexander Glatthard und Ulrich Isch (Hg.), Perspektiven für Gemeindefinanzen. Bern, 9-34.

Un modèle d'intégration politique par étape

Jusqu'ici, l'intégration de la population étrangère dans les partis locaux argoviens n'a pas été encouragée. Une majorité de la base politique conteste que des étrangers puissent être davantage impliqués dans l'organisation des partis. Toutefois, la base de la plupart des partis locaux n'y est par principe pas opposée. Elle est consciente que non seulement la population étrangère pourrait tirer profit d'une meilleure intégration, mais également les partis locaux eux-mêmes. La baisse des effectifs de la base en de nombreux endroits ces dernières années a amené cette dernière à ce que des aspects importants du travail des partis soient abandonnés. Des personnes étrangères actives pourraient contribuer à combler les lacunes en matière d'effectifs au sein des groupes de travail et des commissions, où les affaires politiques sont discutées, des programmes développés et des manifestations événementielles organisées.

Mais les étrangers ne seraient pleinement intégrés sur le plan politique que s'ils disposaient d'un droit de vote et d'éligibilité à l'échelon communal. Pourtant, un tel droit civique est précisément rejeté par une majorité au sein des partis politiques locaux. De nombreux politiciens sont d'avis que sans passeport suisse, il n'est pas possible de jouir du droit de vote et d'éligibilité. Du point de vue de l'auteur cependant, la participation politique ne constitue pas un droit civique, mais un droit fondamental qui devrait être accordé à tous. Une intégration rapide permettrait en effet aux étrangers de se familiariser avec les particularités locales. Ils auraient ainsi le bagage nécessaire pour pouvoir participer activement en matière de naturalisation sur le plan national également.

Urs Meuli arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Institut der Universität Zürich. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen politische Parteien, Gemeindesozilogie und Arbeitswelt. Im Auftrag des «MigrantInnenraums Aargau» führte er 2006 eine Studie zur politischen Integration der Ausländerinnen und Ausländer in die Aargauer Lokalparteien durch. Momentan leitet er ein vom Nationalfonds finanziertes Forschungsprojekt über die Exekutivmitglieder in den Schweizer Gemeinden. Das Interview wurde von **Pascale Steiner** geführt.

Combien de signatures faut-il récolter en 18 mois pour déposer une initiative populaire?



Lequel des trois pouvoirs détient le Conseil fédéral?



Il faut récolter 100 000 signatures.

Il s'agit du pouvoir exécutif.

Keine Erschütterung der traditionellen politischen Kräfteverhältnisse.

Wenn es um demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten geht, sehen die Schweizerinnen und Schweizer ihr Land gerne als Vorbild. Die Volksrechte sind eine Selbstverständlichkeit und sakrosankt. Ebenso selbstverständlich ist es, dass diese Rechte nur für Schweizerinnen und Schweizer gelten. Verbreitet ist die Befürchtung, dass eine Ausdehnung des Stimmrechts auf die gesamte Wohnbevölkerung die traditionellen politischen Kräfteverhältnisse erschüttern könnte. Ist diese Befürchtung berechtigt?

Wie verbreitet ist das Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz?

Auf lokaler Ebene ist die politische Landschaft vielfältig. Die Autonomie der Kantone – eine Charakteristik des schweizerischen Föderalismus – räumt den lokalen Gemeinwesen im Hinblick auf die Ausgestaltung der politischen Rechte weite Handlungsspielräume ein. In den Gemeinden der Kantone Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Waadt, in den Appenzeller Gemeinden Wald, Speicher und Trogen und in 18 der 180 Bündner Gemeinden sind Ausländerinnen und Ausländer stimmberechtigt. In den Kantonen Jura und Neuenburg kann die gesamte Wohnbevölkerung stimmen und wählen. Somit können Ausländerinnen und Ausländer auch an Ständeratswahlen teilnehmen.

Gehen Ausländerinnen und Ausländer häufiger zur Urne als Schweizerinnen und Schweizer?

In der Schweiz wurde zu dieser Frage wenig geforscht. 1994 gab die Schweizerische UNESCO-Kommission eine Studie in Auftrag. Die Erfahrungen mit dem Ausländerstimmrecht in den Kantonen Jura und Neuenburg sollten ausgewertet werden. Bald stellten die Forscher fest, dass viele Gemeinden die ausländischen und die schweizerischen Stimmmenden nicht separat auswiesen: Ihr Ausgangspunkt waren die «Citoyens».

Anhand der verfügbaren Daten konnten die Forscher immerhin zeigen, dass der Anteil ausländischer Wähler jeweils deutlich kleiner war als jener der schweizerischen. Der Unterschied blieb über die Jahre hinweg relativ konstant. Dieser Trend wird vom statistischen Amt der Stadt Lausanne bestätigt.

In der Deutschschweiz haben nur wenige Gemeinden die formellen politischen Rechte auf die gesamte Wohnbevölkerung ausgedehnt. Weit verbreitet ist hier die Haltung, dass der Weg zur politischen Partizipation über die Einbürgerung führe. Aus Deutschschweizer Gemeinden gibt es deshalb keine vergleichbaren Untersuchungen. Eine neuere Studie geht indes der Frage nach, ob sich das Abstimmungsverhalten der Eingebürgerten von jenem der übrigen Schweizer Staatsangehörigen unterscheidet. Auch diese Untersuchung bestätigt die Ergebnisse der UNESCO-Studie: Eingebürgerte nehmen weniger häufig an Abstimmungen teil als gebürtige Schweizerinnen und Schweizer.

Wie lässt sich die tiefere Stimmbeteiligung erklären?

Die Studie zu den Eingebürgerten zeigt, dass sich die Variablen «Einkommen», «Bildung», «politisches Interesse», «Regierungsvertrauen», «Glaube an den politischen Einfluss» und «Mitgliedschaft in Gruppen, Organisationen und Vereinen» positiv auf die Abstimmungshäufigkeit auswirken. Eingebürgerte verfügen statistisch gesehen über ein tieferes Einkommen, sind politisch weniger interessiert und engagieren sich weniger häufig in Gruppen, Organisationen und Vereinen als gebürtige Schweizerinnen und Schweizer. Andererseits haben sie ein starkes Vertrauen in die Regierung, sie glauben an ihren politischen Einfluss und verfügen über ein vergleichbares Bildungskapital.

Es wird deutlich, dass sich die Stimmbeteiligung alleine aufgrund sozio-struktureller Faktoren nicht zufriedenstellend erklären lässt. Andere Faktoren wie beispielsweise die Aufenthaltsdauer oder die Beherrschung der Landessprache spielen vermutlich ebenfalls eine Rolle. Die tiefere Stimmbeteiligung hat vermutlich auch damit zu tun, dass Zugewanderte während Jahren von politischen Mitentscheidungsprozessen ausgeschlossen waren. Nach der Einbürgerung sollten sie dann

plötzlich mit den Instrumenten der direkten Demokratie vertraut sein.

Wählen Ausländerinnen und Ausländer anders?

Auch zu dieser Frage liegen wenige Daten vor. Vieles deutet darauf hin, dass nicht die Nationalität, sondern das gesellschaftliche Milieu für die Parteienpräferenz ausschlaggebend ist. Die Studie zu den Eingebürgerten zeigt, dass Einwanderungsgruppen aus Herkunftsländern, welche gesellschaftliche Ablehnung erfahren, häufiger links wählen. Eingebürgerte, die wohlwollend aufgenommen worden sind, unterschieden sich in der Parteienwahl nicht von den übrigen Schweizerinnen und Schweizern.

Übersicht über die politische Partizipation der ausländischen Wohnbevölkerung

In der Schweiz wird unterschieden zwischen Stimmrecht, aktivem Wahlrecht und passivem Wahlrecht. Das aktive Wahlrecht ist das Recht zu wählen. Wer das passive Wahlrecht hat, darf gewählt werden.

Stimm- und aktives Wahlrecht auf Kantonsebene:
Jura (seit 1979), Neuenburg (seit 2000)

Stimmrecht und aktives und passives Wahlrecht in allen Gemeinden:
Neuenburg (seit 1849), Jura (seit 1979), Waadt (seit 2003)
Freiburg (seit 2006)

Stimm- und aktives Wahlrecht in den Gemeinden:
Genf (seit 2005)

Fakultatives Stimm- und Wahlrecht in den Gemeinden:
Appenzell Ausserrhoden (seit 1995), Graubünden (seit 2003), Basel-Stadt (seit 2005, nur Gemeinden Bettingen und Riehen)

Abstimmungen zum Ausländerstimmrecht 2010:
Glarus (2. Mai, Ausländerstimmrecht auf kantonaler und kommunaler Ebene abgelehnt), Bern (26. September, fakultatives Ausländerstimmrecht in den Gemeinden), Basel Stadt (26. September, Stimm- und Wahlrecht auf kantonaler Ebene)

Aktuelle Diskussionen :
Genf (im Rahmen der Verfassungsdiskussion wird die Einführung des passiven Wahlrechts diskutiert), Luzern (Initiative für fakultatives Gemeindestimmrecht ist hängig), Schwyz (Vorschlag für neue Verfassung enthält eine Variante mit dem fakultativen Stimmrecht auf Gemeindeebene)

Pas de bouleversement des rapports de force politiques traditionnels

Lorsqu'il s'agit de possibilités de codécision démocratiques, les Suisses citent volontiers leur pays en exemple. A leurs yeux, les vastes possibilités d'avoir droit au chapitre en matière de participation politique coulent de source. Pour eux, il va tout autant de soi que ces possibilités ne soient accordées qu'aux Suisses. En effet, la crainte qu'une extension du droit de vote aux étrangers résidant en Suisse pourrait bouleverser les rapports de force politiques traditionnels est largement répandue.

Les rares sources disponibles indiquent que l'extension du droit de vote aux étrangers résidant dans notre pays ne conduirait pas à un décalage prononcé dans le paysage des partis politiques. En revanche, une telle extension au sein des partis engendrerait une compétition pour attirer les faveurs de la population étrangère.

Was kann aus diesen Ergebnissen geschlossen werden?

Da rund zwei Drittel der ausländischen Wohnbevölkerung aus EU-Staaten stammen und diese in weit geringerem Masse auf Ablehnung stossen als die übrige zugewanderte Bevölkerung, ist nicht anzunehmen, dass die Ausweitung des Stimm- und Wahlrechts zu markanten Verschiebungen in der Parteienlandschaft führen würde. Hingegen hätte die Ausweitung zur Folge, dass unter den Parteien ein Wettbewerb um die Gunst der ausländischen Bevölkerung entstehen würde.

Bedenken, das demokratische System der Schweiz könnte durch die Einführung des Ausländerstimmrechts aus den Fugen geraten, sind unbegründet. Weder in Neuenburg, Freiburg, Genf oder Appenzell noch im Jura, Waadtland oder Graubünden hat die Ausdehnung der politischen Rechte auf die Wohnbevölkerung zur Erschütterung der traditionellen politischen Kräfteverhältnisse geführt. Auch die Erfahrungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die seit den 1990er-Jahren wichtige Schritte in diese Richtung gemacht haben, sind positiv.

Literatur

Cueni, Andreas; Fleury, Stéphane 1994. Étrangers et droits politiques. L'exercice des droits politiques des étrangers dans les cantons de Neuchâtel et du Jura. Commission nationale suisse pour l'UNESCO.
Meister, Christine 2005. Das Wahlverhalten der Eingebürgerten in der Schweiz. Lizentiatsarbeit. Zürich: Universität Zürich.
Heusser, Pierre 2001. Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer. Zürich: Schulthess Verlag.

Ne pas perdre le goût de la participation politique.

Les migrants n'ont que peu de possibilités de participation politique. La plateforme en ligne multilingue de baloti.ch leur permettra de participer à une votation fédérale et d'expérimenter ainsi un des éléments fondamentaux du système politique suisse. Mais vont-ils se laisser séduire ? Réponse lors des prochaines votations fédérales.

Les migrants intégrés dans notre pays, avec un permis de séjour ou d'établissement, n'ont guère de possibilités de participation politique, hormis dans quelques cantons. En outre, le très long délai d'attente pour une demande de naturalisation ordinaire (12 ans) n'arrange rien et leur motivation à être actifs sur le plan de la participation politique risque bien de s'émousser définitivement pendant ce long laps de temps.

Une opportunité de participation politique pour tous

C'est avec ces considérations que baloti.ch a décidé d'offrir aux étrangers et aux étrangères vivant en Suisse, indépendamment de leur statut, la possibilité de participer en ligne à une votation fédérale. Le projet est d'ailleurs aussi ouvert aux Suisses et aux Suissesses de plus de 18 ans, comme aussi aux étudiants, indépendamment de leur nationalité. Les informations de la plateforme internet sont traduites dans les principales langues parlées en Suisse.

C'est une équipe interdisciplinaire du «Zentrum für Demokratie Aarau», en collaboration avec l'Université de Neuchâtel, qui a élaboré cette plateforme de votation en ligne multilingue pour permettre au public cible une participation active à la vie politique du pays. Le projet a été soutenu financièrement par la Commission fédérale pour les questions de migration CFM dans le cadre de la mise au concours «Citoyneté».

Tout en préservant les principes de l'anonymat et de l'éthique de la recherche, il s'agit d'une part d'analyser les comporte-

ments de vote des migrants en Suisse; d'autre part on veut aussi apporter une contribution à une meilleure compréhension réciproque et à lever des peurs diffuses, partant de l'hypothèse que les comportements de vote des migrants en ligne ne se distingueront guère de ceux des Suisses. Sur le plan quantitatif, on espère atteindre le nombre de quelques milliers d'utilisateurs par votation.

Le partenaire médiatique du projet est le journal gratuit «20 Minuten». On s'assure ainsi une couverture optimale pour que l'on parle du projet avant la votation et après la communication des résultats du dimanche soir. Une coopération avec une radio argovienne proche des migrants, ainsi qu'avec d'autres radios, permettra d'informer sur baloti.ch avant et après la votation. Les journaux régionaux dans toute la Suisse sont aussi contactés afin qu'ils collaborent et informent sur le projet. Les responsables du projet veulent aussi donner au projet un contenu participatif poussé en collaborant avec les organisations de migrants comme le Forum pour l'intégration des migrantes et des migrants FIMM, faîtière regroupant de nombreuses associations de migrants en Suisse.

La plateforme multilingue, avec son module de e-voting, donne les informations suivantes: quel est le contenu de la votation? Qui en est à l'origine? Quels sont les arguments pour et contre? Quelles sont les recommandations de vote des différents partis et institutions? Il y a aussi un module d'apprentissage sur la démocratie directe composé de façon humoristique. Pour participer, il suffit d'avoir une adresse e-mail valide. Les initiateurs du projet ont renoncé à créer un forum de discussion, mais créeront des forums correspondants sur Facebook et utiliseront Twitter pour la diffusion des résultats de votation.

Ouverture des feux: votation fédérale du 26 septembre 2010

Après la votation fédérale de septembre 2010, l'expérience sera renouvelée lors de chaque votation fédérale. Il est prévu de couvrir aussi les élections fédérales d'octobre 2011. En cas de succès, ce projet pilote au niveau fédéral sera étendu aux

cantons. En mars 2011, un sondage est prévu auprès des utilisateurs. Une courte analyse (mini-VOX) sera faite après chaque votation.

Le projet permet donc aux étrangers et aux étrangères sans droit de vote non seulement de se manifester politiquement, mais d'expérimenter la démocratie directe helvétique, la plateforme en ligne servant en quelque sorte d'entraînement.

En tous les cas, les initiateurs du projet ont mis tous les atouts de leur côté pour réussir en s'entourant de partenaires médiatiques importants et en nouant une collaboration étroite avec diverses associations de migrants. Et puis, ce projet ne s'inscrit-il pas naturellement dans un contexte où les plateformes en ligne sont de plus en plus utilisées par les internautes pour répondre à des sondages sur différents thèmes, notamment politiques?

Le succès du projet dépendra moins de la technique que des collaborations et partenariats noués avec les associations de migrants et les médias. Mais les migrants manifesteront-ils leur intérêt pour cette plateforme? N'y aura-t-il pas de la frustration à participer à une «simulation de votation»? Est-ce que le projet apporte aussi un réel contenu de formation sur le système politique suisse en plus de son volet de participation? Il faudra attendre les premières expériences pour répondre à ces questions.

baloti.ch: Abstimmungsplattform für Migrantinnen und Migranten

In der Schweiz ansässige Migrantinnen und Migranten haben nur sehr eingeschränkt die Möglichkeit, sich politisch aktiv zu betätigen. Hier besteht ein Defizit, besonders wenn man bedenkt, dass bei einer allfällig erfolgten Einbürgerung nach einer Wartezeit von 12 Jahren auf Knopfdruck politisches Interesse und eine Vertrautheit mit den politischen Institutionen des politischen Systems der Schweiz vorhanden sein soll. Wahrscheinlicher ist es, dass in diesen 12 Jahren das Interesse an Schweizer Politik abhanden kommt.

Mit der Abstimmungsplattform «baloti.ch» sollen Migrantinnen und Migranten in der Schweiz die Möglichkeit erhalten, sich konkret mit dem politischen System der Schweiz auseinanderzusetzen. Auf der Plattform lässt sich direkte Demokratie in mehreren Sprachen trainieren. Damit wird auch ein Beitrag zur politischen Integration geleistet. Mit Hilfe von Online-Umfragen sollen zudem die politischen Einstellungen und das Stimmverhalten von Migranten in der Schweiz ergründet werden.

Ob die Möglichkeit, sich (virtuell) politisch zu betätigen, von Ausländerinnen und Ausländern künftig genutzt wird, bleibt noch offen. Die nächsten Abstimmungstermine auf eidgenössischer Ebene werden es zeigen.

Denis Torche est responsable du dossier «Politique de migration» à Travail.Suisse et membre de la Commission fédérale pour les questions de migration CFM.

Auslandbürger sind ernstzunehmende politische Akteure.

Seit 1989 können in der Schweiz wohnhafte ausländische Staatsangehörige an Wahlen und Abstimmungen in ihren Herkunftsländern teilnehmen, sofern die betreffenden Staaten ihren im Ausland lebenden Staatsbürgerinnen und -bürgern diese Möglichkeit einräumen. Die Interessenlagen eines Staates und seiner ausserhalb des Territoriums lebenden Bürgerinnen und Bürger ergänzen sich wechselseitig. Selbst in Zeiten erhöhter Mobilität kann ein Staat seine Staatsangehörigen, die nicht im Land wohnen, emotional binden. Umgekehrt bedeutet es für viele Betroffene, dadurch als vollwertige Bürger vom Heimatstaat anerkannt zu werden. Über eine Besonderheit verfügt das italienische Wahlsystem: Auslanditalienerinnen und -italiener können eigene Vertreter in die beiden Kammern in Rom schicken.

Zum Gespräch mit dem Senatore, einer derjenigen, der die Auslanditalienerinnen und -italiener im italienischen Parlament vertritt, treffen wir uns am 2. Juli, dem *Anniversario della Repubblica*. Der im Kanton Neuenburg lebende Claudio Micheloni wurde bei den Wahlen vom 9. und 10. April 2006 von den im Ausland ansässigen italienischen Wahlberechtigten des Wahlkreises Europa in den Senat gewählt. Mit ihm zog auch der in der Schweiz wohnhafte Franco Narducci ins Parlament ein.

Die Wahrnehmung politischer Rechte im Heimatstaat

Wahlen und Abstimmungen sind Ausdruck hoheitlichen Handelns, denn die einzelnen Wahlberechtigten nehmen nicht nur ihr Individualrecht wahr, sondern üben als Teil eines öffentlichen Organs diese Rechte aus. Aufgrund der territorialen Souveränität verfügt jedoch jeder Staat über die ausschliessliche Zuständigkeit zur Ausübung staatlicher Funktionen in seinem Hoheitsgebiet. Deshalb ist es ausländischen Staaten untersagt,

innerhalb des Herrschaftsbereichs eines anderen Staates hoheitlich im Rahmen der Rechtsdurchsetzung tätig zu werden, es sei denn, der ausländische Staat könne sich auf eine völkerrechtliche Ermächtigungsnorm stützen. Bis 1989 galt in der Schweiz die Praxis, dass das Stimm- und Wahlrecht nicht in einem anderen Staat wahrgenommen werden konnte. Dies hätte hoheitliches Handeln auf fremdem Territorium dargestellt. 1989 wurde diese Praxis aufgegeben. Seither können Ausländerinnen und Ausländer hierzulande an Wahlen und Abstimmungen in ihren Heimatstaaten teilnehmen. Dies gilt allerdings nur für Angehörige jener Staaten, welche ihren im Ausland lebenden Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern diese Möglichkeit einräumen. Seit 1994 können zudem in der Schweiz wohnhafte Ausländerinnen und Ausländer ihre Stimme direkt in den Botschaften und Konsulaten ihres Heimatlandes abgeben.

Über eine Besonderheit verfügen Portugal, Frankreich und Italien. In Portugal können Staatsangehörige, die im Ausland leben, ins nationale Parlament gewählt werden. In Frankreich können Französinnen und Franzosen im Ausland in einer indirekten Wahl – über die Wahl des *Conseil supérieur* der Auslandfranzösinnen und -franzosen – zwölf Vertreterinnen und Vertreter im Senat bestimmen. Neu hat Frankreich in seine Verfassung aufgenommen, dass ab den kommenden Wahlen elf Abgeordnete aus dem Ausland ins französische Parlament gewählt werden können. In Italien sind zwölf Abgeordnetensitze und sechs Senatssitze den Italienerinnen und Italienern im Ausland vorbehalten. Vier Wahlkreise im italienischen Ausland – «Europa», «Südamerika», «Nord- und Zentralamerika» sowie «übrige Welt» – können eigene Kandidatinnen und Kandidaten stellen.

Auslandwählerinnen und -wähler als Zünglein an der Waage?

Die Einführung des neuen Wahlsystems in Italien hat einen nationalistisch-konservativen Hintergrund. Die Idee, italienischen Staatsbürgern ausserhalb des staatlichen Territoriums das Wahlrecht zuzugestehen, stammt aus den Fünfzigerjahren und wurde von den Neofaschisten in die Diskussion eingebracht. Im Auge hatte man dabei insbesondere die nach Südamerika ausgewanderten – zahlenmässig eine bedeutende

Grösse darstellenden – Italienerinnen und Italiener. Von ihnen erhoffte man sich, sie würden konservativen Kräften ihre Stimme geben, da viele Faschisten nach dem Zusammenbruch der Diktatur in diese Länder ausgewandert waren. Auch hinter der Reform von 2005 sind rechtsorientierte Politiker auszumachen. Kritische Kommentare bezeichneten damals das neue Wahlrecht als massgeschneidert für das Lager von Berlusconi, welcher die Chancen auf einen erneuten Wahlsieg steigern wollte. Allerdings kam das neue Gesetz bei den Parlamentswahlen von April 2006 dem Herausforderer Romano Prodi zugute. Massgebend waren hauchdünne 25'000 Stimmen – von Auslandsitalianern!

Der Stolz über diesen Erfolg steht Claudio Micheloni noch heute ins Gesicht geschrieben. Dass die Auslandsitalienerinnen und -italiener die Wahlen entschieden hatten, freute jedoch nicht nur den gewählten Senatore und diejenigen, die ihm seine Stimme gegeben hatten. Die Nachricht über die «Machtdemonstration», zu dem Auslandsbürgerinnen und -bürger fähig sein können, schlug hohe Wellen und wurde in den Medien breit rezipiert. So diskutierten etwa Auslandsdeutsche in Internetforen darüber, ob auch sie die Einrichtung von Wahlkreisen im Ausland fordern sollten. Auch die Vereinigung der Auslandschweizer nahm dieses Ergebnis «mit Interesse» zur Kenntnis und fühlt sich darin bestärkt, in Zukunft vermehrt Einfluss auf die schweizerische Politik nehmen zu wollen. Die Diskussion über einen 27. Kanton ist noch nicht zu Ende geführt.

Parteiprogramme, Interessen des Staates und Anliegen der Ausland-Communities

Im Gespräch mit Claudio Micheloni haben wir nachgefragt, in welcher Rolle er sich als Vertreter der europäischen Auslandsitaliener sieht, welche Anliegen er vertritt, und welche Bedeutung er der politischen Partizipation zumisst.

Claudio Micheloni, was unterscheidet Sie von einem Senatore, der von Wahlberechtigten in Italien gewählt wurde? Bringen Sie als Abgeordneter der europäischen Auslandsitaliener andere Themen aufs Tapet?

Grundsätzlich bin ich ein Parlamentsmitglied wie alle andern auch. Ich vertrete die Anliegen meiner Partei und arbeite in entsprechenden Kommissionen mit. Die europäischen Auslandsitaliener haben sich klar für das Mitte-Links-Lager ausgesprochen, auch 2008, als Berlusconis *Popolo della Libertà* die Wahlen gewann. In diesem Sinne fühle ich mich vor allem meiner politischen Linie verpflichtet.

Sie sind jedoch auch Vertreter der Auslandsitaliener des Wahlkreises Europa. Erwarten Ihre Wählerinnen und Wähler nicht auch, dass Sie spezifische Anliegen aus der Sicht von Personen, die eben nicht in Italien leben, aufnehmen?

Die Anliegen der Auslandsitaliener unterscheiden sich nicht wesentlich von denjenigen der italienischen Bevölke-

rung. Sie sehen die Probleme Italiens vielleicht aus einer etwas entfernteren Perspektive. Gerade weil sie der aktuellen Politik gegenüber kritischer eingestellt sind, sind sie wohl gesamthaft gesehen etwas betrübter über die politischen Entwicklungen in unserem Staat. Als einzelner Abgeordneter kann man da aber wenig Einfluss nehmen. Der einzige Bereich, der italienische Staatsangehörige im Ausland betrifft, ist das gute Funktionieren der konsularischen Dienste oder die Verbreitung der italienischen Sprache und Kultur. Abgesehen davon, dass speziell in Lateinamerika die Frage der sozialen Sicherheit ein Problem ist, für welche sich meine «südamerikanischen» Kollegen einsetzen, gibt es keine besonderen Themen, für die ich mich aus der Sicht der europäischen Auslandsitaliener einsetzen müsste. Ich würde die Frage eher anders herum angehen: Welches Interesse hat der italienische Staat, seine Bürgerinnen und Bürger über die Ausübung der politischen Rechte an sich zu binden? Die Antwort ist: ein sehr grosses kulturelles und politisches und natürlich auch wirtschaftlich begründetes Interesse.

Die rund fünf Millionen Italienerinnen und Italiener im Ausland sind somit als ökonomische Botschafter des «Made in Italy» zu verstehen?

Absolut. Und der italienische Staat muss dies entsprechend honorieren, zum Beispiel indem er seinen Bürgern im Ausland Mitbestimmungsrechte mit eigenen Wahlkreisen ermöglicht. Wer könnte besser für unser Image werben als die Italiener selbst?

Welches ist Ihre Stellung als Senatore aus dem Wahlkreis Europa im Parlament?

Es ist schon so: Wir sechs Senatoren und zwölf Abgeordnete aus dem «Ausland» werden gewissermassen als bunte Vögel gesehen. Ich gelte als «Schweizer», meine Kollegen als «Argentinier» oder als «Australier». Aber verbinden tut uns eigentlich nicht viel, ausser vielleicht, dass die Menschen in unseren Communities sich stärker als Italiener verstehen als die Italiener in Italien selbst. Man könnte sogar sagen, dass wir als Abgeordnete zu den ganz Wenigen gehören, welche ein Staatsverständnis vertreten, das Italien als Nation begreift. Dies im Gegensatz zu dem heute stark ausgeprägten regionalistischen Verständnis der grossen Mehrheit der Parlamentarier.

Ein weiterer Aspekt ist, dass mein «Schweizer» Kollege Narducci und ich von der Schweizer Botschaft in Rom angegangen worden sind, uns beispielsweise bezüglich des Ausbaus der Infrastruktur in Norditalien einzusetzen, um verkehrspolitische Fragen zwischen Italien und der Schweiz anzugehen. Die Pflege der guten Beziehungen zur Schweizer Botschaft ist in beiderseitigem Interesse und nützt sowohl dem italienischen Staat als auch der Schweiz. So gesehen bin ich ein Doppelbürger im wahrsten Sinne des Wortes.

In der politischen Debatte wird die doppelte Staatsbürgerschaft oft als Hindernis für eine wirkliche Integration gesehen. Sie selbst sind Italiener und Schweizer. Was ist Ihre Haltung zu dieser These?

Ich habe lange gezögert, mich einbürgern zu lassen. Das hat jedoch mit meiner persönlichen Biographie zu tun. Grundsätzlich bin ich überzeugt, dass man sich an dem Ort, wo man lebt, engagieren soll. Dazu gehört meines Erachtens auch die Einbürgerung. In meiner Arbeit mit italienischen Vereinen in der Schweiz habe ich wiederholt darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig dies ist, gewissermassen sogar eine Verpflichtung, sich als Citoyens zu engagieren. Einbürgern lassen habe ich mich schliesslich, um diese Überzeugung selber einzulösen. Ich bin übrigens sehr stolz, Schweizer zu sein und zeige bei der Eintrittskontrolle zum italienischen Parlament gelegentlich meinen Schweizer Pass.

Können Sie Erfahrungen, die Sie als Ausländer in der Schweiz gemacht haben, in ihre parlamentarische Arbeit in Italien einbringen? Wenn ja, welche?

Ich denke vor allem an die Integration der Kinder. Es betrübt mich ausserordentlich zu beobachten, was in Italien punkto Integrationspolitik gemacht wird. Wenn man bei Erwachsenen gewisse Fehler macht, mag das noch angehen. Aber nicht bei Kindern. Die werden ein Leben lang darunter leiden. Das habe ich selber erlebt. Die Integrationsbemühungen in der Schweiz haben in den letzten Jahrzehnten doch Fortschritte gemacht. Was die italienischen Verhältnisse anbelangt, muss man sich geradezu schämen. Mein Anliegen ist es, hier vermehrt aktiv zu werden.

Herzlichen Dank für das Gespräch!

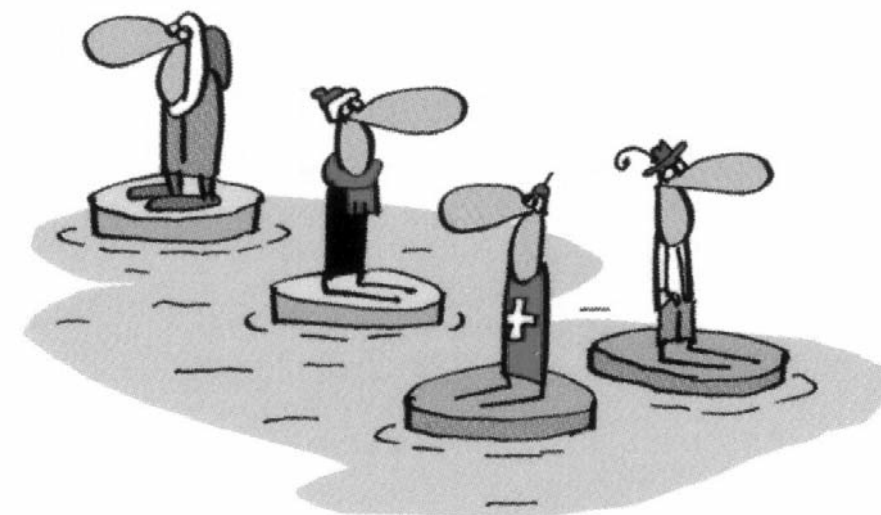
Stranieri in Svizzera: attori politici da prendere sul serio

Dal 1989 i cittadini stranieri residenti in Svizzera possono partecipare ad elezioni e votazioni nel loro Paese d'origine, sempreché il loro Stato preveda tale possibilità. Gli interessi di uno Stato e quelli dei suoi cittadini stabiliti all'in fuori dei confini nazionali interagiscono e si completano. Anche nell'era della mobilità una persona stabilitasi all'estero può sentirsi emotivamente legata al proprio Paese d'origine. Per molti interessati tale vincolo veicola il desiderio di essere pienamente riconosciuti dalla loro patria come suoi cittadini. Il sistema italiano è caratterizzato da una particolarità, ovvero la possibilità in ambo le Camere di eleggere degli Italiani all'estero.

Claudio Micheloni si esprime sul proprio ruolo di rappresentante degli Italiani stabiliti in altri Paesi europei, sulla propria posizione in qualità di «Svizzero» presso il senato italiano e sull'importanza della partecipazione politica e della naturalizzazione.

Claudio Micheloni wurde 2006 in den italienischen Senat gewählt. 1959 kam er als Kind mit seinen Eltern in die Schweiz. Er lernte Tiefbauzeichner, engagierte sich jedoch früh im sozialpolitischen Bereich und nahm verschiedene Ämter in mehreren Organisationen und Gremien ein. Seit seiner Wahl in den Senat pendelt er zwischen Rom und dem Kanton Neuenburg, wo er heute noch wohnt. Das Interview führte **Simone Prodolliet**, Geschäftsführerin der EKM.

Quale associazione è formata dalla Svizzera, dall'Islanda, dal Liechtenstein e dalla Norvegia?



L'Associazione europea di libero scambio (AELS).

Der lange Kampf der Auslandschweizer für ihr Stimmrecht.

Erst 1975 – vier Jahre nach dem Frauenstimmrecht – wurde auch der sogenannten Fünften Schweiz, den im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizern, das Stimm- und Wahlrecht gewährt. Wirklich davon Gebrauch machen konnten diese aber erst mit der Einführung der brieflichen Stimmabgabe. Bis 1989 war die Schweiz nicht bereit, ihren Bürgern im Ausland die vollen politischen Rechte einzuräumen, weil sie im Gegenzug auch den Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz hätte zugestehen müssen, sich politisch zu engagieren.

Eigentlich sei es ja eine Selbstverständlichkeit, «unseren Mitbürgern im Ausland die Ausübung der politischen Rechte zu ermöglichen», schrieb der Bundesrat 1975 in seiner Botschaft zum Bundesgesetz über die politischen Rechte der Auslandschweizer: «So wird der Auslandschweizer nicht mehr das Gefühl empfinden, er sei Bürger zweiter Klasse, der an den eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen nichts zu sagen habe.»

Die Möglichkeit der Stimmabgabe im Ausland boten damals viele Staaten lediglich ihren Diplomaten, so auch die Schweiz. Nur Dänemark, Schweden und Norwegen räumten bereits allen Staatsangehörigen im Ausland das Wahlrecht ein. Die Stimmabgabe musste jedoch persönlich und in den Räumen einer diplomatischen Vertretung erfolgen. Die Schweiz orientierte sich schliesslich an Italien, am sogenannten Aufenthalt-Stimmrecht: Wer stimmen und wählen will, muss dies persönlich und im Inland tun, also zuerst die Heimreise antreten und sich in ein Stimmregister eintragen.

«Landsleute in der Fremde»

Mit dem Gesetz von 1975 erhielten die Auslandschweizerinnen und -schweizer die politischen Rechte. Doch sie mussten sich diese quasi verdienen. Stimmen und wählen durften nur jene, die mit ihrer Heimreise ihre «Verbundenheit zu Volk und

Heimat» unter Beweis stellten. Eine äusserst diskriminierende Lösung: Internationale Zugverbindungen waren damals noch ein Problem und Interkontinentalflüge kosteten mehr als einen Monatslohn. Bis zur Einführung der Briefwahl konnten darum nur etwa 10'000 der damals rund 300'000 Auslandschweizerinnen und -schweizer an eidgenössischen Umengängen teilnehmen.

Dabei hatten diese schon so lange dafür gekämpft: Bereits 1874 hatten Schweizer Bürger in Mailand und in Mülhausen die Behörden ersucht, an der Abstimmung über die Revision der Bundesverfassung teilnehmen zu dürfen, später stellten vor allem Zollbeamte entsprechende Begehren, ohne Erfolg. Doch die in Vereinen organisierten Auslandschweizer-Kolonien brachten das Thema immer wieder auf die politische Traktandenliste. So gelang es schliesslich 1965, das Anliegen in der Bundesverfassung zu verankern.

Auslandschweizer und Inlandausländer

Aber der Bundesrat stellte sich grundsätzlich «gegen jede Form der Stimmabgabe vom Ausland her», weil Stimmen und Wählen politische Handlungen sind: «Die Schweiz erachtet es mit ihren Souveränitätsrechten als nicht vereinbar, von ihrem Territorium aus Ausländer am politischen Leben des Heimatlandes teilnehmen zu lassen. [...] Würde sie diese Forderung für die Auslandschweizer erheben, müsste sie Gegenrecht gewähren. [...] Die Ausländer erhielten Gelegenheit, die Schweiz als Plattform für politische Auseinandersetzungen zu benützen.» Soviel Demokratie war in den 1970er-Jahren völlig undenkbar, zu zahlreich waren die Ängste vor einer «Initiativenflut» und einer «Überfremdung». Und im Kalten Krieg durfte es nicht sein, dass sich italienische Kommunisten, französische Sozialisten und andere Exil-Gruppierungen in der Schweiz politisch bemerkbar machten.

Politisches Handeln von Auslandsbürgern

Rund zwei Dutzend parlamentarische Vorstösse, immer wiederkehrende Anfragen europäischer Staaten und zwei EU-Empfehlungen brachten den Bundesrat am 12. April 1989 endlich dazu, diesen Grundsatz aufzugeben. Noch bevor die

Briefwahl auch im Inland eingeführt wurde, erhielten die im Ausland wohnenden Schweizer Staatsangehörigen 1990 das sogenannte Korrespondenz-Stimmrecht: Wer bei einer offiziellen Schweizer Vertretung angemeldet war, konnte sich dort ins Stimmregister seiner letzten Wohngemeinde oder seiner Heimatgemeinde eintragen lassen. Diese stellt seither ihren Stimmberechtigten die amtlichen Abstimmungsunterlagen direkt per Post zu, und auch die Stimmabgabe erfolgt auf dem Postweg.

Von diesem Zeitpunkt an wurde dieses Wählerpotenzial auch für die Parteien interessant. Die FDP und die SVP gründeten internationale Sektionen und traten 1995 in Zürich und Freiburg mit prominenten Auslandschweizer-Kandidaten zu den Nationalratswahlen an. Die SP, der Fünften Schweiz gegenüber zunächst skeptisch eingestellt, strebte 1999 in der Waadt erstmals einen Sitzgewinn an. Eine GfS-Studie für die Auslandschweizer-Organisation (ASO) und «Swissinfo» heizte die Erwartungen 2003 noch an: In einer repräsentativen Online-Umfrage präsentierte sich die Fünfte Schweiz erstaunlich wirtschaftsliberal und europafreundlich. Darauf schickte die SVP in Baselland, Zürich und Schaffhausen ganze Auslandschweizer-Listen ins Rennen und schaltete Inserate in der «Schweizer Revue». In dieser vom EDA und der ASO herausgegebenen Zeitschrift, welche vier Mal im Jahr an alle Auslandschweizerinnen und -schweizer verschickt wird, tritt die SVP für eine «eigenständige und weltoffene Schweiz» ein.

Heute lassen zwölf Kantone ihre Auslandsbürger auch an kantonalen Umengängen teilnehmen. Luzern hat als erster Kanton ein zentrales Stimmregister für seine Auslandsbürger eingerichtet und weist deren Stimmen separat aus, wie auch Basel-Stadt und die Waadt (in der Stadt Lausanne). Das ermöglicht

10 Prozent der Bevölkerung

Fast 700'000 Schweizer Staatsangehörige leben im Ausland, sie bilden quasi den viertgrössten Schweizer Kanton. Mit Abstand am meisten Auslandschweizerinnen und -schweizer leben in Frankreich (180'000), gefolgt von Deutschland mit 76'500 und den USA mit 75'000. Wer Wohnsitz im Ausland hat, muss sich bei der zuständigen Schweizer Vertretung (Botschaft oder Generalkonsulat) anmelden, wie bei der Einwohnerkontrolle im Inland, und erhält viermal im Jahr die Zeitschrift Schweizer Revue zugestellt, sozusagen als Amtsblatt.

Zurzeit sind etwa 130'000 Auslandschweizer im Stimmregister eingeschrieben. Dies sind mehr Stimmberechtigte als in Basel-Stadt und fast soviel wie im ganzen Kanton Graubünden. 2009 scheiterte ein parlamentarischer Vorstoss, spezielle Ausland-Wahlkreise mit einer entsprechenden Zahl von Parlamentssitzen einzuführen, nur knapp.

Le long combat pour le droit de vote des Suisses de l'étranger

Ce n'est que depuis 1975 – quatre ans après que le droit de vote a été accordé aux femmes – que les Suisses et les Suissesses vivant à l'étranger ont obtenu le droit de vote sur le plan national. Toutefois, ils n'ont pu en faire usage qu'après l'introduction du vote par correspondance. Il fallut des douzaines d'interventions politiques et à la fin quelque pression de la part de l'UE pour obtenir ce droit. Le problème: voter et procéder à des élections constituent des actes politiques. Jusqu'en 1989, la Suisse n'était pas prête à octroyer à ses citoyens vivant à l'étranger les pleins droits politiques parce qu'en contrepartie, elle aurait aussi dû concéder aux étrangers résidant en Suisse le droit de s'engager politiquement. Dans les années 1970, il était encore totalement impensable d'être un pays aussi démocratique. C'était la période de la Guerre froide et la Suisse craignait une «surpopulation étrangère» ainsi qu'un «déferlement d'initiatives». Aujourd'hui, près de 700'000 ressortissants suisses vivent à l'étranger, ce qui constitue quelque 10 pour cent de la population. Sur ce nombre, 130'000 personnes ont le droit de vote et d'élection, un nombre supérieur à celui des électeurs du canton de Bâle-Ville. Elles tendent à voter en faveur d'une Suisse libérale et ouverte au monde.

interessante Einblicke, beispielsweise bei der Abstimmung zur so genannten Minarett-Initiative: Der Kanton Luzern hiess diese mit 60 Prozent gut, die im Ausland wohnhaften Luzernerinnen und Luzerner stimmten mit fast 60 Prozent dagegen.

Literatur

Bundesrat, Botschaft des Bundesrates über die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 45bis betreffend die Schweizer im Ausland, Bundesblatt vom 15.7.1965.
Bundesrat, Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die politischen Rechte der Auslandschweizer, Bundesblatt vom 21.4.1975.
Bundesrat, Botschaft über die Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte der Auslandschweizer vom 15. August 1990, Bundesblatt vom 2.10.1990.
Longchamp, Claude; Bösch, Luca, 2003, Internationale Schweizer/innen. Bern: GfS-Forschungsinstitut.
Schweizer Revue, Die Zeitschrift für Auslandschweizer. www.revue.ch
Voting from Abroad, The International IDEA Handbook. Stockholm 2007.

Luzius Stucki ist Soziologe und arbeitet im Bundesamt für Migration BFM.

Confessions des lieux disparus.

Grand-mère ne craignait pas les animaux sauvages ; les gens, elle les méprisait. Avec quel dédain elle tournait la tête vers la personne qui s'étonnait de la surprendre en train de parler dans le vide – cette créature incapable d'apercevoir le fantôme lui annonçant une nouvelle importante. Peut-être n'existaient-ils pas, ces fantômes, mais leurs prédictions se réalisaient toujours ! Malgré son scepticisme et son esprit terrien, même grand-père fut obligé de croire à l'incroyable. Quand Marietta prévoyait un chèque de son beau-frère américain, grand-père se levait de bonne heure et attendait le facteur, assis sur une des pierres plates de la porte d'entrée. Déçu jusqu'au plus profond de son âme par l'épouse, il ne le fut jamais par la voyante.

Sa seule aptitude « humaine », excepté la faculté de langage, demeurait la préparation de mets délicieux. Si elle détestait le nettoyage de la maison et la lessive, si prendre soin des bébés ne l'exaltait pas du tout et si coucher avec un homme la tourmentait, grand-mère adorait cuisiner ; d'ailleurs, elle était très gourmande. Grande, fine et gourmande. Par sa constitution physique, elle représentait un chef-d'oeuvre de la nature, et bien que lui manquaient tous les instincts maternels, son lait s'apparentait à un breuvage magique : selon grand-père, chaque fois qu'un de leurs bébés tombait malade, il lui suffisait de têter quelques gouttes du nectar maternel pour guérir miraculeusement. Elle a mis au monde huit enfants. Le premier était un garçon, suivi de sept filles. L'aînée, lasse des travaux ménagers et du rôle de nurse dès sa plus tendre enfance, a profité de la guerre pour quitter la maison à quatorze ans ; elle a rejoint les partisans, et s'est ensuite mariée à Tirana. C'est donc la seconde fille, ma mère, qui a pris le rôle de maîtresse de maison : elle a élevé toutes ses soeurs, qui se suivaient à un an d'intervalle. Ma grand-mère avait beau paraître surhumaine, les lois de la nature ne l'épargnaient pas ! Durant la grande famine des années trente, elle était enceinte. La Deuxième Guerre mondiale a éclaté, et l'a trouvée enceinte. Quand la République populaire albanaise s'est formée, grand-mère attendait un enfant. Mais après le huitième, elle a enfin obligé leur géniteur à respecter son vœu datant du premier jour de leur mariage ne plus la toucher.

Débarassée ainsi du poids du mari, elle s'est adonnée entièrement au seul métier qui l'intéressait : la divination. Elle lisait l'avenir dans le marc de café, les lignes de la main et les cartes ;

dès le petit matin, une foule de gens faisait la queue devant sa porte. Depuis son lit, grand-mère jetait un coup d'oeil à la fenêtre, et si la mauvaise humeur s'emparait d'elle, une de ses filles avisait les visiteurs de revenir le lendemain. Obéissante, la foule se dispersait pour se rassembler devant La Demeure des Grand-Parents à la même heure, un jour plus tard. Marietta recevait dans une des chambres du rez-de-chaussée, prévue à cet usage ; les clients la payaient selon leurs envies, et leurs possibilités. Elle n'avait pas de prix fixe, mais ne prédisait jamais rien gratuitement.

Une seule fois dans sa vie grand-mère a transgressé ce principe – à l'époque de la lutte contre les influences étrangères, dans les années mille neuf cent soixante-dix. Les églises et les mosquées avaient été détruites ; les puristes s'en prenaient aussi aux guérisseuses, voyantes et autres devineresses. Fini le temps où grand-mère pratiquait son métier en paix, respectée et crainte par toute la ville. Révolue l'ère des cadeaux, tari l'argent recueilli à travers les tasses de café, grâce auquel ses filles avaient toutes terminé leurs études universitaires. On a enjoint grand-mère à arrêter son métier de sorcière, car il constituait une atteinte grave à la morale communiste. Elle a pris cet avertissement à la légère jusqu'au 9 août, le jour où le chef de la police est venu en automobile dans La Demeure des Grands-Parents.

Comme chaque été, je me trouvais à Korça. Je jouais dans la cour en compagnie de ma cousine, Flora. Nous étions en train de nous disputer la balle, quand un grand homme en uniforme a frappé à la porte. Que voulait-il ? À part grand-mère, il n'y avait aucun adulte à la maison ; tout le monde était parti travailler, tandis que grand-père traînait dans les bistros du coin. Le policier a demandé Marietta. Grand-mère est apparue à la porte du salon, avec ses airs de reine.

– Entre, mon enfant, l'a-t-elle invité. Je ne t'ai jamais vu ; tu es le fils de qui ?

Mais l'homme en uniforme ne venait pas pour apprendre son futur.

– Il faut que vous me suiviez au poste de police. Si vous résistez, je serai obligé de vous mettre les menottes, a-t-il dit en sortant l'objet terrifiant de sa poche.

Grand-mère a commencé à bégayer ; pour la première et la dernière fois de ma vie, j'ai vu en elle un être vulnérable ; son accent indélébile s'est aggravé :

– Mais qu'est-ce que j'ai fait ?

– De la voyance, autrement dit agitation et propagande contre le gouvernement.

Je n'ai rien dit contre le gouvernement, s'est-elle défendue. Tous mes enfants ont fait des études supérieures grâce au régime communiste. Quant à moi, je suis analphabète, car je suis née dans un village capitaliste en Grèce. Mais je souhaite que ma bouche se sèche avant de prononcer un seul mot contre nos dirigeants !

Le policier commençait à se sentir mal à l'aise : quelle tâche ridicule que d'amener une vieille femme, mère de huit enfants, au poste de police, parce qu'elle se prenait pour un prophète ! Il a compris pourquoi aucun de ses subordonnés, originaires de Korça, n'avait eu envie de l'accompagner ; il aurait fait de même dans son village du Nord. Trop difficile de frapper chez son voisin, son cousin ou une connaissance, avec des menottes dans la poche ! C'était d'ailleurs la raison pour laquelle tous les dirigeants de police oeuvraient dans d'autres régions que la leur. À la tête des policiers de Korça depuis seulement un mois, le chef ne voulait contraindre personne, sauf par nécessité : il était donc parti seul pour arrêter la vieille, escorté uniquement du chauffeur qui l'attendait dans le véhicule devant la porte. Il avait reçu des ordres, il devait les exécuter.

– J'ai le portrait de notre cher Enver Hodja dans la chambre ; viens le voir. Je le bénis chaque matin : que Dieu lui donne une longue vie ! a chantonné grand-mère.

– C'est défendu de mentionner Dieu ! La religion est un opium pour le peuple !

– Excuse-moi, je suis vieille et ma langue a fourché, mais tous les jours je souhaite du fond du coeur que notre Enver vive et ensoleille notre vie. Et si je dis un mot de travers, il faut me pardonner : je suis âgée et ignorante. Je n'ai pas fait d'études, je n'ai pas eu ta chance, mon fils. Tu as dû être excellent à l'école pour porter ce bel uni-forme ! Il te va tellement bien ! Le chef de police s'est contemplé et a souri malgré lui. Grand-mère était entrée dans son rôle. Elle ne bégayait plus, elle reprenait de l'assurance :

– Je t'accompagnerai au poste de police, ne te fais aucun souci. Mais laisse-moi d'abord finir mon café.

Indécis, le chef a commencé à remuer les menottes.

– Je te prépare un café ; j'aurais honte de ne rien offrir à un visiteur aussi important, a murmuré grand-mère avant de disparaître à l'intérieur.

L'homme en uniforme a lâché un soupir et, après nous avoir jeté un regard inexpressif, est sorti prévenir le chauffeur de l'attendre un peu. Ensuite, il a monté l'escalier pour rejoindre grand-mère.

– Je n'ai pas plus de dix minutes, a-t-il précisé d'un ton ferme. Après le café, tu viens avec moi. D'accord ?

– Bien sûr, mon fils.

Et il s'est enfermé avec grand-mère dans la chambre consacrée aux prédictions. Flora et moi, le coeur battant, nous avons pris deux escabeaux pour atteindre les fenêtres, afin de regarder à notre aise. J'exultais : jamais encore je n'avais vu grand-mère

à l'oeuvre. En deux minutes à peine, elle a placé une tasse pleine de café turc entre les mains du chef policier, tout en lui posant des questions sur son quotidien. Pendant qu'il buvait et répondait par monosyllabes, grand-mère se préparait un café ! Il la regarda d'un oeil mauvais, s'étant rendu compte que la vieille avait menti : ce que faisait cette sorcière à son arrivée, il n'en savait rien, mais elle n'était sûrement pas en train de boire son café comme elle le prétendait ! Après avoir avalé le sien en vitesse, il s'est levé en posant sur la table la tasse de porcelaine. Grand-mère l'a prise entre les mains.

– Qu'est-ce que tu fais ? a hurlé le chef.

Flora et moi, nous avons failli perdre l'équilibre sur nos escabeaux, tant il nous a fait peur. Mais pas à grand-mère :

– Puisque tu as cette occasion, pourquoi ne pas en profiter ? Nous sommes seuls, personne ne le saura jamais !

– Je ne veux rien savoir, je veux que tu te lèves et que tu me suives.

Le chef a reboutonné son uniforme pour avoir l'air plus viril, et s'est dirigé vers la porte en ajoutant :

– Si tu ne me suis pas de ton plein gré...

– Je vois ici un vieux chagrin, une blessure qui n'a jamais guéri, a-t-elle répondu calmement en regardant la tasse.

Le chef policier s'est arrêté devant la porte, et sa main qui s'appropriait à saisir la poignée est restée en l'air. Il s'est retourné vers la voyante :

– Qui est-ce qui t'a dit cela ?

– Mais personne, je ne te connais pas.

– Comment le sais-tu, alors ?

– C'est la tasse de café qui me le dit, a répondu grand-mère, redevenue reine.

Elle s'est tue un instant pour scruter le fond de la tasse :

– Assieds-toi, mon fils.

Flora et moi retenions notre souffle. Accepterait-il de s'asseoir ?

Le chef policier a articulé d'une voix tremblante :

– Tu ne le diras à personne, n'est-ce pas ?

Seulement à la tombe, l'a rassuré grand-mère.

Tandis que le chef s'asseyait sur la chaise, ma cousine et moi avons sauté de joie sur nos escabeaux...

Extrait du roman «*Confessions des lieux disparus*», Bessa Myftiu, pages 169-176, éditions de l'Aube, La Tour-d'Aigues 2007.

Bessa Myftiu est née en 1961 à Tirana où elle a poursuivi des études de lettres. Elle a été critique littéraire et conteuse (à la radio) en Albanie. Elle vit aujourd'hui à Genève, où elle donne des cours à l'Université en Faculté des Sciences de l'éducation.

Etre un bon musulman, c'est être un bon citoyen !

Partout en Europe, la majorité des musulmans insiste sur le fait qu'« être un bon musulman, c'est être un bon citoyen ! ». Une affirmation qui s'est traduite ces dernières années par des actions individuelles et collectives dans tous les pays européens. La minorité pratiquante revendique la reconnaissance de ses droits à être musulman et à participer aux affaires de la cité, d'être acceptée avec ses différences. Mais, depuis 2001, l'identité islamique n'est plus l'élément que les acteurs musulmans mettent en avant, et l'affirmation a eu tendance à s'inverser : « On peut être un bon citoyen et être de confession musulmane ! ».

La demande de reconnaissance civile émane également de la bouche de la majorité silencieuse, ces musulmans culturels pour qui l'élément religieux est certes important dans leur sphère privée mais qui voient dans ce concept de citoyenneté une possibilité d'agir en tant qu'individus « sécularisés » et simultanément, d'être perçus autrement que comme « juste et exclusivement » musulmans.

L'engagement citoyen pour dépasser les peurs

Lorsque l'on parle d'intégration des musulmans, partir de cette revendication paraît pertinent car ce qui semble poser problème aux différents acteurs (politiques, économiques, associatifs et médiatiques), c'est la crainte d'une double allégeance ; d'une incompatibilité d'essence entre les lois de l'Etat et la loi de Dieu. L'engagement citoyen pourrait permettre de dépasser cette crainte ; que cet engagement se fasse au nom des valeurs religieuses ou sur la base de principes laïcs (Droits de l'Homme et du citoyen, respect de l'environnement).

Il ne s'agit pas de nier que des problèmes puissent survenir et mettre le croyant musulman, comme le chrétien, le juif ou le

bouddhiste, devant des choix cornéliens, mais de souligner que ces dilemmes sont très rares et peuvent, dans la plupart des cas, être résolus dans le respect des principes religieux grâce à une interprétation pragmatique des Constitutions nationales et des Traités européens. La prééminence des textes fondamentaux des Etats n'est pas négociable car ils garantissent les droits et libertés fondamentales de chaque personne. Charge au croyant de trouver les arrangements les plus adéquats pour son équilibre vital et sociétal. Dans les situations à problèmes, cas extrêmement rares, la clause de conscience reste possible pour les musulmans au même titre que les autres citoyens (croyants ou non).

Des communautés musulmanes diverses qui sont là pour rester

Il ne s'agit pas de refaire l'histoire de l'installation de populations musulmanes en Suisse mais plutôt d'insister sur la transformation de cette présence. Aujourd'hui, les musulmans vivant en Suisse souhaitent rester ; pour les plus jeunes, ils sont Suisses, sont scolarisés et ils n'envisagent pas leur futur ailleurs. Cette nouvelle réalité doit être assumée car elle est indéniable et la tendance à l'enracinement va se poursuivre, inexorablement. Il n'est plus temps de savoir si l'on est pour ou contre, mais bien plus de s'interroger sur la meilleure façon de vivre ensemble dans le respect de nos lois. Dans cette optique, la Suisse a des atouts que n'ont pas ses voisins : plus de 90 pour cent des musulmans de Suisse sont originaires des Balkans et de Turquie. Cela signifie que pour ces individus, la question de la laïcité, de la séparation entre sphère publique et sphère privée (en matière de religion notamment) ne sont pas des concepts étrangers. Ils les connaissent et n'y sont pas, par principe, opposés. C'est là un avantage considérable au moment de réfléchir au modèle de coexistence dans le respect des différences.

Pour les musulmans également, la transformation de leur présence en Suisse a des implications importantes. Dès lors qu'ils bénéficient, au même titre que tous les résidents, des droits, des libertés garanties par la Constitution, ils deviennent, simultanément, des individus responsables ayant des devoirs envers

l'Etat et la société dans son ensemble. Il n'est plus acceptable de se complaire dans une posture de victime ou de résident temporaire n'espérant que l'opportunité de rentrer chez lui. Ce n'est plus le cas. Il est désormais admis par tous les grands savants musulmans qu'il est légitime pour un musulman de vivre en Europe sans qu'il ait à se sentir coupable ; au contraire, islamiquement, il a l'obligation de respecter les lois du pays dans lequel il a accepté de vivre. Nous sommes donc tous face à une nouvelle réalité avec des responsabilités partagées afin de vivre ensemble : c'est une chance pour les musulmans, ils sont les premiers à le reconnaître ; c'est une exigence pour les non-musulmans de par notre histoire, notre Constitution. A chacun d'assumer sa part de responsabilités comme cela a déjà été fait avec les précédentes populations migrantes.

Une majorité silencieuse qui doit se faire entendre et être entendue

Le rapport « Vie musulmane en Suisse » (CFE 2005, CFM 2010) confirme par des témoignages de ces musulmans silencieux cette réalité d'une intégration réussie, ressentie comme telle pour le moins. Les personnes interrogées insistent sur les droits, les libertés, les acquis sociaux que leur offre la Suisse ; ils confirment également que rien ne les empêche de pratiquer les éléments essentiels de leur foi et qu'au contraire, sur certains aspects, il est même plus facile de pratiquer sa foi en Suisse que dans certains pays islamiques. Ils le disent et c'est important pour les non-musulmans de l'entendre.

Pourtant, leur silence dans les médias est implacable et, cela, ils doivent l'entendre également. Leur parole est trop souvent prise en otage de personnalités s'affichant comme représentante d'une communauté musulmane unie, idéalisée alors qu'elle n'existe pas. Il n'y a pas une, mais des communautés musulmanes en Suisse ; il n'y a pas d'unité, au contraire ; et, alors que la très grande majorité est originaire des Balkans ou de Turquie, ceux qui s'expriment dans les médias sont arabes ou perses ; où est l'erreur ? Elle est des deux côtés. D'une part, les autorités politiques, tant au niveau fédéral que cantonal, insistent sur la nécessité d'avoir un interlocuteur musulman (impossible à réaliser à court/moyen terme) et de l'autre, des

responsables musulmans, intéressés par l'appel du pouvoir et de leur égo, qui oublient la réalité de leur communauté et de l'extrême difficulté de représenter une telle diversité de communautés. Sur ce malentendu, l'attitude de certains médias ne facilite pas les choses, au contraire. Au lieu de se focaliser sur les acteurs, il serait plus judicieux d'aborder les thématiques liées à la présence musulmane (carrés dans les cimetières, enseignement, questions de genre, santé publique, nourriture halal) et d'en discuter avec les personnes intéressées, qu'elles soient pratiquantes ou pas, engagées dans une mosquée ou dans un club de foot. Ainsi, on « déreligioserait » les questions et on permettrait l'émergence de voix plus diverses au sein des musulmans de Suisse. Ensuite ou parallèlement, il est de la responsabilité des musulmans, s'ils l'estiment nécessaire, d'avoir un débat intra-communautaire et de définir les modalités d'organisation et de représentativité.

Privilégier l'esprit plutôt que la lettre

Abdenmour Bidar (2007) propose une charte aux musulmans, une sorte d'appel au rassemblement de toutes les bonnes volontés, de toutes les énergies, de toutes les intelligences au service d'une Renaissance de la culture islamique. Pour ce faire, il met en avant quatre principes d'action :

- *Principe de liberté : « La communauté islamique doit de venir une communauté sans jugement ni contrainte, ouverte à l'expression de sa propre diversité. »*
Bidar soulève là un point capital, c'est la réserve, la crainte même, que ressentent la majorité des individus de confession musulmane aujourd'hui. Cette majorité silencieuse est réticente à dire son islam (ses islams), à accepter que la religion qu'ils vivent, qu'ils pratiquent est tout aussi islamique que les modèles idéalisés ou fantasmés qui leur sont fournis par les discours officiels (diagnostiques nationaux, prédicateurs locaux, cheikh paraboliques). Bidar parle de devoir, de responsabilité du croyant par rapport à l'héritage reçu. Une telle approche limiterait les risques de schizophrénie chez des jeunes musulmans écartelés entre deux univers culturels et identitaires en leur reconnaissant le droit à être musulman

- différemment, autrement, en leur âme et conscience. De plus, cela peut encourager de nouvelles voix musulmanes à oser s'exprimer et démontrer par la parole cette diversité islamique contemporaine. En ce sens, l'Europe est un terrain d'expérience fantastique et l'écho de ces nouveaux discours ne manquera pas de passer les frontières même si pour bon nombre de fondamentalistes, il n'y a point de salut hors d'un retour à la tradition bien comprise. Elle seule est à même d'enrayer les dérives des interprètes auto-proclamés de la norme religieuse.
- *Principe de rupture : « La culture islamique doit faire son auto-critique jusqu' à ce qu' elle devienne synonyme de paix, de réflexion, de liberté et d' ouverture à l' autre. »* Cette rupture proposée par Bidar remet en cause toute lecture littérale des sources musulmanes. En effet, les principes essentiels de la religion sont privilégiés et sont associés aux valeurs essentielles des communautés contemporaines : respect et dignité de la personne humaine, pluralisme, égalité des droits (genre), abus de l'usage de la violence, droit à l'éducation. Tout verset contredisant ces principes de base devrait être rejeté et pas seulement relativisé. Il demande une auto-critique aux musulmans dans leur référence aux textes sacrés et à leurs histoires nationales pour insister sur les principes universels présents dans toutes les religions.
- *Principe de créativité : « La culture islamique doit redevenir une matrice majeure du génie créateur de l' homme. »* L'ijtihad est encouragé par Bidar, pas seulement de façon théorique et juridique mais en mettant en exergue l'importance d'une approche créative de l'interprétation des textes. Il faut sortir des lectures classiques pour privilégier des lectures pragmatiques et concrètes du Coran qui offrent des réponses adaptées aux questionnements des musulmans croyants d'aujourd'hui.
- *Principe d' humanité : « Unifier les forces spirituelles et matérielles de la civilisation dans le but éthique d' aider chaque être humain à accomplir ses possibilités les plus hautes. »* Bidar insiste sur la réalité d'une globalisation toujours

plus présente aux quatre coins du monde et l'ambition de définir un humanisme universel auquel les musulmans doivent contribuer.

Identité(s) entre mairie et mosquée : une citoyenneté active

La campagne autour de l'initiative anti-minaret a bien mis en évidence que l'un des problèmes majeurs était une crainte diffuse d'un islam fantasmé, peu en lien avec la réalité des musulmans de Suisse. Si l'on demande concrètement aux individus : « de quoi avez-vous peur ? » les réponses vont rester très vagues, faisant des parallèles avec des situations tragiques vécues dans des pays musulmans ; elles vont insister sur des injustices perpétuées au nom d'une lecture fondamentaliste du Coran qui est, de fait, condamnée par nos lois helvétiques ; l'argument « prévenir vaut mieux que guérir » est aussi souvent employé pour dénoncer des comportements « islamiques » observés ici, mais surtout ailleurs et exiger des limitations, des interdictions afin d'éviter toute propagation de ces « déviances ». C'est rarement rationnel et concret, mais toujours révélateur d'une peur compréhensible. Malheureusement, la peur est parfois mauvaise conseillère.

De l'autre côté, les revendications musulmanes ne sont pas très nombreuses ; c'est sur les doigts d'une main que l'on peut les dénombrer (voile, cimetière, nourriture halal, aumônerie). Le problème essentiel est ailleurs, dans la perception mutuelle des acteurs en présence et dans les discriminations qui en découlent. Le non-musulman ne connaît pas, aimerait comprendre et interroge. Le musulman ressent cela comme un rejet, un déni. Il n'y a que l'éducation, la formation, des collaborations concrètes qui permettront aux différents acteurs de dépasser leurs craintes, leurs préjugés et tenter de voir chez l'Autre des éléments positifs. C'est l'un des défis d'aujourd'hui et de demain.

En ce sens, une nouvelle fois, les responsabilités sont partagées. Il est impératif que l'univers « mairie » prenne conscience que l'univers « mosquée » (Lathion 2010) est aussi essentiel que lui au bon développement de l'identité du jeune musulman.

Dans le même temps, la « mosquée », les responsables religieux et associatifs doivent accepter que « leur » jeune va pouvoir aller puiser à la « mairie » pour se construire. Voir l'autre comme une richesse plutôt que comme une menace est une démarche citoyenne, humaine, risquée, mais tellement riche pour l'individu.

L'enjeu est de ne plus mettre de l'islam là où il n'y en a pas et de ne plus voir le musulman ou la musulmane, mais le citoyen et la citoyenne. Défi commun, responsabilités partagées.

Bibliographie

Bidar, Abdennour, 2007, Self Islam. Paris: Seuil.
CFM (Commission fédérale pour les questions de migration), Vie musulmane en Suisse. Berne, CFE 2005, CFM 2010 (2^{ème} édition).
Lathion, Stéphane, 2003, Islam en Europe. La transformation d'une présence. Paris, La Médina.
Lathion, Stéphane, 2010, Islam et modernité. IdentitéS entre mairie et mosquée. Paris: Desclée de Brouwer.
Maréchal, Brigitte, 2001, Appartenances et Pratiques. Dans F. Dassetto, B. Maréchal et J. Nielsen, Convergences musulmanes. Paris, L'Harmattan et Bruylant, 21-29.
Ramadan, Tariq, 2003, Musulmans d'Occident et l'Avenir de l'islam. Sindbad-Actes Sud.
Schneuwly Purdie, Mallory, 2006, Etre musulman en Suisse romande. Une enquête qualitative sur le rôle du référent religieux dans la construction identitaire. Fribourg.
Siddique Seddon, Mohammad, Dilwar Hussein, Nadeem Malik (éds.), 2003, British Muslims. Loyalty and Belonging. The Islamic Foundation.

«Ein guter Muslim ist ein guter Bürger»

Die Mehrheit der Muslime Europas steht für den Grundsatz ein, dass ein guter Muslim zu sein bedeutet, ein guter Bürger zu sein. Diese Auffassung hat sich in den letzten Jahrzehnten durchwegs durchgesetzt. Eine praktizierende Minderheit von religiös Aktiven und sozial Engagierten spricht sich darüber hinaus für die Anerkennung ihrer Rechte aus, als Muslime wahrgenommen und als Bürger in ihrer Differenz respektiert zu werden.

Seit 2001 ist ein Wandel in der Konzeption der Eigenwahrnehmung der europäischen Muslime festzustellen. «Man kann ein guter Bürger und gleichzeitig muslimischer Konfession sein!» Sich als Bürger zu engagieren, kann dazu beitragen, die Ängste, die der Islam heutzutage vielerorts auslöst, abzubauen.

Die überwiegende Mehrheit der Muslime anerkennt die Freiheitsrechte und die sozialen Errungenschaften, die die Schweiz bietet. Musliminnen und Muslime in der Schweiz weisen auch darauf hin, dass sie in ihrer religiösen Praxis nicht behindert werden. Im Gegenteil sei es zuweilen sogar einfacher, den Islam in der Schweiz zu praktizieren als in gewissen islamischen Ländern.

Die Herausforderung in der gegenwärtig angespannten Lage besteht darin, Formen zu finden, wie ein friedliches Zusammenleben in der Schweiz zum Wohle aller realisiert werden kann. Es wird darauf ankommen, Menschen muslimischer Religionszugehörigkeit nicht a priori als Muslime oder Musliminnen zu sehen, sondern als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Dies ist eine Herausforderung, die sowohl die Muslime als auch die Mehrheitsgesellschaft betrifft und von beiden Seiten als Verantwortung wahrgenommen werden muss.

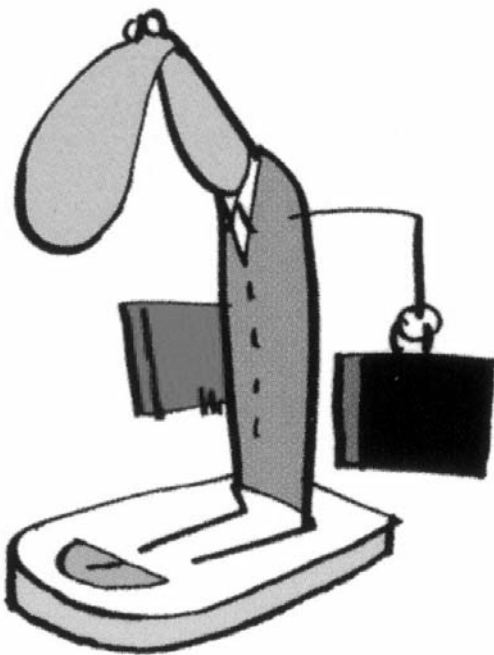
Stéphane Lathion est enseignant à Genève et co-fondateur et coordinateur du GRIS (Groupe de Recherche sur l'Islam en Suisse) associé à l'ORS (Observatoire des Religions en Suisse) de l'Université de Lausanne.

Der Staat hat die Kompetenz, für den Strassen- und Schienenbau oder die Errichtung eines Gebäudes im öffentlichen Interesse privaten Grundbesitz zu enteignen.



In welchen Fällen darf privater Grundbesitz durch den Staat enteignet werden?

Der SMI bildet die Börsenentwicklung der zwanzig liquidesten und grössten Schweizer Firmen ab.



Was bedeutet SMI (Swiss Market Index)?

La tigre addormentata.

Ricordo ancora quando arrivò a Lisbona. Pallido, affilato, sofferente per il gran caldo d'agosto. Arrivato dalla Spagna coi mulattieri, dopo essere fuggito dal macello della Comune. Aveva sposato la figlia di Karl Marx. Si chiamava Paul Lafargue, ma lo chiamavano Pablo Farga.

Quel pallore e la luce livida del volto non erano solo dovuti alla fuga e all'estate di Lisbona. Sapemmo che gli era appena morto un bambino di quattro anni, colpito dal colera durante la fuga. Il terzo dei suoi bambini, tutti morti in poco tempo. Etienne, il vero nome del bambino, ma lo chiamavano Schnappy. Aveva i capelli biondi.

In Francia i poliziotti, in cerca di bombe, avevano frugato perfino nel materasso: i poliziotti pedinano tutti i comunardi e gli internazionali, si sa. Pensavano che il piccolo recipiente nel quale i genitori facevano bollire il latte per il loro Schnappy fosse pieno di petrolio. Il petrolio dei comunardi. Tutti i rivoluzionari sono incendiari, per loro. Ma quando fecero irruzione nella camera da letto, alle tre del mattino, lui per una porta di servizio aveva già preso i sentieri delle capre. Ha imparato a fuggire, Pablo Farga.

Noi lo guardavamo con ammirazione, perché era uno che saltava subito sul cavallo matto. La disgrazia della Spagna sono le società segrete, diceva, l'ostacolo più serio per la classe operaia. In Spagna è riuscito a fondare una sezione, a Huesca. Quest'uomo si direbbe che non viva che per l'Internazionale. Ha saputo che io sono nato in Svizzera e mi ha detto che conosce certi giurassiani affiliati all'Alleanza di Bakunin. – Bevono le idiozie del russo, – ha detto. Quando parla di quell'anarchico fa una smorfia di disprezzo.

Ce l'ha con Dio, Pablo. Dio alleato degli oppressori: i preti dicono «beati i poveri perché di loro è il regno del cielo» ma in realtà vogliono che i poveri restino nel fango e si rassegnino a ciò che non hanno. Il suo idolo è Prometeo, che ha rubato il fuoco agli dei per donarlo agli uomini.

Ci ha spiegato che per il capitalista Dio non ha né testa né braccia. È amorfo. È dappertutto, come il Capitale. Dio è il Capitale. Presente ovunque e adorato da tutti, prende le forme più varie: lingotti d'oro e carri di letame, balle di tela e carichi di caffè, stock di Sante Bibbie e cumuli di pornografia, macchine e tessuti. Investe e stritola tutto, non conosce frontiere né patrie né razze, colpisce ogni zona del globo; come una tromba

d'aria solleva da terra i beduini con le loro carrette e li porta a scavare il canale di Suez e a lasciarci la pelle. Imprigiona gli uomini nelle fabbriche, nelle miniere, negli altiforni, li mette al giogo, al telaio, a lavorare il legno, intagliare diamanti, erigere palazzi, dipingere tele, scrivere romanzi, produrre in inverno i fiori della primavera. Il Capitale trasforma metalli pesanti e greggi muggenti in azioni di carta. Per lui miniere e officine balzano di mano in mano nel sacro tempio della Borsa. Questo nuovo Re del mondo, scortato da menzogna e avarizia, imbroglio e delitto, armato di cannoni sciabole penitenziari ghigliottine e plotoni d'esecuzione, semina la miseria. Spietato con i dannati, è amorevole con gli eletti. Dà loro cibi squisiti e fanciulle vergini per risvegliare i sensi, mentre il salariato lavora dall'infanzia alla morte vivendo di privazioni: le pernici e il filletto di bue, il salmone e le ostriche sono per i ricchi, gli altri si accontentino di frattaglie e fagiolini, vivano in topaie e vestano abiti rappezzati, si ammalino di anemia e di scrofola – tre bambini su quattro muoiono nel primo anno di vita.

Il marinaio è assalito dalla tempesta, il minatore soffocato dal grisou, l'operaio si muove tra ruote e corregge, mentre il capitalista è al riparo da tutto. Compra a buon mercato e vende caro dappertutto. Per lui, uomini, donne e bambini sono macchine da profitto. L'uomo è merce. Prima di essere russo o polacco, francese o prussiano, inglese o irlandese, bianco o nero, cattolico o libero pensatore, il ricco è sfruttatore. E il povero prega con il lavoro: la sola preghiera che piace al capitale. Fino al riposo eterno nella tomba.

Lafargue rimase un mese con noi e partecipava a riunioni, dibattiti, ritrovi clandestini. Con lui, diventai internazionalista. Dopo il lavoro in libreria mi trovavo con i compagni. Eccoli. Vengono alle riunioni. Vestiti da lavoro. Tipografi, portieri, carpentieri di marina, calzolari, fonditori di metalli, tornitori, calafati, cappellai, operai delle manifatture tabacchi, tessitori, bottai, falegnami, conciapelli, rilegatori, fabbri ferrai, tagliapietra, muratori, calderai, lattonieri, fabbricanti di stuoie, intagliatori, panettieri, ombrellai. Anche una donna di strada.

Eccoli

Il quarto stato

Vengono alle riunioni

Vestiti da lavoro

Fraternidade operaria. Ogni settimana, nella Travessa do Alcaide, nella Travessa da Veronica, nella Travessa da Cruz o nel Gremio Popular, nella Rua das Gaivotas, nella Travessa de Cabral. Si parla di collettivismo, diritto di proprietà, abolizione dell'eredità, corruzione del clero, monarchia e repubblica. Quando arriva Lafargue, tutti lo ascoltano attenti, anche il poliziotto infiltratosi tra gli operai.

È lui, quello che ha sposato la figlia di Karl Marx?

Sì, è lui, il francese

È stato nelle prigioni di Parigi

Uno che vive per la giustizia sociale

Ascoltano le sue parole anche se capiscono poco, perché parla spagnolo. Ma le cose importanti fra proletari si capiscono. Quando non si capisce, si pensa ad altro.

Manuel, che lavora in una manifattura tabacchi e non guadagna neanche abbastanza da poter mangiare una volta al giorno, pensa alla ragazza che è appena entrata in fabbrica ed è andata dalla parte delle donne, separate dagli uomini per «ragioni morali». Lei gli ha lanciato uno sguardo... Adesso ci pensa. Due trecce sul banchetto dei sigari, due occhi che si alzano... Se li guarda, tradisce sua moglie. Oppure no? Perché quando pensa a quella ragazza, che non sa né leggere né scrivere ma ha occhi che valgono tutti gli alfabeti del mondo, gli tremano le mani? È peccato mortale o veniale? Si possono amare due donne insieme? Nello stanzone, impregnato della puzza di tabacco unita all'afrore dei sigari, c'è tutto un visigherio simile a quello di sciami di insetti in volo: è il rumore delle mani che arrotolano i sigari. Volano gli insetti sopra le teste degli apprendisti di undici anni, meglio prenderli giovani e addestrarli subito, che non imparino i brutti vizi, che non si mettano a rubare – ma sono le operaie le più svelte nei furti –; volano, mentre il ragazzo si avvelena lentamente a respirare la polvere fine delle foglie secche e le mani non torneranno più bianche a maneggiar tutto il giorno la pasta del tabacco, i genitori gli hannodetto di lasciar perdere le lezioni del prete che è tutta perdita di tempo, ma guarda un po', sono due ore rubate al lavoro, l'ora di un apprendista vale dodici reis e due ore di lavoro sono il prezzo di un pane, ecco quanto costa imparare a leggere... E poi, se non vuole vedersi diminuita la paga, il ragazzo dovrebbe stare dodici ore in fabbrica, il che vuol dire morire prima del tempo e prendere ancora più sberle: la sberla è la maestra di questi bocia... Lavoro semplice, salario basso, apprendistato breve: in sei mesi si diventa sigarai, cosa vuoi di più? Ci vuol poco a sbriciolar foglie o arrotolar copertine... Gli insetti volano nelle teste dei ragazzi che stanno uno accanto all'altro ad avvelenarsi lontani dalle ragazze e dopo il lavoro si nascondono ad accarezzarsi il sesso che si fa sentire sotto i calzoncini.

João, falegname, vive in una casupola dell'Alfama e non sa come fare per sfamare i cinque figli che vanno già, scalzi, per i vicoli più miserabili, ad adocchiare le prostitute, ad ascoltare il fado e a vender acqua ai passanti.

Il muratore Antonio lavora in rua Aurea, in pieno centro, e ogni giorno passa davanti alle case di quelli che possiedono carrozze e cavalli, stemma d'oro sulla carta intestata e maggior-

domi coi guanti bianchi. Hanno ragione i francesi. Basta con le ciliegie sui cappellini! Lunedì ha visto il suo compagno mettere un piede in fallo e piombare giù dall'impalcatura. Era lunedì mattina, forse è stato il vino della domenica. O quello di sempre. Vinho branco ou tinto? Il vino che non ha colore. Il vino che stordisce.

Paulo, che fa il panettiere, se ne va. Tra poche ore gli tocca alzarsi a impastare. La parole di Lafargue gli ronzano nelle orecchie come mosche fastidiose.

Ora, se ci penso, tutti questi operai, tutti questi sciami di insetti in volo nelle fabbriche, tutte le donne e gli uomini che mi hanno ascoltato nelle riunioni di *Fraternidade*, tutte le vie in salita di questa città ventosa formano la trama della mia vita. Le strade di Lisbona, i carretti e i landò, le donne scure di sole con le ceste dei fichi, i borghesi con il panciottino, le piccole venditrici dai lunghi grembiuli, i bambini del porto che pisciano in un angolo dietro la barca, i mendicanti con le piaghe sulle gambe, l'odore del sangue, i nobili che si distinguono anche da morti e vengono accompagnati al cimitero in collina da quattro cavalli vestiti con le gualdrappe. Calce bianca e miseria nera. Lisbona del popolo e dei marchesi, del marmo e della melma. Tigre addormentata.

Talvolta per i vicoli dei quartieri osservo le donne e penso alle loro vite: può avere una storia d'amore una venditrice di uova? Una donna che puzza di pesce? Hanno occhi fondi e mi pare di poterle amare. Come quand'ero un bambino e guardavo la ragazza del lavatoio. O quando leggo *A une passante* di Baudelaire. Nella piazza del Rossio incontro bambini che gridano i titoli dei giornali, venditori di verdura con le ceste caricate sui muli, acquaioli. E mi vengono in mente i messaggi amorosi mandati a Cecilia, le buste date ai galiziani da consegnare a quella ragazza fragile che faceva la sarta nel Chiado e sembrava cresciuta nella penombra.

Quante tracce ho lasciato sui selciati di questa città? Quante speranze come fumi persi nell'aria? Quante parole scritte nei giornali, dette durante le riunioni, lette nei libri tra i quali passo i miei giorni? La terra è avvolta da sciami di parole sussurrate, gridate, telegrafate, cantate nelle taverne e nei postriboli. Dove vanno a finire tutte queste parole che gli uomini si dicono per farsi compagnia, per odiarsi, per tentare di amarsi?

Ora che sento bussare alla porta, questi sciami di parole mi assalgono. Rivedo i luoghi degli incontri con gli operai un po' come si rivivono le tappe di un viaggio una volta tornati a casa. O come quando non si riesce a prender sonno e si illuminano con la candela della mente uno per uno i momenti della giornata.

Era come se la febbre e il vento mi spingessero sulla groppa della tigre a predicare la fraternità.

Estratto del libro «**La prossima settimana, forse**», Alberto Nessi, pagine 71-77, edizioni Casagrande Bellinzona 2008.

Alberto Nessi è nato a Mendrisio nel 1940 ed è cresciuto a Chiasso, dove ha insegnato letteratura italiana. Poeta e scrittore, ha pubblicato raccolte di poesie e romanzi anche in francese.

Drehscheibe zwischen Bevölkerung, Verwaltung und Behörden.

Aktuelle politische Bestrebungen des Bundes und der Tripartiten Agglomerationskonferenz TAK gehen in Richtung des konsequenten Einbezugs der zugewanderten Bevölkerung in die Gestaltung der Integrationspolitik. Der Weg führt über den Ausbau politischer Mitbestimmungsmöglichkeiten und den Dialog zwischen Behörden und der Migrationsbevölkerung. Ein wichtiger Ort, an dem der geforderte Dialog stattfindet, sind die kommunalen Ausländer- und Integrationskommissionen. Wie sie aussehen, wie sie sich in politische Entscheidungsprozesse einbringen und welchen Einfluss sie haben, zeigt eine Studie, die im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen EKM erstellt wurde.

Integration ist eine Querschnittsaufgabe, sie ist prozesshaft und verläuft zwischen «den Einheimischen» und «den Zugewanderten». Das ist nicht neu. Was die Umsetzung dieses Gedankens betrifft, wird der Bund nun aber konkret: Integration soll als verbindlicher Grundauftrag in den zuständigen Regelstrukturen verankert werden; so zu lesen im «Bericht zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik» des Bundes zur Beantwortung der Motionen Schiesser und der SP-Fraktion (Bundesrat 2010). Innerhalb der Kompetenzbereiche des Bundes plant der Bundesrat, den entsprechenden Stellen einen rechtlichen Auftrag für integrationsfördernde Massnahmen zu erteilen. Ergänzend erfolgt der weitere Ausbau spezifischer Fördermassnahmen. In seinem Bericht betont der Bundesrat die Bedeutung des Dialogs zwischen den verschiedenen Teilen der Gesellschaft. Er empfiehlt, nicht-staatliche Akteure stärker in die Arbeit der Regelstrukturen einzubeziehen. Ausländerinnen und Ausländern soll die Mitgestaltung in Institutionen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene ermöglicht werden (Bundesrat 2010).

Die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) führte 2009 einen breit angelegten Prozess zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik durch. Ihr Schlussbericht (TAK 2009) wurde vom Bundesrat verabschiedet und diente diesem als Grundlage für seinen eigenen Bericht. Die Handlungsempfehlungen der TAK zur politischen Partizipation gehen aber deutlich weiter als jene des Bundes. Die TAK bemängelt, dass der ausländischen Wohnbevölkerung das Stimm- und Wahlrecht vor allem in der Deutschschweiz nach wie vor verwehrt ist. Die politische Partizipation findet vorwiegend im Rahmen von Konsultationsverfahren und besonderen Partizipationsorganen statt, sowie durch migrationsspezifische Organisationen, die sich stellvertretend für die Interessen der ausländischen Bevölkerung einsetzen, z. B. in Vernehmlassungen. Die TAK fordert den Ausbau der politischen Rechte auf Gemeinde- und Kantonsebene, aber auch der Mitbestimmungsformen im weiteren Sinn: die Schaffung und Stärkung von Konsultativorganen und die Vertretung der Migrationsbevölkerung in bestehenden Gremien. Gemeinden und Kantone sind aufgefordert, die Integrationspolitik aktiv umzusetzen und dazu Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Fachstellen in der Verwaltung zu schaffen.

Dialog in Integrationskommissionen

Wie können Behörden, Zivilgesellschaft und besonders die Migrationsbevölkerung in einen Dialog treten? Einer der Orte, an dem dieser Dialog ein Forum erhält, sind Integrationskommissionen. Es gibt sie in Kantonen, Gemeinden und beim Bund, sie tragen verschiedene Namen, zum Beispiel «Commission consultative suisse-étrangers», «Ausländerrat» oder «Kommission Gesellschaft».

Integrationskommissionen sind öffentlich-rechtliche Organe, in aller Regel eingesetzt von der Exekutive. Es sind ständige, ausserparlamentarische Kommissionen, die zur Beratung der Verwaltung und der Regierung in integrationsrelevanten Angelegenheiten beigezogen werden. Das Einsetzen der «Eidgenössischen Kommission für das Ausländerproblem» 1970 leitete die Schaffung von Konsultativorganen auch auf kantonaler

und kommunaler Ebene ein. Diese sollen ganz gezielt der Migrationsbevölkerung eine Stimme geben, ihr die Möglichkeit öffnen, sich in politischen Angelegenheiten einzubringen und mitzureden. Kommissionen sind aber auch der Ort, an dem die verschiedenen Bereiche des öffentlichen Zusammenlebens, der Politik und der Verwaltung regelmässigen Austausch pflegen. Betrachten wir die verschiedenen Integrationskommissionen, wird schnell klar, dass es nicht die *eine*, typische Kommission gibt, sondern eine Vielfalt. Dies erstaunt angesichts des föderalistischen Systems nicht weiter. Die Kommissionen sind ganz unterschiedlich ausgestaltet und definieren ihre Aufgabe ebenso unterschiedlich. Allen gemein ist hingegen, dass Integrationskommissionen Mitsprache nicht in Form von Mitbestimmung ermöglichen, sondern lediglich in Form von Austausch und Dialog. Integrationskommissionen haben keine politischen Entscheidungskompetenzen. Ihre Einflussnahme als Konsultativorgan hängt deshalb massgeblich von informellen Beziehungsnetzen und institutionalisierten Einflussmöglichkeiten ab.

Integrationskommissionen in Gemeinden

Grössere Städte wie Basel, Zürich, Lausanne, Luzern oder Bern haben Integrationskommissionen eingesetzt. Es gibt sie in Agglomerationsgemeinden wie Emmen, Ostermundigen oder Dietikon, in kleineren Städten wie Sion, Liestal oder Biel. Aber auch in kleinen Orten wie im Tessiner Dorf Monte Carasso mit seinen 2'300 Einwohnerinnen und Einwohnern, im doppelt so grossen freiburgischen Wünnewil oder in der 7'000-Personen-Gemeinde Porrentruy im Jura. Integrationskommissionen sind unterschiedlich gross. In Rapperswil-Jona zählt sie gerade mal fünf Mitglieder, in Yverdon-les-Bains sind es dreissig. Im Auftrag der EKM haben wir in der ganzen Schweiz 42 Integrationskommissionen näher betrachtet. Daneben zählten wir um die 15 Kommissionen, die umorganisiert, neu aufgebaut oder aufgelöst wurden. Aus der Untersuchung resultierte ein gesamtschweizerischer Überblick über die unterschiedlichen Modelle von Kommissionen, ihre Arbeitsweisen und Einflussmöglichkeiten. Die Arbeit an der Studie im Austausch mit den Kommissionen zeigte, dass sie keine statischen Gebilde sind, sondern in einem selbstreflexiven Prozess stehen, der sich an der Frage orientiert, wie zwischen Behörden, Zivilgesellschaft, Migrantinnen und Migranten ein Dialog möglich ist, wie das zusammen Leben und Politisieren auch zusammen gestaltet werden kann und welche Formen ein wirksames Miteinander ermöglichen.

Aufgaben und Tätigkeiten

Die *Tätigkeitsbereiche* sind oft nur vage oder gar nicht durch Reglemente, Leitbilder, Pflichtenhefte oder ähnliches definiert, was der jeweiligen Kommission bei der Ausgestaltung ihrer Aufgaben Freiheiten lässt. So ist zum Beispiel das «Interkulturelle Forum» in Luzern für die Beratung der Exekutive «in

Fragen des interkulturellen Zusammenlebens» zuständig, Aufgabe der Thuner «Kommission für Integration» ist unter anderem «die Überprüfung der Integrationspolitik an Hand des Leitbildes». Konkret umfasst die Arbeit der verschiedenen Kommissionen drei Bereiche: die Beratung von Verwaltung und Regierung, die Vermittlung und Koordination zwischen verschiedenen Akteuren sowie die operative Projektarbeit.

Die Kommissionsaufgaben konzentrieren sich auf die Vermittlung und Vernetzung zwischen Verwaltung, politischen Behörden und Bevölkerung. Die Kommission fungiert als Drehscheibe, über die Informationen, Bedürfnisse und Interessen an die verschiedenen Dialogpartner gelangen. So können Anliegen der Migrationsbevölkerung in die Kommission und von da weiter in die Verwaltung getragen werden. Umgekehrt sollen Informationen aus der Verwaltung über die Kommission an die betroffene Bevölkerung gelangen. Ob dieser Dialog erfolgreich und fruchtbar ist, hängt massgeblich von den Kommissionsmitgliedern ab.

Die *Beratung* der Verwaltung erfolgt auf formellen Wegen, zum Beispiel im Rahmen von verwaltungsinternen Stellungnahmen, der öffentlichen Vernehmlassung oder indem Kommissionsmitglieder in fachlichen Begleitgruppen zu verwaltungsinternen Geschäften und Projekten mitarbeiten. Ein wichtiger Teil ist aber auch die informelle Beratung, die zwischen einzelnen Mitarbeitenden und Kommissionsmitgliedern stattfindet, sei das in Sitzungen, kurz am Telefon, auf dem Flur. Die meisten Kommissionen werden bei konkreten Sachfragen und laufenden Geschäften einbezogen, andere – wie beispielsweise jene der Stadt Basel – diskutieren mehrheitlich allgemeine integrationspolitische Fragen. Für die Beratung der Verwaltung ist in Basel die Integrationsdelegierte zuständig.

Kommissionen können auch operativ in der *Projektarbeit* tätig sein. In dieser Funktion führen sie zum Beispiel Sprachkurse, Informations- und Neuzuzügerveranstaltungen durch, organisieren Begegnungsanlässe oder führen ein Gemeinschaftszentrum. So waren Mitglieder der Kommission in Vevey vor den Gemeindewahlen in der Gemeinde unterwegs und informierten die ausländische Bevölkerung über das ihr neu verliehene kommunale Wahlrecht. Projektbezogene Tätigkeiten sind vor allem in jenen Gemeinden zu finden, in denen die Kommission die hauptsächliche Akteurin in Integrationsfragen ist, so zum Beispiel in Monte Carasso. Hier ist die Gemeinderegierung in der Kommission vertreten, wodurch letztere den nötigen Handlungsspielraum erhält. Daraus ergeben sich für die Kommission ungewöhnlich weitreichende Kompetenzen, was mit der Grösse der Gemeinde und den informellen Beziehungen zwischen den relevanten Akteuren zusammenhängt.

Auch die Strukturen im Umfeld der Kommission prägen deren Einflussbereich. Grössere Gemeinden führen in der Regel eine Fachstelle für Integration oder haben zumindest einen Inte-

grationsdelegierten ernannt, teilweise gibt es weitere interne Gremien, die für Integrationsfragen zuständig sind. Meistens führt die Verwaltung ein Kommissionssekretariat, in kleinen Gemeinden übernimmt ein Kommissionsmitglied diese Aufgabe, ehrenamtlich oder gegen Bezahlung. Die professionelle administrative und fachliche Unterstützung bringt Kontinuität in die Arbeit der Kommission und repräsentiert sie in der Verwaltung, den politischen Behörden und der Öffentlichkeit. Die meisten Kommissionen halten jährlich zwischen vier und sechs Sitzungen ab, was es schwierig macht, integrationsrelevante Geschäfte mitzuverfolgen und das Thema Integration im Verwaltungsaltag präsent zu halten. Umso wichtiger ist die Arbeit des Sekretariats, einer Fachstelle oder eines Delegierten, welche als Scharnier zwischen Verwaltung und Kommission fungieren.

Zusammensetzung und Wahlkriterien

Integrationskommissionen setzen sich unterschiedlich zusammen, genauso verschieden sind die Kriterien für die Wahl der Mitglieder. Meistens ist ein Regierungsmitglied vertreten, das die Kommission oft auch präsidiert. Einige Mitglieder haben von Amtes wegen Einsitz und repräsentieren verschiedene Verwaltungsstellen. In St. Gallen beispielsweise sind Mitarbeitende der Verwaltung aus dem Bereich Soziales und Sicherheit, der Stadtpolizei, dem Stadtplanungsamt und dem Jugendsekretariat in der Kommission, nicht aber die Regierung. Oft handelt es sich um Personen aus verschiedenen hierarchischen Stufen mit unterschiedlichen Kompetenzen, was die Arbeit in der Kommission auch behindern kann. Die Vertretung der Exekutive kann sich vor- oder nachteilig auswirken. In Monte Carasso profitiert die Integrationskommission vom Handlungsspielraum, den ihr das Regierungsmitglied verleiht. Andere Kommissionen wiederum haben sich über die Dominanz der Regierungsvertretung beschwert. Dessen Anwesenheit kann die Arbeit blockieren, heikle Themen werden nicht oder unkritisch angesprochen. In der Romandie und im Tessin sind zudem meistens die politischen Parteien in den Integrationskommissionen vertreten. Zur Hälfte handelt es sich um Mitglieder des Gemeindeparlamentes, so zum Beispiel in Ecublens, Renens oder Monthey. Dietikon ist die einzige Deutschschweizer Gemeinde, die in ihre Kommission Parlamentsmitglieder einbezieht.

In den Kommissionen ist auch die Zivilgesellschaft vertreten. In der Regel sind es Personen aus den Bereichen Schule, Wirtschaftswelt, Wissenschaft, Gesundheit sowie aus sozialen, karitativen und kirchlichen Institutionen. Sie werden aufgrund von Fachwissen, Erfahrung und einer professionellen oder ehrenamtlichen Tätigkeit gewählt. Ebenso relevant sind Kenntnisse der informellen und formellen Abläufe und Gepflogenheiten des hiesigen Systems, der politischen Mechanismen und ganz spezifisch der Arbeit in Kommissionen. Mitglieder aus dem Bereich Zivilgesellschaft haben oft einen Migrationshin-

tergrund und werden unter anderem auch deswegen in die Kommission gewählt. Ebenso können Mitglieder aus den Bereichen Verwaltung oder Politik über einen Migrationshintergrund verfügen, was aber eher selten der Fall ist. Es lässt sich daher nicht genau beziffern, wie stark Migrantinnen und Migranten anteilmässig in den Kommissionen vertreten sind. In manchen Gemeinden ist ihr Anteil festgelegt, in manchen nicht. Migrantinnen und Migranten werden einerseits explizit aufgrund ihrer Herkunft gewählt. In dieser Funktion vertreten sie generell die Migrationsbevölkerung, herkunftsspezifische Vereine oder sie fungieren als Schlüsselperson mit besonders nahen Kontakten zur Bevölkerung. Andererseits werden sie als Fachpersonen gewählt, die in ihrer Arbeit Bezug zu Migrationsthematik und -bevölkerung haben.

In der Kommission der Walliser Gemeinde Monthey zum Beispiel haben über die Hälfte, nämlich acht von dreizehn Mitgliedern, einen Migrationshintergrund. Sie vertreten die in der Gemeinde eingetragenen Ausländervereine. Verändert sich die Vereinslandschaft in Monthey, verändert sich auch die Zusammensetzung der Kommission. Die Kommissionspräsidentin hat Personen aus bestimmten Herkunftsgruppen auch schon ermuntert, einen Verein zu gründen, um ihnen den Einsitz in die Kommission zu ermöglichen. Im 25-köpfigen «Ausländererrat» in der Stadt Zürich wiederum sitzen ausschliesslich und zwingend Personen ohne Schweizer Bürgerrecht, die eine Migrationsorganisation vertreten oder ein nachgewiesenes Interesse an Integrationsthemen haben. In der Berner «Fachkommission für Integration» müssen sechs von zwölf Mitgliedern einen Migrationshintergrund haben. Wie der Name schon andeutet, sind es Fachpersonen, die aus ihrer professionellen Tätigkeit heraus und mit ihrem Fachwissen die Sicht und Bedürfnisse der zugewanderten Bevölkerung in die Geschäfte der Stadt einbringen. Dabei ist nicht ihre ethnisch-nationale Herkunft vorrangig, sondern die Zugehörigkeit zu bestimmten zivilgesellschaftlichen Institutionen.

Dialog und Mitbestimmung

Fast in allen Kommissionen vertreten Mitglieder mit Migrationshintergrund die Migrationsbevölkerung. Diese repräsentative Funktion birgt Probleme, weil sie nicht demokratisch legitimiert ist und sich keine angemessene Vertretung aller Migrantinnen und Migranten realisieren lässt. Die Folgen können Unmut, Motivationsprobleme und die Verdrängung der Migrationsvertretungen in eine Alibi-Funktion sein. Dennoch, die Interessenvertretung und Informationsvermittlung – vor allem von der Bevölkerung über die Kommission in die Verwaltung – kann gelingen. Wie weit Informationen zurück an die Bevölkerung gelangen, lässt sich allerdings schlecht beurteilen und darf nicht überschätzt werden. Der gegenwärtige Trend weist allerdings weg von der herkunftsspezifischen Vertretung in Richtung Professionalisierung, die fachliche Rolle von Mitgliedern mit Migrationshintergrund gewinnt an

Bedeutung, was die Repräsentationsproblematik entschärft. Erfahrungswissen aus der eigenen Migrationsgeschichte ergänzt dabei das Fachwissen und wird als Mehrwert genutzt.

Integrationskommissionen können einen massgeblichen Beitrag zur transkulturellen Öffnung der Verwaltung leisten, was auch die TAK fordert. Gelingt es der Kommission, ihre intern formulierten Anliegen und ihr Fachwissen wirksam in die Geschäfte der Verwaltung einzubringen, wirkt sie auf ein Mainstreaming der Migrationsthematik in öffentlichen Institutionen hin. Ob sie erfolgreich Einfluss nehmen kann, hängt entscheidend von ihrer Zusammensetzung und ihrem Umfeld ab. Sekretariate, Integrationsfachstellen oder -delegierte als Bindeglied zur Verwaltung spielen dabei eine zentrale Rolle. Ihnen obliegt es, Kommissionsanliegen in die Geschäfte der Verwaltung einzubringen. Die Bildung von Integrationsfachstellen und -delegierten fordert auch die TAK.

Integrationskommissionen als migrationsspezifische Partizipationsgefässe mit konsultativer Funktion sind aber kein Ersatz für fehlende politische Mitsprache. Die Vertretung von Migrantinnen und Migranten in Verwaltung und Behörden, das heisst in bestehenden Institutionen und entscheidbefugten Gremien wie Schul- oder Baukommissionen, Elternräte, Gerichte, dem Polizeidienst etc. ist von zentraler Bedeutung für die Verankerung der Integration in den Regelstrukturen, wie sie der Bund und die TAK anstreben.

Literatur

Arn, Brigitte; Mordasini Andrea, 2006, Politische Partizipationsmöglichkeiten für die ausländische Wohnbevölkerung und Grundlagen der Integrationspolitik in den Kantonen und beim Bund: Eine Bestandesaufnahme. Bern: Institut für Sozialanthropologie der Universität Bern. Die Bestandesaufnahme ist online verfügbar unter www.ekm.admin.ch

Bundesrat, 2010, Bericht zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik des Bundes. 5. März 2010.

Emch-Fassnacht, Lena; Arn, Brigitte, 2008, Partizipation von Migrant/innen in Gemeinden. Eine Studie über Beteiligungsmöglichkeiten in behördlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen unter besonderer Berücksichtigung von Integrationskommissionen. Bern: Institut für Sozialanthropologie der Universität Bern. (Zu beziehen bei der EKM)

Tripartite Agglomerationskonferenz, 2009, Weiterentwicklung der schweizerischen Integrationspolitik. Bericht und Empfehlungen vom 29. Juni 2009.

Tripartite Agglomerationskonferenz, 2009, Weiterentwicklung der schweizerischen Integrationspolitik. Dokumentation. Anhang zum Bericht zuhanden der TAK vom 29. Juni 2009.

La participation à travers le dialogue

A quelques exceptions près, l’on refuse à la population étrangère résidente le droit de vote et d’éligibilité. La participation politique intervient par conséquent principalement dans le cadre de processus consultatifs et d’organes spécifiques de participation ainsi qu’au sein d’organisations spécifiques à la migration qui s’engagent au nom de la population étrangère à défendre ses intérêts. Les efforts politiques actuels de la Confédération et de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA) vont dans le sens d’une incorporation pertinente de la population immigrée au sein de l’organisation de la politique d’intégration. Les commissions d’intégration aux échelons fédéral, cantonal et communal donnent à la population étrangère la possibilité d’entrer en dialogue avec les autorités politiques et administratives ainsi qu’avec les acteurs de la société. Une des études à la base de cet article montre comment des commissions d’intégration communales sont organisées et opèrent.

Les commissions d’intégration sont des instances qui ont un rôle consultatif, mais qui ne disposent toutefois pas de compétences politiques décisionnelles. Leur prise d’influence se fonde sur le dialogue et dépend dans une large mesure de réseaux relationnels informels et de possibilités d’influence institutionnalisées. Dans ce contexte, il convient de prendre en considération l’environnement de la commission. Les Centres de compétence de l’intégration et les Délégués à l’intégration font office de lien entre la commission et l’administration; ils jouent un rôle important. Malgré l’importance des commissions d’intégration en matière de poursuite du développement de la politique d’intégration de la Confédération, des communes et des cantons, elles ne représentent pas une instance remplaçant les droits politiques faisant défaut en matière de codécision, mais constituent tout au plus un complément. Il est important que les migrants soient représentés – ce vers quoi tendent la Confédération et la CTA – au sein de l’administration et d’instances non spécifiques à la migration, tels que les commissions scolaires ou de construction, les services de police, etc. en vue d’ancrer l’intégration dans les structures existantes.

Brigitte Arn, lic. phil. Ethnologin, und **Lena Emch-Fassnacht**, lic. phil. Ethnologin, haben im Auftrag der EKM eine Studie zu Beteiligungsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten in Schweizer Gemeinden verfasst.

Dans quel cas le plus courant la loi prévoit une naturalisation facilitée ?



Suite à quel évènement majeur la Confédération s'effondre-t-elle avant d'être envahie ?



Il s'agit de la Révolution française.

Dans le cas d'un conjoint étranger d'un ressortissant suisse.

«Demokratie ist kein Heimatverein!»

In der Schweiz ist die Integration von zugewanderten Personen eine viel und kontrovers diskutierte gesellschaftliche Frage. Dabei steht der gelungenen wirtschaftlichen und sozialen Teilhabe von Zugewanderten zumeist deren Ausschluss aus politischen Entscheidungsprozessen gegenüber. Aufgrund des erschwerten oder fehlenden Zugangs zur Staatsbürgerschaft oder dem Ausländerstimmrecht wenden sich Migranten alternativen Partizipationsmöglichkeiten zu. So schliessen sich beispielsweise Migrantenvereine in politischen Dachverbänden zusammen, um gegenüber politischen Entscheidungsträgern Lobbying zu betreiben. Das Beispiel des Dachverbandes der Migrantenvereine in St. Gallen zeigt die Potentiale, verweist aber auch auf die Grenzen dieser Form der politischen Partizipation.

Im Jahr 2003 feierte der Kanton St. Gallen sein 200-Jahr-Jubiläum. In dessen Rahmen wurde auch die durch Migrationsprozesse verstärkte demographische Vielfalt der St. Galler Bevölkerung thematisiert. Während eines von Politikern und Bürgern gemeinsam inszenierten Bühnenstücks fanden Gedankenspiele um den künftigen Integrationsmodus der im Kanton lebenden Migrantinnen und Migranten und über deren Platz in der Gesellschaft statt. Folgende Äusserungen waren zu hören: «*Demokratie ist kein Heimatverein!*» oder «*Integration ist gut, Partizipation ist besser.*» Einmal mehr wurden damit die politischen Partizipationsmöglichkeiten von Migranten angesprochen, die in St. Gallen seit mehr als zehn Jahren diskutiert werden.

Ende der 1990er-Jahre wurde im Kanton St. Gallen die Einführung des fakultativen Ausländerstimmrechts auf kommunaler Ebene abgelehnt. Gemeinsam mit dem kantonalen Integrationsdelegierten schlug die Regierung des Kantons St. Gallen danach eine alternative Strategie vor: die Schaffung

eines unabhängigen Lobby-Dachverbandes, in dem sich die verschiedenen Migrantenvereine zusammenschliessen sollten, um gegenüber dem Kanton als Interessenvertreter der Migrationsbevölkerung aufzutreten.

Politische Dachverbände als Partizipationsmöglichkeit im weiteren Sinne

Das Beispiel macht deutlich, dass zwischen politischen Rechten im engeren und im weiteren Sinne zu unterscheiden ist. Politische Rechte im engeren Sinne sind institutionalisierte Formen der Teilnahme: Stimmberechtigte beteiligen sich an politischen Entscheidprozessen, sie geben ihre Stimmen ab. Demgegenüber sind politische Rechte im weiteren Sinne nicht-institutionalisierte Formen der Beeinflussung des politischen Willensbildungsprozesses. Diese politischen Freiheitsrechte umfassen die Vereins- und Versammlungsfreiheit, die Presse- und Meinungsfreiheit sowie die Petitionsfreiheit. In der Schweiz und den meisten demokratischen Staaten stehen die politischen Freiheitsrechte auch nicht-eingebürgerten Personen zu.

Der restriktive Zugang zu politischen Rechten im engeren Sinne wird zunehmend kompensiert, indem sich Ausländerinnen und Ausländer auf politische Freiheitsrechte berufen und sich auf nicht-parlamentarischem Weg Gehör verschaffen. Aufbauend auf der Vereinsfreiheit organisieren sich Zugewanderte in eigenen politischen Vereinen und betreiben gegenüber politischen Entscheidungsträgern Lobbying. Vor dem Hintergrund des staatlichen Paradigmenwechsels von der Rotations- hin zur Integrationspolitik vollzieht sich eine Erweiterung der politischen Rechte.

Einzelne Migrantenvereine können ihr politisches Gewicht massgeblich erhöhen, indem sie sich in einem Dachverband zusammenschliessen. Dachverbände, in denen Vereine von Migranten verschiedener Herkunftsländer zusammengeschlossen sind, wirken zudem einer Kulturalisierung der Problemlagen von Zugewanderten entgegen, indem sie etwa auf unvorteilhafte Bedingungen ihres Status oder auf Schwachstellen in der Integrationspolitik hinweisen.

Praktische Herausforderungen des Lobbyings

Die Tätigkeiten des st.gallischen Dachverbandes der Migrantenvereine können grob unterteilt werden in a) Lobbying, b) Beratung, Auskunft und praktische Hilfeleistungen sowie c) ausführende Tätigkeiten und Projektarbeit. Der Präsident des Dachverbandes bemerkt, dass aufgrund des breiten Tätigkeitsspektrums deutlich mehr Aufgaben erfüllt werden als ursprünglich vorgesehen: «Wir machen im Moment viel mehr als geplant war. Wenn jemand nicht weiss, mit wem er seine Anliegen besprechen soll, kommt er zu uns. Wir sind nicht mehr nur ein reiner Lobby-Verband, wir sind eine Begleit- und Informationsstelle geworden. Das sprengt unsere Kapazitäten. Nicht weil uns das Wissen fehlt, aber unsere Leute gehen einer Erwerbsarbeit nach und haben ihre Rolle in den einzelnen Vereinen.»

Als Folge des nach wie vor weit verbreiteten Kommunikationsvakuums zwischen Zugewanderten und Einheimischen werden politische Dachverbände von unterschiedlichen Zielgruppen um Beratungen und Auskünfte ersucht. Die zahlreich erbrachten Dienstleistungen führen jedoch dazu, dass ein Dachverband – aufgrund der überwiegend ehrenamtlichen Arbeit seines Vorstandes – für das eigentliche Lobbying nur noch in beschränktem Masse Ressourcen übrig hat.

Eine grundlegende Herausforderung für einen Dachverband liegt in der Vielfalt der Migrationsbevölkerung. Diese erschwert den Aufbau einer breiten und aktiven Verbandsbasis. Gemeinhin wird eine gemeinsame Identität als Voraussetzung für die Formierung von politischen Kollektiven verstanden. Im Fall von Migranten kann eine solche jedoch nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Die Migrationsbevölkerung ist eine heterogene Bevölkerung. Eine rechtliche Kategorie («Ausländer») bzw. eine Kategorie, die von den Bedingungen des Aufenthaltes ausgeht («Migrantin») impliziert nicht automatisch kollektive Identität. Diese fehlende Grundlage gemeinsamen Handelns ist eine der Hauptschwierigkeiten beim Aufbau einer breiten, langfristigen und aktiven Basis eines Dachverbandes. Prozesse der Selbst- und Fremdenethnisierung können zu Trennlinien zwischen national

definierten Migrantengruppen sowie zwischen lange anwesenden Migranten und neuen Einwanderergruppen führen. Diese internen Brüche an der Basis schränken die Handlungsfähigkeit des Dachverbandes zusätzlich ein.

Die Zugehörigkeit von Personen zur Gruppe der «Migranten» ist keine hinreichende Bedingung für die Formulierung gemeinsamer Interessen. Unterschiede bezüglich Schichtzugehörigkeit, Einwanderergeneration, Geschlecht oder Religion äussern sich mitunter in unterschiedlichen Bedürfnis- und Interessenlagen und können es zugewanderten Personen erschweren, sich auf eine einheitliche politische Agenda zu einigen. Einem Dachverband von Migrantinnen und Migranten fällt die nicht zu unterschätzende Aufgabe zu, diese unterschiedlichen Interessen zu bündeln und daraus jene Anliegen in den Vordergrund zu rücken, die für einen möglichst grossen Teil der Migrationsbevölkerung relevant sind. Der gefundene gemeinsame Nenner kann dabei jedoch so abstrakt werden, dass er nur geringe Bindungskraft auf die Verbandsmitglieder ausübt und die kollektive Interessenvertretung unattraktiv macht. Oft können wesentliche Postulate, die von einer Migrantengruppe vertreten werden, vom Dachverband nicht vertreten werden. Ausgeschlossen werden insbesondere jene Interessen, welche ein einzelnes Herkunftsland oder religiöse Anliegen betreffen.

Die Vernetzung mit politischen Parteien sowie kommunalen und kantonalen Exekutiven und Kommissionen ist für einen Dachverband politisch relevant. Eine grosse Herausforderung besteht in der Vernetzung mit politischen Entscheidungsträgern, welche die Verbandsinteressen in parlamentarische Entscheidungsprozesse einbringen. Das Beispiel St. Gallen zeigt, dass die Vertreter der politischen Parteien grundsätzlich offen für Kontakte zum Dachverband der Migrantenvereine sind, dass jedoch nur wenige Parteien gewillt sind, die spezifischen Anliegen von Zugewanderten auch tatsächlich im politischen Prozess zu vertreten. Die Erklärung dafür ist naheliegend: Im gegenwärtigen gesellschaftlichen Klima ist die Befürwortung einer liberalen Migrations- und Integrationspolitik nicht geeignet, um innerhalb der wahl- und stimmberechtigten Bevölkerung Wahlgewinne für eine Partei zu erzielen. Das Gegenteil

ist der Fall: Setzen sich Politikerinnen und Politiker für die Interessen der Migrationsbevölkerung ein, müssen sie damit rechnen, dass sich die Wählerschaft von ihnen abwendet. Da die Migrantinnen und Migranten mehrheitlich nicht stimmen und wählen dürfen, verspricht die Unterstützung ihrer Anliegen keine Wahlgewinne und liegt deshalb nicht im Interesse der Parteien.

Politische Gelegenheitsstrukturen für Dachverbände

Aufgrund des föderalen Systems mit ausgeprägter kantonaler und kommunaler Autonomie sowie aufgrund der direktdemokratischen Organisation des Gemeinwesens gibt es in der Schweiz eine Vielzahl von Zugängen zum politischen System. Ausserdem herrscht in der konsensorientierten schweizerischen Demokratie ein Umgang mit politischen Herausforderern, die es Kollektiven ermöglicht, ihre Sichtweise in laufende Diskussionen einzubringen und mitunter sogar Entscheidungen zu blockieren. Von diesen grundsätzlich vorteilhaften politischen Gelegenheitsstrukturen vermögen Ausländerinnen und Ausländer aufgrund fehlender Partizipationsrechte im engeren Sinne aber nur in beschränktem Masse zu profitieren. Einerseits ist es ihnen oftmals nicht möglich, direkt-demokratische Instrumente zu nutzen. Andererseits sind auch die Vernetzungsmöglichkeiten mit politischen Parteien eingeschränkt, da diese aus der Unterstützung von nicht wahlberechtigten Migranten kein unmittelbares politisches Kapital schlagen können. Die Tatsache, formal aus politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen zu sein, führt zu einer paradoxen Situation. In gleichem Umfang, in dem die Abhängigkeit von einflussreichen Verbündeten steigt, sinkt die Attraktivität von Migrantinnen und Migranten als Partnern.

Die möglichen Erfolge eines politischen Dachverbandes lassen sich unter diesen Bedingungen folgendermassen zusammenfassen: Solange Migranten nicht stimmen und wählen können, wird ein Dachverband als legitimer Repräsentant der Interessen der Migrationsbevölkerung angehört. Dadurch kann er die Anliegen und Perspektiven von Zugewanderten auf die

politische Agenda setzen. Die Möglichkeiten, «policy-making» zu betreiben, hingegen sind ohne institutionalisierte politische Partizipationsrechte ziemlich eingeschränkt. Solange der Dachverband nicht die Wahlstimmen seiner Mitglieder als Tauschgut in die Waagschale werfen kann, fehlt ihm die elementare Ressource in politischen Auseinandersetzungen.

Potentiale von Dachverbänden von Migranten

Trotz praktischer Herausforderungen und auch wenn für Dachverbände von Migranten politische Auseinandersetzungen schwierig zu gewinnen sind, sollte diese Form der politischen Partizipation nicht vorschnell als unbedeutend eingestuft werden. Der Wert der Repräsentation ist nicht zu unterschätzen: Sie bedeutet, dass die Perspektive von Migranten in politischen und gesellschaftlichen Diskussionen einfließt und verankert wird (migration mainstreaming). Kommissionen, Parlamente und Exekutiven lernen die Interessen von Zugewanderten kennen und können sich damit auseinandersetzen. Damit werden Migrantinnen und Migranten als Teil der Bevölkerung anerkannt. Ihre Interessen erscheinen auf der politischen Agenda.

Die Interessenvertretung ist ein Akt der Emanzipation. Repräsentation über einen Verband hilft, Paternalismus zu vermeiden. Zudem eröffnet ein politischer Dachverband den Zugang zur politischen Meinungs- und Entscheidungsfindung und ermöglicht dadurch eine autonome politische Praxis. Infolgedessen bleiben Ausländerinnen und Ausländer nicht länger reduziert auf die Rolle von Objekten der Politik, die im Wahlkampf eine zentrale Rolle einnehmen, sondern werden zu Subjekten. Aufbauend auf dem Grundsatz «Integration ist Partizipation» trägt die Arbeit eines Dachverbandes damit zur gesamtgesellschaftlichen Integration bei. Durch die Möglichkeit zum Dialog mit politischen Entscheidungsträgern kann bereits vorhandenes Interesse an der Politik stimuliert und das Zugehörigkeitsgefühl zur Residenzgesellschaft verstärkt werden. Ein Dachverband stellt zudem einen Begegnungsort zwischen Einheimischen und Zugewanderten dar; er kann zur Reduktion des verbreiteten Kommunikationsvakuums beitragen.

Politisches Feigenblatt oder eigenständige Partizipationsform?

Obwohl politischen Dachverbänden von Migranten achtenswerte Potentiale innewohnen, darf diese Form der Partizipation nicht zu einem politischen Feigenblatt werden und institutionalisierte politische Partizipationsrechte als weniger wichtig erscheinen lassen. Und auch wenn Migrantinnen und Migranten über formelle Partizipationsrechte verfügen, bleiben Dachverbände wichtig. Einerseits leisten sie im Rahmen der Integrationsförderung und Beratung wertvolle Dienste, die durch individuelle Stimm- und Wahlrechte von Migranten nicht zu ersetzen sind. Andererseits handelt es sich bei der Interessenbündelung in einem Verband und dem organisierten Lobbying um eine eigenständige und bedeutsame Form der politischen Einflussnahme, die auch unter der Bevölkerung mit vollen Bürgerrechten weit verbreitet ist. In diesem Sinne sind politische Rechte im engeren und weiteren Sinne nicht als Ersatz füreinander, sondern als Ergänzung zueinander zu verstehen.

Literatur

Heusser, Pierre, 2001, Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer. Zürich: Schulthess Juristische Medien
Weber, Dominik, 2009, Demokratie ist kein Heimatverein. Potentiale und Grenzen der politischen Partizipation von Migranten über einen herkunftheterogenen Dachverband von Migrantenvereinen. Lizentiatsarbeit am Institut für Sozialanthropologie der Universität Bern

« La démocratie n’est pas une organisation folklorique ! »

En raison de leur accès restreint aux droits de participation politique, tels que la nationalité ou le droit de vote et d’éligibilité, les migrants s’organisent de plus en plus en associations politiques faitières d’organisations de migrants, afin de faire du lobbying auprès des décideurs politiques de leur pays de résidence. Dans la pratique, de telles associations faitières se trouvent face à quelques défis à relever : la diversité de la population migratoire freine, d’une part, la constitution d’une identité collective parmi les immigrés, identité qui est importante en tant que base pour que les intérêts communs soient représentés, et, d’autre part, leur complique la tâche pour ce qui est de s’accorder sur un agenda politique. Pour combler le vide qui existe encore et toujours en matière de communication entre les immigrés et les autochtones, les associations faitières politiques fournissent de nombreuses prestations au détriment de leur propre lobbying. Enfin, le climat social actuel et le fait que les migrants non naturalisés ne bénéficient pas du droit de vote empêchent que des partis politiques se solidarisent avec les demandes d’une organisation de migrants et défendent leurs intérêts au sein des processus politiques.

Une association faitière d’organisations de migrants doit s’attendre en premier lieu à des succès en matière de procédure, c’est-à-dire la reconnaissance des intérêts des migrants, et non pas à des réussites substantielles aboutissant à des changements de la politique. Toutefois, cette forme de participation offre la possibilité d’ancrer un « migration mainsstreaming » dans les débats sociétaux et politiques, grâce à son potentiel d’émancipation et à ses contributions à l’intégration sociétale globale.

Dominik Weber ist Sozialanthropologe. Er hat in der Schweiz am Schweizerischen Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien und in Neuseeland an der Massey University zu Netzwerken von Migranten geforscht.

Qual è il termine per la raccolta delle 100'000 firme necessarie per un'iniziativa federale?



Quale quota del PIB svizzero è generata dalle ditte del settore terziario?



Le firme devono essere raccolte in 18 mesi.

Pressoché un quarto del prodotto interno lordo è generato nel settore delle prestazioni.

«Risiedo, dunque (ci) sono.»

Con il progetto «Risiedo, dunque (ci) sono» le numerose persone straniere che vivono a Chiasso hanno da alcuni mesi la possibilità di essere coinvolte in una riflessione comune sul modo di rappresentare «gli altri» e di essere rappresentati: ciò allo scopo di migliorare l'integrazione e la convivenza multiculturale nella cittadina di confine, di permettere ai migranti di meglio conoscere la realtà che li ospita, e ai cittadini e alla classe politica di ascoltare anche la loro voce e i loro bisogni. La costituzione di una piattaforma di discussione dovrebbe permettere a tutti, migranti, politici ed istituzioni, di essere partecipi, responsabili e rispettosi.

Al confine con l'Italia, a Chiasso negli anni 1970 e 1980 la frontiera sembrò che potesse diventare finalmente una zona privilegiata di contatto, creativa, innovativa, dinamica dove a poco a poco anche la Svizzera incontrava l'Europa per ricostruire assieme quel ricco e generoso spazio transfrontaliero comune che solo la Storia, gli uomini, le ideologie e i pregiudizi hanno voluto separare nel corso dei secoli. Erano gli anni del «Ticino, regione aperta» ai quali seguirono decenni meno gloriosi dal punto di vista della crescita economica e delle disponibilità di apertura.

Un po' di storia

A Chiasso si vive da oltre 150 anni in uno stretto e continuo contatto con «gli altri», siano essi provenienti dall'Italia o da altri Paesi e continenti, i quali hanno partecipato attivamente alle fortune e alla crescita della cittadina. Mentre molti Ticinesi lasciavano il Cantone ed emigravano per motivi economici in America o in Australia, a Chiasso nella seconda metà del 1800 arrivarono esuli politici cisalpini ed operai italiani per costruire la linea ferroviaria e la stazione. Poi, all'inizio del 1900, arrivarono uomini d'affari ed artisti dal mondo germanofono, e in seguito antifascisti, rifugiati e profughi che fuggivano gli stermini nazifascisti, ma anche militari alleati e dell'Asse,

molti Lombardi dediti al contrabbando e GI's americani. Negli anni del boom economico postbellico a Chiasso si incontravano sulle strade facoltosi commercianti e banchieri italiani mentre dai treni scendeva povera gente proveniente soprattutto dal Meridione: nel così detto lazzaretto gli emigranti erano spruzzati di zolfo e si faceva loro la lastra con i raggi Röntgen per accertare che non avessero la tubercolosi. La Svizzera voleva braccia forti e sane: se superavano gli esami ricevevano il timbro d'entrata sul passaporto. Se malaticci si ritrovavano stampigliata una «R» come respinti!

Oggi: una realtà multiculturale

La fine del boom economico e i cambiamenti economici, sociali e politici nei Paesi emergenti, nel Blocco dell'Est e nei Balcani hanno portato alla frontiera di Chiasso, come nel resto d'Europa, numerosissimi richiedenti d'asilo extracomunitari, soprattutto dall'Africa e dall'America del Sud. Oggi Chiasso, con i suoi oltre 8'000 abitanti, di cui circa 42 per cento stranieri di diverse nazionalità, è una realtà multiculturale unica nel Canton Ticino dove non esistono vere e proprie comunità organizzate distinte per nazionalità. Questa realtà è pure all'origine da oltre venti anni di numerosi eventi transculturali e transnazionali di grande richiamo quali ad esempio Festate, una piattaforma che mette idealmente in comunicazione, grazie agli spettacoli, stranieri e gente del posto. Da alcuni anni però esiste una certa pressione politica nei confronti degli stranieri presenti sul territorio comunale, senza evidenziare distinzioni tra di essi. Ne consegue che sull'intera popolazione immigrata pesa il pregiudizio secondo cui i migranti di oggi costituirebbero, in generale, una categoria di delinquenti, approfittatori ed usurpatori di diritti altrui.

Un progetto per legittimare la partecipazione

E' ormai approvato il fatto che partecipare attivamente alla vita sociale permette di riuscire meglio la propria integrazione. E' dunque utile sia per la popolazione locale sia per gli immigrati che questi ultimi partecipino alla vita della società in cui vivono, in particolare nei settori del lavoro, della formazione, della salute, dell'abitare e della sicurezza sociale. La popolazione

migrante residente a Chiasso è molto eterogenea per provenienza, classe sociale e statuto. L'immigrazione percepita è però decisamente più alta di quella reale. I circa 200 ospiti del Centro di Registrazione per Richiedenti d'Asilo restano in città per circa due mesi, un tempo troppo ridotto per imparare la lingua ed integrarsi nel tessuto sociale, ma sono molto visibili poiché, non potendo lavorare, nelle ore di uscita sostano o passeggiano nei luoghi pubblici. Inoltre, non tutti i media (e di conseguenza la popolazione) aiutano a fare le giuste distinzioni. Ration per cui lo straniero che oggi abita a Chiasso con uno statuto stabile, un posto di lavoro e una famiglia anche se è inserito nel tessuto sociale spesso si sente assimilato a persone che sono sul territorio per un periodo limitato e che spesso non hanno nulla a che vedere con il suo percorso personale.

Concretizzazione del progetto

L'Ufficio «Chiasso, culture in movimento» del Dicastero Servizi e Attività sociali del comune nel preparare il progetto «Risiedo, dunque (ci) sono», scaturito dal bando di concorso «Citoyenneté – cittadinanza attiva» della Commissione federale della migrazione CFM, ha constatato come la partecipazione alla vita politica e sociale dei migranti sia molto ridotta, anche per l'immagine distorta che riflettono. Per questo il Municipio ha aderito con entusiasmo ad un progetto che stimola e legittima la partecipazione politica dei migranti e che può porre le basi per una nuova immagine e una differente percezione della popolazione straniera. Il progetto mira a coinvolgere il maggior numero possibile di adulti senza cittadinanza svizzera, con qualsiasi tipo di permesso e statuto. Anche perché fino ad oggi non esistono reti, associazioni, comunità o gruppi di migranti costituiti ed operanti in tal senso. Nel 2011, alla fine del progetto – iniziato nel settembre del 2009 con un corso di italiano, di alfabetizzazione e di educazione civica – dovrebbe venirsi a creare un gruppo di persone interessate e motivate alla partecipazione politica, senza altra caratteristica comune se non la mancanza di cittadinanza svizzera e la residenza a Chiasso. L'obiettivo ultimo sarà poi quello di avere uno strumento che permetta alla classe politica chiassese di conoscere e considerare anche gli interessi di tutti coloro che non votano ma che partecipano alla crescita di Chiasso. Una sorta di Fo-

Un concept de démocratie territoriale appliqué à Chiasso

Avec plus de 8'000 habitants, dont environ 42 pour cent sont des étrangers de diverses nationalités, Chiasso est une réalité multiculturelle unique dans le canton du Tessin. Mais à cause de cette forte présence étrangère sur le territoire, il existe aussi une certaine pression politique. Il en découle qu'il pèse sur toute la population immigrée, sans aucune distinction de nationalité, le préjudice selon lequel les migrants d'aujourd'hui constitueraient, en général, une catégorie de délinquants, de profiteurs et d'usurpateurs des droits d'autrui. Dans cette réalité particulière s'insère depuis un an le projet «Risiedo, dunque (ci) sono» qui vise à faire participer activement les étrangers à la vie sociale en leur permettant de mieux réussir leur intégration, en particulier dans les secteurs du travail, de la formation, de la santé, de l'habitat et de la sécurité sociale.

rum dei migranti che sappia confrontarsi sulle tematiche e formulare proposte concrete di cambiamento.

Un progetto che va esteso nel Cantone

Il progetto di Chiasso è unico in Ticino. Eppure vi sono altre regioni, come il Locarnese, dove la forte presenza di una popolazione germanofona, non sempre pronta ad integrarsi e a rispettare la lingua e la cultura del posto e ad accettare usi e costumi locali, può essere percepita come una minaccia per l'identità locale. Inoltre, le due comunità non sempre si incontrano e ne scaturiscono pregiudizi reciproci. In altre regioni invece si è a volte meno tolleranti: come nell'Alto Ticino dove la comunità proveniente dai Balcani, che generalmente per motivi di lavoro e di studio cerca di integrarsi anche attraverso l'apprendimento della lingua italiana, non è sempre accettata con la stessa benevolenza. Anche in questo caso le comunità non sempre collaborano. Il progetto di Chiasso potrebbe dunque essere esteso a Biasca, o ad Ascona e Orselina dove, come da noi constatato, non esiste nulla del genere.

Francesco Mismirigo è il Delegato del Canton Ticino all'integrazione degli stranieri e alla lotta contro il razzismo.

Sich selbstbewusst an die Öffentlichkeit wenden.

Basel-Stadt ist einer der Orte, wo dieses Jahr über das Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer diskutiert und gestritten wurde. Dient es der Integration, wenn auch Ausländer stimmen und wählen dürfen? Will man ihnen sogar den Weg in politische Ämter ermöglichen? Ein Ort, an dem sich Migrantinnen und Migranten seit Langem aktiv einmischen, ist das «Café Secondas».

«Der Treffpunkt für junge Secondas, die ihr Potential voll entfalten und mit ihren Kompetenzen die Welt auf den Kopf stellen wollen. Bei Kaffee und Kuchen machen wir es uns gemütlich, tauschen uns über Themen aus, die uns interessieren und mischen das Leben in Basel-Stadt auf.» Mit diesen markigen Worten charakterisieren die Betreiberinnen das Café Secondas auf ihrer Website. Die Tonalität macht es deutlich: Hier sind junge Frauen am Werk, die selbstbewusst und mit innerer Stärke handeln wollen. Entsprechend sind die Ziele des Projekts formuliert: «Mit unserer Organisation, bestehend aus dynamischen und erfolgreichen Frauen mit Migrationshintergrund, möchten wir Secondas darin unterstützen, ihr volles Potential zu entfalten und somit auch als erfolgreiche Vorbilder zu wirken. Unsere Organisation setzt sich für die Chancengleichheit ein. Die Vernetzung sowie die Partizipation spielen dabei eine grosse Rolle. Durch die Zusammenarbeit und den gegenseitigen Austausch zwischen Secondas mit unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft werden interkulturelle Kompetenzen gestärkt und Solidarität gelebt.»

Vorbilder und Identifikationsfiguren

Das Café Secondas wird von Migrantinnen der zweiten Generation – von Secondas – geführt und versteht sich als Auskunfts- und Vernetzungsplattform für Frauen. Indem Benachteiligungen gezielt abgebaut werden, soll die Chancengleichheit gefördert werden. Benachteiligt sind Secondas einerseits in ihrer Eigenschaft als Ausländerinnen und andererseits in ihrer Eigenschaft als Frauen in einem nach wie vor von

Männern bestimmten gesellschaftlichen Umfeld. Aus dieser doppelten Benachteiligung heraus erwuchs bei der kantonalen Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2005 die Idee, das Café Secondas zu gründen. Das Projekt richtet sich an Frauen, deren Eltern in die Schweiz eingewandert sind oder von denen ein Elternteil ausländischer Herkunft ist. Im Café Secondas trifft sich eine sehr heterogene Gruppe von Frauen im Alter von 16 bis 40 Jahren. Die Frauen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Nationalität, ihrem sozialen Hintergrund, ihrem Bildungsgrad und ihren Interessen.

Das Engagement der Secondas ist ein sozialpolitisches. Verfolgt werden zwei Ziele: Erstens pflegen die Frauen ihr Beziehungsnetz und bauen es aus. Sie unterstützen sich gegenseitig bei der Entfaltung ihrer Potentiale. In monatlich stattfindenden Treffen tauschen sie Ideen und Erfahrungen aus. In Workshop-Angeboten wie «Auftrittskompetenz – Selbstsicher als Seconda-Frau auftreten» oder «Integration und Sprache» gewinnen sie Sicherheit bei öffentlichen Auftritten, beim Zeitmanagement oder bei integrationspolitischen Fragestellungen. Im Café Secondas, das sich als parteiunabhängig versteht, werden auch viele politische Themen aufgegriffen. Fragen wie die Gewalt an Frauen oder die Selbst- und Fremdbilder von Secondas sind ebenso Diskussionsgegenstand wie integrationspolitische Anliegen rund um das Ausländerstimmrecht.

Mentorinnen und Expertinnenpool

Mit dem Projekt «Secondas für Secondas» erklärten sich erfolgreiche Migrantinnen bereit, jungen Frauen als Mentorinnen den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern. Zweitens wird der unmittelbare gesellschaftliche Austausch gefördert. Mindestens einmal im Jahr organisieren die Frauen des Café Secondas eine grössere öffentliche Veranstaltung, die auch Männern offen steht. So werden Podiumsdiskussionen veranstaltet, zu welchen Gäste aus dem In- und Ausland eingeladen werden.

Der Expertinnenpool ist eine Dienstleistung des Café Secondas an die Öffentlichkeit. Interessierte können hier die Expertin oder Fachfrau finden, die sie für ihre Projekte engagieren möchten. Alle Frauen aus dem Expertinnenpool sind mehrsprachig,

teilweise sprechen sie bis zu sechs Sprachen. Neben ihrer hervorragenden Qualifikation sind die Frauen überdurchschnittlich engagiert und sehr motiviert, ihre inter- und transkulturelle Kompetenz sowie ihr Fachwissen zur Verfügung zu stellen.

Ein hoher Grad an Selbstbestimmung

Politisch aktiv zu sein bedeutet, in der Öffentlichkeit sichtbar zu werden und so zum sozialen, kulturellen und ökonomischen Leben Basels beizutragen, erklärt Projektleiterin Isabelle Bopp. Politisch aktiv zu sein bedeutet aus ihrer Sicht aber auch, Themen zu hinterfragen und sich kritisch mit Begrifflichkeiten auseinanderzusetzen. So trägt das Café Secondas zum Wandel der Wahrnehmung der «Migrantinnen» in der Öffentlichkeit bei: Das noch immer defizitorientierte Bild der Migrantinnen als unterdrückte, ungebildete und «zwischen den Kulturen» hin- und her gerissene Frauen kann so allmählich einer Sichtweise Platz machen, in der die Potentiale und Stärken im Vordergrund stehen.

Dass das Konzept funktioniert, zeigt sich unter anderem darin, dass es dem Café Secondas gelungen ist, seine Aktivitäten ohne staatliche Hilfe aufzubauen. Charakteristisch ist dabei der hohe Grad an Selbstbestimmung, mit dem versucht wird, Einfluss auf die Lebensumstände der Secondas in der Schweiz zu nehmen. Im Gegensatz zu vielen anderen Organisationen haben Migrantinnen im Café Secondas in allen Bereichen Schlüsselpositionen inne. Eine konkrete Form der Mitsprache zeigt sich darin, dass die Frauen selbst entscheiden, welche Themen sie behandeln und mit wem sie in welcher Form zusammenarbeiten.

Zukunftsweisend

Dem Café Secondas ist es gelungen, sich in den Medien, in politischen Institutionen und bei Migrantenorganisationen Ansehen und Respekt zu verschaffen. So ist das Café Secondas eine Ansprechpartnerin für Journalistinnen und Journalisten geworden. Die Idee, die hinter dem Projekt steckt, ist erfolgreich. Auch andere Schweizer Städte beginnen, ähnliche Projekte aufzubauen. Über Facebook, Internet und über vielfältige persönliche Kontakte im In- und Ausland findet zwischen Secondas ein reger Austausch statt.

Ob Ausländerinnen und Ausländer in Basel stimmen können, oder ob sie gar in öffentliche Ämter gewählt werden sollen, darüber wurde in Basel in diesem Sommer viel debattiert. Im Café Secondas ist die politische Partizipation von Ausländerinnen jedoch schon lange Realität. Mit seinen Aktivitäten hält es der Forderung der Mehrheit nach blosser Anpassung der zugewanderten Minderheit ein zukunftsweisendes Modell entgegen. Dies ist sicher einer der Gründe, warum dem Café Secondas im August 2010 der Basler Preis für Integration verliehen wurde.

Fières de s'adresser au public

«C'est le lieu de rencontre de jeunes femmes Secondas qui souhaitent pleinement développer leur potentiel et faire bouger les choses grâce à leurs compétences. Autour d'une tasse de café et d'une tranche de gâteau, nous avons des échanges conviviaux sur des thèmes qui nous intéressent et faisons bouger les choses à Bâle-Ville.» C'est par ces quelques lignes marquantes que les jeunes femmes qui mettent en œuvre le projet décrivent le Café Secondas sur leur site Internet. La tonalité l'indique clairement: voilà des jeunes femmes qui ont conscience de leur potentiel, de leur force intérieure et qui les exploitent. La formulation des objectifs du projet le confirment: «Par le biais de notre organisation, composée de femmes issues du flux migratoire qui sont dynamiques et qui ont du succès dans leur domaine, nous souhaitons soutenir les Secondas afin qu'elles puissent pleinement développer leur potentiel et devenir à leur tour d'autres modèles de réussite. Notre organisation s'engage en faveur de l'égalité des chances. Dans ce contexte, la mise en réseau et la participation jouent un grand rôle. La collaboration et les échanges mutuels entre Secondas issues de divers milieux culturels et couches de la population permettent de renforcer les compétences interculturelles et de vivre la solidarité». En août 2010, Café Secondas a remporté le prix bâlois de l'intégration en raison de son approche novatrice.

www.cafesecondas.ch

Shqipe Bajrami studierte an der Universität Zürich Völkerrecht, internationale Beziehungen und Germanistik. Sie arbeitet als Dolmetscherin und Kulturvermittlerin im sozialen, kulturellen, schulischen und medizinischen Bereich.

S'impliquer par une plateforme interactive.

Pensé et mis sur pied par des universitaires suisses originaires des Balkans, cette plateforme média internet professionnelle vise à mettre à disposition des informations au service de l'intégration politique des populations albanophones en Suisse et du développement de la région des Balkans. Désormais, les Albanophones de Suisse ainsi qu'un large public auront une adresse, un lieu de rencontre, où presque toute interrogation trouvera une réponse claire et rapide.

L'idée du projet a pris naissance d'après les nombreuses constatations observées sur le terrain par les initiateurs du projet. Très peu de sources d'informations fiables existent sur la communauté albanophone de Suisse, alors que l'intérêt de cette population ainsi que des citoyens et des institutions suisses en est bien présent. De plus, peu de sources d'informations quotidiennes touchant l'actualité suisse et celle des diasporas albanophones sont disponibles. Ceci explique en partie la faible participation politique et insertion de la communauté albanophone au sein de la société suisse.

Manque d'informations pour une forte communauté

Les porteurs du projet connaissent l'existence de certaines publications internet, d'une presse écrite éditée au Kosovo et distribuée en Suisse et celle éditée en Suisse ainsi que des chaînes télévisées albanaises, qui s'adressent à la communauté albanophone de Suisse, composée de près de 250 000 personnes. Cependant, les publications internet ont un caractère essentiellement descriptif et sporadique de la réalité diasporique. Concernant la presse écrite, notamment celle éditée en Suisse, son contenu est inapproprié aux réalités transnationales et le manque de traduction dans les principales langues officielles du pays d'accueil fait défaut. Quant à la presse éditée au Kosovo et distribuée en Suisse, la politisation de l'information est notable. Les chaînes télévisées quant à elles ne reflètent que

très peu les besoins en informations et services des personnes et populations albanophones de Suisse.

On peut se demander si uniquement le manque de sources d'informations explique la lente insertion de la communauté albanophone au sein de la société suisse. Certaines études récentes montrent que la communauté albanophone de Suisse est restée longtemps prisonnière de sa cause nationale. En étant tournée vers le pays d'origine, elle a pris du retard dans l'usage de ses droits de citoyen au sein de la société suisse (Burri Sharani et al. 2010). Cependant, on a aussi constaté un léger progrès en ce qui concerne l'ascension socioéconomique et politique des communautés albanophones au sein de la société suisse. A ce titre, l'indépendance du Kosovo en est une des causes. Elle a entre autre influencé la transformation de certaines associations existantes, mais aussi l'apparition de nouvelles organisations qui se concentrent davantage sur l'intégration des communautés albanophones. Ces organisations sont bien présentes aujourd'hui dans certaines communes et villes suisses et sont gérées par des individus formés dans le domaine (Dahinden & Moret 2008 ; Burri Sharani et al. 2010).

Une participation à la vie politique quasi insignifiante

Malgré cela, il faut admettre que les communautés albanophones de Suisse ne sont pas actives sur le plan de la participation à la vie politique suisse. A ce titre, deux événements récents permettent de constater cela. Tout d'abord, le cas des dernières votations concernant l'interdiction de la construction de minarets en Suisse. La réaction de la communauté albanophone était quasi insignifiante, alors qu'elle est majoritairement de confession musulmane. Ensuite, il s'est agi de la décision du Conseil fédéral du non-renouvellement de la Convention de sécurité sociale avec le Kosovo. Même face à une telle décision, on a pu constater la faible réaction de la communauté albanophone. Ces deux exemples montrent parfaitement la nécessité de continuer à trouver des solutions efficaces de manière à informer et stimuler la participation de la communauté albanophone à la réalité socioéconomique et politique en Suisse.

« albinfo.ch » : un projet interactif, stimulant et sensibilisant

C'est précisément dans cette direction que le projet « albinfo.ch » mettra l'accent. Les porteurs de cette plateforme s'engagent à apporter des informations hautement professionnelles et quotidiennes. Ils cherchent à combler certaines lacunes que connaissent actuellement les communautés albanophones de Suisse de manière à favoriser l'intégration et à créer un lien entre les différents acteurs de la société suisse, tout en tenant compte de l'influence que cela peut avoir dans le développement de leur pays d'origine.

« albinfo.ch » est une plateforme au sens fort du terme, puisqu'elle est au milieu d'une myriade d'acteurs entre la société d'accueil, les populations albanophones de Suisse et les pays d'origine. Ainsi, en offrant des informations quotidiennes à la fois en albanais, en allemand et en français, elle vise un public très large. De plus, ces informations seront offertes gratuitement et liées à l'actualité socioéconomique et politique régnant à la fois au sein du pays d'accueil et au pays d'origine. Cela étant, la plateforme cherche à rapprocher les différents acteurs sociaux au niveau national et transnational, ce qui aura un effet positif car il stimulera l'intégration des personnes issues des communautés albanophones de Suisse et favorisera simultanément l'impact de ces communautés diasporiques pour le développement de leurs pays d'origine.

L'équipe du projet est composée de personnes hautement qualifiées et à cheval entre la première et la deuxième génération des diasporas des Balkans en Suisse. Leur projet est financièrement soutenu par la Confédération. Le projet est développé en collaboration professionnelle avec la société Edipresse (Tamedia) et est parrainé par un ensemble de personnalités issues de différents milieux professionnels et politiques helvétiques, mais aussi par les différentes institutions étatiques, fédérales et cantonales, des ONG du pays d'accueil et ceux d'origine.

Fonctionnement de la plateforme

La plateforme internet sera opérationnelle à partir d'octobre 2010. Il s'agit d'un outil facilement utilisable pour chaque internaute qui s'y intéresse. Le site est constitué de trois rubriques principales dont chacune aura une fonction particulière: *Alb News* fournit des informations quotidiennes sur l'actualité et la vie socioéconomique diasporique en Suisse et dans les pays d'origine. *E-Diaspora* met à disposition des informations et ressources albanophones existantes en Suisse. Il s'agit d'un lieu d'échanges, d'informations, de discussion, de création de réseaux de développement entre les différents acteurs sociaux. *CH-Balkans* vise à valoriser et stimuler les relations entre la Suisse et les pays des Balkans, en se focalisant sur les projets et les événements en cours et à venir.

Eine interaktive Plattform für Albanischsprachige

In der Schweiz leben rund 250'000 Albanischsprechende, wovon schätzungsweise 150'000 bis 170'000 aus dem Kosovo stammen. Insbesondere Personen aus dem Kosovo sind mit einem negativen Image belegt. Dies hat unter anderem auch Auswirkungen auf ihren Integrationsprozess und ihre Motivation, sich stärker einzubringen.

Mit der Einrichtung einer interaktiven Plattform auf dem Internet soll dieser Problematik entgegengewirkt werden. Die professionell aufgebaute Internetplattform soll nicht nur Informationen über die Schweiz in deutscher, französischer und albanischer Sprache zur Verfügung stellen, sondern auch die Integration dieser Bevölkerungsgruppe unterstützen, indem aktuelle tagespolitische Fragen in der Schweiz erläutert werden. Gleichzeitig soll die Plattform auch dazu dienen, die transnationalen Beziehungen, über die die grosse Mehrheit der Albanischsprechenden verfügt, sowohl für die Schweiz wie auch für die Herkunftsländer in der Region des Balkans, zu nutzen. Die Plattform richtet sich jedoch nicht nur an Migrantinnen und Migranten, sondern auch an all jene, die mehr über diese nach wie vor mit Vorurteilen behaftete Bevölkerungsgruppe wissen möchten.

Bibliographie

Barbara Burri Sharani, Denise Eftonayi-Mäder, Stephan Hammer, Marco Pecoraro, Bernhard Soland, Astrit Tsaka, Chantal Wyssmüller, 2010, Die kosovarische Bevölkerung in der Schweiz. Bundesamt für Migration BFM Bern.
Dahinden, Janine et Joëlle Moret, 2008, Les activités transnationales des associations de migrants serbes et kosovars en Suisse. Annuaire suisse de politique de développement. Migration et développement : un mariage arrangé, 27(2), 227-238.

Astrit Tsaka, politologue, est chargée comme assistante-doctorante auprès de l'Institut SFM, Forum suisse pour l'étude des migrations et de la population, Université de Neuchâtel.

Auf der Suche nach der eigenen SprachStimme.

1964, Kaštel Stari, Kroatien

Im Traum, ersten, an welchen ich mich wirklich erinnere, schrecklichsten Traum aus welchen die gelbe Farbe und Augen eines gefährlichsten Tieres leuchten, eines Tieres welche mich und das andere Kind verschlingen wird. Mein trommelndes Herz welche sich nicht, auch als ich wach wurde, beruhigen lässt. Das Tier im Traum trug einem Namen, einen nie gehörten. Obwohl ich es im Traum gewusst habe. Es verblieb in diesem Raum des Traumes. Ich habe diesen Name nie mehr finden können, Tage lang setzte Ich verschieden Laute zusammen um klang zu erproben, aber die Mühe kostete sich in Nichts, weil das Wort nicht so klang wie im Traum. Wie das es mir möglich wurde mit der richtigen Benennung des Ungeheuers tiefer in sein Wesen einzudringen, das durch die Name des Tieres seine Rückkehr in der Nacht verhindern werden könnte. Ich lag im Bett und suchte die Name auf der Zimmerdecke und Wänden auf welchen kleine Vögel abgebildet waren, und manchmal waren die Linien unterbrochen, zerbrochen, so fehlten einem Vögel die Flügel oder der Schnabel. Die verwundeten Vögel welche auf dem Wand aus halben Körpern bestünden, waren keine Guten Helfer um Name des Ungeheuers zu verraten. Draussen unterhielten sich Vögel mit aufgeregten Stimmen über Etwas und dieser Etwas dazu kamen immer neue oder gleich bleibende Töne. Die Gespräche der Vogel nannten die Grossen das singen. Nichts mehr auf der Welt wünschte ich mir als zu verstehen, was die Vögel einander erzählten, womöglich haben sie den Tier aus der Traum gesehen und sprachen darüber.

Als Vater unsere erste Radio aus Split brachte und den weissen runden Knopf auf Förderseite drehte, so das sich eine Schnur zwischen Buchstaben bewegte, kamen Menschenstimmen wie Vögel Stimmen ausser Schachtel. Die Stimmen stossen einander, zischten, gurgelten und Vater behauptete dass diese Stimmen aus anderen Ländern wussten was sie sagten. Sie Sprechen in der Fremdsprache sagte der Vater. Kann man Fremdsprache lernen fragte ich. Nein, sagte der Vater, es gibt nicht eine Fremdsprache, eigentlich gibt es überhaupt keine Fremdsprache sondern Gott weiss wie viele Sprachen. Können diese Stimmen aus dem Radio uns hier hören und verste-

hen. Nein, uns können sehr wenige Menschen verstehen und Radio kann uns nicht verstehen und nicht hören. Ich stellte mir vor das nur besondere Menschen Radio versteht aus mir unbekannten Gründen. Du kannst auch Radio verstehen wenn ich Station Radio Zagreb unter den weisse Linie finde sagte der Vater. Ach, wenigstens Menschen aus Zagreb werden von Radio gehört. Einmal werde ich wenn ich gross bin nach Zagreb gehen und Radio wird mit meine Stimme sprechen. Die Zeitung Slobodna Dalmacija welche Vater jeden Tag nach Hause brachte und die Mutter als die Unterlage für Säuberung der Sardellen benutzte sprach nur mit Grossen welche Lesen könnten. Ich trocknete letzte Seite der Zeitung an Sonnenlicht damit die Fischblut nicht die Zeichnungen welche mit mir sprachen verdeckt: Auf den Bildern waren wunderschöne Frauen in langen Kleidern und Junge Männer auf Pferden abgebildet und dem Cousin Marko ähnlich waren. Wir Kinder boten nur Cousin Marko die Buchstaben in den Luftballons vorzulesen. Luzian und Blanche, sagte der Cousin Marko, heissen die Menschen wessen Geschichte Jeden Tag weiter ging in der Zeitung. Vaters Stimme lass nur Politik Seite. Seine Stimme erzählte von Toten in Korea wobei das Kind Korea mit dem kroatischen Wort Korijen (Wurzel) verband und sich vorstellte das der Wurzel etwas mit ausbrechen des Krieges und Töten hat. Das Wort Korea stand in meinem Kopf neben dem Ungeheuer Tier in meinem Kopf. Wie könnte ich wissen, das Zeichenroman Lüge wahr und Koreakrieg die Wahrheit.

Einmal kam die Zigeunerin in Abwesenheit des Vaters eines Mittags zu uns und von ihren Rücken der Bündel mit heiligen Bilder auspackte und auf Boden ausbreitete. Die Mutter kaufte zwei Bilder welche jetzt unser Haus zum Kirche machte. Wir wussten, das sich Vater ärgern wurde über diesen Besuch. Wir schauten die lange, schwarze Fingernagel der Zigeunerin eifersüchtig weil sie ihre Fingernagel nicht schneiden und waschen brauchte. Die gekaufte Bilder der Maria Magdalena mit Baby und Jesus Christ wurden in Elternschlafzimmer aufgehängt. Das kleine Baby hisse auch Jesus Baby aber sah nicht wie der auf dem anderen Bild. Der Grösse Jesus hatte dünne

Finger mit denen auf rote Herz in der Mitte seines Kleides zeigte, aufs rote Herz welche mit Dönern umwickelt war. Die Farbe Jesus Augen hatte genau der Farbe der Augen des Vaters und das blauebedrohlich von seinem Gesicht zu uns hinablickte. Wo ist sein Vater fragte ich Grossmutter. Ach, dem kann man nicht sehen, er sei überall, vor allem sitzt er an den Türen des Paradieses, sagte die Grossmutter. Hast Du ihm gesehen? Die Grossmutter bekreuzigte sich. Nein, aber ich möchte Ihm auch nicht treffen weil er tot deines Grossvaters zugelassen hat. Der Jesus damals sagte Grossmutter könnte die Toten erwecken, Wunden heilen, alles machen, aber seine arme Mutter musste zusehen wie er von Menschen getötet wurde. Ich war nicht mehr sicher ob Jesus den Tier aus dem Traum töten könnte aber trauerte mich nicht weiter zu fragen.

2010, Zürich, Schweiz

Es sind 47 Jahre des Lebens durch mein Körper eingeflossen seit jenen Tagen. Meine Hoffnung die Vögel Sprache zu verstehen hat sich inzwischen als Unmöglichkeit herausgestellt. Auch das glaube, das die Wundertaten des Gottes Sohnes Jesus von unseren ZimmerWand der Kindheit das Krieg in Kroatien stoppen wurden und Zerstörung unmöglich wird, ist verschwunden. Ich habe bis heute die Name des Ungeheuertieres aus dem Traum Nirgends gefunden. Seit meinen Kindertagen versuche ich durch die Sprache die Welt in mir und Welt um mich zu Ordnen, Berühren, Verstehen. Deswegen bin ich Dichterin geworden. Damals wusste ich nicht, das ich die Sprache der Radiostationen welche sich Deutsch nennt für meine Dichtung verwenden wurde. Schreiben in andere Sprache gleicht einem Tasten in halbdemmerung, man ist nie sicher, ob man in neue Sprache die Welt genau anfasst. Es ist aber auch die Neugier ein zweites Mal die Welt um sich neu zusammenzusetzen und auszusprechen.

Am Anfang schien mir das der hörende Schweizer Deutsch schwerer ist als Chinesisch nachzuahmen. Ich hatte die Angst, das die Umgebung in geheimnisvolle Weise mir entrückt, mich bedroht, ich versuchte zu lernen, mehr auf Gesichtsausdruck

des Sprechenden zu achten, auf die Sprache der Augen, sagte immer wieder ja, ja nicht weil ich wirklich was von der Situation verstanden habe, sondern dieses Ja heisst auf kroatisch Ich, spricht sich leicht aus und beruhigt den anderen. Wie das sich die Realität von meinen Augen in Auflösung befindet weil ich noch mal das unwissende Kind bin. Beim Sprechen mit Erwachsenen Fremden wird keine Geduld geübt wie mit dem Kind, wird nicht verzeihen, wiederholt, obwohl meine Hilflosigkeit genau die eines Neugeborenen in Begegnung mit anderen war. Gefühl dumm zu sein, sich nicht äussern können. Gedanken ohne Türe durch den Mund. In der Muttersprache schön aufgereiht gab es Ordnung des Alphabets, die Namen für die Blumen, Schmetterlinge, Fische, Sterne. Die Geschlecht der Wörter musste ich ändern, aber es begleitet mich ständige Befürchtung dass ich damit auch die Sterne, Sonne mit Gaben des neuen Geschlecht entmündige. Meine in der Schweiz geborene Kinder wessen erste Sprache Deutsch ist, mahnen mich von lauten kindlichen Fragen, sie sagen mir dass die Bezeichnungen keinen Sinn haben sondern einfach auswendig zu lernen sind.

Bis heute bleib der Angst von den Menschen hinter den Glaschaltern, welche durch gewandtere Sprache Macht über die Bezeichnung dieser Welt haben. Wenn ich meine Name vor ihren Augen ausfühlen muss und sie es nicht aussprechen können und ich antworte mit einem Ausdruck an meinem Gesicht, «mach nichts» aber ich komme nicht in die Situation Kunz als Lunz zu sagen und Verständnis zu ergattern. Ist es ein Wunder, das wir immer noch Menschen welche stottern oder wenig sprechen oder Dialekt eine andere Sprache öffentlich benutzen als dummer als wir selbst betrachten. Die Gedanken, ohne entsprechende Äusserungen aus ihren Mund verkommen dann zur Karikaturen der Gedanken und es macht die nicht stotternde gerade zur Intelligenzbestien. Erst in der Schweiz wurde mir die Zerbrechlichkeit unsere Wortgeschaffene Realität bewusst und ich bekam die Freude durch die geschriebene Sprache die Wirklichkeit zu ver-rücken. In meinen Büchern mache ich den Leser zu zeugen der Verfremdung seine Sprache. Ver-rücken in der Richtung der Unsicherheit, in der Richtung, das sich der

andere für Moment lang nicht mehr seiner selbst in Wörtern sicher ist. Mit Schreiben erzeuge ich die Unsicherheit beim Muttersprachlern was wirklich Bedeutung ihre selbstverständliches in Muttersprache ist. Sie fühlen sich irritiert, unsicher genau so wie das sie in eine fremde Sprache lesen um für Augenblicke in haut des fremden zu sein. Viele sind wütend darüber, kein Wunder, ich die Fremde soll bitte endlich normal wie sie werden. Problem ist, das mit Wechsel des Lebensortes Jeder von uns zur «Unnormalen» werden kann.

Das zweifache Kleid der Bedeutung und Deutung der Welt trägt mich und umhüllt mich. Unterhermd der kroatische Sprache, ikavische Dialekt welche unsichtbar für anderen ist durchlöchert durch Jahre der Vergessens weil sich die Bedeutungen des deutschen Wörter erhellt haben. Wortbruch. Wörterbuch. So bin ich mein Eigenschöpfer und Übersetzer zugleich geworden. Die Sicht der Welt ist durch die Mutterwörter schon ausgebildet, hat mich geformt. Ich kann bis heute kaum auf Deutsch fluchen, betten oder zählen, Kosewörter einem Baby sagen. Alle Ausdrücke, welche emotionsgeladen sind und fast automatisch aus Kehle kommen, durchbrechen die Wand des deutschen und tauschen auf unvermittelt in meine sprechende deutsche Sprache. Aber der grosste Verräter meine Nichtdazugehörigkeit ist meine Stimme. Beim sprechen verrät die Stimme die lange Reise meine Beine. Sie beugt sich nicht an der richtige Stelle, bildet selten der richtige Aus-sprache der mir nie bekannte Töne welche die Zunge lallet falsch. Ich wird erkannt, ertappt als der übergelaufener Fremd-sprachige welche zwar sympathisch, aber doch nicht hier und jetzt als Einheimische verortet werden kann. Unterschied zwischen Wahre Mensch und Wahre her auszuspielen. Fürchterlich, Fruchtbar. Fördern. Fordern. Beim guten Glück sage ich diese Wörter richtig aber verwende sie an der Stelle des anderen. Andere Lachen. Unsicherheit welche Bedeutung der «Wahre» ist.

Ein Erlebnis beim meinem Aufenthalt in der USA bezeichne ich als der Tag an welchen mir schwiizer deutsch zur Muttersprache wird und ich endgültig emotional an diesen Dialekt gebunden bin. In einem Restaurant in Mennoniten Museum in

Hinterland des Iowa City hörte ich hinter meinen rücken den Satz «Bisch müd». Ich drehte mich um und sah eine Mutter angezogen in die Kleider des neunzehnten Jahrhunderts ihre kleine Tochter fragen. Ich gab mich als die Schwyzer deutsch sprechende zu erkennen und sogar das Kind verstand mich. Die Mutter ist natürlich in USA geboren aber die Amisch People reden noch immer süddeutsche, niederländische und schwiizer Dialekte unter sich. Es entstand eine Nähe zu dieser Frau welche unerklärlich und gut war. Weit von der Schweiz entfernt und auch ohne Angst, das diese Frau erkennt an der Ton meine Stimme, das ich nicht wirklich Schweizerin sein kann, wurde ich zur Schweizerin. Genau so wie ich in der Schweiz zu Kroatin, wurde wenn ich die Dialekt meine Grossmutter aus jemanden Mund hörte. Die Vertrautheit der Stimme des anderen. Die Zeit, die lange Zeit ist verbündete der Fremden in welchen die Metamorphose stattfindet. Leider entsteht die Verbundenheit durch die Beziehung, Herzensbindung und die ist nicht messbar, nicht Gesetz konform. Es ist langer Weg zur eigene Sprache, wobei es keine eigene Sprache gibt, es muss ein zweites Mensch eingeweiht sein. Das dialogische der Sprache das Du, welche wenigstens zuhören kann und antwortet. Aura der Wörter – diese unglaubliche Zauber, welche hinter dem unverständlichen liegt hat mich das je verlassen. Schreck das die wie im Traum Jemand sein Name kann und ich es nicht weiss. In der Liebe aber, plötzlich finden wir der Zustand sich verständigen ohne Wörter das höchste Seligkeit. Diese verfallen in Stummheit nach dem wir sicher sind das diese Stummheit gleichgedeutet wird. Liebe. Ljubav. Wir sagen «wir haben uns so gut verstanden». Einverstanden. Aus zwei Verständnissen. Eins. Anfang und Ende der Sprache, der Kreis.

Dragica Rajčić aus Split, Kroatien, kam 1978 in die Schweiz. Ihre Bücher wurden u. a. mit dem Chamisso-Förderpreis und dem Lyrik-Preis Meran ausgezeichnet. Sie studierte Soziokultur an der HSA Luzern. Sie lebt in Zürich als freie Autorin und Lehrbeauftragte für Literarisches Schreiben am Literaturinstitut in Biel. Sie ist Mitglied der EKM.

Quel général suisse est aussi membre de la commission qui est à l'origine du CICR ?



Il s'agit du Général Dufour qui créa le CICR avec Henri Dunant.

Migrations et droit de cité dans les pays du Golfe.

Les pays du Conseil de Coopération du Golfe CCG représentent la région du globe où le rapport entre étrangers et citoyens est le plus déséquilibré. Les réglementations pour l'accès au pays et pour l'acquisition de la nationalité sont parmi les plus sévères. De plus, comme il est extrêmement difficile de satisfaire aux conditions posées par les lois de nationalité et que les autorités administratives ne facilitent point cette tâche, la naturalisation devient un phénomène très rare. L'article explore, dans le cadre des migrations au Golfe, les conceptions et les règles de droit de cité applicables aux étrangers qui vivent et travaillent dans ces pays ainsi que l'institut de parrainage des migrants (kafâla).

Les six pays du CCG (Koweït, Arabie Saoudite, Bahreïn, Qatar, Emirats Arabes Unis, Oman) représentent un bassin d'enquête tout à fait particulier vis-à-vis des thématiques traditionnellement liées à l'immigration, notamment l'exploitation du travail ainsi que l'attribution de droits civils et politiques, voire toute instance de naturalisation et d'accès à la citoyenneté.

D'abord timidement, ensuite d'une manière de plus en plus intense, les pays du Golfe, reliés à une tradition de nomadisme, ont acquis visibilité et influence politique dans le scénario international, grâce surtout à la richesse accumulée à travers l'exploitation du pétrole et du gaz naturel, en se transformant bientôt en pays d'immigration, en concurrence avec d'autres régions qui, seules, attiraient jadis les migrants, notamment l'Europe et l'Amérique du nord.

En fait, les migrants cultivés et professionnellement qualifiés qui habitent la région ne sont pas véritablement touchés par la problématique, car ils profitent déjà de leur statut de citoyens de pays développés et ne manifestent aucun intérêt à s'immiscer de la vie politique et sociale des pays qui les accueillent. Quant aux autres, soumis à une existence suspendue entre leur

pays d'origine dont ils se sont échappés dans l'espoir d'améliorer leurs conditions de vie et le pays d'accueil, la conquête des droits civils, sociaux et politiques n'est pas escomptée.

L'histoire du Golfe ...

A l'origine du peuplement actuel du Golfe se placent les conflits d'antériorité visant à sceller la légitimité de pouvoir ou de la citoyenneté: «monarchies arabes originaires du cœur de la péninsule, paysanneries oasiennes, arabes chiites, pêcheurs et prolétaires d'origine persane, grande bourgeoisie marchande d'origine tantôt arabe sunnite, tantôt persane chiite, sans oublier les descendants d'esclaves africains qui formaient parfois jusqu'à la moitié de la population» (Lavergne 2006).

La relation entre Etat, nationalité et citoyenneté a été introduite dans le Golfe suite à la désagrégation des colonies britanniques, au moment où les populations qui y habitaient, pour la plupart nomades, ont été regroupées en Etats-nations, représentées aujourd'hui par les pays du CCG.

La découverte du pétrole a contribué à la territorialisation des populations nomades habitant la péninsule arabe et aux fluctuations du nombre des migrants selon les variations du cours du pétrole. La richesse grandissante de cette région a aussi entraîné l'immigration stable de travailleurs venant des régions limitrophes, causant une profonde altération du tissu social des nouveaux Etats. Par réaction, les émirats ont adopté des lois de citoyenneté très sévères qui visaient à limiter, voire à empêcher, l'accès des communautés migrantes à la vie politique et sociale des pays d'accueil. C'est ainsi par exemple que les Indiens ou les Philippins, qui représentent les communautés d'étrangers les plus nombreuses du Golfe, contribuent depuis des années au progrès économique de la région sans que les gouvernements de ces pays leur octroient le moindre droit civil ou social dont bénéficient les citoyens.

Parmi les populations arabes, il faut d'ailleurs mentionner la pénible condition des réfugiés palestiniens: le débat concernant la création d'un Etat-nation palestinien est devenu instrument d'exclusion de tout intérêt d'appartenance, amenant

jusqu'à l'expulsion de ceux-ci des pays mentionnés (comme il s'est vérifié au Koweït après la Guerre du Golfe).

... et ses concepts de nationalité

Les rapports de l'UNHCR portant sur ce thème révèlent que l'accès à la nationalité est restreint dans tous les pays du Golfe. Certes, les gens locaux, pour la plupart d'origine arabe, bénéficient souvent d'un statut particulier, qui les différencie des migrants d'une façon très marquée: les nationaux bénéficient de l'assistance sanitaire, de l'instruction gratuite, de postes dans le secteur public, de l'absence de pression fiscale. Toutefois, la complexité des relations qui s'installent entre l'individu et l'Etat chargé d'attribuer ou de nier la jouissance des droits civils et politiques aux habitants de la région est considérable: d'une part le concept de citoyenneté («muwâtana») est construit à partir du mot «watan», qui en arabe signifie «nation, patrie», d'autre part le mot utilisé pour nationalité (jinsiyya), qui est tiré du grec (√gen), évoque l'idée de filiation, conception celle-ci qui reste encore bien enracinée dans la législation sur la nationalité de la région.

Le statut de citoyen dans le Golfe n'est pas indifférent d'ailleurs au principe d'appartenance religieuse. L'appartenance à l'Islam n'est pas officiellement une condition pour obtenir la nationalité, mais du point de vue de la citoyenneté, la plénitude des droits civils n'est accordée qu'aux musulmans. La loi koweïtienne prévoit aussi la privation de la nationalité suite à des actes d'apostasie, mais seulement pour les naturalisés.

Les origines des lois de nationalité au Golfe sont toutefois très récentes, elles sont apparues après la décision du désengagement de la Grande-Bretagne de cette région. Le principe général qui régit l'accès à la nationalité est le *jus sanguinis* par la voie paternelle, alors que le *jus soli* ne joue qu'un rôle secondaire afin de prévenir tout cas d'apatridie. La femme acquiert normalement la nationalité du mari par mariage ou après le décès d'une période établie par la loi.

La nationalité peut être acquise au Golfe par naturalisation, qui est soumise souvent à plusieurs conditions, comme par exemple la capacité légale, l'absence de maladies mentales, la capacité de travailler, le bon comportement, l'absence de condamnation pour violation de la moralité. Or, ces conditions se révèlent plutôt indéterminées et s'ajoutent à la condition de la résidence prolongée dans le pays, pour une période qui est variable et qui peut aller jusqu'à 30 ans, en étant aussi soumise parfois à des limitations temporelles de validité.

Les lois de nationalité et leur évolution face à la crise des années 1970

Après la crise pétrolière des années 1970, les lois réglementant l'accès à la nationalité ont été rendues de plus en plus sévères,

en particulier aux *Emirats Arabes Unis* où la période de permanence sur le territoire en tant que résident, nécessaire pour être naturalisé, a été augmentée et une procédure de naturalisation «par héritage» a été introduite, de sorte que l'enfant d'un individu naturalisé n'acquiert pas le statut de «citoyen» de plein droit, mais garde le statut de «naturalisé». Des règles spéciales s'appliquent néanmoins à certaines catégories de «ressortissants locaux», comme les ressortissants d'Oman, du Qatar et du Bahreïn, qui peuvent demander la naturalisation après avoir résidé pendant trois ans aux Emirats et avoir montré qu'ils possèdent les qualités requises par la loi.

Après la Guerre du Golfe, le concept de citoyenneté a évolué, même lorsque les lois sur la nationalité n'ont pas été émendées. Cela est bien visible dans cinq cas paradigmatiques: l'aggravation de la condition de «bidûn» au Koweït, les privations de la nationalité au Qatar au détriment de certains groupes parentaux, l'introduction d'un système de points pour la naturalisation en Arabie saoudite, les nouvelles politiques de nationalisation de la force du travail (en particulier en Oman) et les opérations politico-démographiques au Bahreïn.

Le statut de l'étranger dans les pays membres du CCG peut s'avérer par ailleurs plutôt restrictif. Par exemple, au *Qatar*, la loi a établi que les non-nationaux ne peuvent être admis ni à la propriété privée ni à l'exercice d'activités économiques sans la participation majoritaire d'un citoyen du Qatar.

La complexité des dimensions de la nationalité/citoyenneté au Golfe déclenche de nombreuses questions de discrimination fondées sur l'appartenance à un groupe parental, à une communauté religieuse, à un Etat. Les *bidûn* du Koweït se qualifient en tant que groupe d'individus nés au Koweït et habitant au Koweït depuis toujours, mais sont pour la plupart apatrides, n'ayant pas profité des procédures d'admission à la citoyenneté de 1948 et 1960. Toutefois, jusqu'aux années 1980, on leur reconnaissait les mêmes droits qu'aux citoyens, sauf le droit de vote. Successivement, leurs rapports avec les autorités koweïtiennes se sont détériorés jusqu'au refus d'octroyer tout document de voyage ainsi qu'à l'exclusion des Universités et des ordres professionnels. Par ailleurs, pendant la Guerre du Golfe, ils ont été obligés de collaborer avec l'Armée populaire iraquienne, sous menace de mort, en tant que non-citoyens; après la guerre, beaucoup d'entre eux ont été jugés par les Tribunaux militaires du Koweït et condamnés au titre de collaborationnisme. Cette condition de discrimination n'a pas encore de véritable solution de nos jours.

Très intéressant est le cas de l'*Arabie Saoudite*, où la procédure de naturalisation s'applique en faveur des étrangers sur la base d'un principe de mérite, mais qui accorde toutefois beaucoup d'importance à l'élément religieux.

Des politiques de naturalisation de la force de travail ont été adoptées dans le Golfe à partir des années 1990 pour rééquili-

brer le rapport entre étrangers et citoyens, surtout dans le secteur public, ce qui paraît évident en particulier en *Oman* où, depuis 1997, les nouvelles politiques visent à privilégier l'accès de la population omanite au marché du travail.

En outre, au *Bahreïn* les autorités ont essayé de changer l'équilibre démographique par la voie de la naturalisation des étrangers sunnites (bienvenus par la dynastie au pouvoir) et par la voie d'extension du droit de vote. La nouveauté la plus intéressante est représentée donc par la loi électorale adoptée au Bahreïn en 2002. Ce décret a reconnu le droit de vote non seulement aux Bahreïnites, mais aussi à tous les ressortissants des pays membres du CCG remplissant les mêmes conditions. Ce choix peut être lu aisément comme le résultat d'une pression politique exercée par l'Union Européenne. Il s'agirait de l'embryon d'une citoyenneté du Golfe, objectif ultime d'un parcours d'intégration des pays du CCG qui tire son inspiration du modèle communautaire. Toutefois, ce choix a été aussi interprété comme l'instrument indirect utilisé par la dynastie sunnite pour réduire le pourcentage de représentativité politique de la majorité chiite.

Le système de parrainage et ses perspectives de réforme

Le débat sur la migration dans les pays du Golfe et l'accès à la citoyenneté ne pourraient pas se passer de s'intéresser au système de parrainage des étrangers désirant travailler dans la région, connu sous le nom de *kafâla* (tutelle légale).

En vérité, l'institut juridique de la *kafâla*, relevant du droit de la famille, est un instrument grâce auquel les orphelins, les enfants abandonnés, peuvent être pris en charge par un adulte qui s'engage à les nourrir et leur assurer protection, comme s'ils étaient un membre de la famille, mais sans que l'enfant devienne légalement partie de la famille: cela serait empêché par l'interdiction coranique de l'adoption en tant que moyen d'institution d'un lien de filiation fictif.

Or, il ne faut pas se surprendre du fait que ce droit a été utilisé à d'autres fonctions. Etant donné qu'il crée des instruments flexibles et adaptables à la réalité des besoins humains, le pas pour la transformation de ce système a été bref à accomplir. Cet instrument légal a commencé à prêter sa fonction au marché du travail. Face aux besoins des migrants qui n'arrivaient pas à obtenir un accès stable dans les pays d'accueil, des agences de recrutement ont commencé à attirer les étrangers par ce biais, en les mettant en contact avec des institutions ou citoyens locaux, qui en devenaient « parrains » en leur permettant la permanence légale sur le territoire. Bien évidemment, ce service d'intermédiation n'est pas gratuit et alimente un circuit de revenus économiques grandissant.

Le migrant accueilli reçoit ainsi un visa et un permis de séjour, grâce auxquels il peut finalement travailler dans le pays dont

son « parrain » est citoyen. De cette façon, femmes de ménage, ouvriers, employés de maison, venant surtout de l'Asie, peuvent envoyer toutes leurs épargnes aux membres de la famille restés aux pays d'origine. A ce propos, Human Rights Watch souligne que les étrangers représentent quelque 85 pour cent de la population des Émirats et 99 pour cent de la main-d'œuvre du secteur privé, dont les employés de maison; selon le Ministère du travail des Emirats, en août 2007 le pays comptait 4,5 millions d'étrangers pour 800'000 Émiriens. En même temps, le « parrain » devient économiquement et légalement responsable pour le travailleur pendant la durée du contrat. De plus, le migrant est empêché de travailler pour toute autre personne que son employeur, de sorte que sa permanence dans le pays dépend entièrement de son contrat de travail.

Ce système est bien loin d'être un instrument d'accès à des conditions de vie digne au sein des pays du CCG; il est d'ailleurs dénoncé par différents rapports de l'UNHCR. D'une part, le migrant « parrainé » est privé de son passeport au moment de son arrivée dans l'Etat de destination. Il perd son statut juridique en vertu d'un abus autorisé, exercé par le « parrain », qui vise indirectement à garantir que l'étranger ne s'échappe dans la clandestinité et qu'il ne soit pas dans la position de négociier de façon paritaire son salaire et ses conditions d'emploi. Ce faisant, par exemple, les migrants employés de maison subissent le cantonnement forcé sur le lieu de travail, la restriction des communications, le non-octroi de jours de repos ou de se rendre dans leur pays d'origine. Parfois, les parrainés subissent des mauvais traitements physiques, psychologiques et sexuels, de même que la privation de nourriture. De plus, si le parrainé veut entreprendre une action en justice au titre de la violation des lois du travail, il n'a pas la possibilité d'accès aux instruments de protection du chômage pendant la durée du différend, et même s'il obtient un jugement favorable, son destin n'est pas plus heureux : son contrat de travail est très souvent terminé, de sorte qu'il est obligé de quitter le pays.

En outre, le sujet ayant accès à la *kafâla* ne bénéficie pas de parcours privilégiés pour obtenir la citoyenneté par la voie de naturalisation de la part de l'Etat d'accueil. Très précaire paraît donc la position de nombreuses familles, originaires en majorité du Moyen-Orient, qui considèrent désormais leur pays de résidence comme une patrie d'adoption et revendiquent au moins la possibilité d'implantation stabilisée par l'accès à l'immobilier, un titre de résidence plus durable, une possibilité de participer aux choix stratégiques d'un émirat tel que Dubaï.

Pour pénible qu'elle soit, cette situation se perpétue sans arrêt dans la région, qu'il s'agisse d'une véritable soumission autorisée à l'esclavage ou d'un contrôle, par la voie privée, de l'immigration ou, enfin, d'une solution au manque de main-d'œuvre dans des pays où les nouveaux riches locaux demandent de plus en plus de biens, mais surtout de services. Personne ne saurait pour autant dégager un véritable intérêt des

ressortissants locaux de demander à leurs politiciens de mettre fin à cette situation d'abus, contraire à toute Convention internationale protégeant les droits de l'homme, des travailleurs, de l'être humain car les seules qui auraient la possibilité d'intervenir sont, finalement, les mêmes individus qui profitent des effets positifs de ce système.

Peut-être un changement venant de l'extérieur

Les pays d'origine des migrants commencent à s'interroger sur les effets à long terme de cet exode vers le Golfe par le biais du système de la *kafâla*. Le gouvernement indien dénonce en particulier la fuite des cerveaux, de travailleurs de plus en plus qualifiés, venant pour la plupart du Kerala. En effet, dans les pays du Golfe on trouve un nombre croissant d'ingénieurs indiens qui aspirent aux salaires attrayants garantis par l'industrie du pétrole et le besoin d'infrastructures imposé par l'urbanisation progressive de la région.

Néanmoins, le changement ne pourra être que lent et discret, à cause des problèmes liés à l'exploitation du travail dans ces pays où le processus vers la démocratie n'est pas encore accompli, ni sera peut-être réalisable dans un proche avenir, et où le débat autour du thème de la citoyenneté a des contours si complexes, se mêlant au sujet de la protection des droits de l'homme, non seulement en tant qu'être humain, mais aussi et surtout en tant que travailleur migrant à travers les géométries variables de la globalisation.

Bibliographie

Human Rights Watch, July 2008, Rapport : As If I Am Not Human. Abuses against Asian Domestic Workers in Saudi Arabia.
Human Rights Watch, March 2007, Rapport : The UAE's Draft Labor Law. Human Rights Watch's Comments and Recommendations.
Lavergne, Marc, 2003, Golfe arabo-persique : un système migratoire de plus en plus tourné vers l'Asie. Revue européenne des migrations internationales.
Parolin, Gianluca, 2003, Nuove dimensioni della cittadinanza nei Paesi arabi del Golfo. Diritto Pubblico Comparato ed Europeo. 2:292-306.
Parolin, Gianluca, 2007, Dimensioni dell'appartenenza e cittadinanza nel mondo arabo, Jovene Editore, Napoli (en anglais : 2009, Citizenship in the Arab World : Kin, Religion and Nation-State. Amsterdam : Amsterdam University Press.).

Migration und Bürgerrechte in den Golfstaaten

In den Golfstaaten ist das Verhältnis von einheimischer und ausländischer Bevölkerung äusserst unausgewogen. Der Ausländeranteil beträgt mehr als die Hälfte und kann in einzelnen Staaten wie Dubai oder Katar die 90-Prozent-Marke übersteigen. Dies hängt nicht nur damit zusammen, dass die Golfstaaten viele ausländische Arbeitskräfte beschäftigen, sondern auch damit, dass der Erwerb von Bürgerrechten einer strengen Reglementierung unterworfen ist. Einbürgerung in allen Golfstaaten ist mit hohen Anforderungen verknüpft, die zu erfüllen für viele potentiell Interessierte nahezu unmöglich sind. Auch sind seitens der Behörden kaum Bemühungen festzustellen, die Einbürgerungen erleichtern würden. Aus diesem Grund gibt es denn auch sehr wenige Personen, die sich einbürgern lassen können.

Die Autoren stellen die Konzepte von Bürgerschaft in der Golfregion vor und erläutern das System von Bürgerschaft (*kafâla*), einer Art Patenschaftssystem, dem ausländische Staatsangehörige unterstellt sind. Mittels des *kafâla*-Systems werden Fragen des Aufenthalts- und Arbeitsrechts nicht durch die Behörden, sondern über private Bürgen geregelt. Diese problematische Regelung wurde bereits mehrfach von internationalen Organisationen gerügt, da die Arbeits- und Aufenthaltssituation der einzelnen Arbeitskräfte der Willkür der jeweiligen privaten Arbeitgeber unterliegen.

Gianluca Parolin est Professeur assistant à l'Université Américaine du Caire depuis 2008. Il a publié une monographie sur la citoyenneté dans le monde arabe en italien (2007) et en anglais (2009).

Elena Sabatino a obtenu son diplôme de fin d'études en droit à l'Université de Turin en 2004. Elle travaille dans les services juridiques d'une société multinationale présente dans la région du Golfe par des services d'ingénierie dans le secteur pétrolier.

Bürgerrechte kann man nicht verlieren. Oder doch?

Der Staatsbürgerschaft kommt aufgrund der damit verbundenen Rechte und Pflichten eine Schlüsselbedeutung für den Zugang zu den wichtigsten, die Lebenschancen bestimmenden Gütern und Möglichkeiten zu. Das Schweizer Bürgerrecht und somit auch der Zugang zu individuellen Partizipationsrechten galt grundsätzlich als unverlierbar, allerdings mit einer bedeutsamen Ausnahme: Bis weit ins 20. Jahrhundert verloren Schweizerinnen, die einen Ausländer heirateten, aufgrund von «Gewohnheitsrecht» ihr Schweizer Bürgerrecht. Auch während des Zweiten Weltkrieges wurde mit der Möglichkeit der Ausbürgerung von Schweizer Bürgern und Bürgerinnen dieses Prinzip der Unverlierbarkeit durchbrochen.

«Kein Kanton darf einen Kantonsbürger des Bürgerrechts verlustig erklären», hiess es in Artikel 43 der schweizerischen Bundesverfassung von 1848. Damit wurde das Schweizer Bürgerrecht als unverlierbar deklariert. Dies bedeutete, dass das Kantonsbürgerrecht, das im Rahmen des dreistufigen, föderalistischen Schweizer Bürgerrechts (Gemeinde, Kanton und Bund) über die Zugehörigkeit zum Schweizerischen Bundesstaat entschied, nicht entzogen werden konnte. Grundsätzlich galt somit, dass das Schweizer Bürgerrecht einzig mit der ausdrücklichen Zustimmung des betroffenen Bürgers verloren gehen konnte.

Als der Bund im Zuge der Revision der Bundesverfassung von 1874 die Kompetenz erhielt, die Minimalbedingungen für den Erwerb des Schweizer Bürgerrechts und den Verzicht darauf gesetzlich zu regeln, wurde präzisiert, dass die Entlassung aus dem Schweizer Bürgerrecht ausschliesslich auf Antrag der betroffenen Person erfolgen konnte. Zudem war der Verzichtsantrag an gewisse Bedingungen geknüpft: Der Antragssteller durfte keinen Wohnsitz in der Schweiz mehr haben, er musste die volle Handlungsfähigkeit in seinem Wohnstaat besitzen und sollte die Staatsangehörigkeit eines anderen Landes bereits angenommen oder zumindest zugesichert bekommen haben.

Die Bundesverfassung von 1848 bestimmte weiter, dass alle Schweizer «vor dem Gesetze gleich» sind und es «keine Vorrechte des Orts, der Geburt, der Familien oder Personen» gibt. Weiter wurden die Niederlassungsfreiheit und die Gewährleistung der politischen Rechte verankert. Für Frauen, Juden und die nicht-sesshafte Bevölkerung fand der Gleichheitsgrundsatz der Bundesverfassung jedoch nur bedingt Anwendung. Erst 1866 wurde auf internationalen Druck hin den Juden die Niederlassungsfreiheit und im Zuge der revidierten Bundesverfassung von 1874 die Kulturfreiheit gewährt. War damit die konfessionelle Trennungslinie durchbrochen, so blieb die Trennungslinie zwischen den Geschlechtern bis weit ins 20. Jahrhundert bestehen. Bis 1971 blieb den Frauen das Stimm- und Wahlrecht auf Bundesebene vorenthalten.

Verlust des Bürgerrechts durch Heirat

Die Bundesverfassung garantierte zwar das Prinzip der Unverlierbarkeit des Schweizer Bürgerrechts, doch in der Praxis hatte dieser Grundsatz nur bedingt Gültigkeit: Für Schweizer Bürgerinnen etablierte sich ein «Gewohnheitsrecht». Die revidierte Bundesverfassung von 1874 bestimmte, dass die Frau durch den Abschluss der Ehe das Heimatrecht des Mannes erwirbt (Artikel 54 Absatz 4). Obwohl diese Bestimmung nur für Ehen zwischen Schweizer Bürgerinnen und Bürgern rechtlich bindend war, wurde sie in der Praxis auch für gemischtnationale Ehen angewandt. Dies bedeutete, dass Schweizerinnen durch die Heirat mit einem Ausländer ihr Schweizer Bürgerrecht verloren.

Bei der Revision des Bürgerrechtsgesetzes von 1903 wurde zwar Frauen, die ihr Schweizer Bürgerrecht aufgrund der Heirat mit einem Ausländer verloren hatten, die Möglichkeit zugestanden, die unentgeltliche Wiederaufnahme beim Bund zu beantragen, aber es bestand kein Rechtsanspruch. Voraussetzung für die Wiedereinbürgerung war, dass die ehemalige Schweizerin entweder verwitwet, geschieden oder getrennt war und ihren Wohnsitz in der Schweiz hatte. Als beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges die Wiedereinbürgerungsgesuche zunahmen, verschärfte der Bundesrat die Praxis. Fortan wurde Frauen, die Fürsorgeleistungen bezogen oder keinen

einwandfreien Leumund hatten, die Wiederaufnahme in das Schweizer Bürgerrecht verweigert. Oftmals wurden die ehemaligen Schweizerinnen kurzum in die Heimat ihrer internierten Männer ausgeschafft.

In der Zwischenkriegszeit wurde das Problem der Staatszugehörigkeit von verheirateten Frauen von der internationalen Frauenbewegung aufgegriffen. Bereits 1917 hatte sich der Schweizerische Gemeinnützige Frauenverein für die Wiedereinbürgerung und finanzielle Unterstützung von verarmten ehemaligen Schweizer Bürgerinnen eingesetzt. Ende der 1920er-Jahre unterstützten der Schweizerische Verband für Frauenstimmrecht und der Bund Schweizerischer Frauenvereine die Forderung des Weltbunds für Frauenstimmrecht, dass die Staatsangehörigkeit der Frauen nicht mit der Eheschliessung verknüpft sein dürfte und doppelte Staatsbürgerschaften erlaubt sein sollten.

Für viele Frauen hatte die Tatsache, dass sie ihr Schweizer Bürgerrecht infolge der Heirat mit einem Ausländer verloren hatten, während des Zweiten Weltkrieges tragische Folgen. Ehemalige Schweizer Bürgerinnen wurden beim Versuch, in die Schweiz einzureisen, an der Grenze gestoppt. Im Falle einer Einreiseerlaubnis wurde ihnen eine Aufenthaltsbewilligung gegen eine Kautions in der Höhe von mehreren tausend Franken erteilt. Allerdings erhielten sie keine Arbeitsbewilligung. Mit dem Bundesratsbeschluss vom 11. November 1941 (Artikel 5) wurde explizit und rechtlich bindend festgehalten, dass eine Schweizerin ihr Bürgerrecht verliert, wenn sie einen Ausländer heiratet. Einzig, wenn die Schweizerin und ihre Kinder unvermeidlich staatenlos werden würden, fand dieser Sonderbeschluss keine Anwendung.

Schrittweise zur Gleichstellung

Das neue Bundesgesetz über Erwerb und Verlust des Schweizerbürgerrechts von 1952, welches die bürgerrechtlichen Sonderbeschlüsse des Bundesrates ersetzte, bedeutete einen winzigen Fortschritt für die Stellung der Frau im Schweizer Bürgerrecht. Schweizer Bürgerinnen hatten nun das Recht, bei der Heirat mit einem ausländischen Staatsangehörigen auf

Ersuchen hin ihr Schweizer Bürgerrecht beizubehalten, und die Wiedereinbürgerung gebürtiger Schweizerinnen wurde erleichtert. Weiter ist auch die Lockerung des Prinzips der patrilinearen Weitergabe des Bürgerrechts zu nennen. Da seit der Gründung des Bundesstaates bei der Weitergabe des Bürgerrechts an die ehelichen Kinder der Grundsatz der Patrilinearität galt, erhielten Kinder eines Ausländers und einer Schweizerin nicht das Schweizer Bürgerrecht. Das neue Bürgerrechtsgesetz sah nun immerhin die Möglichkeit einer erleichterten Einbürgerung für diese Kinder vor.

Nachdem 1981 in der Bundesverfassung die Rechtsgleichheit von Frauen und Männern verankert worden war, wurde auch im Bereich des Bürgerrechts die Gleichstellung der Geschlechter schrittweise verwirklicht. Mit der Änderung von Artikel 44 der Bundesverfassung im Jahre 1983 wurde ein zivilstandsunabhängiges Bürgerrecht geschaffen. Das Bürgerrecht sollte nicht mehr an die Vorstellung der Einheit der Familie – definiert über Ehemann oder Vater – gebunden sein, sondern wurde nun als Persönlichkeitsrecht gedeutet.

Seit 1985 erwerben Kinder einer Schweizer Mutter und eines ausländischen Vaters automatisch das Schweizer Bürgerrecht, unabhängig vom Wohnsitz der Eltern. Im Gegenzug erhalten seit 1992 Ausländerinnen, welche die Ehe mit einem Schweizer eingehen, nicht mehr automatisch das Schweizer Bürgerrecht. Ausländische Ehepartner haben seither die Möglichkeit, sich nach drei Jahren Ehe mit einer Schweizerin beziehungsweise einem Schweizer in einem erleichterten Verfahren einbürgern zu lassen.

Entzug durch Ausbürgerung

Eine andere Ausnahme, in welcher das in der Bundesverfassung garantierte Prinzip der Unverlierbarkeit des Schweizer Bürgerrechts keine Anwendung fand, war die Möglichkeit der Ausbürgerung von Schweizer Bürger und Bürgerinnen während des Zweiten Weltkrieges. Das erste Mal wurde der Anspruch auf Unverlierbarkeit des Schweizer Bürgerrechts auf gesetzlicher Ebene im revidierten Bürgerrechtsgesetz von 1903 durchbrochen. Das Gesetz legte fest, dass einem

eingebürgerten Schweizer das Schweizer Bürgerrecht bis zu fünf Jahre nach der Einbürgerung wieder aberkannt werden konnte, wenn nachgewiesen werden konnte, dass falsche Angaben gemacht worden waren oder das Verfahren nicht korrekt abgelaufen war.

Trotz dieser gesetzlich verankerten Möglichkeit des Bürgerrechtsentzugs durch Ausbürgerung wurden bürgerrechtliche Fragen am Anfang des 20. Jahrhunderts vorerst noch von integrativen Motiven geleitet. Der hohe Ausländeranteil in der Schweiz sollte durch Einbürgerung gesenkt werden, um auf diese Weise eine rasche «Assimilation» der Ausländer und Ausländerinnen zu gewährleisten. Erst mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden Stimmen laut, die forderten, dass auch der Entzug eines ordnungsgemäss erworbenen Schweizer Bürgerrechts gesetzlich geregelt werden sollte. Diese Forderungen hatten zwar keine unmittelbaren Konsequenzen, aber im Rahmen der Debatte über die so genannte «Überfremdung» wurden vom Bund restriktivere Massnahmen bei der Zulassung von Ausländern gefordert. Obwohl der Ausländeranteil in der Schweiz in der Zwischenkriegszeit rückläufig war, wurden die Ausländer und Ausländerinnen mittlerweile als problematisch, teilweise sogar als die «schweizerische Eigenart» sowie nationale Existenz bedrohend wahrgenommen.

Schliessung nach aussen

War die «Assimilation» vor dem Ersten Weltkrieg als Folge der Einbürgerung verstanden worden, so bildete sie nun die unabdingbare Voraussetzung für die Aufnahme in das Schweizer Bürgerrecht. Verschiedene Gesetzesrevisionen, welche die Einbürgerungsbedingungen für Ausländer verschärften, widerspiegeln diese zunehmend auf Ausschluss bedachte Entwicklung. Nach dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) im Jahre 1934 wurde schliesslich die Zahl der in der Schweiz lebenden Ausländer nicht mehr durch die Einbürgerung sondern durch externe, das heisst territoriale Schliessung nach aussen gelenkt. Durch beschränkte Zulassungs- und Niederlassungsbestimmungen sollte die Zunahme der ausländischen Bevölkerung verhindert werden.

Während des Zweiten Weltkrieges lässt sich eine weitere Verschärfung in der eidgenössischen Bürgerrechtsgesetzgebung erkennen. Mit dem Bundesratsbeschluss über die Änderung der Vorschriften über Erwerb und Verlust des Schweizerbürgerrechts vom 11. November 1941 wurde explizit festgehalten, dass die eidgenössische Bewilligung zur Einbürgerung nur dann erteilt werden dürfe, «wenn die Behörde die volle Überzeugung gewonnen hat, dass der Bewerber den schweizerischen Anschauungen und Verhältnissen angepasst ist, und wenn nach Charakter und Gesinnung von ihm erwartet werden kann, dass er ein zuverlässiger Schweizer werde». Weiter erhielt das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) die Befugnis, während zehn Jahren nach dem Bürgerrechtserwerb die Einbürgerung oder Wiedereinbürgerung als nichtig zu erklären, wenn der Bewerber bewusst falsche Angaben gemacht hatte oder «sich als von offenkundig unschweizerischer Gesinnung erweist».

Auch einem Doppelbürger, dessen Verhalten «den Interessen oder dem Ansehen der Schweiz erheblich nachteilig ist», konnte das Schweizer Bürgerrecht entzogen werden. Zwei Jahre später ermächtigte der Bundesratsbeschluss über Ausbürgerung vom 18. Mai 1943 das EJPD ebenfalls, Schweizer Bürgern und Bürgerinnen das Bürgerrecht abzuerkennen, wenn sich die Person «im Inland oder im Ausland, schwer gegen die Sicherheit oder die politische Unabhängigkeit des Landes vergangen und sich dadurch des Schweizerbürgerrechts unwürdig erwiesen hat».

Mit dem Inkrafttreten des neuen Bürgerrechtsgesetzes von 1952 wurde das Prinzip der Unverlierbarkeit des Schweizer Bürgerrechts insofern wieder verankert, als dass es keinen Ausbürgerungsartikel mehr enthielt. Die Nichtigerklärung des Schweizer Bürgerrechts für naturalisierte Schweizer Bürger und Bürgerinnen war hingegen unter gewissen Voraussetzungen nach wie vor möglich.

«Schweizer auf Probe» heute

Auch heute ist die Möglichkeit einer Staatsbürgerschaft auf Widerruf ein Diskussionsthema. So forderte im März 2010 die

CVP Schweiz in ihren Leitlinien zur schweizerischen Migrationspolitik die Schaffung einer Einbürgerungscharta. Mit der Unterzeichnung dieser Charta würden die ausländischen Gesuchstellenden bekunden, dass sie die grundlegenden Werte der Bundesverfassung (wie Rechtsstaat, Demokratie, Grundrechte) respektieren werden. Verstösst ein naturalisierter Schweizer später gegen diesen Pflichtenkatalog, hätte dies die «Aberkennung der Einbürgerung», sprich die Ausbürgerung zur Folge. Auf die Frage, was mit Personen, die in einem solchen Falle staatenlos würden, da sie beim Erwerb des Schweizer Bürgerrechts auf ihr früheres Bürgerrecht verzichten mussten, geschehen sollte, weiss die CVP noch keine Antwort. CVP-Nationalrat Reto Wehrli meinte einzig: «Das Problem ist logisch nicht lösbar.» Bevor jedoch ein Entscheid von einer solchen Tragweite wie eine Ausbürgerung getroffen wird, sollte man sich der Gefahren und Konsequenzen nicht nur für die betroffene Person, sondern auch für die Schweiz bewusst sein.

Literatur

Bigler-Eggenberger, Margrith, 1999, Bürgerrechtsverlust durch Heirat. Ein dunkler Fleck in der jüngeren Schweizer Rechtsgeschichte. In: Recht 1999/2: 33-42.
Gidkov, Anina, 2009, Die Vorstellung des Nationalen. Ein- und Ausschlusskriterien des Schweizer Bürgerrechts am Beispiel des Kantons und der Stadt Genf, von 1885 bis 1990. Saarbrücken: Südwestdeutscher Verlag für Hochschulschriften.
Schuppisser, Ka, 1998, «Denn im Herzen bin ich eine Schweizerin im wahrsten Sinne des Wortes.» Wiedereinbürgerungsverfahren 1937-1947. Die ehemalige Schweizerin im Diskurs der nationalen Identität der Frau. Universität Bern: unveröffentlichte Lizentiatsarbeit.
Studer, Brigitte; Arlettaz, Gérald; Argast, Regula (unter Mitarbeit von Gidkov, Anina; Luce, Erika und Schwalbach, Nicole), 2008, Das Schweizer Bürgerrecht. Erwerb, Verlust, Entzug von 1848 bis zur Gegenwart. Zürich: NZZ Libro.

Le caractère définitif du droit de cité

La citoyenneté constitue une institution-clé pour l'accès de chaque individu aux droits de participation civique. De tout temps la nationalité suisse reposait sur le principe que l'on ne pouvait pas la perdre, à une exception près, mais importante : selon le droit coutumier, les Suissesses perdaient leur nationalité suisse en cas de mariage avec un étranger. Cela pouvait avoir des conséquences tragiques. Depuis 1903, les femmes qui avaient perdu leur nationalité suisse pouvaient certes demander leur réintégration dans la nationalité suisse, mais ce n'était pas là un droit absolu, mais seulement une possibilité. Au cours de la Première Guerre mondiale, la Confédération rendit sa pratique encore plus sévère et exclut de la réintégration dans la nationalité suisse les femmes tributaires des deniers publics ou qui n'avaient pas de bonnes mœurs. Peu après le début de la Deuxième Guerre mondiale, le droit coutumier qui avait prévalu jusque-là en matière de droit de cité – à savoir qu'une Suissesse épousant un étranger perdait sa nationalité suisse – fut ancré dans la loi. La loi fédérale révisée de 1952 sur la nationalité conféra aux Suissesses épousant un étranger la possibilité de conserver leur nationalité suisse par le biais d'une déclaration ad hoc. Mais ce n'est qu'en 1981, avec l'article constitutionnel régissant l'égalité des droits entre hommes et femmes, que la pression nécessaire a pu s'exercer afin que l'égalité des sexes s'impose également dans la loi suisse sur la nationalité. Très récemment le caractère définitif du droit de cité a été remis en question. Dans son document de prise de position face à la politique en matière de migration, le PDC envisage la possibilité de créer un statut de « Suisse à l'essai ».

Anina Gidkoff studierte Geschichte, Politikwissenschaften und Staatsrecht in Bern, Helsinki und Moskau. Anschliessend doktorierte sie im Rahmen des Forschungsprojekts «Die Staatsbürgerschaft zwischen Konzepten des Nationalen und Ordnung des Sozialen» (NFP 51). Derzeit arbeitet sie als «Strategic and Business Analyst» in einem internationalen Beratungsunternehmen.

« Pas d’argent, pas de passeport. »

De nombreux descendants de Suisse émigrés outre-mer se voient aujourd’hui interdits de nationalité helvétique pour des raisons financières. L’administration leur demande d’effectuer deux voyages en Suisse alors qu’avec un salaire mensuel médian de 300 dollars pour ceux qui habitent l’Amérique latine, cela est tout simplement impossible. Cette politique « Pas d’argent, pas de passeport » tranche avec une vision ouverte et moderne de la citoyenneté.

Avant d’être un pays d’immigration, la Suisse a été un pays d’émigration. En effet, au début du 20^e siècle, des communes suisses finançaient des allers simples à leurs concitoyens les moins fortunés pour qu’ils migrent outre-mer. L’Amérique a été un continent de prédilection. Ainsi, beaucoup de Suisses se sont modestement installés sur ces terres nouvelles. Beaucoup d’entre eux ont gardé un fort attachement avec leur patrie d’origine, en valorisant la culture helvétique à travers la fête nationale, la cuisine ou la langue. J’ai croisé avec amusement en Argentine des descendants suisses de troisième ou quatrième génération qui s’exprimaient en suisse-allemand, sans connaître par ailleurs un seul mot d’allemand ! Autre exemple : dans le Nord de ce même pays, une communauté suisse produit un fromage à raclette fort acceptable.

La Confédération a généralement gardé un lien avec ses compatriotes. La nationalité suisse peut se transmettre des parents aux enfants, permettant ainsi aux descendants qui le souhaitent d’exercer leurs droits politiques. Dans le cas où des parents auraient perdu leur nationalité, leurs enfants peuvent introduire une requête de réintégration dans la nationalité, pour autant qu’ils entretiennent des « liens étroits » avec la Suisse. Ce genre de situation est relativement fréquent dans les pays d’Amérique latine où de nombreux Suisses ont migrés, mais dont beaucoup, par déficit ou éloignement de la structure administrative, ont perdu la nationalité après deux ou trois générations.

L’application de la notion « liens étroits »

Encore tout récemment, la notion de « liens étroits » a été appliquée avec pondération par l’administration. On ne peut raisonnablement exiger les mêmes liens avec la Suisse pour un candidat à la récupération du passeport suisse qui habite en Belgique que pour celui qui vit au Paraguay. C’est pourquoi, l’Office fédéral des migrations ODM avait indiqué en 2005 dans une circulaire : « Une grande distance entre la Suisse et le pays de résidence et les difficultés qui en découlent pour établir des liens avec la Suisse peuvent être prises en considération en faveur du requérant. Ainsi, les personnes vivant en Amérique du Sud ne sont souvent pas en mesure de financer un voyage en Suisse. Dans de tels cas, il faut se référer à d’autres critères pouvant indiquer l’existence de liens étroits avec la Suisse ». Ces autres critères sont la connaissance de la géographie et du système politique suisse, le lien avec les associations locales helvétiques, etc.

Un passeport qui coûte peu – un passeport qui coûte cher

Alors qu’à partir de 2006 les autorités ne peuvent plus demander d’émoluments pour une procédure de naturalisation ordinaire des étrangers vivant en Suisse, mais uniquement les frais administratifs, paradoxalement on observe que pour la réintégration dans la nationalité suisse des ressortissants d’outre-mer, les obstacles d’ordre financier ne semblent pas s’atténuer. En effet, depuis 2008, les critères en la matière ont été durcis : il faut impérativement avoir fait deux voyages en Suisse pour justifier des « liens étroits » avec son pays d’origine. Cette décision administrative a été très mal reçue par les descendants de Suisse habitant des pays éloignés de l’hémisphère sud : non seulement la distance du trajet est particulièrement longue, mais surtout, le niveau moyen des revenus ne permet souvent pas aux candidats de payer un voyage qui peut équivaloir jusqu’à douze mois de salaire ! Dès lors, l’ODM a de facto introduit une discrimination financière à l’accès du passeport suisse. Alors que l’ancien président du Chili Eduardo Frei a été réadmis en grandes pompes à la nationalité helvétique par Berne, des centaines d’autres descendants de Suisse moins fortunés ne peuvent pas en faire autant.

La logique « Pas d’argent, pas de passeport » existe depuis longtemps dans la politique de naturalisation. Déjà, dans l’excellent film « Die Schweizermacher » de Rolf Lyssy en 1978, un inspecteur de la police des étrangers évoquait qu’un Suisse doit être « riche ». Une fiction pas si loin de la réalité. Plus récemment, dans la définition du « mode de vie suisse » que les étrangers doivent suivre pour être intégrés, le Conseil fédéral a notamment mentionné la possession de son propre compte en banque comme critère illustratif.

A mon sens, ce lien entre nationalité et fortune est d’un autre temps. Il évoque la notion de suffrage censitaire où l’accès aux droits politiques est réservé à une caste privilégiée de la population. Historiquement, pourtant, les droits politiques tendent à s’étendre ; suffrage universel, droit de vote des femmes et – dans certains cantons – droit de vote des étrangers. Par ailleurs, l’acception générale de la double nationalité est la reconnaissance qu’une personne puisse avoir plusieurs appartenances. Par conséquent, la citoyenneté n’est pas uniquement liée à son lieu d’habitat, mais aussi à son lieu d’origine. Elle n’est pas unique, mais multiple.

J’espère que la prochaine révision de la loi sur la nationalité permettra de consacrer une vision de la citoyenneté ouverte et moderne.

«Niente passaporto senza soldi»

All’inizio del 20° secolo molti cittadini hanno lasciato la Svizzera per ragioni economiche. Molti di loro si sono trasferiti in America e a tre o quattro generazioni di distanza continuano a coltivare legami con il loro Paese d’origine. La Confederazione mantiene i contatti con i propri cittadini, in particolare offrendo loro la possibilità di trasmettere automaticamente la cittadinanza svizzera ai figli. Qualora i genitori abbiano perso la cittadinanza, i figli possono chiedere di essere reintegrati nella cittadinanza Svizzera purché dimostrino di avere vincoli stretti con la Svizzera.

Recentemente l’Amministrazione federale ha ridefinito la nozione di «vincoli stretti», esigendo che i candidati alla reintegrazione effettuino almeno due viaggi in Svizzera.

Considerato il livello salariale in America latina, un tale viaggio può facilmente costare un anno di stipendio! La clausola equivale pertanto, di fatto, a rendere il passaporto svizzero finanziariamente inaccessibile alla maggior parte dei richiedenti. «Niente passaporto senza soldi».

Ora, non è giustificato far dipendere la cittadinanza dal denaro. Eppure è proprio quel che succede e questa realtà ha una lunga tradizione nella politica federale in materia di naturalizzazione. È ora di considerare la cittadinanza in uno spirito aperto e moderno!

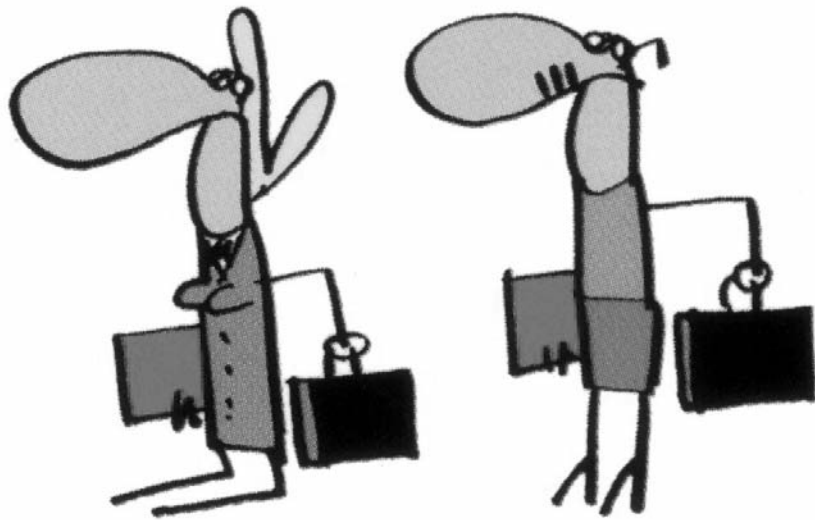
Antonio Hodgers est Conseiller national et Vice-président de la Commission des institutions politiques du Conseil national.

Es handelt sich um die Ausgaben im Sozialversicherungsbereich.

Welche Ausgaben des Bundes umfassen mehr als einen Viertel des Gesamtbudgets der Eidgenossenschaft?



Welche in der Bundesverfassung verankerte Garantie bezüglich der Gleichheit der Geschlechter wird in der Praxis nicht wirklich umgesetzt?



Das Prinzip des gleichen Lohns für gleichwertige Arbeit ist noch nicht in allen Bereichen realisiert.

Was bedeutet es, Bürger der Europäischen Union zu sein?

Vor dem Beitritt der Schweiz zum Schengenraum konnte es einer Schweizerin widerfahren, dass sie bei der Passkontrolle an einem europäischen Flughafen zusammen mit Reisenden aus den USA, aus Indien oder Kamerun in einer langen Schlange stand, während für EU-Bürger ein eigener Schalter reserviert war. Obwohl die Schweiz aufgrund der Bilateralen Abkommen an gewissen Errungenschaften der Europäischen Union partizipiert, geniessen Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union offenbar Privilegien. Was bedeutet die doppelte Zugehörigkeit zu seinem Nationalstaat und zur EU für die Inhaber eines EU-Passes?

Das äussere Zeichen für einen Unionsbürger ist der bordeauxrote Pass mit goldfarbener Prägung. Dieser dokumentiert, dass es sich um den Reisepass eines Angehörigen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union handelt. Die EU vergibt selbst allerdings keine Pässe. Sie ist kein Staat, sondern ein Verbund von Nationalstaaten, der nicht in Konkurrenz zu seinen eigenen Mitgliedern treten kann. Der Europapass zeigt vielmehr an, dass jemand Bürgerin oder Bürger eines Staates wie zum Beispiel Luxemburg, Frankreich oder Polen und zugleich Bürgerin oder Bürger der EU ist.

Um das Wesen der EU-Bürgerschaft zu verstehen, ist es hilfreich, sich zu vergegenwärtigen, dass Bürgerschaft ein gestuftes Konzept ist. Dies lässt sich an einem föderalen Staat wie der Schweiz gut erläutern, wo verschiedene Arten von Bürgerschaft ineinander verschachtelt sind: Wer einen Pass der Schweizerischen Eidgenossenschaft besitzt, muss zuvor Bürger einer Gemeinde und eines Kantons sein. Die politische Zugehörigkeit zu einer Gemeinde – die im Pass als «Heimatort» eingetragen wird – stellt also die Voraussetzung dafür dar, dass jemand Bürger eines Kantons und Schweizer Staatsbürger wird. Aus diesem Grund finden Einbürgerungen in der Schweiz auch auf kommunaler Ebene statt. Analog dazu hat man sich die EU-Bürgerschaft vorzustellen: Die Zugehörigkeit

zu einem Mitgliedstaat ist die Voraussetzung dafür, dass jemand auch Unionsbürger wird. Wer Unionsbürger werden kann, entscheiden jedoch die Mitgliedstaaten der EU. Denn Einbürgerungen finden auf der Ebene der Nationalstaaten statt, wobei jeder Staat seine eigenen Bedingungen definiert.

Doppelte Zugehörigkeit

Was bedeutet diese doppelte Zugehörigkeit zu seinem Nationalstaat und zur EU für die Inhaber des bordeauxroten Passes? Darüber erfährt man mehr, wenn man den Maastrichter Vertrag über die Europäische Union konsultiert, der 1993 in Kraft trat. Mit dem Vertrag wurde die Unionsbürgerschaft eingeführt, welche die Rechte umfasst, die den europäischen Bürgerinnen und Bürgern durch das europäische Gemeinschaftsrecht garantiert werden. Damit war nicht etwa beabsichtigt, die Beziehung der Mitgliedstaaten zu ihren Staatsbürgern zu lockern. Die Unionsbürgerschaft wurde nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zur Staatsbürgerschaft konzipiert. In diesem Sinne präzisiert der Vertrag von Amsterdam von 1997 (Art. 17): «Die Unionsbürgerschaft ergänzt die nationale Staatsbürgerschaft, ersetzt sie aber nicht.» Ist jemand Bürgerin eines europäischen Mitgliedstaates, erhält sie automatisch die Unionsbürgerschaft.

Umgekehrt kann niemand Unionsbürger werden, der nicht Staatsbürger eines Mitgliedstaates ist. Bürger eines Drittstaates wie der Schweiz, Kameruns oder Indiens bleiben von der Unionsbürgerschaft ausgeschlossen, auch wenn sie ihren Wohnsitz in einen europäischen Mitgliedstaat verlegen. Die EU-Bürgerschaft ist also ein Privileg.

Ein Bürger Frankreichs zum Beispiel, der in den Genuss dieses Privilegs kommt, erhält also zusätzlich zu seinen staatsbürgerlichen Rechten ein Bündel weiterer Rechte. Im Vertrag von Maastricht (Art. 8) werden fünf Rechte genannt: Das Freizügigkeits- und Niederlassungsrecht, das Wahlrecht zum Europäischen Parlament, das Kommunalwahlrecht, das Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz sowie das Petitionsrecht. Mit den Verträgen von Amsterdam (1997) und von Lissabon (2007), die das Ziel verfolgten, die Europäische Union

bürgernah zu gestalten und ihre politische Identität sichtbar zu machen, wurden diese Rechte weiter ausgebaut: Hinzu kamen das Recht, sich in einer der Amtssprachen der EU an ein europäisches Organ zu wenden und in derselben Sprache eine Antwort zu erhalten, sowie das Recht der Unionsbürger, sich direkt an der Politikgestaltung der EU zu beteiligen (Europäische Bürgerinitiative). Die in der Unionsbürgerschaft enthaltenen Rechte sind auch Teil der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die am 1. Dezember 2000 gemeinsam mit dem Vertrag von Nizza in Kraft trat. Dort sind sie als «Bürgerrechte» gekennzeichnet, die von den «Grundrechten» unterschieden werden.

Grund- und Bürgerrechte

Die Unterscheidung zwischen Grund- und Bürgerrechten findet sich auch in Verfassungen einzelner Staaten, so zum Beispiel im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Als Grundrechte werden diejenigen Rechte bezeichnet, die allen Personen zukommen, die sich im Hoheitsgebiet Deutschlands aufhalten. Bürgerrechte sind dagegen denjenigen Personen vorbehalten, die über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen. Die Bürgerrechte sind also ein Privileg der Deutschen: Nur sie haben das Recht auf politische Mitwirkung und verfügen deshalb über das aktive und passive Wahlrecht. Dies ist auch dann noch der Fall, wenn sie aus ihrem Heimatland auswandern. Auslandsdeutsche, die zum Beispiel in der Schweiz leben, können sich an ihrem letzten Wohnsitz in Deutschland registrieren lassen und brieflich an Wahlen teilnehmen.

Im Zusammenhang mit dem Vergleich zwischen der Charta der EU und einzelstaatlichen Verfassungen wie derjenigen der Bundesrepublik Deutschland stossen wir nun auf einen interessanten Unterschied zwischen der Staatsbürgerschaft und der Unionsbürgerschaft: Auf der Ebene der Europäischen Union gibt es kein Äquivalent zur Staatsangehörigkeit. Die EU ist zwar eine politische Gemeinschaft, besteht im Unterschied zu einem Staat jedoch nicht aus einem Volk, sondern aus einer Vielzahl von Völkern. So heisst es auch etwa in der Charta der Grundrechte der EU, die «Völker Europas» seien entschlossen, sich auf der Grundlage gemeinsamer Werte zu einer immer

engeren Union zu verbinden. Weil die EU also aus einer Vielzahl von Völkern besteht, kommt die Unionsbürgerschaft den Staatsangehörigen aller Mitgliedstaaten zu, die einander rechtlich gleichgestellt sind. Dies hat den grossen Vorteil, dass die EU als politische Gemeinschaft mit der Existenz einer Vielfalt von Sprachen und Kulturen, die in den Mitgliedstaaten gepflegt werden, vereinbar ist. Um die Sprachenvielfalt zu respektieren, werden in der EU seit der Osterweiterung 23 Amtssprachen anerkannt.

Partizipation fördern

Auch in diesem Zusammenhang ist der Vergleich mit einem föderalen Staat hilfreich, um eine weitere Besonderheit der EU zu unterstreichen: Die Schweiz verfügt wie andere Nationalstaaten über ein Staatsvolk. Als Bundesstaat, der sich historisch aus der Vereinigung zwischen den Kantonen herausgebildet hat, stellen jedoch auch letztere einen konstitutiven Bestandteil der Eidgenossenschaft dar. Entsprechend wird in der Bundesverfassung (Art. 1) festgehalten, die «Schweizerische Eidgenossenschaft» bestehe aus dem «Schweizervolk» und den «Kantonen», die dann einzeln aufgezählt werden. Wenn oben betont wurde, die EU bestehe nicht aus einem, sondern aus einer Vielzahl von Völkern, so bedeutet dies, dass sie im Unterschied zur Schweiz kein Bundesstaat ist. Sie ist vielmehr eine supranationale Organisation, die aus stärker zwischenstaatlich geprägten Organen wie dem Europäischen Rat und dem Rat (früher: Ministerrat) und stärker gemeinschaftlich geprägten Organen wie der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament besteht. Ob sich die EU in Richtung eines Bundesstaates entwickeln wird oder soll, ist eine viel diskutierte und umstrittene Frage.

Dies wird nicht zuletzt davon abhängen, welchen Gebrauch die EU-Bürger von den Rechten machen, die ihnen mit der Unionsbürgerschaft verliehen wurden. Mit dieser verband sich von Anfang an die Absicht, die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger zu fördern und damit die Ausbildung eines Gefühls der Zugehörigkeit zur EU und einer Identifikation mit Europa zu fördern. In diesem Zusammenhang kommt nicht allen Rechten, aus denen die Unionsbürgerschaft besteht,

die gleiche Bedeutung zu. Das Freizügigkeits- und Niederlassungsrecht hat primär eine ökonomische Integrationsfunktion. Schweizer wissen, dass dieses Recht mittels der Bilateralen Verträge auch auf Schweizer Bürgerinnen und Bürger ausgedehnt wurde – dies jedoch unter der Bedingung der Gegenseitigkeit: Schweizer können nur von diesem Recht profitieren, sofern die Schweiz den Unionsbürgern in ihrem eigenen Ho-

heitsgebiet das gleiche Recht einräumt. Schweizerinnen und Schweizer können wie andere Drittstaatsangehörige von zwei weiteren Rechten profitieren, sofern sie sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedsstaates der EU aufhalten, nämlich dem Petitionsrecht sowie dem Recht, sich in einer der Amtssprachen an ein europäisches Organ zu wenden. Denn diese Rechte werden allen natürlichen und juristischen Personen mit (Wohn)sitz in einem Mitgliedstaat gewährt.

Unionsbürgerschaft gemäss dem Vertrag von Maastricht

- **Freizügigkeits- und Niederlassungsrecht** (Art. 8a): Erlaubt es jedem Unionsbürger, sich in allen europäischen Mitgliedstaaten frei zu bewegen, sich niederzulassen und als Arbeitnehmer oder Selbständiger erwerbstätig zu werden.
- **Wahlrecht zum europäischen Parlament** (Art. 8b): Jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat der EU, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, hat das aktive und passive Wahlrecht zum Europäischen Parlament.
- **Kommunalwahlrecht** (Art. 8b): Jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat der EU, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, hat dort das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen.
- **Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz** (Art. 8c): Wenn der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit ein Unionsbürger besitzt, in einem Land ausserhalb der EU nicht vertreten ist, kann dieser Schutz von Behörden eines jeden anderen europäischen Mitgliedstaates erhalten.
- **Petitionsrecht** (Art. 8d): Unionsbürger haben das Recht, sich mit Petitionen an das Europäische Parlament und mit Beschwerden an den Bürgerbeauftragten (Ombudsmann) zu wenden. Dies soll zu einer besseren Kontrolle der europäischen Institutionen beitragen.

Wohnsitz als Kriterium der Zugehörigkeit

Die oben vertretene These, wonach die Unionsbürgerschaft ein Privileg sei, das den Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der EU vorbehalten sei, muss also präzisiert werden. Neben der Staatsangehörigkeit gilt auch der Wohnsitz als wichtiges Kriterium der Zugehörigkeit. Dies gilt jedoch nicht für diejenigen Rechte, die Unionsbürgern – und nur diesen – die aktive politische Partizipation ermöglichen. Dazu gehören einmal das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen sowie bei Wahlen in das Europäische Parlament. Beide Rechte können von einem Unionsbürger in dem Mitgliedstaat, in dem er Wohnsitz nimmt, unter den gleichen Bedingungen wie Staatsangehörige des betreffenden Staates wahrgenommen werden. Weiter gehört dazu das Recht der Unionsbürger, sich mittels der Europäischen Bürgerinitiative direkt an der Politik der EU zu beteiligen. Im Vertrag von Lissabon heisst es dazu: «Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Anzahl mindestens eine Million betragen und bei denen es sich um Staatsangehörige einer erheblichen Zahl von Mitgliedstaaten handeln muss, können die Initiative ergreifen und die Europäische Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verträge umzusetzen.»

Der Demokratie eine neue Dimension verleihen

Wie im Grünbuch der Europäischen Bürgerinitiative vom 11. November 2009 nachzulesen ist, erhofft sich die Europäische Kommission, mit dem Initiativrecht der Demokratie in

der EU eine neue Dimension zu verleihen. Dadurch soll die öffentliche Debatte über europäische Themen belebt und die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit begünstigt werden. Um dies zu erreichen, wurde auf der Grundlage des Grünbuchs eine breit angelegte Konsultation über die rechtlichen, administrativen und praktischen Fragen durchgeführt, die sich bei der Umsetzung des Initiativrechts stellen. Im Anschluss daran hat die Europäische Kommission am 31. März 2010 einen Vorschlag für eine Verordnung zur Bürgerinitiative vorgelegt. Da diese neue Form demokratischer Partizipation praktisch noch nicht erprobt ist, lassen sich über die Realisierung der Zielsetzungen der Kommission noch keine Aussagen machen.

Es lässt sich aber immerhin schon feststellen, dass es sich bei der Unionsbürgerschaft nicht um ein statisches, sondern ein dynamisches Konzept handelt, das der weiteren Entwicklung der Institutionen der EU angepasst werden wird. Aus Sicht eines Drittstaates wie der Schweiz, die grosses Gewicht auf ihre demokratische Tradition legt, ist die Unionsbürgerschaft deshalb von Interesse, weil sie belegt, wie problematisch es ist, mit der Europäischen Union lediglich den Gedanken der Unterwerfung unter eine supranationale Gewalt zu verbinden. Die Mitgliedschaft in der EU bedeutet für die Bürgerinnen und Bürger auch einen Zuwachs an Rechten sowie die Möglichkeit aktiver politischer Partizipation.

Literatur

Kleger, Heinz; Karolewski, Ireneusz Pawel; Munke, Matthias, 2004, Europäische Verfassung. Zum Stand der europäischen Demokratie im Zuge der Osterweiterung, Münster: LIT, 3. aktualisierte und erweiterte Auflage.

Reddig, Melanie, 2005, Bürger jenseits des Staates? Unionsbürgerschaft als Mittel europäischer Integration. Baden-Baden: Nomos.

Zurbuchen, Simone (Hg.), 2007, Bürgerschaft und Migration. Einwanderung und Einbürgerung aus ethisch-politischer Perspektive, Münster: LIT.

Weitere Informationen: europa.eu

Que signifie être ressortissant de l’Union européenne ?

Dans le traité de Maastricht, l’Union européenne a introduit un nouveau type de citoyenneté : le droit de cité de l’Union européenne. La comparaison avec le droit de cité dans un Etat fédéral tel que la Suisse permet de comprendre qu’il ne s’agit pas d’une alternative, mais d’un complément à la citoyenneté. Pourtant, à la différence de la Suisse, l’Union européenne ne constitue pas un Etat fédéral, mais une communauté politique supranationale composée d’une multiplicité de peuples, de langues et de cultures différentes. La citoyenneté de l’Union européenne comporte une palette de droits qui sont garantis aux ressortissants de l’Union européenne par le droit de la Communauté. En font également partie les droits de participation politique active, actuellement en voie d’élaboration par l’initiative citoyenne européenne.

Simone Zurbuchen ist assoziierte Professorin am Interdisziplinären Institut für Ethik und Menschenrechte (IIEDH) der Universität Freiburg.

Jede Person hat ein Recht auf Staatsangehörigkeit.

Diejenigen unter uns, die Bürger eines Landes sind, betrachten die Rechte und Pflichten, die mit dieser Staatsangehörigkeit einhergehen, als selbstverständlich. Wir können unsere Kinder in Schulen anmelden, medizinische Betreuung in Anspruch nehmen, uns um eine Stelle bewerben und unsere Vertreter ins Parlament wählen. Das Land, dessen Angehörige wir sind, geht uns etwas an, wir haben das Gefühl, Teil dieses Staates zu sein. Wenig bekannt ist, dass es auch Menschen gibt, die staatenlos sind.

«Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit. Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.» So ist dies unter anderem in Artikel 15 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 festgelegt. Die Staatsangehörigkeit gibt den Menschen nicht nur ein Gefühl, dazu zu gehören, sie begründet auch den Anspruch auf staatlichen Schutz und auf bürgerliche und politische Rechte. Hannah Ahrend definierte die Staatsangehörigkeit deshalb als «das Recht, Rechte zu haben».

Das Recht auf ein Bürgerrecht und die Vermeidung von Staatenlosigkeit sind seither in vielen völkerrechtlichen Verträgen verankert. Trotzdem verfügen Millionen von Menschen nicht über Bürgerrechte, sie sind staatenlos. Die Ausbürgerung einer grossen Anzahl Menschen, insbesondere von Jüdinnen und Juden, war der Grund, dass während und zwischen den beiden Weltkriegen zahllose Menschen staatenlos wurden. Es gibt aber noch andere Ursachen für Staatenlosigkeit. Im Gespräch mit Susin Park vom UNHCR wird auf diverse Aspekte dieses wenig bekannten Phänomens eingegangen.

Susin Park, wie viele Personen sind von Staatenlosigkeit betroffen?

Die Statistiken des UNHCR erfassten 2009 6,6 Millionen staatenlose Nichtflüchtlinge in 60 Ländern. Da das

Staatsbürgerrecht einen politisch sensiblen Bereich darstellt, ist es jedoch in vielen Ländern schwierig, genaue Zahlen zu erhalten. Allgemein wird daher davon ausgegangen, dass die tatsächliche Zahl der Staatenlosen weit höher ist. Das UNHCR geht von etwa 12 Millionen Staatenlosen weltweit aus.

Welches sind die Gründe für Staatenlosigkeit?

Staatenlos kann man durch Ausbürgerung, Vertreibung, Auflösung eines Staates oder durch Geburt werden. Meist tritt Staatenlosigkeit dann auf, wenn sich ein Staat auflöst oder Hoheitsgebiete an andere Staaten transferiert werden, der Status der Bürger aber nicht umfassend geregelt ist. Dies war der Fall bei der Auflösung der ehemaligen Sowjetunion und betraf unter anderem ganze Völkergruppen, die während der Sowjetzeit zwangsdeportiert worden waren. Nach dem Zerfall waren sie weder im neuen Staat noch in der «alten Heimat» als Bürger anerkannt.

Obwohl es beim Zerfall des ehemaligen Jugoslawien Bemühungen gab, Bürgerrechtsgesetze so zu gestalten, dass Staatenlosigkeit weitgehend vermieden wurde, stammen auch etliche Staatenlose aus dieser Region. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass gerade in ländlichen Gebieten Geburten nie registriert worden waren. Der Verlust des Staatsangehörigkeit und der damit einhergehenden Bürgerrechte kann aber auch eintreten, wenn bei Ehen mit einem Ausländer das ursprüngliche Bürgerrecht der Frau erlischt, weil beispielsweise davon ausgegangen wird, dass Frauen das Bürgerrecht des Ehemannes erhalten, oder weil bei Scheidung das durch die Ehe erworbene Bürgerrecht erlischt. Einmal staatenlos, wird diese Eigenschaft nicht selten an die nächste Generation «weitervererbt», es sei denn, es bestehe die Möglichkeit, ein Staatsbürgerrecht auf andere Weise zu erlangen.

Das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge UNHCR hat in seinem Mandat auch den Schutz von Staatenlosen. Wie kam es dazu?

Der Schutz von staatenlosen Menschen wurde anfangs häufig als ein Aspekt des Flüchtlingsschutzes gesehen. So waren es auch vor allem Verfolgte, welche in den Genuss des so genannten Nansen-Passes kamen, um Millionen von

ausgebürgerten Juden und anderen Verfolgten die Ausreise und Flucht zu ermöglichen. Frijthof Nansen, erster UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge, hatte diesen Pass entwickelt. Der Schutz von staatenlosen Flüchtlingen ist auch im Abkommen zur Rechtstellung von Flüchtlingen von 1951 (auch bekannt als Genfer Flüchtlingskonvention, kurz GFK) festgelegt: Die Definition eines Flüchtlings schliesst explizit staatenlose Menschen mit ein. Weitere Fragen zur Staatenlosigkeit sollten ursprünglich in einem Protokoll zur GFK geklärt werden. Später entschloss sich die Konferenz, welche damit beauftragt worden war, den Text auszuarbeiten, ein separates Instrument zum Schutz von staatenlosen Nicht-Flüchtlingen zu erstellen, das Übereinkommen zur Rechtstellung von Staatenlosen von 1954. Grösstenteils wurden die gleichen Bestimmungen zum Schutze von Staatenlosen aufgenommen, wie sie für Flüchtlinge nach der GFK gelten. Da Staatenlose oft ähnliche Probleme wie Flüchtlinge haben, wurde es als sinnvoll gesehen, dem UNHCR ein Mandat für Staatenlose allgemein zu erteilen.

Staatenlosigkeit ist in der Schweiz ein wenig diskutiertes Thema. Wie sieht die Situation in der Schweiz aus?

Die Schweiz hat das 1954er-Übereinkommen ratifiziert. Das Bundesamt für Migration (BFM) ist zuständig dafür, über Gesuche zur Feststellung von Staatenlosigkeit zu entscheiden. Das Verfahren selbst ist allerdings nicht gesetzlich festgelegt. Die Zahl der Gesuche und der anerkannten Staatenlosen hält sich in Grenzen. 2009 waren 67 Personen als staatenlos anerkannt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Staatenlose, welche sich später in der Schweiz einbürgern konnten, in dieser Statistik nicht mehr auftreten. Ebenfalls nicht darunter fallen die 49 staatenlosen Personen, die als Flüchtlinge anerkannt sind. Es stellt sich auch grundsätzlich die Frage, ob die Zahl der Staatenlosen nicht höher ist. Bisher wurden nur diejenigen gezählt, welche in der Schweiz einen Status gemäss dem 1954er-Übereinkommen erlangen. Die Zahl der in der Schweiz ständig wohnhaften Staatenlosen oder Menschen mit unbekannter Nationalität wird für 2009 mit 305 angegeben.

Das neue Ausländergesetz regelt in Artikel 31, dass von der Schweiz als staatenlos anerkannte Personen einen Anspruch auf eine Aufenthaltsbewilligung haben. Dies ist immerhin eine gewisse Verbesserung gegenüber früher. Was müsste aus Ihrer Sicht in der Schweiz sonst noch getan werden?

Eine Möglichkeit besteht darin, das Verfahren für Staatenlose klarer zu regeln. Das UNHCR plant dazu ein neues Handbuch, welches Vorschläge zu Definition und Verfahren enthalten wird. Des weiteren hat die Schweiz das 1954er-Übereinkommen, nicht jedoch das 1961er-Übereinkommen ratifiziert. Letzteres stellt die Möglichkeit dar, ein klares Zeichen zur Vermeidung von Staatenlosigkeit zu setzen. Mit der Ratifizierung könnte die Schweiz zur Stärkung dieses Prinzips und der Standards diesbezüglich – sowohl auf nationaler wie auch auf globaler Ebene – beitragen. Das 1961er-Übereinkommen

Un diritto alla cittadinanza

Oltre ai rifugiati, anche gli apolidi sono tra le persone al mondo che maggiormente abbisognano di protezione; tuttavia non godono affatto della medesima visibilità. Ci sono molti modi di divenire apolidi senza la minima colpa. Il problema è anzitutto di natura giuridica, tuttavia può avere gravi conseguenze sulla realtà quotidiana delle persone colpite. Evitare l'apolidia è un principio dello Stato di diritto sancito da diverse convenzioni sui diritti dell'uomo. Tale principio ha generato una serie di strumenti di diritto pubblico intesi quali contributi alla protezione degli apolidi nonché alla prevenzione e alla riduzione dell'apolidia. Si pensi in particolare alla Convenzione del 28 settembre 1954 sullo statuto degli apolidi e alla Convenzione del 30 agosto 1961 sulla riduzione dell'apolidia. In tali convenzioni l'UNHCR è incaricato di proteggere gli apolidi e di concorrere alla prevenzione e alla riduzione del fenomeno. Tuttavia si stima che vi siano nel mondo qualcosa come 12 milioni di apolidi. Nel 1954 la Svizzera ha ratificato la convenzione del 1954, non però quella del 1961. Si spera che ratificherà rapidamente anche tale strumento, di cui si festeggerà il 50° giubileo nel 2011. Ciò porrebbe un segnale chiaro per quanto riguarda la volontà della Svizzera di partecipare alla lotta contro l'apolidia.

schliesst die bedeutendsten Fälle von Staatenlosigkeit aus und trägt dabei wichtigen Staatsinteressen mit genau definierten Ausnahmen Rechnung. Damit ist es das zentrale Instrument, welches das völkerrechtliche Prinzip der Vermeidung von Staatenlosigkeit konkretisiert.

Das 1961er-Übereinkommen feiert im Jahr 2011 seinen 50. Jahrestag. Es wäre sehr zu begrüssen, wenn die Schweiz im Zuge der gegenwärtigen Totalrevision des Bürgerrechts auch die Ratifizierung dieses Übereinkommens angehen würde.

Susin Park ist Leiterin des UNHCR-Büros für die Schweiz und Liechtenstein. Das Interview wurde von **Simone Prodolliet** geführt.

Politische Partizipation im Interesse der Demokratie.

Man kann viele Gründe gegen die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer vorbringen. Während einige beteuern, dass die Zeit nicht reif sei, verschanzen sich andere hinter dem Argument, dass die politische Integration schon deshalb nicht erstrebenswert sei, weil die ausländische Bevölkerung ohnehin keinen Gebrauch von den ihnen zugestandenen politischen Rechten machen würde. Solchen Argumenten kann nur ein rhetorischer Paradigmenwechsel den Wind aus den Segeln nehmen. Politische Partizipation liegt im Interesse des demokratischen Staates. Politische Mitsprache und Mitgestaltung begünstigt ein harmonisches und respektvolles Zusammenleben und fördert damit die Integration der Gesellschaft.

Geht es um die Frage der Beteiligung von in der Schweiz lebenden Ausländerinnen und Ausländern an der staatlichen Entscheidungsfindung, dann ist es ein Leichtes, die Argumente der verschiedenen politischen Kräfte sowie ihrer Anhängerinnen und Anhänger bzw. Wählerinnen und Wähler vorherzusagen. Eines der beliebtesten Argumente ist jenes nach dem «was zuerst». Während das linke Lager meint, dass Ausländerinnen und Ausländer politisch sollten mitreden können, um so eine bessere Integration zu erreichen, betonen rechte Kreise, das Stimm- und Wahlrecht könne nur wahrnehmen, wer schon integriert sei – Ausländerinnen und Ausländer müssten den Integrationsbeweis durch die erfolgreiche Einbürgerung erbringen. Die Debatte, was zuerst gegeben sein muss, Integration oder politische Rechte, gleicht der altbekannten Frage nach dem Huhn und dem Ei. Es gibt keine richtige und falsche Antwort, die Frage kann vielmehr gar nicht beantwortet werden.

In den Debatten um eine Mitbeteiligung von Ausländerinnen und Ausländern an der politischen Entscheidungsfindung werden freilich noch weitere Argumente dagegen vorgebracht: etwa

die weit verbreitete Einschätzung, dass die Zeit für die Einführung eines Stimm- und Wahlrechtes für Ausländerinnen und Ausländer noch nicht reif sei. So wurde etwa im Jahr 2005 im Rahmen der Debatte um die Einführung eines fakultativen kommunalen Ausländerstimmrechtes im Grossen Rat des Kantons Bern ausgeführt: «Es gibt durchaus gute Gründe, die für eine solche Vorlage sprechen würden. Das ist unbestritten. Wir haben gehört und gelesen, dass einige wenige Kantone und Landeskirchen offenbar keine schlechten Erfahrungen gemacht haben. Die Rahmenbedingungen wären definiert. Trotzdem ist die überwiegende Mehrheit der FDP-Fraktion der Auffassung, das gesellschaftliche Umfeld sei heute wenig geeignet, um auf die Vorlage einzutreten. In zehn oder zwanzig Jahren mag das anders sein; ich bin kein Prophet. Wir sind klar der Meinung, diese Vorlage sei heute nicht reif für eine Volksabstimmung, und zu einer solchen würde es kommen. Oder, wenn Sie es lieber anders möchten: Die weit verbreiteten diffusen Ängste der Bevölkerung könnten dazu führen, dass eine solche Verfassungsänderung abgelehnt würde.»

Wann ist die Zeit reif?

Wie aber die Geschichte zeigt, ist die Zeit für eine Ausweitung des Kreises der Stimmberechtigten eigentlich nie wirklich reif. Auch vor der Einführung des Frauenstimmrechtes wurde immer wieder argumentiert, die Zeit sei noch nicht reif und es müssten noch einige Jahre oder Jahrzehnte abgewartet werden. Diese abwehrende Reaktion gegenüber möglicherweise weitreichenden Änderungen im politischen Gefüge ist im Grunde genommen absolut nachvollziehbar. Es ist zutiefst menschlich, das Hier und Jetzt gegenüber dem Künftigen und Unbekannten vorzuziehen. Wie aber gerade die Einführung des Frauenstimmrechtes zeigt, führt die Ausweitung des Kreises der Stimmberechtigten kaum je zu grossen Verschiebungen oder Umwälzungen in der politischen Landschaft.

Bezug nehmend auf die Erfahrung jener Kantone und Gemeinden, in denen Ausländerinnen und Ausländer bereits das Stimm- und Wahlrecht erlangt haben, wird schliesslich hervorgehoben, dass nur sehr wenige Ausländerinnen und Ausländer

tatsächlich aktiv ihre Mitsprachemöglichkeit wahrnehmen würden. Und dies, obwohl doch immer betont wird, dass politische Partizipation im unmittelbaren Wohnumfeld keimen und spriessen müsse. Auch diese (noch) bestehende Zurückhaltung bei der Ausübung politischer Rechte erstaunt im Grunde genommen nicht. Gleiches war bereits bei der Einführung des Frauenstimmrechtes zu beobachten. Wem während langer, sehr langer, Zeit immer wieder vorgehalten wurde, ihr oder ihm fehlten die für die politische Mitentscheidung nötigen Fähigkeiten – seien es das männliche Geschlecht oder die schweizerische Staatsangehörigkeit, der wird nicht von heute auf morgen freudig mitsprechen und mitentscheiden. Denn hierzu braucht es ein gewisses Mass an Mut, sind sich doch die Betroffenen sehr wohl bewusst, dass sie unter besonderer Aufmerksamkeit der Gesellschaft stehen. Das Argument der bislang nur sehr zurückhaltenden Beteiligung von Ausländern und Ausländerinnen bei politischen Entscheiden vermag zudem auch deshalb nicht zu überzeugen, weil auch Schweizerinnen und Schweizer zunehmend Wahlen und Abstimmungen fernbleiben.

Ein zutiefst demokratisches Anliegen

Die Debatte um die Einführung eines Stimm- und Wahlrechtes für Ausländerinnen und Ausländer sollte meines Erachtens künftig von einer neuen – demokratischen – Warte aus geführt werden. In der Schweiz wird zwischen den Begriffen Bevölkerung und Volk unterschieden. Während die Bevölkerung alle Personen umfasst, die auf dem Territorium eines Landes leben, umschreibt der Begriff Volk jenen ausgewählten Personenkreis, der bei staatlichen Entscheiden mitreden kann. Jene Teile der Bevölkerung, die nicht gleichzeitig auch zum Volk gehören, sind von der Mitwirkung bei der staatlichen Entscheidungsfindung ausgeschlossen. In der Schweiz betrifft dies neben den unter 18-jährigen Schweizerinnen und Schweizern auch die rund 1,7 Mio. Ausländerinnen und Ausländer, die sich in der Schweiz aufhalten oder hier niedergelassen sind. Zwei bedeutende Bevölkerungsgruppen sind somit von der Mitsprache ausgeschlossen. Muss dies unter demokratischen Gesichtspunkten nicht problematisch erscheinen?

Demokratie ist eine Herrschaftsform, in der sämtliche staatliche Macht vom Volk abgeleitet wird und die somit auf die Partizipation des Volkes angewiesen ist. Während mit dieser Aussage die meisten politischen Strömungen leben können, beginnen die Differenzen, wenn es um die Umschreibung des Volkes geht, das partizipieren muss bzw. soll bzw. darf. Konkret: Wer gehört zum Staatsvolk, wer nicht? Dass es sich beim Volk um keine statische, unveränderbare Grösse handelt, dazu liefert die geschichtliche Entwicklung genügend Beispiele. Wer vorgestern oder gestern noch nicht zum Volk gehörte – z.B. Frauen und Besitzlose, strafrechtlich Verurteilte oder 18- bis 20-Jährige – ist heute ganz selbstverständlich Teil dieser Körperschaft. Und diese Entwicklung schreitet weiter. Neben der Frage, ob das

Stimmrechtsalter nicht von 18 auf 16 Jahre gesenkt werden oder ein Familienstimmrecht eingeführt werden sollte, wird gegenwärtig auch immer wieder das Thema der politischen Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern diskutiert.

Dazugehören heisst mitentscheiden

Weshalb ist politische Partizipation des – wie auch immer umschriebenen – Volkes das zentrale Anliegen einer Demokratie? Politische Partizipation des Volkes ist notwendig, weil dadurch all jene Personen, die von einem staatlichen Entscheid betroffen sind, mitentscheiden können. Wer mitentscheiden kann, wer seine Ansichten, Ängste, Bedenken oder Unterstützung in die staatliche Politik einbringen kann, fühlt sich nicht nur ernst genommen, sondern wird auch jene Entscheide akzeptieren und mittragen, die sie oder er eigentlich nicht befürwortet haben. Dieses demokratische Ideal fordert, dass alle Menschen mitentscheiden können, die von einem Entscheid betroffen sind. Innerhalb eines Staates sind dies regelmässig alle Personen, die sich auf dem Territorium des Staates ständig aufhalten, die Bevölkerung also, und nicht nur die Staatsangehörigen, das Volk.

Politische Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen und somit der gesamten Bevölkerung ist daher letztlich notwendig, um ein stabiles gesellschaftliches und staatliches System zu erreichen und zu erhalten. Ohne politische Partizipation kann es keine «richtige» Integration aller gesellschaftlichen Gruppierungen geben und ohne «richtige» Integration wird der Staat unweigerlich ins Schleudern geraten. Denn die fehlende politische Partizipation gewisser Bevölkerungskreise wird langfristig zu gesellschaftlichen Spannungen, der Ausbildung von Partikulärinteressen, die immer vehementer verteidigt werden, und letztlich zur Desintegration des Staatsgefüges führen. Ein demokratischer Staat ist somit für sein weiteres Bestehen und sein Überleben von der Partizipation all seiner Bewohner abhängig. Genauso wie das Fernbleiben von Abstimmungen und Wahlen für den demokratischen Staat auf die Dauer problematisch werden kann, wenn ein Grossteil der Bevölkerung sich nicht mehr an der Entscheidungsfindung beteiligt, genauso ist es für den demokratischen Staat auf die Dauer nicht tragbar, wenn eine grosse Bevölkerungsgruppe bewusst ausgeschlossen bleibt.

Die Quintessenz?

Der demokratische Staat ist für sein Überleben sowie zur Vermeidung von Spannungen und Partikulärinteressen, die letztlich zur Desintegration des Staatsgefüges führen könnten, auf die Partizipation des Volkes angewiesen. Dabei darf das Staatsorgan Volk nicht abschliessend oder ausgrenzend umschrieben werden. Vielmehr müssen sämtliche Bevölkerungskreise im Staatsorgan Volk vertreten sein und partizipieren können. Politische Partizipation von ausländischen Migrantinnen und Migranten sollte daher nicht als «Gnade» oder staatliche

Grosszügigkeit verstanden werden. Nein, politische Partizipation von ausländischen Migrantinnen und Migranten ist ein zentrales und ureigenes Interesse des demokratischen Staates. Nur so kann er auf ein konfliktfreies und wenn nicht gerade harmonisches, dann doch respektvolles Zusammenleben zum Nutzen aller im Staat hinwirken.

Die Debatte um die Einführung eines Stimm- und Wahlrechtes für Ausländerinnen und Ausländer muss daher meines Erachtens in neue Bahnen geleitet werden, damit alle das Ziel des Einbezugs der gesamten Bevölkerung und nicht nur des Volkes in die politische Entscheidungsfindung akzeptieren. Um dies zu erreichen, sollte von *drei Fixpunkten* ausgegangen werden:

Politische Partizipation liegt im Interesse des Staates.

Erstens muss dem weit verbreiteten Denkmuster entgegengehalten werden, dass die Einführung eines Stimm- und Wahlrechtes für Ausländerinnen und Ausländer – egal auf welcher Stufe – kein Gnadenakt ist, kein Zugeständnis bzw. kein Zückerchen für ausländische Bewohnerinnen und Bewohner des Landes. Politische Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern ist ein zentrales demokratisches und somit staatliches Interesse. Auf lange Frist kann einzig der gleichberechtigte Einbezug ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger sicherstellen, dass die hiesige Gesellschaft nicht in Partikulärgruppen bzw. die immer wieder negativ zitierten Parallelgesellschaften zerfällt und sich desintegriert.

Politische Partizipation liegt im Interesse der Demokratie.

Zweitens muss die politische Rhetorik angepasst werden. Auf eidgenössischer Ebene haben verschiedene Abstimmungskampagnen der letzten Jahre gezeigt, dass grosse Teile des Volkes auf Panik- und Angstmake reagieren. Die Argumentation darf daher keinesfalls unbeabsichtigt in die gleiche Kerbe schlagen. Wer argumentiert, dass die Einführung des Ausländerstimmrechtes eine gute Sache sei, weil so auch Ausländer und Ausländerinnen, die in der Schweiz arbeiten und Steuern bezahlen, ebenfalls mitreden können, begibt sich auf ein gefährliches Terrain. Denn für kritische Stimmen ist es in dieser Situation ein leichtes Spiel zu sagen, «genau das wollen wir nicht, wir möchten weiterhin selber bestimmen, wer hier arbeiten und gegebenenfalls mitreden kann». Wer hingegen argumentiert, dass die Schaffung politischer Partizipation für Ausländerinnen und Ausländer in unserem wohlverstandenen ureigenen und langfristigen demokratischen Interesse liegt, der nimmt Gegnern viel – vielleicht den matchentscheidenden – Wind aus den Segeln. Denn solche Argumente können nicht so leicht angstsüchzend bekämpft werden. Wer möchte denn schon als Antidemokrat dastehen?

Die Einbürgerung ist nicht der einzige Weg zur politischen Partizipation.

Letztlich darf die Einbürgerung auch nicht als der einzige Weg zu politischer Partizipation propagiert werden; das Ausländer-

La partecipazione politica, fondamento della democrazia

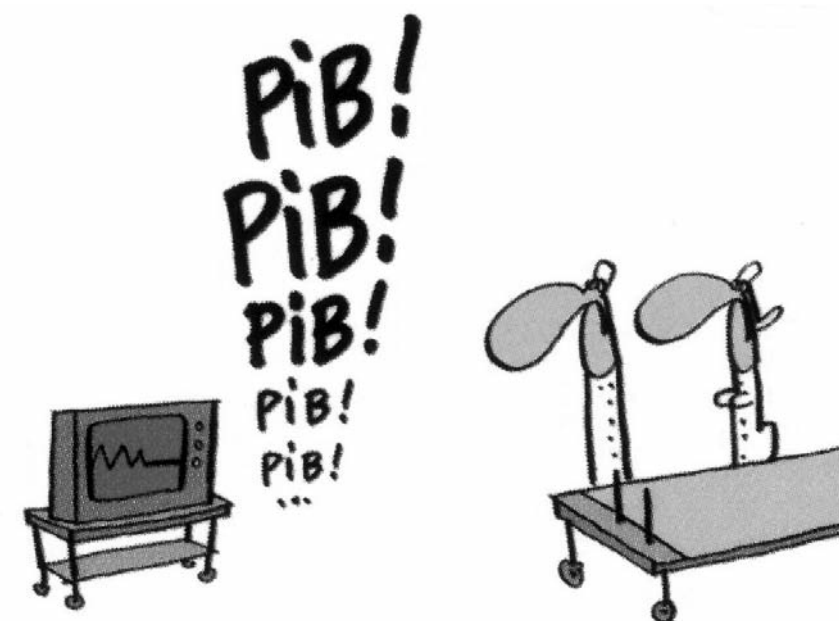
Si possono evocare parecchi motivi contro la concessione del diritto di voto agli stranieri. C'è chi pensa che i tempi non siano ancora maturi. Altri secondo cui non vale la pena compiere un tale passo visto che comunque la popolazione straniera non farebbe uso dei diritti politici. Per sfatare tali argomenti occorre solo un cambiamento di prospettive. La partecipazione politica serve gli interessi dello Stato democratico, favorisce una coabitazione armoniosa e rispettosa dell'altro e promuove così l'integrazione dell'intera società.

Martina Caroni si fa l'avvocato del coinvolgimento paritario degli stranieri, adducendo che solo così sarà possibile garantire a lungo termine la coesione della società elvetica e evitare il suo sfaldarsi in particolarismi e società parallele, con tutto il corollario di stigmatizzazioni negative che tale sfaldamento comporta. La partecipazione politica è nell'interesse stesso della democrazia.

stimmrecht muss eine Alternative dazu sein. Denn einerseits ist der Weg zur Einbürgerung bekanntlich voller Hürden und Hindernisse. Andererseits gibt es aber auch Fälle, in denen eine Einbürgerung, selbst wenn alle Voraussetzungen erfüllt wären, kein realistisches Ziel darstellt oder aus subjektiv achtbaren Gründen nicht angestrebt wird.

Martina Caroni ist Professorin für öffentliches Recht und Völkerrecht an der Universität Luzern. Sie ist Mitglied der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen EKM.

En Suisse, quel office fédéral est chargé de calculer chaque année le produit intérieur brut?



Il s'agit de l'Office fédéral de la statistique.

«Citoyenneté – aktive Bürgerschaft»

Die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM kann Integrationsprojekte finanziell unterstützen. Im Rahmen der Ausschreibung «Citoyenneté – aktive Bürgerschaft» unterstützt sie Aktivitäten, welche die gesellschaftliche Teilhabe und Teilnahme verbessern.

Ein Integrationsverständnis, das sich lediglich an der Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben orientiert, ist zu eng gefasst. Die politische Partizipation stellt eine ebenso wichtige Dimension dar. Die Teilnahme und Teilhabe an politischen Prozessen ist ein Anliegen, das die Chancengleichheit der in der Schweiz lebenden Bevölkerung verbessert. Deshalb lädt die EKM Interessierte ein, innovative Projekte auszuarbeiten, welche auf die Verbesserung der politischen Meinungsbildung und Meinungsäusserung hinzielen.

Politische Partizipation ist nicht gleichzusetzen mit dem Stimm- und Wahlrecht. Sie umfasst politische Teilhabe und Teilnahme im engeren und im weiteren Sinne.

Als *politische Rechte im engeren Sinne* bzw. als Aktivbürgerrechte werden institutionalisierte Formen der Willensbildung des Staates (Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen, Berechtigung zur Unterzeichnung von Referenden und Volksinitiativen) verstanden. Durch sie können sich Stimmberechtigte direkt an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen. In den meisten Westschweizer Kantonen bestehen solche Partizipationsformen.

Politische Rechte im weiteren Sinne ermöglichen es, in nicht institutionalisierter oder nicht formalisierter Art und Weise auf die politische Willensbildung einzuwirken. Gemeint sind politische Freiheitsrechte, namentlich die Vereins- und Versammlungsfreiheit, die Pressefreiheit und die allgemeine Meinungsäusserungsfreiheit sowie die Petitionsfreiheit. Diese Freiheitsrechte garantieren verschiedenste Formen von politischer Betätigung, wie die Teilnahme an politischen Diskussionen in den Medien, die politische Meinungsäusserung in Interviews, das Unterschreiben und Einreichen von Petitionen, die öffentliche

Abgabe von Wahl- und Abstimmungsempfehlungen, die Durchführung von Umfragen vor und nach Wahlen und Abstimmungen etc.

In der Schweiz gibt es neben behördlichen Institutionen eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen, in denen Ausländerinnen und Ausländer ihre Meinung artikulieren und ihrem Willen Ausdruck verleihen. Bereits vor 30 Jahren begannen Kirchen, Gewerkschaften und einzelne diplomatische Vertretungen die Anliegen der Ausländerinnen und Ausländer bzw. ihrer Landsleute aufzugreifen und ihnen Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten zuzugestehen. In der Zwischenzeit hat sich die gesellschaftliche Situation verändert, die Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung ist heterogener geworden. Viele Ausländerinnen und Ausländer können sich weder über die Landeskirchen noch über Gewerkschaften oder diplomatische Vertretungen in politische Debatten und Aushandlungsprozesse einbringen. Diesem Umstand möchte die EKM im Rahmen dieser Ausschreibung Rechnung tragen. Sie möchte Vorhaben fördern und erproben, die Ausländerinnen und Ausländern neue Partizipationsmöglichkeiten – sowohl im engen als auch im breiten Sinne – erschliessen.

Zu diesem Zweck orientiert sich die EKM am Konzept der *Citoyenneté*, welches die aktive Komponente von Bürgerschaft ins Zentrum rückt. *Citoyenneté* verweist auf Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit. Orientierungsrahmen für Partizipation stellen vielmehr die Zugehörigkeit zu einem Gemeinwesen oder der Bezug zum Wohnort dar.

Mit den Projekten sollen

- Foren geschaffen
- Zugänge geöffnet
- Teilnahme ermöglicht
- Teilhabe gefördert
- Institutionen entwickelt
- Netzwerke gebildet
- Wissen (im Bereich Menschen- und Grundrechte oder demokratische Prinzipien) vermittelt werden.

Die Ausschreibung steht allen Interessierten, Institutionen und Trägerschaften offen. Eingaben sind bis zum **30. September 2011** möglich.

Für weitere Informationen: www.ekm.admin.ch

«Citoyenneté»

La Commission fédérale pour les questions de migration CFM a la possibilité de soutenir des projets d'intégration. Dans le cadre de la mise au concours «Citoyenneté» elle co-finance des activités visant à améliorer la participation à la vie sociale.

Un concept d'intégration limité à la participation à la vie économique, sociale et culturelle est trop étroit. En effet, la participation politique en est également une composante. Participer activement à la vie politique constitue un élément important à l'amélioration de l'égalité des chances de la population vivant en Suisse. C'est pourquoi, la CFM invite tout intéressé à élaborer des projets innovateurs visant à améliorer la formation de l'opinion et l'expression de la volonté.

La participation politique ne se restreint pas au droit de vote et d'éligibilité. La participation politique va en effet plus loin puisqu'elle s'entend aussi bien dans un sens étroit que dans un sens plus large.

En tant que *droits politiques au sens étroit*, respectivement les droits actifs des citoyens, on entend les formes institutionnalisées de la participation active (participation aux élections et aux votations populaires, droit de signer des référendums et des initiatives populaires). Par le biais de ces droits, les personnes ayant le droit de vote peuvent participer directement aux processus politiques décisionnels. Dans la plupart des cantons romands ces formes de participation existent déjà.

Les *droits politiques au sens large* permettent d'exercer – de manière non institutionnalisée ou non formalisée – une influence sur la formation de la volonté politique. Il s'agit ici des droits à la liberté politique, à savoir notamment le droit de constituer des associations, la liberté de réunion, la liberté de presse, la liberté générale d'expression et la liberté de pétition. Ces droits à la liberté garantissent les formes d'activités politiques les plus diverses, telles que par exemple la participation à des débats politiques dans les médias, la libre expression politique dans des interviews, la signature et le dépôt de pétitions, la dif-

fusion de recommandations au sujets d'élections et de votations, la réalisation d'enquêtes et de sondages avant et après des élections et des votations, etc.

Il existe en Suisse, outre les institutions étatiques, de nombreuses organisations au sein desquelles les étrangers peuvent exprimer leur opinion et manifester leur volonté. Voilà plus de 30 ans que les Eglises, les syndicats et les représentations diplomatiques ont commencé à appréhender les demandes des étrangers, respectivement de leurs compatriotes, en leur donnant la possibilité de s'exprimer et de participer. Entre-temps, la situation sociétale en Suisse a changé et la composition de la population étrangère vivant en Suisse est devenue plus hétérogène. De nombreux étrangers ne peuvent prendre part, ni par le biais des églises nationales ni par celui des syndicats ou des représentations diplomatiques, aux débats politiques ou aux processus de négociations. La CFM souhaite précisément tenir compte de cette situation dans le cadre de la présente mise au concours. Elle souhaite encourager et tester des projets qui ouvrent de nouvelles possibilités de participation des étrangers – au sens étroit comme au sens large.

A ce titre, la CFM fonde son orientation sur le concept de la *Citoyenneté* qui se réfère aux possibilités de décision et de participation de citoyens, indépendamment de leur nationalité. C'est plutôt l'appartenance à des collectivités publiques ou la relation au lieu de domicile qui constitue le cadre de cette orientation pour la participation.

Les projets doivent:

- créer des forums
- ouvrir des accès
- rendre possible la participation active
- promouvoir la participation
- développer des institutions
- constituer des réseaux
- dispenser le savoir (droits de l'homme et droits fondamentaux ou principes démocratiques).

La mise au concours est ouverte à tous les intéressés, institutions et organes responsables. Les demandes peuvent être déposées jusqu'au **30 septembre 2011**.

Pour toute information supplémentaire: www.ekm.admin.ch

«Citoyenneté – cittadinanza attiva»

La Commissione federale della migrazione CFM ha la possibilità di sovvenzionare progetti modello d'integrazione. Nell'ambito del concorso «Citoyenneté», la Commissione sostiene finanziariamente attività che tendono a migliorare la partecipazione alla vita sociale.

Un concetto d'integrazione limitato alla partecipazione alla vita economica, sociale e culturale sia troppo angusto. La partecipazione politica costituisce una dimensione dell'integrazione importante. La partecipazione attiva alla vita politica è un elemento indispensabile ai fini del miglioramento delle pari opportunità tra la popolazione che vive in Svizzera. La CFM invita quindi tutti gli interessati a elaborare progetti innovativi che tendono a migliorare la formazione dell'opinione e l'espressione della volontà.

La partecipazione politica non si limita al diritto di voto e di elezione. Partecipazione politica significa prender parte alla vita politica in senso stretto e in senso lato.

Si considerano *diritti politici in senso stretto*, ovvero diritti attivi dei cittadini, le forme istituzionalizzate di partecipazione attiva (partecipazione alle elezioni e alle votazioni popolari, diritto alla sottoscrizione di referendum e iniziative popolari). In base a tali diritti, le persone aventi diritto al voto possono partecipare direttamente ai processi decisionali politici. Nella maggior parte dei Cantoni romandi tali forme di partecipazione esistono già.

I *diritti politici in senso lato* permettono di influire sulla formazione della volontà politica in modo non istituzionalizzato o non formalizzato. Si tratta delle libertà politiche e cioè delle libertà di associazione e di riunione, della libertà di stampa, della libertà di espressione e di petizione. Queste libertà garantiscono svariate forme di partecipazione politica, come la partecipazione a discussioni politiche nei media, l'espressione dell'opinione politica in interviste, la sottoscrizione e la presentazione di petizioni, la diffusione di raccomandazioni di

voto e di elezione pubbliche, lo svolgimento di sondaggi prima e dopo elezioni e votazioni ecc.

In Svizzera, oltre alle istituzioni ufficiali vi sono numerose organizzazioni della società civile, nell'ambito delle quali gli stranieri possono articolare la propria opinione ed esprimere la propria volontà. Già una trentina di anni fa le chiese, i sindacati e qualche rappresentanza diplomatica cominciarono a recepire le richieste degli stranieri ovvero dei propri connazionali, concedendo loro possibilità di esprimersi e partecipare. Nel frattempo la situazione sociale è cambiata e la composizione della popolazione straniera residente si è fatta più eterogenea. Molti stranieri non possono impegnarsi nel dibattito politico e nei processi di contrattazione all'interno delle chiese nazionali né all'interno dei sindacati o delle rappresentanze diplomatiche. Nell'ambito del concorso, la CFM intende tener conto di questa circostanza, promuovendo e sperimentando progetti che rendano accessibili agli stranieri nuove opportunità di partecipazione – sia in senso stretto che in senso lato.

Ciò facendo, la CFM fa appello alla nozione di *Citoyenneté*, la quale pone al centro della cittadinanza la sua componente attiva. *Citoyenneté* è sinonimo di possibilità di partecipazione nonché di ruolo attivo nel forgiare la società, a prescindere dall'appartenenza nazionale (cittadinanza in senso stretto) dei singoli. Questo tipo di partecipazione è dettato dall'appartenenza a una comunità e dal riferimento al luogo di residenza.

I progetti devono

- creare dei forum
- creare opportunità di accesso
- consentire la partecipazione attiva
- promuovere la partecipazione
- sviluppare istituzioni
- creare reti
- trasmettere conoscenze (nel settore dei diritti dell'uomo e dei diritti fondamentali o dei principi democratici).

Il concorso è aperto a tutti gli interessati, istituzioni e organi responsabili. È possibile presentare una domanda entro il **30 settembre 2011**.

Per ulteriore informazione: www.ekm.admin.ch

Quante costituzioni ci sono in Svizzera?



In Svizzera ci sono 27 costituzioni: la Costituzione federale e le costituzioni dei 26 Cantoni.

Citoyenneté – Partizipation neu denken

4. November 2010, Kornhausforum Bern

Die diesjährige Tagung widmet sich dem Thema «Citoyenneté». Mit dem Begriff «Citoyenneté» wird auf verschiedene Aspekte von Partizipation verwiesen: Es geht um Zugehörigkeit, um engagierte Teilnahme und Teilhabe, um Rechte und Pflichten, um das Wahrnehmen von Verantwortung sowie um Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit.

Mit dem Aufgreifen dieses Themas möchte die EKM eine neue Diskussion innerhalb der Integrationsdebatte anstossen. Dabei möchte sie den Blick dafür schärfen, welche Möglichkeiten sich eröffnen, wenn Menschen ohne Schweizer Pass als «Citoyens», das heisst als Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen werden. Denn nicht nur Schweizerinnen und Schweizer, sondern auch Zugewanderte haben ein Interesse daran, wie das Zusammenleben in unserem Land gestaltet wird und möchten dort, wo sie es (noch) nicht können, ihre Fähigkeiten und ihr Wissen gewinnbringend einsetzen.

Namhafte Expertinnen und Experten, aber auch Politikerinnen und Politiker mit Erfahrung werden an der Tagung zu Wort kommen. Sie werden sowohl konzeptuelle Überlegungen anstellen wie auch den Bezug zur Praxis herstellen. In einem ersten Teil stellen Forschende Modelle von «Citoyenneté» vor, widmen sich der Frage, wie dieses Konzept im politischen Umfeld umgesetzt werden kann und reflektieren darüber, welchen Einfluss das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt hat.

In einem zweiten Teil beschreiben Spezialisten aus Wissenschaft und Praxis die diversen Wege zu Mitsprache und Mitbestimmung. Dies reicht vom klassischen Weg über die Einbürgerung, über Vorstösse zur Einführung des Stimm- und Wahlrechts bis zur Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten.

In der abschliessenden Diskussion sollen Ansätze erörtert und Möglichkeiten ausgelotet werden, welche es erlauben könnten, Ausländerinnen und Ausländer künftig als Bürgerinnen und Bürger, als «Citoyens» zu begreifen.

Detailprogramm: www.ekm.admin.ch

Citoyenneté – Redéfinir la participation

4 novembre 2010, Kornhausforum Berne

La Journée de cette année est consacrée au thème de la citoyenneté. Cette notion englobe différents aspects de la participation: appartenance, participation active, droits et obligations, responsabilité, visibilité dans la sphère publique.

En abordant ce sujet, la CFM souhaite susciter une nouvelle discussion dans le discours sur l'intégration. L'idée est de capter les opportunités qui s'ouvrent lorsque des personnes de nationalité étrangère sont perçues comme des citoyens. En effet, non seulement les Suisses, mais aussi les immigrés s'intéressent à la manière dont se modèle la cohabitation dans notre pays et souhaitent apporter leurs compétences et leur savoir.

D'éminents experts, mais aussi des politiciens prendront la parole lors de cette Journée pour exposer non seulement des réflexions conceptuelles, mais pour établir des liens avec la pratique. Dans une première partie, des chercheurs présenteront des modèles de citoyenneté. Ils s'interrogeront sur la manière dont ce concept pourrait être mis en oeuvre dans un contexte politique et ils analyseront l'influence du droit de vote et d'élection des étrangers sur la cohésion de notre société.

Dans la deuxième partie, des spécialistes en politique feront le point sur les diverses possibilités de participation. Elles vont du parcours classique de la naturalisation, en passant par des interventions parlementaires visant à introduire le droit de vote et d'éligibilité, pour aboutir à des initiatives d'auto-organisation des migrants.

Les débats doivent permettre de développer des approches et de sonder des possibilités de percevoir les étrangers en tant que citoyens.

Programme: www.ekm.admin.ch

Citoyenneté – Ripensare la partecipazione

4 novembre 2010, Kornhausforum Berna

La Giornata di quest'anno è consacrata alla tematica della «Citoyenneté». Questa nozione racchiude diversi aspetti della partecipazione: appartenenza, partecipazione attiva, diritti e doveri, responsabilità, visibilità nella sfera pubblica.

Abbordando questo tema la CFM desidera suscitare una discussione nuova nel discorso sull'integrazione. L'idea è di acuire la percezione per meglio captare le opportunità che si aprono quando le persone di nazionalità straniera vengono considerate alla stregua di cittadini («Citoyens»). Infatti, come gli Svizzeri anche le persone immigrate s'interessano alla costruzione del nostro Paese e vorrebbero poter far beneficiare la Svizzera delle loro doti e del loro sapere.

Parteciperanno all'incontro esperti riconosciuti e politici, che prenderanno la parola per esporre riflessioni concettuali ma anche per stabilire un contatto con la prassi. In una prima parte dei ricercatori presenteranno modelli di «Citoyenneté», interrogandosi sui possibili modi di applicare tale nozione nel contesto politico e riflettendo sull'influsso del diritto di voto degli stranieri sulla coesione della società.

In una seconda parte degli esperti illustreranno le diverse possibilità di partecipazione. Tali possibilità spaziano dalle forme classiche comprendenti la naturalizzazione e gli interventi a favore dell'introduzione del diritto di voto e di elettorato, fino alle iniziative di auto-organizzazione dei migranti.

La discussione mira a individuare gli approcci e le possibilità che consentirebbero di considerare gli stranieri alla stregua di cittadini («Citoyens»).

Programma: www.ekm.admin.ch (vedi pagina tedesca o francese)

Infothek

Für Sie gelesen und gesehen

Infothèque

Lu et vu pour vous

Infoteca

Letto e visto per Lei

Die Infothek enthält in einem ersten Teil Hinweise auf Bücher und Materialien zum Schwerpunktthema. Die Auswahl konzentriert sich dabei auf neuere Publikationen. Im zweiten Teil dieser Rubrik werden Neuerscheinungen rund um Themen zu Migration und Integration vorgestellt.

L'infothèque contient, dans une première partie, des références bibliographiques et des matériaux sur le thème en question. Notre sélection d'ouvrages se concentre sur des parutions récentes. La rubrique « Vient de paraître » rend nos lecteurs attentifs aux nouvelles parutions consacrées au thème de la migration et de l'intégration.

L'Infoteca contiene, in una prima parte, indicazioni concernenti libri e documenti sul tema in questione. La scelta porta essenzialmente su pubblicazioni recenti. La rubrica «Nuove pubblicazioni» illustra pubblicazioni interessanti relative ai temi della migrazione e dell'integrazione.

Thema / Thème / Tema
«Citoyenneté»

Bürgerrechte und soziale Klassen.

Thomas H. Marshall

Marshall gilt als klassischer Theoretiker der Soziologie und der Sozialpolitik. Sein Aufsatz Staatsbürgerrechte und soziale Klassen, das Kernstück der hier vorgestellten Arbeiten zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, ist einer der wenigen britischen Beiträge zur Soziologie, der an die Werke von Durkheim und Weber anschliessen kann. Ausgangspunkt seiner Untersuchungen sind die Spannungen und Widersprüche zwischen einer demokratischen Ordnung, die auf Gleichheit hinsichtlich staatsbürgerlicher Rechte beruht (bürgerliche, politische und soziale Rechte), und einer kapitalistischen Marktwirtschaft, in welcher soziale Ungleichheit eine zentrale Rolle spielt.

Frankfurt am Main: Campus Verlag 1992
ISBN 3-593-34660-5, CHF 46.40

Migration and Citizenship.

Rainer Bauböck (ed.)

Citizenship is frequently invoked both as an instrument and goal of immigrant integration. Yet, in migration contexts, citizenship also marks a distinction between members and outsiders based on their different relations to particular states. A migration perspective highlights the boundaries of citizenship and political control over entry and exit as well as the fact that foreign residents remain in most countries deprived of core rights of political participation. This book summarizes current theories and empirical research on the legal status and political participation of migrants in European democracies.

Amsterdam: Amsterdam University Press
2006
ISBN 978-90-5356-888-0, CHF 40.–

Practising Citizenship and Heterogeneous Nationhood.

Naturalisations in Swiss Municipalities.

Marc Helbling

Switzerland likely has the most particular naturalization system in the world. Whereas in most countries citizenship attribution is regulated at the central level of the state, in Switzerland each municipality is accorded the right to decide who can become a Swiss citizen. This book aims at exploring naturalization processes from a comparative perspective and to explain why some municipalities pursue more restrictive citizenship policies than others. The Swiss case provides a unique opportunity to approach citizenship politics from new perspectives. It allows to go beyond formal citizenship models and to account for the practice of citizenship. The analytical framework combines quantitative and qualitative data and helps us understand how negotiation processes between political actors lead to a large variety of local citizenship models. An innovative theoretical framework, integrating Bourdieu's political sociology, combines symbolic and material aspects of naturalizations and underlines the production processes of ethnicity.

Amsterdam: Amsterdam University Press
2008
ISBN 978-90-8964-034-5, € 32.50

Das Paradox des Nationalen.

Saskia Sassen

Der Nationalstaat ist die komplexeste Institution, die die Menschheit je hervorgebracht hat. Er ist das (Zwischen-) Ergebnis einer Jahrhunderte dauernden Entwicklung von Feudalismus, Kirche und Reich. Doch seine grösste Transformation steht gerade erst am Anfang: Wir

bezeichnen sie als Globalisierung. SasSENS Hauptthese lautet: Globalisierung findet innerhalb des Nationalen und in einem weit grösseren Masse als gewöhnlich anerkannt statt. Gerade das Nationale ist eine der Schlüsselinstanzen, die eine Entwicklung des globalen Rahmens erst möglich machen. Zugleich besteht ein Grossteil der Globalisierung aus enorm vielfältigen Mikroprozessen, die zu entnationalisieren beginnen, was national konstruiert worden war: Politik, Kapital, städtische Räume, zeitliche Strukturen und vieles mehr.

Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 2008
ISBN: 978-3-518-41937-3, CHF 59.50

Citizenship Policies for an Age of Migration.

T. Alexander Aleinikoff and Douglas Klusmeyer

Liberal democracies, facing high levels of immigration, are rethinking citizenship policies. How should liberal states fashion membership policies for newcomers? A panel of international experts convened by the Carnegie Endowment for International Peace offers detailed and important recommendations on issues of acquisition of citizenship, dual nationality, and the political, social, and economic rights of immigrants.

Washington: Carnegie Endowment for International Peace 2002
ISBN: 0-87003-187-2, € 17.-

Bürgertugend und Willensnation.

Über den Gemeinsinn und die Schweiz.

Georg Kohler

Bürgertugend, Gemeinsinn und Patriotismus sind altmodische Begriffe. Die entsprechenden Gefühle können politisch leicht missbraucht werden. Solche Einstellungen bilden aber unentbehrliche Bedingungen der liberalen Ordnung. Moral, welche die eigennützige Rationalität überschreitet, ist das Fundament erfolgreicher Marktverhältnisse und von deren freiheitlicher Rahmenordnung. Dabei ist wichtig, dass sich solche Bürgermoral in der Demokratie nicht durch Diskursverweigerung, sondern durch Meinungsstreit um das politisch Richtige bewährt. Die «Willensnation Schweiz» liefert beides: das Beispiel wie den Testfall. Wird die Schweiz an ihrem Anspruch scheitern, die Aufgaben der politischen Selbstgestaltung soweit wie möglich ihren Bürgerinnen und Bürgern zu überlassen?

Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung 2010
ISBN: 978-3-03823-613-9, CHF 20.–

La citoyenneté à l'aube du 21e siècle. Questions et enjeux majeurs.

Marco Martiniello

Le mot «citoyenneté» est omniprésent dans notre société: nouvelle citoyenneté, citoyenneté responsable, économique, de l'Union européenne, d'entreprise, etc. Quel sens donner à ce terme? Comment comprendre les enjeux qu'il recouvre? L'objectif général de ce livre est d'offrir des éléments de réponse, d'aider le citoyen à comprendre les débats publics actuels et de favoriser la réflexion sur l'avenir de la citoyenneté en synthétisant les apports, les questions et les enjeux majeurs de son étude.

Bruxelles: Fondation Roi Baudouin 1999
ISBN: 2-930322-04-7, € 7.50

Citizenship in a global age.
Society, culture, politics.
Gerard Delanty

Citizenship in a Global Age provides a comprehensive and concise overview of the main debates on citizenship and the implications of globalization. It argues that citizenship is no longer defined by nationality and the nation state, but has become de-territorialized and fragmented into the separate discourses of rights, participation, responsibility and identity. Gerard Delanty claims that cosmopolitanism is increasingly becoming a significant force in the global world due to new expressions of cultural identity, civic ties, human rights, technological innovations, ecological sustainability and political mobilization. Citizenship is no longer exclusively about the struggle for social equality but has become a major site of battles over cultural identity and demands for the recognition of group difference. Delanty argues that globalization both threatens and supports cosmopolitan citizenship. Critical of the prospects for a global civil society, he defends the alternative idea of a more limited cosmopolitan public sphere as a basis for new kinds of citizenship that have emerged in a global age.

Buckingham: Open University Press, 2000.
ISBN: 0-335-20489-9, CHF 50.–

A Re-definition of Belonging?
Language and Integration Tests
in Europe.
Ricky van Oers, Eva Ersbøll,
Dora Kostakopoulou (ed.)

Language and integration tests as a condition for naturalisation and various types of legal residence permits are issues in several European Member States. The introduction of the tests reflects a change in ideas on the relationship between legal status and integration. Since the introduction of the tests is a rather recent development, little is known of the effects of the formalised testing schemes. Whether the tests have in fact contributed to the integration of immigrants in the host society or whether they function as a mechanism for selection and exclusion is unknown. In this book, experts from Austria, Belgium, Denmark, France, Germany, Hungary, Latvia, the Netherlands and the United Kingdom analyse the policies concerning the integration of newcomers and/or future citizens in their countries.

Leiden NL: Martinus Nijhoff Publishers 2010
ISBN: 90-04-17506-7, € 110.00

Bürgerschaft, Öffentlichkeit und
Demokratie in Europa.
Ansgar Klein et al. (Hg.)

Die Entwicklung einer europäischen Bürgerschaft, einer europäischen Öffentlichkeit und der Demokratie in der Europäischen Union sind Voraussetzung für Integration und Legitimation der sich erweiternden Europäischen Union. Die Beiträge analysieren den Entwicklungsstand von Demokratie und Bürgerbeteiligung, der europäischen Öffentlichkeit und der europäischen Integration im Spannungsfeld von EU, Nationen und Regionen.

Opladen: Leske und Budrich 2003
ISBN: 3-8100-3482-7, € 29.90

Migration im Spannungsfeld von
Globalisierung und Nationalstaat.
Dietrich Thränhardt, Uwe Hunger (Hg.)

Im Zusammenhang mit der globalen ökonomischen Öffnung der Welt entfaltet sich heute zunehmend der Typ des «Migrationsstaats», der neben Kapital und Gütern auch Menschen zulässt und deren Auswahl nach bestimmten Kriterien zu optimieren versucht (Kapital, Qualifikation, Demografie, Bindung zum Nationalstaat oder zu seinen Angehörigen, politische Präferenzen etc.). Der Band stellt die unterschiedlichen Facetten dieses Prozesses dar. In einem zweiten Teil werden unterschiedliche Migrations- und Integrationsweisen an Hand besonders aussagekräftiger Länderbeispiele verglichen.

Leviathan Sonderhefte Bd. 22
Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003
ISBN: 3-531-13807-3, € 49.90

Staatsbürgerschaft. Eine Einführung.
Jürgen Mackert

Staatsbürgerschaft (Citizenship) ist zu einer der meist diskutierten politischen Ideen in westlichen Gesellschaften geworden. Die Zukunft bürgerlicher Freiheitsrechte im Zeitalter des Terrorismus, die Probleme des Wohlfahrtsstaates, Immigration und Parallelgesellschaften, politische Partizipation auf nationaler und supranationaler Ebene sind nur einige der aktuellen Debatten, die sich im Kern um die Staatsbürgerschaft drehen. Aber was genau ist eigentlich Staatsbürgerschaft? Der Band führt in die Debatten um Citizenship ein und skizziert zunächst die historische Entstehung der Staatsbürgerschaft; er analysiert ihre

Struktur, Funktionsweise und Dynamik; er systematisiert die um sie geführten wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Debatten und fragt nach den Herausforderungen, vor denen Staatsbürgerschaft unter Bedingungen ökonomischer, politischer und kultureller Globalisierung steht.

Wiesbaden: Sozialwissenschaft VS Verlag
2006
ISBN: 3-531-14626-2, € 24.95

Vom Ausländer zum Bürger.
Der Streit um die politische Integration
von Einwanderern in Deutschland,
Frankreich und der Schweiz.
Dianni D'Amato

Anhand der italienischen Migranten in Deutschland, Frankreich und der Schweiz wird in der Studie der Charakter und die Reaktionsfähigkeit von politischen Systemen auf die Herausforderung einer multikulturellen Gesellschaft untersucht. Das Buch thematisiert die Theorien und Entwicklungslinien der Migrationsforschung und bietet eine historisch kontextualisierte Darstellung der Koevolution von Einwanderung und Staatsbürgerschaft in den drei untersuchten Ländern. Gerade die von Städten ausgehenden Partizipationsbestrebungen – lokales Wahlrecht, erleichterte Einbürgerung, doppelte Staatsbürgerschaft – sind für diese Debatten von besonderer Relevanz. Der Autor plädiert für eine Bürgergesellschaft, die nach aussen hin offen bleibt und sich durch offene politische Debatten immer wieder dynamisiert. Gerade die Ausweitung politischer Teilhaberechte auf ehemalige Ausgeschlossene seien eine Bedingung für eine sich als zivil verstehende Nation.

Münster: Lit Verlag 1998
ISBN: 3-8258-5413-2, € 25.90

Institutions politiques européennes.
Samuel Gablin, Florian Steinbacher,
Mix&Remix

Cet ouvrage, conçu sous la forme d'un aide-mémoire, propose un panorama complet et accessible des institutions politiques de l'Union européenne. La Commission, le Parlement, le Conseil ou la Cour de justice sont des organes dont le fonctionnement semble difficile à appréhender. Toutefois, ils président à la destinée d'une entité qui concerne tous les citoyens du continent européen, qu'ils fassent partie de l'Union ou non. Présentée de façon simple et aérée, la matière est enrichie par les illustrations de Mix&Remix dont la plume, décalée et parfois caustique, rend la lecture d'Institutions politiques européennes ludique, tout en posant sur l'Europe un autre regard, bien loin du sérieux que celle-ci présuppose. S'intéresser aux mécanismes et aux institutions qui dirigent l'Union européenne, c'est se donner les moyens de mieux comprendre son développement; c'est être en mesure de définir en connaissance de cause les relations entre la Suisse et l'UE.

Lausanne : Lep Editions Loisirs et
Pédagogie SA 2009
ISBN : 978-2-606-01256-4, CHF 24.–

**Stimm- und Wahlrecht für
Ausländerinnen und Ausländer.**
Pierre Heusser

Vertragen sich staatsrechtliche Grundbe-
griffe wie Demokratie, Föderalismus
oder Staatsbürgerschaft mit der Idee des
Ausländerstimmrechts? Pierre Heusser
sucht auf die vordergründig politische
Frage des Ausländerstimmrechts Ant-
worten aus verfassungsrechtlicher Sicht.
In einem ausführlichen rechtspolitischen
Teil werden die Argumente kritisch be-
trachtet, die immer wieder für oder ge-
gen das Ausländerstimmrecht ins Feld
geführt werden. Ausgehend von den Er-
fahrungen in der Schweiz und einer
rechtsvergleichenden Betrachtung des
bestehenden Ausländerstimmrechts in
der Europäischen Union liefert die Ar-
beit konkrete Vorschläge und Argumen-
te für die politische Diskussion über das
Ausländerstimmrecht.

Zürich: Schulthess Verlag 2001
ISBN: 978-3-7255-4256-7, CHF 68.–

Interkultur.
Mark Terkessidis

Es ist egal, woher die Menschen, die
sich zu einem bestimmten Zeitpunkt in
der Polis aufhalten, kommen und wie
lange sie dort leben. Wenn erst einmal
die Zukunft im Vordergrund steht, dann
kommt es nur noch darauf an, dass
sie jetzt, in diesem Moment anwesend
sind und zur gemeinsamen Zukunft bei-
tragen.

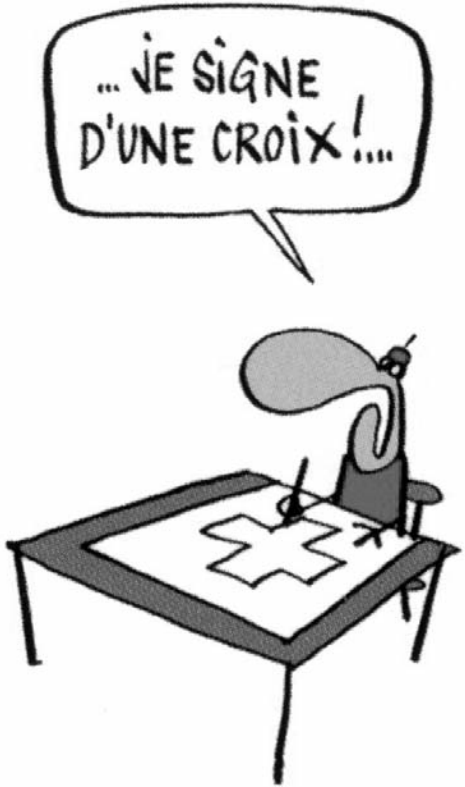
Berlin: edition suhrkamp 2010
ISBN: 978-3-518-12589-2, CHF 20.50

**Handbuch der eidgenössischen
Volksabstimmungen 1848–2007.**
*Wolf Linder, Christian Bolliger,
Yvan Rielle*

«Citoyenneté» und die Schweiz: Mehr
als 500 Mal haben die Stimmberechtig-
ten seit der Gründung des Bundesstaats
mittels einer Volksabstimmung über eid-
genössische Verfassungs- und Gesetzes-
änderungen entschieden. Nun liegt ein
vollständiges Nachschlagewerk zu die-
sen Abstimmungen vor. In einheitlicher
Systematik werden die wichtigsten Fak-
ten jedes Volksentscheids zwischen
1848 und 2007 in gut lesbaren Porträts
auf ein bis zwei Buchseiten zusammen-
gefasst. Die Beiträge erläutern die Vor-
geschichte und den historischen Kontext
der Vorlage, den Gegenstand der Ab-
stimmung, den Verlauf der Abstim-
mungskampagne und auffällige Aspekte
des Stimmverhaltens. Hintergrundbei-
träge zu den direktdemokratischen Insti-
tutionen und zur Parteien- und Ver-
bandsgeschichte sowie Verweise auf
Quellentexte und weiterführende Litera-
tur runden das Buch ab.

Bern: Haupt Verlag 2010
ISBN: 978-3-258-07564-8, CHF 98.–

Comment nomme-t-on les seize accords signés entre la Suisse
et l'UE en 1999 et 2004 ?



On les nomme les accords bilatéraux.

Neuerscheinungen Neue Publikationen der EKM Vient de paraître Nouvelles publications de la CFM Nuove pubblicazioni Nuove pubblicazioni della CFM	Integration als Hinführung zu Chancengleichheit oder als Gradmesser für Sanktionen? L'intégration: un moyen de parvenir à l'égalité des chances ou un instrument de mesure pour prendre des sanctions? Integrazione, uno strumento per realizzare le pari opportunità o un metro di misura per imporre sanzioni? Die Grundsatzerklärung und die Empfehlungen wurden der Öffentlichkeit an der Medienkonferenz der EKM vom 11. Mai 2010 präsentiert. Die EKM hofft, dass mit der Publikation weitere Kreise auf die Überlegungen der Kommission aufmerksam gemacht werden können, die auf ein Umdenken im gegenwärtig vorherrschenden Diskurs zu Integration zielt. La déclaration et les recommandations ont été présentées à la conférence de presse de la CFM le 11 mai 2010. Avec cette publication, la CFM espère rendre attentifs d'autres cercles sur les réflexions de la commission, qui vise une réorientation dans le discours actuel qui prédomine sur l'intégration. La dichiarazione e le raccomandazioni sono state presentate alla conferenza stampa della CFM il 11 maggio 2010. Con questa pubblicazione, la CFM spera attirare l'attenzione di altri cerchi sulle riflessioni della commissione che tendono un reorientamento nel discorso attuale che predomina sull'integrazione. Bern: EKM/CFM 2010 Vertrieb/Distribution/Distribuzione: BBL/OFCL, Art.-Nr. 420.956 (gratis)	Muslime in der Schweiz. (Neuauflage) Vie musulmane en Suisse. (2e édition) <i>Stéphane Lathion</i> In der Reihe Materialien zur Migrationspolitik legt die EKM die Studie «Muslime in der Schweiz» neu auf. Die Studie von 2005 wird ergänzt durch eine Analyse zur aktuellen Lage von Stéphane Lathion. La CFM publie une deuxième édition de la publication de 2005, complétée d'une analyse sur la situation actuelle par Stéphane Lathion. Bern: EKM/CFM 2010, Materialien zur Migrationspolitik / Documentation sur la politique de migration. Vertrieb/Diffusion: BBL/OFCL, Art.-Nr. 420.915.D, Art. No 420.915.F (gratis)	Neuerscheinungen Vient de paraître Nuove pubblicazioni	gieuse des pratiques et comportements des croyants dans l'espace public européen. En revenant sur la réflexion novatrice d'intellectuels musulmans contemporains, il montre que des voies courageuses existent, au rebours de l'intégrisme ou du fondamentalisme. Et en élargissant le regard à l'Europe, mais aussi au Québec à travers les «accommodements raisonnables», il stimule l'imagination de ceux qui sont attachés à l'avenir de nos démocraties laïques. Paris : Desclée de Brouwer 2010 ISBN : 978-2-220-06189-4, € 18.05	Recht Droit Diritto Zivilrechtlicher Kindesschutz. Akteure, Prozesse, Strukturen. <i>Peter Voll, Andreas Jud, Eva Mey, Christoph Häfeli, Martin Stettler (Hrsg.)</i> Der Staat ist verpflichtet, Kindern ein Minimum an Entwicklungschancen zu garantieren. Unter Umständen kann es gar erforderlich sein, in die elterlichen Sorgerechte einzugreifen. Wie setzen die Behörden diesen gesetzlichen Auftrag um? Unter welchen Umständen und wie wird interveniert? Wie arbeiten Behörden und Mandatsträgerinnen und -träger dabei zusammen? Welchen Einfluss haben die Strukturen des Vormundschaftswesens? Diesen Fragen gilt das vorliegende Buch, welches im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 52 «Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im gesellschaftlichen Wandel» entstanden ist. Ein Forschungsteam der Hochschule Luzern und der Universität Genf stellt die Resultate seiner Untersuchung vor; im Kindesschutz tätige Juristinnen und Sozialarbeiter kommentieren sie aus der Sicht der Praxis. Luzern: Interact Verlag für Soziales und Kulturelles 2008 ISBN: 978-3-906413-48-8, CHF 58.–
Frauen in der Migration. Empfehlungen. Femmes en migration. Recommandations. Donne in migrazione. Raccomandazioni. Die Empfehlungen wurden anlässlich des UNO-Tags der Migrantinnen und Migranten vom 18. Dezember 2009 zusammen mit der gleichnamigen Studie der Öffentlichkeit vorgestellt. Nun liegen die Empfehlungen mit den wichtigsten Ergebnissen der Studie in gedruckter Form vor.	Les recommandations ont été présentées lors de la sortie de l'étude du même nom à l'occasion de la Journée des migrants de l'ONU du 18 décembre 2009. Les recommandations sont disponibles en version imprimée avec les principaux résultats de l'étude.	Muslims in Europe. <i>Open Society Institute</i> The Open Society Institute report constitutes the comparative analysis of data from 11 cities in seven European countries. It points out common trends and offers recommendations at the local, national and international level, including the European Union and international organizations. While not representative of the situation of all Muslims in these cities, this report does capture a snapshot of the experiences of Muslim communities in select neighbourhoods in Amsterdam, Rotterdam, Antwerp, Berlin, Hamburg, Copenhagen, Leicester, Waltham Forest London, Marseille, Paris and Stockholm. London: Open Society Institute 2010 ISBN: 978-1-936133-01-7, £19.99	Migrations- und Integrationspolitik Politique de la migration et de l'intégration Politica della migrazione e dell'integrazione	Dolmetschen, Vermitteln, Schlichten – Integration der Diversität? <i>Janine Dahinden, Alexander Bischoff (Hg.)</i> Die Einwanderungen und die Integration der Zugewanderten standen in den letzten Jahren auch in der Schweiz häufig im Zentrum der öffentlichen Debatten. In diesem Kontext haben Dolmetschen, interkulturelles Vermitteln und die interkulturelle Mediation hohe Popularität erhalten. Diese Tätigkeiten werden als Lösung für eine Reihe von Kommunikations- und Integrationsproblemen angeboten. Sie sollen zwischen Personen mit Migrationshintergrund und gesellschaftlichen Institutionen Brücken bauen und dadurch zur Integration dieser Bevölkerungsgruppen beitragen. Der vorliegende Sammelband bietet eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Themen: Zum einen diskutieren die Beiträge anhand von Theorien und empirischen Fallstudien die Fragen der Integration und der sozialen Kohäsion unter der Bedingung von Diversität, zum anderen finden sich eingestreut «Stimmen aus der Praxis». Zürich: Seismo Verlag 2010 ISBN 978-3037770832, CHF 43.–	

Migrations et économie.

L'accès des étrangers à la vie économique: les normes et leur application
Amarelle Cesla, Minh Son Nguyen (éd.)

La migration économique constitue le sujet politique le plus débattu de cette dernière décennie. Au-delà des controverses, elle revêt aujourd'hui une importance pratique capitale compte tenu de la mobilité croissante exigée par le marché du travail. Travailleurs qualifiés ou non, indépendants, prestataires de services, travailleurs détachés, frontaliers ou encore sans-papiers: le droit de la migration économique a connu récemment d'importantes transformations, en particulier avec l'introduction progressive d'un régime particulier pour les ressortissants européens (régime de libre circulation des personnes «ALCP») et le renforcement du système d'autorisations pour tous les autres ressortissants d'Etats tiers (régime «LEtr»). Le présent ouvrage a pour objectif de mieux cerner ce nouveau traitement juridique de la migration économique. Il réunit des acteurs économiques et de l'administration ainsi que des chercheurs qui offrent une vision d'ensemble de ce droit en pleine évolution et proposent des pistes de réflexions adaptées aux questionnements actuels des praticiens et des citoyens.

Bern: Stämpfli Verlag 2010
ISBN 978-3-7272-8745-9, CHF 76.–

Droit Suisse.

Cesla Amarelle, Mix&Remix

Cet ouvrage, conçu sous la forme d'un aide-mémoire, propose un panorama riche et accessible des principales matières du droit suisse: le droit administratif, le droit pénal, le droit de la famille, le droit des successions, le droit des obligations, le droit du travail... Autant de domaines a priori complexes, mais dont la connaissance - même partielle - permet de se situer face au cadre juridique, pour agir ou réagir. Présentées de façon simple et aérée, ces notions sont mises en perspective par les illustrations de Mix&Remix dont la plume, décalée et parfois caustique, rend la lecture de Droit suisse ludique, tout en posant sur la matière un autre regard, bien loin du sérieux que celle-ci présuppose. S'intéresser au cadre juridique et tenter de la comprendre, c'est se donner les moyens d'assumer son rôle dans une société qui fait de nous tous des sujets de droit.

Lausanne : Lep Editions Loisirs et Pédagogie SA 2009
ISBN: 978-2-606-01198-7, CHF 24.–

Bildung Formation Formazione

Kinder mit Migrationshintergrund von 0 bis 6 Jahren: wie können Eltern partizipieren?

Enfants migrants de 0 à 6 ans: Quelle participation pour les parents?

Joelle Moret / Rosita Fibbi

Die EDK-Kommission Bildung und Migration (KBM) hat im November 2008 ein breites Fachpublikum aus Früh-, Vorschul- und Schulbereich eingeladen, ausgewählte Projekte und Modelle des Elterneinbezugs zu diskutieren und daraus Handlungsvorschläge abzuleiten. Mit der vorliegenden Publikation wird in aktualisierter Fassung der Bericht des

Schweizerischen Forums für Migrations- und Bevölkerungsstudien (SFM) der Universität Neuenburg veröffentlicht, welcher an der Tagung als Diskussionsgrundlage diente. Ergänzt wird die Publikation durch ein Vorwort des KBM-Präsidenten, in welchem die Handlungsvorschläge aus den Workshops zusammengefasst sind.

En novembre 2008 la Commission de la CDIP Education et migration (CEM) a invité un large public spécialisé (issu des domaines de la petite enfance, de la préscolarité et de la scolarité obligatoire) à discuter de projets et modèles précis relatifs à la participation des parents et à proposer des mesures en la matière. La présente publication est la version actualisée du rapport qui a servi de base de discussion lors du colloque et qui a été élaboré par le Forum suisse pour l'étude des migrations et de la population (SFM) de l'Université de Neuchâtel. Sa préface est signée par le président de la CEM et contient une synthèse des mesures proposées dans le cadre des ateliers.

Bern: EDK/CDIP: 2010
Bestellen oder herunterladen:
Commander ou télécharger:
www.edk.ch.

Educating Teachers for Diversity. Meeting the challenge.

Centre for Educational Research and Innovation

Educating Teachers for Diversity: Meeting the Challenge explores the concepts underlying diversity in various contexts and the challenges involved in creating an evidence base to guide policy makers. It looks at the need to better articulate the links between initial and in-service teacher education and the necessity of addressing current gaps in our knowledge. Such gaps include how to attract and retain more diverse student teachers

and how best to educate the teacher educators themselves. It also examines classroom practices and principles in a number of country contexts. Throughout the volume, issues raised by student teachers, teachers, and teacher educators who participated in an online consultation are used to highlight emerging themes and key challenges in the field.

Paris: OECD 2010
ISBN: 978-92-64-07972-4, € 35.–

Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung.

Was kann die Schweiz lernen?

Margrit Stamm

Kinder sind unsere Zukunft und sie haben ein Recht auf Bildung. Die Forschung hat nachdrücklich aufgezeigt, dass die ersten Lebensjahre am lernbedeutsamsten sind und den Grundstein für den späteren Bildungs- und Lebenserfolg legen. Was in dieser Phase versäumt wird, kann später kaum aufgeholt werden. Deshalb liegt der Schlüssel zur Chancengerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung. International und auch in der Schweiz hat die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung in letzter Zeit grosse Aufmerksamkeit erlangt. Vom Eltern-, über das Schul- bis zum Bundeshaus gibt es eine grosse Übereinstimmung, dass wir diesem Bereich eine weit grössere Aufmerksamkeit schenken müssen als bisher.

Zürich: Rüegger Verlag 2010
ISBN 978-3-7253-0927-6, CHF 48.–

Education à la citoyenneté. Tome 1. Les valeurs et les normes de 5 à 14 ans.

Claudine Leleux

Cet ouvrage présente une méthodologie spécifique illustrée d'une trentaine de leçons conçues pour l'école primaire (et transposables dans le secondaire). Éduquer moralement en évitant le mora-

lisme, éduquer à la citoyenneté sans l'écueil du civisme, tels sont les deux grands axes pédagogiques de l'ouvrage. L'auteur formule ces deux axes en termes de compétences transdisciplinaires et interdépendantes: apprendre à évaluer, choisir, juger, décider et répondre de; apprendre à dialoguer, s'écouter, s'entendre, argumenter; apprendre à se respecter, à se comprendre et à se connaître. Ces activités ont été préparées et discutées en formation initiale avant d'être données en classe et évaluées sur le terrain. Elles s'adressent aussi bien aux enseignants en formation initiale, aux enseignants des niveaux primaire et secondaire, aux chercheurs en éducation qu'aux étudiants en agrégation.

Bruxelles: de boeck 2006
ISBN 2-8041-5251-0, EUR 23.–

Education à la citoyenneté. Tome 2. Les droits et les devoirs de 5 à 14 ans.

Claudine Leleux

Cet ouvrage aborde les droits des enfants de 5 à 14 ans et les devoirs que ces droits supposent. Éduquer à la citoyenneté suppose une méthodologie spécifique. Ce second volume l'illustre par 32 activités, conçues pour des élèves de 5 à 14 ans. Celles-ci ont été préparées et discutées en formation initiale avant d'être données en classe et évaluées sur le terrain. Ces leçons visent à développer des compétences transdisciplinaires et interdépendantes, tant cognitives, coopératives que participatives: questionner, apprendre à conceptualiser, classer, évaluer, choisir, juger, décider et répondre de; apprendre à dialoguer, s'écouter, s'entendre, argumenter; apprendre à se respecter, à se comprendre, à se coordonner, à se reconnaître. Les dispositifs pédagogiques, en vue de cet apprentissage, sont variés: la pédagogie de la coopération, la philosophie pour enfants, la clarification et la hiérarchisation des valeurs au gré des sensibilités et des compétences de chaque enseignant.

Bruxelles: de boeck 2006
ISBN 2-8041-5068-2, EUR 24.50

Schweiz in Sicht.

Institutions politiques suisses.

Vincent Golay, Mix&Remix

Dieses Kompendium gibt einen Einblick in die politischen Institutionen und Mechanismen der Schweiz. Es erhellt eine Reihe von Begriffen und Konzepten, denen man täglich – in den Medien ebenso wie in Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen – begegnet: Verfassung, politische Rechte, Demokratie, Föderalismus, Gewaltenteilung oder die Frage nach der Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft. Themen mithin, zu denen jede Bürgerin und jeder Bürger Grundkenntnisse haben sollte. Dass Politik und politisches Handeln durchaus lustvoll sein können, lässt der feine Humor der zahlreichen Illustrationen von Mix&Remix erahnen. Wer sich einmal mit den gesellschaftlichen Mechanismen und Institutionen auseinander setzt, gibt sich die Mittel in die Hand, ihre Entwicklung mit zu gestalten. Kurz: Er oder sie übernimmt damit staatsbürgerliche und gesellschaftliche Verantwortung.

Cet ouvrage, conçu sous la forme d'un aide-mémoire, propose un panorama complet et accessible des institutions politiques de la Suisse. La Constitution, les droits politiques, la démocratie, le fédéralisme, la séparation des pouvoirs ou encore le rôle de l'Etat: une série de concepts a priori complexes, mais qui constituent une base de savoir indispensable pour quiconque revendique le statut de citoyen, suisse ou non. Présentés de façon simple et aérée, ces concepts sont enrichis par les illustrations de

Mix&Remix dont la plume, décalée et parfois caustique, rend la lecture d’institutions politiques suisses ludique, tout en posant sur la matière un autre regard, bien loin du sérieux que celle-ci présuppose. S’intéresser aux mécanismes et aux institutions qui dirigent notre société, c’est se donner les moyens d’influencer son développement; c’est être citoyen.

Zürich: Lehrmittelverlag 2009
ISBN: 978-3-03713-182-4, CHF 14.–

Lausanne : Lep Editions Loisirs et Pédagogie SA 2009
ISBN: 978-2-60601-145-1, CHF 14.–

**Sprache
Langue
Lingua**

**Der feine Unterscheid.
Ein Handbuch für Deutsche in der Schweiz**
Bruno Reihl

Nicht erst seit den vieldiskutierten Verbalattacken des deutschen Finanzministers ist klar, dass die Nachbarn aus dem Norden nicht bei allen Schweizern gut ankommen. Was geographisch so nahe beisammen liegt und (fast) die gleiche Sprache spricht, erweist sich bei näherer Betrachtung eben doch als verschiedenartiger und zuweilen gar unverträglicher als angenommen. Die vielen «feinen Unterschiede» zwischen der Schweiz und Deutschland addieren sich zu einem grossen Unterschied in Mentalität, Kultur und Sprache, den viele Deutsche so gar nicht realisieren. Mit «Grüzzì, ich krieg ein Bier!» holt man definitiv keine Sympathie-Punkte. Dieses Buch soll helfen, nicht bloss sprachlich ein Sensorium für die Unterschiede zu entwickeln. Selber vor rund 30 Jahren eingewandert, schöpft der Autor aus seiner persönlichen Erfahrung und bietet konkrete Hilfestellungen und nützliche Informationen zu 18 klar definierten Themen bereichen.

Zürich: Midas Verlag 2009
ISBN 3-90710-032-8, CHF 34.80

**Medien
Medias
Media**

Mediennutzung junger Menschen mit Migrationshintergrund.
Joachim Trebbe, Annett Heft, Hans-Jürgen Weiss

Nationaler Integrationsplan, Integrationsgipfel und Islamkonferenz sind Stichworte, die deutlich machen, dass die soziale Integration von Zuwanderern und ihrer Nachkommen – der «Menschen mit Migrationshintergrund» – in die deutsche Gesellschaft weit oben auf der politischen Agenda steht. Vor diesem Hintergrund wird nicht nur die Bedeutung der Massenmedien für die Förderung oder die Behinderung von Integrationsprozessen diskutiert. Auch die Frage, welche Medienkompetenz junge Menschen mit Migrationshintergrund aufweisen und ob gezielte Massnahmen zur Medienkompetenzvermittlung in diesen Zielgruppen angestrebt werden sollten, ist Gegenstand des gesellschaftspolitischen Diskurses. Die Ergebnisse der Untersuchung umfassen sowohl die «klassischen» Massenmedien Radio, Fernsehen und Presse als auch die «neuen» Individualmedien wie PC, Internet, Handy oder Spielkonsolen.

Berlin: Vistas Verlag 2010
ISBN 978-3-89158-518-4, CHF 25.–

**Kunst
Art
Arte**

**Diskurse in die Weite.
Kosmopolitische Räume in den Literaturen der Schweiz.**
Martina Kamm, Bettina Spoerri, Daniel Rothenbühler, Gianni D’Amato

Gibt es Gemeinsamkeiten zwischen Autoren mit Migrationshintergrund in der Schweiz? Und inwiefern spielt die biografische Migrationserfahrung in das literarische Schaffen hinein? Diese Fragen wurden 16 Schriftstellerinnen und Schriftstellern gestellt, die in der Schweiz leben und ihre Texte auf Deutsch oder Französisch verfassen. Befragt wurden sie im Rahmen des Forschungsprojekts «Generationen im Wandel», welches das zeitgenössische Schaffen von Autoren mit Migrationshintergrund in der Schweiz aus sozial- und literaturwissenschaftlicher Sicht untersuchte. Die Autoren sehen durchaus, dass ihre Migrationsgeschichte Spuren im Text hinterlässt. Sie möchten jedoch nicht daran, sondern an der literarischen Qualität ihrer Texte gemessen werden. Kategorien wie «Migrationsliteratur» oder «Migrationsautor», so ein wichtiges Fazit, haben weitgehend ausgedient. Die Migrationserfahrung spielt für das literarische Schaffen insofern eine Rolle, als sie die Universalität einer Literatur begründet, die heute fester Bestandteil der Schweizer Kultur geworden ist und kosmopolitische Züge trägt.

Zürich: Seismo Verlag 2010
ISBN: 978-3-03777-081-8, CHF 32.–

**In diesem Geschäft gibt es keine Mathematik.
20 Jahre Schader-Stiftung**
Tobias Robischon

In der Annahme, dass durch den Austausch von theoretischem Grundlagenwissen und praktischem Erfahrungswissen, auch durch das Brennglas und im Kontext der Kunst gesehen, gesellschaftliche Phänomene besser verstanden werden können und ihnen lösungsorientiert begegnet werden kann, verfolgt die Schader-Stiftung konsequent den Weg, durch Kommunikations- und Kooperationsangebote das Gespräch zwischen Wissenschaftlern, Praktikern und Künstlern zu vertiefen. Seit über zwanzig Jahren arbeitet die Stiftung an Themen der gesellschaftlichen Entwicklung im Kontext urbanen Lebens. Im vorliegenden Band zeichnet sie die Inhalte ihrer Arbeit nach.

Darmstadt: Schader-Stiftung 2010
ISBN: 978-3-932736-30-8,
kostenlose Bestellung unter:
buchbestellung@schader-stiftung.de

**Sozialpolitik
Politique sociale
Politica sociale**

**Zwangsheirat: Hintergründe,
Massnahmen, lokale und
transnationale Dynamiken.**
Yvonne Riaño, Janine Dahinden

Vor dem Hintergrund globaler sozialer Transformationen, erhöhter Mobilität und einer verstärkten Transnationalisierung von sozialen Realitäten tauchen immer wieder neue Phänomene auf, die die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen herausfordern. Für diese neuartigen Themen fehlt zu Beginn oft wissenschaftlich fundiertes Wissen. Zwangsheirat ist eines dieser Phänomene, welches in letzter Zeit ins politische Kreuzfeuer geriet und für das wir bisher quasi kein gesichertes empirisches

Wissen zur Hand haben. Die Studie arbeitet diese Forschungslücke auf und schafft auf Sachwissen beruhende Grundlagen: Anhand von Interviews mit Fachpersonen werden die Prozesse und Gründe aufgezeigt, die in eine Vielfalt von unterschiedlichen Zwangssituationen im Zusammenhang mit Partnerwahl und Ehe münden können.

Zürich: Seismo Verlag 2009
ISBN 978-3-03777-091-7, CHF 28.–

**Psychologie/Gesundheit
Psychologie/Santé
Psicologia/Salute**

**Les humiliations de l’exil.
Les pathologies de la honte chez les enfants migrants.**
Francine Rosenbaum

Etude des modalités ethnopsychologiques et systémiques de prise en charge d’enfants dont la famille ne maîtrise pas la langue du pays d’accueil: analyse de la demande, entretien, examen, thérapie et travail en réseau. L’auteure propose un modèle de travail thérapeutique interculturel construit à partir du génogramme et de la narration et décrit le rôle de la médiation linguistico-culturelle. A travers des récits de son travail l’œuvre nous donne la certitude que nous ne pouvons agir avec les enfants et leurs familles qu’à partir de leurs attachements multiples à des langues, des lieux, des ancêtres, des manières de faire.

Paris : Editions Fabert 2010
ISBN : 978-2-84922-088-7, € 23.75

**Nos enfants demain :
Pour une société multiculturelle.**
Marie Rose Moro

A partir d’expériences et de témoignages de familles migrantes, transculturelles, recomposées, expatriées, adoptives, etc., la psychiatre présente les spécificités du développement et de l’éducation d’enfants dans un contexte familial, social, éducatif, culturel ou linguistique changeant.

Paris : Odile Jacob 2010
ISBN : 978-2-7381-2244-5, € 19.95

**Les étudiants d’Afrique
subsaharienne.**
Myriam Graber

Quelles sont les attentes des étudiants des hautes écoles spécialisées quant à leur formation? Quelles sont les difficultés qu’ils rencontrent? Leur origine, leur représentation du monde, leur rapport au savoir sont-ils déterminants dans leur apprentissage? Le présent ouvrage, issu d’une recherche qualitative menée dans quatre Hautes écoles de santé et de travail social se penche sur les défis particuliers que doivent relever les étudiants d’Afrique subsaharienne qui entreprennent une formation supérieure. Dans une volonté de mieux cerner les difficultés d’apprentissage de ces étudiants – relevées par eux-mêmes et par leurs formateurs – cette étude tente de mieux comprendre les problématiques en jeu et de formuler la complexité de la relation pédagogique d’une population migrante avec son milieu d’accueil.

Genève : IES éditions 2010
ISBN : 978-2-88224-088-0, € 18.–

**Diskriminierung
Discrimination
Discriminazione**

**Look Twice – Sensibilisieren
gegen Ausgrenzung, Gewalt und
Rassismus.**

*Thomas Hermann, Rudolf Isler,
Daniel Lienhard*

Wie kann man im Unterricht Situationen darstellen, ohne dass sich bestehende Stereotypen verfestigen? Look Twice geht neue Wege und zeigt in ansprechenden Bildmontagen Ereignisse und Konstellationen von Ausschluss und Gewalt bildlich mit Tieren und Gegenständen auf. Die pfiffigen Bilder regen zum genauen Hinschauen an und erschliessen mehrere Bedeutungsebenen, womit sie zu eindrücklichen Lernerlebnissen führen. Dreissig Bildmontagen sind mit Unterrichtsanleitungen für alle Stufen der Volksschule versehen und direkt anwendbar.

Zürich: Verlag Pestalozzianum 2010
ISBN 978-3-03755-112-7, CHF 39.–

**«Tatort», Fussball und andere
Gendereien.
Materialien zur Einübung des
Genderblicks.**

Jürgmeier und Helen Hürlimann

Was wäre, wenn es die Begriffe «männlich» und «weiblich», «Mann» und «Frau» nicht mehr gäbe? Während sich die Geschlechtergrenzen für Frauen in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr geöffnet haben, gilt für Männer immer noch weitgehend die Grundformel «Mann sein heisst, nicht Frau sein». Werden solch simple Geschlechterdualitäten aufgebrochen, wird das Individuum zur terra incognita, zur unbekannten Welt. In den Materialien zur Einübung des Genderblicks werden Ansätze zur Einlösung dieser beunruhigenden Utopie der Gleichheit skizziert.

Luzern: interact Verlag 2008
ISBN: 978-3-906413-45-7, CHF 48.–

**Strategien gegen Rechtsextremismus
in der Schweiz:
Akteure, Massnahmen und Debatten.**

**Stratégies contre l’extrémisme de
droite en Suisse :
Acteurs, mesures et débats.**

Damir Skenderovic

Wie geht der Staat mit Rechtsextremismus um? Wie nimmt die Öffentlichkeit das Problem wahr? Die neue Publikation der Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) bietet eine Übersicht über Geschichte und Erscheinungsformen der rechtsextremen Gruppierungen in der Schweiz. Sie beschreibt Gegenmassnahmen, die von staatlichen Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen ergriffen wurden. Die Publikation vergleicht zudem die Situation in der Schweiz mit derjenigen in anderen europäischen Ländern.

La nouvelle publication du Service de lutte contre le racisme (SLR) propose un aperçu de l’histoire de l’extrémisme de droite et des différentes formes qu’il revêt en Suisse. Elle décrit les contre-mesures que la Confédération, les cantons, les communes et les organisations de la société civile ont prises pour lutter contre ce phénomène. La publication compare la situation en Suisse avec celle des autres pays européens.

Bern: Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) 2010/Service de lutte contre le racisme (SLR) 2010

Bestellen oder herunterladen / Commander
ou télécharger: www.edi.admin.ch/ara

Soziale Ungleichheiten.

*Monica Budowski und Michael Nollert
(Hrsg.)*

Die ungleiche Verteilung von Ressourcen bestimmt in allen Gesellschaften den Zugang von Menschen zu Gütern und zu Lebenschancen. In welcher Gesellschaft wir leben möchten, hängt davon ab, welche sozialen Ungleichheiten in welchem Ausmass toleriert werden. Entsprechend divergieren die Ansichten darüber, welche Kriterien bei der Verteilung von Ressourcen und Lebenschancen zu berücksichtigen sind, und welche Rolle der Sozialstaat übernehmen sollte, um die auf Produktions- und Arbeitsmärkten generierten Ungleichheiten zu verringern. Im vorliegenden Band befassen sich Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler mit Fragen aus verschiedenen Bereichen der Ungleichheitsforschung.

Zürich: Seismo Verlag 2010
ISBN: 978-3-03777-067-2, CHF 38.–

**Historische Perspektiven
Perspectives historiques
Prospettive storiche**

**Migration im 19. und
20. Jahrhundert.**

Jochen Oltmer

Migration und Integration gehören zu den vieldiskutierten Themen der Gegenwart. Selten wird dabei erkannt, dass Phänomene, die heute als «Integrationsprobleme» wahrgenommen werden, Ergebnis historischer Prozesse sind und die gegenwärtige Migrationspolitik nur als Ausdruck einer langen Geschichte des staatlichen Umgangs mit räumlichen Bevölkerungsbewegungen verstanden werden kann. Jochen Oltmer bietet einen umfassenden Überblick über Hintergründe, Formen und Folgen von Migration vom späten 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart sowie über ihre Erforschung, die seit den 1990er-Jahren rasch an Fahrt gewonnen hat. Eine umfangreiche, thematisch gegliederte Bibliographie schliesst den Band ab.

München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag 2010
ISBN:, 978-3-486-57753-2 € 19.80

**Auf zur Schweiz.
Histoire suisse.**

Grégoire Nappey, Mix&Remix

Geschichte wirft Fragen auf: Sind die Helvetier unsere Vorfahren? Weshalb gibt es in der Schweiz vier Landessprachen? Was geschah 1291? Seit wann bekannt sich die Schweiz zur Neutralität? Was ist der Sonderbund? Was ist unter dem schweizerischen Wirtschaftswun-

der zu verstehen? Dieses Bändchen schildert in knapper verständlicher und allgemein zugänglicher Weise, was sich auf dem Gebiet der heutigen Schweiz zwischen dem ersten, durch Funde bezeugten menschliche Wirken bis heute ereignet hat. Die Ereignisse werden chronologisch, aber ohne Anspruch auf Vollständigkeit dargestellt. Es sollen die wichtigsten Wegmarken der Schweizer Geschichte zur Sprache kommen, damit sich die Leserin, der Leser leicht in den verschiedenen Epochen zurechtfindet. Unterschätzung bieten Karten, eine informative Zeitleiste und das Register. Und den nötigen Schluss Humor steuern die feinen Illustrationen von Mix&Remix bei, der es versteht, die Leserinnen und Leser mit seinem Blick auf die Dinge zum Schmunzeln zu bringen und zum Nachdenken anzuregen.

Cet ouvrage, conçu sous la forme d’un aide-mémoire, propose un panorama riche et facile d’accès des grandes dates de l’histoire suisse. Les Helvètes sont-ils nos ancêtres? Pourquoi y a-t-il quatre langues nationales? Que s’est-il passé en 1291? Pourquoi la Suisse est-elle neutre? Qu’est-ce que le Sonderbund? Comment la Suisse neutre a-t-elle fait face aux guerres qui l’ont entourée?

Présentées de façon simple et aérée, les réponses à ces questions sont enrichies d’illustrations de Mix & Remix dont la plume, décalée et parfois caustique, rend la lecture d’Histoire suisse ludique, tout en posant sur la matière un autre regard, bien loin du sérieux que celle-ci présuppose.

Zürich: Lehrmittelverlag 2008
ISBN: 978-3-03713-317-0, CHF 14.–

Lausanne: Lep Editions Loisirs et Pédagogie SA 2009
ISBN: 978-2-606-01200-7, CHF 14.–

**Menschen – Ideen – Migration.
Neue Blick auf Baukultur im
Rheinland und in Westfalen-Lippe.
Freilichtmuseum Detmold (Hg.)**

Mit dem Begriff «Museum» verbindet sich oft Verstaubtes oder Statisches. Dies muss nicht sein. Zwei deutsche Freilichtmuseen bieten den Besucherinnen und Besuchern einen umfassenden Blick auf die Kulturgeschichte des Alltags der letzten 500 Jahre. Neben den klassischen Freilichtmuseumsthemen «historisches Bauen», «historische Kulturlandschaft» und «Wandel der Alltagskultur» werden auch aktuelle Gegenwartsfragen mit ihren historischen Bezügen aufgegriffen – wie der Themenschwerpunkt «Migration».

Essen: Klartext Verlag 2010
ISBN: 978-3-8375-0355-5, € 19.95

Die Schweiz verlassen. Quitter la Suisse. Lasciare la Svizzera.

Rückkehr, Auswanderung, Weiterwanderung, Wegweisung, Ausschaffung, Re-Migration: Es gibt viele Begriffe, die das Weggehen aus der Schweiz umschreiben. Dahinter verbergen sich unterschiedliche Gründe und Konstellationen. Manche Menschen verlassen die Schweiz freiwillig, andere werden dazu gezwungen. Für einige bedeutet es, nach langen Jahren Aufenthalts in der Schweiz in den Heimatstaat zurückzukehren. Manche wollen aus unserem Land auswandern, andere betrachten die Schweiz als vorübergehenden Lebensmittelpunkt und migrieren zurück oder in ein weiteres Land. In einer vierten Gruppe schliesslich lassen sich Situationen zusammenfassen, die das unfreiwillige Verlassen der Schweiz beinhalten: Wegweisung und Ausschaffung.

terra cognita 18 thematisiert die verschiedenen Aspekte, die mit dem Verlassen der Schweiz verbunden sind. Wie viele Menschen verlassen überhaupt jährlich die Schweiz und aus welchem Grund? Weshalb wanderten vor und nach der Wende zum 20. Jahrhundert viele Schweizerinnen und Schweizer aus? Welches sind die Hintergründe für Auswanderung heute? Wie ergeht es Menschen, wenn sie in ihr Heimatland zurückkehren? Welchen Einfluss hat Rückkehrorientierung bzw. die Absicht, hier zu bleiben, auf den Verlauf von Integrationsprozessen? Was beinhalten Rückkehrprogramme für Personen, die weder Asyl noch eine vorläufige Aufnahme erhalten? Und schliesslich: Wie sieht die Praxis von Wegweisungen konkret aus, und was bedeutet es, ausgeschafft zu werden? Die nächste Ausgabe der Zeitschrift wird sich diesen und weiteren Fragen widmen und versuchen, Antworten darauf zu finden.

Retour, émigration, ré-émigration, renvoi, expulsion, re-migration; il existe bien des notions pour décrire le départ de Suisse. Derrière chacune d’elles se cachent des raisons et des constellations différentes. Il y a ceux qui quittent volontairement la Suisse, d’autres qui y sont contraints. Pour certains, cela signifie retourner dans son pays d’origine ou de provenance après avoir séjourné de longues années en Suisse. Quelques-uns veulent émigrer de notre pays et d’autres considèrent la Suisse comme pays de séjour provisoire et retournent ensuite dans leur pays d’origine ou poursuivent leur migration vers un autre pays. Pour un quatrième groupe, quitter la Suisse n’est pas un acte volontaire mais imposé, à savoir le refoulement et le renvoi.

terra cognita 18 aborde les différents aspects liés au fait de quitter la Suisse. Combien de personnes quittent-elles la Suisse chaque année et pour quelle raison? Et pourquoi tant de Suisses ont-ils émigré au tournant du 20e siècle? Quelles sont les raisons qui sous-tendent l’émigration d’aujourd’hui? Comment les choses se passent-elles pour les personnes qui retournent dans leur patrie? Quelle influence l’intention de retourner un jour dans son pays ou de rester en Suisse a-t-elle sur le déroulement des processus d’intégration? Que comportent les programmes de retour au pays pour les personnes qui n’ont obtenu ni l’asile ni une admission provisoire? Et finalement, comment se déroulent concrètement les refoulements et que signifie le fait d’être renvoyé? La prochaine édition de la revue est notamment consacrée à ces questions et tente d’y donner des réponses.

Ritorno, emigrazione, nuova emigrazione, allontanamento, espulsione, re-migrazione: la partenza dalla Svizzera può essere espressa in molti modi. Tutte queste nozioni celano motivi e costellazioni diversi tra loro. Alcuni lasciano la Svizzera volontariamente, altri perché obbligati. Alcuni partono per ritrovare lo Stato d’origine dopo esserne stati assenti per lunghi anni, altri partono per terre sconosciute. C’è chi vuole emigrare dalla Svizzera e chi prevede di trasferirvisi temporaneamente per poi rimpatriare o proseguire verso altre destinazioni. Infine vi sono persone che devono lasciare la Svizzera, non già per scelta ma per motivi di forza maggiore: è il caso delle persone allontanate o espulse.

terra cognita 18 tematizza i vari aspetti che può assumere il fatto di lasciare la Svizzera. Ma quante persone lasciano la Svizzera ogni anno e per quali motivi? Cosa ha indotto numerosi cittadini Svizzeri a lasciare il Paese attorno all’inizio del 20° secolo? Quali sono i retroscena della migrazione attuale? Come si sentono le persone che tornano in patria? Quale influsso ha, sul processo integrativo, la consapevolezza che al termine del soggiorno all’estero si farà ritorno in patria? Quali sono i contenuti dei programmi di ritorno destinati a persone che non ottengono asilo in Svizzera né vi sono ammesse provvisoriamente? Cosa prevede concretamente la prassi in materia di allontanamenti? E cosa significa essere espulsi? La prossima edizione della rivista si china, cercando di rispondervi, su queste e altre domande.

terra cognita 01
«Welche Kultur? Quelle culture?»*
terra cognita 02
«Bildung / Formation»*
terra cognita 03
«lulvlar / arbeite / travailler / lavorare»*
terra cognita 04
«einbürgern / naturaliser»*
terra cognita 05
«wohnen / habitat»
terra cognita 06
«Gewalt / Violence / Violenza»
terra cognita 07
«Ouvertüre»
terra cognita 08
«Créations suisses»
terra cognita 09
«Welche Integration? Quelle integration?»
terra cognita 10
«Sprachen / Langues / Lingue»
terra cognita 11
«Die Medien / Les médias / I media»
terra cognita 12
«Sport»
terra cognita 13
«Identitäten / identités / identità»
terra cognita 14
«Neue Migrationslandschaft / Le nouveau paysage migratoire»
terra cognita 15
«Transnationalität / Transnationalité / Transnazionalità»
terra cognita 16
«Kinder und Jugendliche / Enfants et jeunes / Bambini e giovani»
*vergriffen / épuisé / esaurito
Für weitere kostenlose Exemplare von terra cognita wenden Sie sich an:
Pour obtenir gratuitement d’autres exemplaires de terra cognita s’adresser à:
Per ottenere gratuitamente esemplari supplementari di terra cognita indirizzarsi a:
www.bundespublikationen.admin.ch
Suchbegriff / Critère de recherche / Parola da cercare: terra cognita

Es ist nicht allzu lange her, da war es Schweizer Männern vorbehalten, öffentlich zu politischen Fragen Stellung zu nehmen. Heute ist die politische Mitsprache für rund einen Fünftel der in der Schweiz wohnhaften Frauen und Männer eingeschränkt; sie haben keinen Schweizer Pass. Dafür sind rund 130'000 Auslandschweizer in den Stimmregistern eingetragen. EU-Bürger ihrerseits können in jedem EU-Staat mitbestimmen. Die Artikel in dieser Ausgabe von *terra cognita* zeigen, dass es Definitionssache ist, wer mit welchen politischen Rechten ausgestattet ist. Citoyenneté muss immer wieder ausgehandelt werden.

Il n'y a pas si longtemps, seuls les hommes de nationalité suisse pouvaient se prononcer sur des questions politiques. Aujourd'hui, la participation politique est limitée pour environ un cinquième de la population adulte domiciliée en Suisse. En effet, cette population ne possède pas de passeport suisse. En revanche 130'000 Suisses de l'étranger jouissent de ce droit civique puisqu'ils sont inscrits dans les registres de vote officiels. Les ressortissants de l'UE, quant à eux, peuvent voter dans chaque Etat de l'UE. Les articles figurant dans ce numéro de *terra cognita* montrent que l'octroi des droits politiques – et de quels droits – n'est qu'une question de définition. La citoyenneté doit constamment être renégociée.

Non molto tempo fa, solo i cittadini maschi di nazionalità svizzera potevano pronunciarsi su questioni politiche. Oggi la partecipazione politica è limitata per un quinto delle donne e degli uomini residenti in Svizzera, per il fatto che non posseggono un passaporto svizzero. In compenso, i registri di voto contano circa 130'000 Svizzeri all'estero. I cittadini dell'UE, dal canto loro, possono votare in ogni Stato dell'UE. Gli articoli della presente edizione di *terra cognita* mostrano che la concessione dei diritti politici – e di quali – è una questione di definizione. La citoyenneté è un bene negoziabile.